

Nikolaus Wenturis (Hrsg.)

**Föderalismus
und die Architektur
der europäischen Integration**

Verlag Otto Sagner München · Berlin · Washington D.C.

Digitalisiert im Rahmen der Kooperation mit dem DFG-Projekt „Digi20“ der Bayerischen Staatsbibliothek, München. OCR-Bearbeitung und Erstellung des eBooks durch den Verlag Otto Sagner:

<http://verlag.kubon-sagner.de>

© bei Verlag Otto Sagner. Eine Verwertung oder Weitergabe der Texte und Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung, ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages unzulässig.

«Verlag Otto Sagner» ist ein Imprint der Kubon & Sagner GmbH. Nikolaus Wenturis - 978-3-95479-685-4
Downloaded from PubFactory at 01/11/2019 09:43:51AM
via free access

SÜDOSTEUROPA-STUDIEN

herausgegeben im Auftrag der Südosteuropa-Gesellschaft
von Walter Althammer

Band 55

Föderalismus und die Architektur der europäischen Integration

Herausgegeben von Nikolaus Wenturis

**Südosteuropa-Gesellschaft
München 1994**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Föderalismus und die Architektur der europäischen Integration

/ hrsg. von Nikolaus Wenturis. – München : Südosteuropa-
Ges., 1994

(Südosteuropa-Studien ; Bd. 55)

ISBN 3-925450-46-7

NE: Wenturis, Nikolaus [Hrsg.]; GT



© 1994 by Südosteuropa-Gesellschaft, 80538 München

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Schoder Druck GmbH & Co. KG, 86368 Gersthofen

Vorwort des Herausgebers

Die Zeit, in der wesentliche Fragen des europäischen Integrationsprozesses und Grundgedanke über die künftige europäische Ordnungsstruktur in akademischen Kreisen und/oder geschlossenen Zirkeln diskutiert und ausgetauscht wurden, liegt vor allem seit dem Vertrag von Maastricht längst zurück; sie bilden inzwischen zentrale politische Sach- und Problemfelder, auf die bedeutende politische, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Debatten fokussiert werden. Denn im Unterschied zu den 70er und 80er Jahren konzentrieren sich zum ersten Mal seit einigen Jahren die europabezogenen Auseinandersetzungen auch auf existentielle Fragestellungen, die die unmittelbare Lebenswelt der EU-Bürger tangieren und sie mit einer qualitativ neuen Dimension versehen.

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Welt sowie angesichts der zerstörten Hoffnung auf den 'ewigen Frieden' in Europa, der nach den traumatischen Erinnerungen aus dem zweiten europäischen Bürgerkrieg als Hypothek zur Sicherung des europäischen Zusammenlebens fungiert und in der Gestalt eines kategorischen Imperativs die Grundlegung der praktischen Vernunft der politischen Sitten in Europa bestimmen sollte, wird der europäischen Öffentlichkeit allmählich in zunehmendem Maße bewußt, daß nur durch das konsequente Bekenntnis zur europäischen Integration dauerhaft auch für diesen Kontinent ein erfolgversprechender Beitrag für wirksame Optionen zur Friedensschaffung und Friedenserhaltung geleistet werden kann.

Heute in noch stärkeren Maße als bisher ist die Suche nach dem Weg des europäischen Integrationsprozesses mit der Frage nach der künftigen Architektur nicht nur West-, sondern Gesamteuropas gekoppelt; vor allem die osteuropäischen Staaten drängen vehement auf diese Antwort, da bei ihnen die gesamteuropäische Genese inzwischen ein oftmals größeres Interesse als bei einigen langjährigen EU-Mitgliedsstaaten findet. Trotz alledem ist der durch den Vertrag von Maastricht eingeleitete Wandel von Quantität in Qualität weiterhin in den Gemeinplätzen des politischen Verbalismus steckengeblieben und der Vertiefungsprozeß der 'Europäischen Politischen Union' konnte sich bis heute kaum aus dem Würgegriff des politischen Symbolismus befreien. Als Grund dafür wird allzu häufig der Maastrichter Vertragstext selbst angegeben, der als ein bürokratisches Konvolut charakterisiert wird, das auch die Experten erst dann durchschauen können, wenn sie bei jedem Satz den dazugehörigen Kommentar sowie alle vorangegangenen Verträge zu Rate ziehen würden. Allerdings reicht dieser Hinweis nicht aus, um jene Ursachen zu erfassen, die die Skepsis gegenüber der EU größer werden läßt; denn dabei wird übersehen,

daß mit dem Maastrichter Vertrag nicht nur - wie so oft in der Vergangenheit - ein bißchen mehr 'Harmonisierung' feierlich symbolisiert bzw. festgeschrieben wird, sondern auch und zum ersten Mal im europäischen politischen Einigungsprozeß nach 1945 eine Verfassungsnorm für den künftigen europäischen Bundesstaat zu einem zentralen Element in der Alltagspolitik jedes EU-Nationalstaates erhoben wurde.

Bislang war 'Europa' ein unverkennbar abstraktes Unterfangen, das die 'Europa-Romantik' wohl ernährte und die nationale Identität sowie die nationalistischen Gefühle weiterhin überwintern ließ; gelegentliche Entscheidungen, die diskret - weil peripher - in die Sphäre der nationalen Souveränität einzudringen vermochten, konnten allenfalls die Funktionäre der Bauernverbände mobilisieren. Eine gemeinsame Sozial-, Finanz-, Verteidigungs- und Außenpolitik als konkretes Ziel und unmittelbare Folgewirkung des Vertrags von Maastricht berührt hingegen bis hinein in die letzten Verästelungen des Nationalstaates jeden Bürger, destabilisiert die eigene nationale Identität und das damit verbundene Gefühl der 'existentiellen Geborgenheit', weil mit dem Brüsseler Leviathan die assoziative Befürchtung gekoppelt wird, daß durch die Maastrichter Kulturrevolution die 'vertraute Lebenswelt' zu schnell und zu gründlich beraubt wird. Denn in Brüssel ist heute zweifelsohne ein anonymes, undurchsichtiger Moloch entstanden, dessen effektive Macht weder vom Europaparlament noch von außen einzuschätzen ist; er degradiert nationale Parlamente zu gesetzgebenden Vollzugsautomaten, obwohl sie über eine parlamentarisch-demokratische Legitimation verfügen und ist außerdem eine willkommene Spielwiese, auf der sich diverse Lobbyisten austoben können. Deshalb verweisen EU-Skeptiker nicht nur auf den noch nicht überwundenen Drang des europäischen Kleinbürgers 'zurück in die Idylle der Kleinstaaterei', sondern sie bestätigen zudem mit ihrem Verhalten die Hypothese, daß in einer Umwelt von gewachsenen Nationalismen und historisch verfestigten Nationalstaaten ein europäischer Bundesstaat, d.h. die Europäische Politische Union, nicht mit 'Eisen und Blut', aber auch nicht durch symbolische Girlanden, politische Beschwichtigungsrhetorik und nachbarschaftliche Kohabitation aus Gründen der jeweiligen Staatsräson zu erkämpfen ist. Alexander der Große, Lincoln, Bismarck, Cavour, und wie sie alle hießen, haben einst den Gewaltmarsch zur Vereinigung der segmentierten ethnischen Elemente in einer gesamtstaatlichen Einheit deshalb erfolgreich beenden können, weil die damals vorherrschenden historischen Randbedingungen und soziopolitischen Konstellationen den Erfolg ihrer politischen Zielsetzung schon längst eingeleitet hatten: es war in allen diesen historischen Beispielen sowohl die Sehnsucht einer Mehrheit in den Eliten und in der Bevölkerung nach Selbstbestimmung und nationaler Integri-

tät als auch der feste Glaube, daß dadurch jene soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Autonomie erreicht werden könnte, die zwangsläufig zur Entwicklung und zum Wohlstand bzw. zur Sicherung der gemeinsamen Zukunft führen würde.

Vor dem Hintergrund der zerschlagenen Hoffnung auf einen endgültigen Friedenszustand auf dem europäischen Kontinent und die weitere Tatsache, daß fast jeder Bürger Europas nur durch einige hundert Kilometer Luftlinie von einem neuen europäischen Bürgerkrieg getrennt ist, der jeden Tag weitere Opfer fordert, entstand nach zahlreichen Gesprächen sowohl mit meinen Mitarbeitern als auch mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen europäischen Ländern die Überzeugung, daß die Beantwortung der Frage nach der europäischen Zukunft eine zu komplexe und zu komplizierte Aufgabe ist, als daß man sie nur den Politikern und Journalisten allein überlassen sollte, und daß gerade deshalb die wissenschaftliche Gemeinschaft - und somit auch jeder einzelne Wissenschaftler - die aus diesem Kontext resultierende Aufgabe annehmen und das dort akkumulierte Wissen zugunsten einer friedvoll fortschreitenden und vertiefenden europäischen Integration instrumentarisieren sollte.

Die intellektuelle Spannung, die in der Bandbreite dieser Erkenntnisse liegt, hat schließlich zu dem Entschluß geführt, ein Symposium zum Thema "Föderalismus und die Architektur der europäischen Integration" durchzuführen, an dem Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen und aus verschiedenen europäischen Staaten teilgenommen haben. Das vorliegende Buch stellt demnach eine Gemeinschaftsarbeit der Teilnehmer an diesem Symposium dar, die sich mit ihren Beiträgen besonders engagiert haben; der strukturelle Aufbau seines Inhalts erfolgt nach der Systematik in der Präsentation der Themen während des mehrtägigen Symposiums.

Den Autoren und Kongreßteilnehmern gilt mein Dank nicht nur für die unkomplizierte Zusammenarbeit, sondern auch für die freundschaftliche Verbundenheit, für manche kritische Reflexionen und für den fruchtbaren Dialog während und nach den jeweiligen Sitzungen. Meinen Mitarbeiter, Frau Jana-Peggy Moeller und Marc Stefan Binder, die mir mit ihrem Einsatz eine unverzichtbare Hilfe geleistet haben, gilt ebenfalls mein Dank. Mein aufrichtiger Dank gebührt auch der Robert-Bosch-Stiftung sowie der Südosteuropa-Gesellschaft, ohne deren großzügige Unterstützung dieses Symposium nicht hätte realisiert werden können.

Tübingen, August 1994

Nikolaus Wenturis

Vorwort

Erweiterung oder Vertiefung - so wird häufig die Alternative von überzeugten Europäern für die Europäische Union gestellt. Wem an einer schnellen Verwirklichung der Unionspläne von Maastricht liegt, der steht einer raschen Erweiterung der Europäischen Union (EU) über die vier Beitrittskandidaten des Jahres 1995 hinaus (Österreich, Norwegen, Schweden, Finnland) skeptisch gegenüber. Man befürchtet, daß sich das Jahrhundertwerk zu einer bloßen europäischen Freihandelszone zurückentwickeln könnte. Die Fachleute wissen, daß derzeit die ost- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten längst nicht über die von der EU geforderten Beitrittskriterien verfügen.

Soll man deshalb die Pläne für eine Osterweiterung der EU zu den Akten legen? Wer ein Gespür für politische Notwendigkeiten hat, der weiß, daß dies nur unter Inkaufnahme schwerster Nachteile für die Zukunft des europäischen Kontinents möglich wäre. Die gleiche Situation ist im Bereich der westlichen Sicherheitsbündnisse gegeben.

Es ist deshalb notwendig, sich Gedanken über die völker- und staatsrechtliche Konstruktion einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft zu machen. Dabei steht es außer Frage, daß das gemeinsame Europa kein zentralistischer Einheitsstaat sein kann. Einige Kernstaaten der EU müssen gegenwärtig von ihrem traditionellen Zentralismus Abschied nehmen; denken wir nur an Frankreich oder Italien. Andere Staaten, wie Belgien oder Spanien, haben föderalistische Strukturveränderungen bereits durchgeführt.

Die politische Union Europas kann nur föderativ gegliedert sein, wobei die Frage, ob aus dem Staatenbund ein Bundesstaat werden soll, erst noch beantwortet werden muß. Die Völker Südosteuropas haben in der Vergangenheit erfahren müssen, welche bittere Konsequenzen sich aus dem Mißlingen einer föderativen Friedensordnung ergeben können. Die österreich-ungarische Monarchie war auch am Scheitern der föderativen Neugliederungspläne zugrunde gegangen. 1994 gedachten wir der Morde von Sarajewo vom Juni 1914, die unmittelbar zum Ausbruch des 1. Weltkrieges geführt hatten. Erzherzog Franz Ferdinand, der den Vielvölkerstaat durch eine Gleichstellung der slawischen Nationen retten wollte, wurde eben deshalb das Opfer serbischer Terroristen.

Daß es im letzten Jahrzehnt nicht gelang, Jugoslawien in eine Föderation gleichberechtigter Teilstaaten zu reformieren, hat zu der gegenwärtigen Tragödie Südslawiens geführt. Dagegen läßt sich feststellen, daß Deutschland aus heutiger Sicht gute Erfahrungen mit dem Föderalismus gemacht hat. Die Kämpfer für eine föderative Gliederung des deutschen Einheitsstaates wurden noch bis vor wenigen Jahrzehnt-

ten verdächtigt, Separatisten zu sein und die deutsche Zentralgewalt ohnmächtig machen zu wollen. Nach 1945 wurde bei der Schaffung des Grundgesetzes letztmals diese Debatte geführt. Seit vielen Jahren aber ist klar, daß die Bundesrepublik Deutschland eine optimale föderative Struktur gefunden hat. Deshalb wurden 1990 sofort im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung die Bundesländer der ehemaligen DDR wiederhergestellt. Deutschland kann in eine föderative Integration Südosteuropas daher eine Fülle von Erfahrungen einbringen.

Nicht ohne Grund wird gegenwärtig von einem Europa der Regionen gesprochen. Zu Recht wird auch die Forderung erhoben, daß die Bürokratie der EU in Brüssel sich nach den Prinzipien der Subsidiarität reformieren müsse. Das bedeutet, daß für die Zuständigkeiten der Regierungsinstanzen und Behörden zu gelten hat: Was die kleinere Einheit regeln kann, darf ihr von den zentralen Stellen nicht entzogen werden, oder: so weit irgend möglich, sind Zuständigkeiten und Entscheidungen nach unten zu verlagern. Die Gebietskörperschaften bauen sich von unten, von den Gemeinden, den Kreisen, den Regionen, den Nationalstaaten nach oben zu den europäischen Instanzen auf.

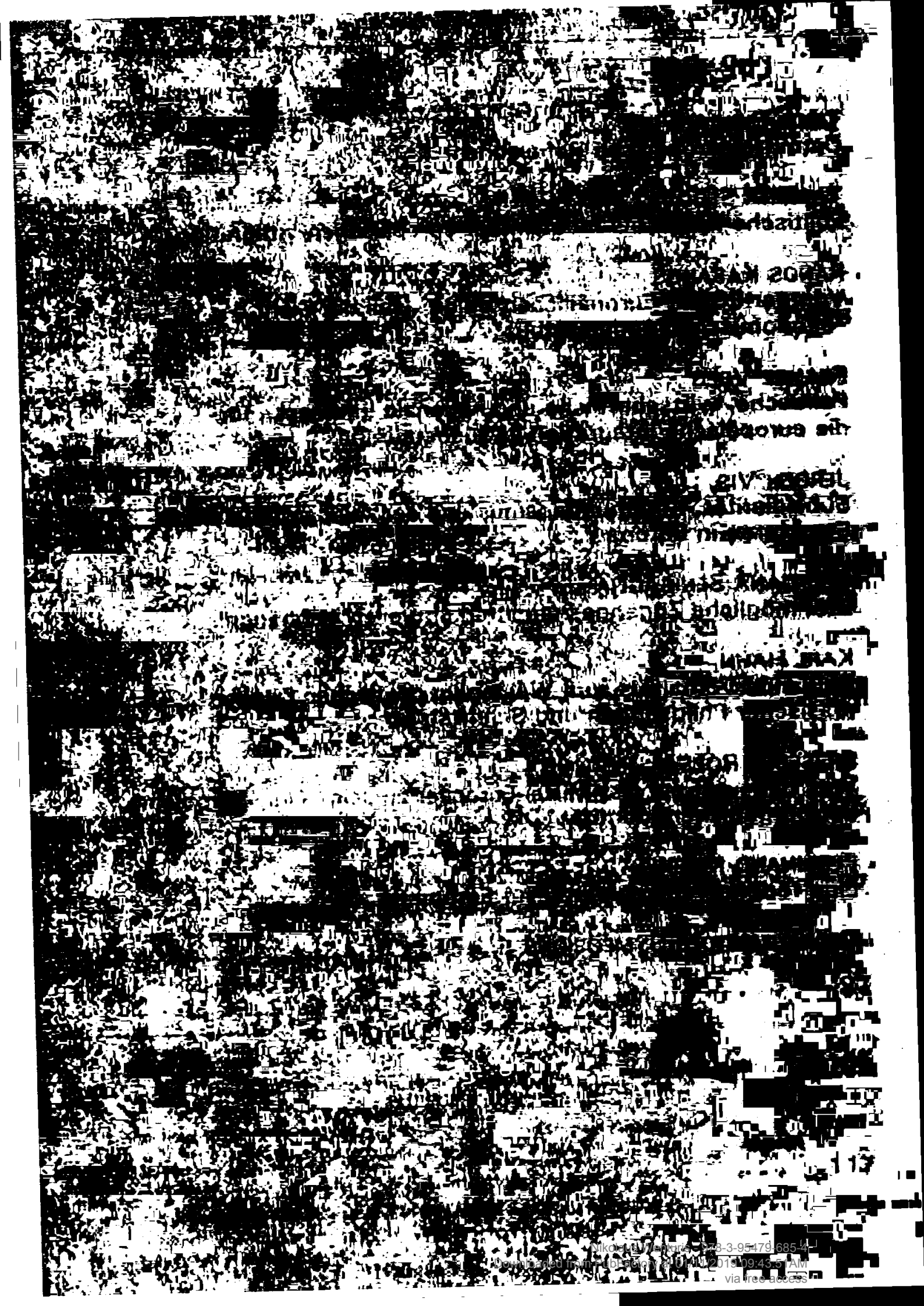
Wir sehen also, das Thema: "Föderalismus und europäische Integration Südosteuropas" ist von höchster Aktualität. Es ist zu begrüßen, daß die Universität Tübingen in einem international hochrangig besetzten Symposium sich mit diesem Fragen beschäftigt. Im Interesse einer friedlichen und erfolgreichen Zukunft Europas ist zu hoffen, daß die Erkenntnisse und Konzeptionen, die hier von ausgewiesenen Fachleuten vorgelegt werden, in der politischen Alltagspraxis auch berücksichtigt werden.

Dr. Walter Althammer
Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft

INHALTSVERZEICHNIS

FRITZ HOPMEIER Die Rolle Baden-Württembergs als deutsches Bundesland in einem Europa der Regionen	13
NIKOLAUS WENTURIS Die Grenzen Europas und die Architektur der Europäischen Politischen Union	23
ANTE PAZANIN Die europäische Föderation als 'Federierung' ihrer eigenen Kräfte	33
MIKELIS ASCHMANIS Eine enge oder lose Integration für Europa?	43
FERENCE L. LENDVAI Der Mitteleuropaplan und Möglichkeiten des Föderalismus in Europa	51
LUBOMÍR NOVY Das Haus "Europa" als Gebäude und als Heim - zum Verhältnis vom Partikularismus und Universalismus	67
PETER L. OESTERREICH Nationaler Pluralismus. Politische Philosophie und die föderale Architektur Europas	75
BARBARA ZEHNPFENNIG Das Subsidiaritätsprinzip - ein Baustein im Gebäude "Europa"?	87
ENDRE KISS Zwischen Funktionalität und Substantialität - Föderalismus in Diskussion und Geschichte	97
KAROL BAL Aus der Tradition des polnischen föderalistischen Denkens	105
CARLOS MELCHES Monarchie und Republik - zwei Modelle für Europa am Beispiel Spaniens - zu Gedanken Ortegas und Unamunos	117

TIBOR PICHLER	
Ostmitteleuropäische Reflexionen	125
TATIANA SEDOVÁ	
Politische Kultur als Problem der Europäischen Integration . .	133
PANOS KASAKOS	
Von der EG zur Europäischen Union - aus der Sicht des "ökonomischen Föderalismus"	139
FRANCE VREG	
Politische, wirtschaftliche und nationale Interessen für die europäische Integration in Südosteuropa	157
JEROEN VIS	
Subsidiarität, Kommunitarismus und der Ausbau föderalerer Strukturen in Europa	171
CRISTIANA SENIGAGLIA	
Drei mögliche Zugänge zum interkulturellen Verständnis . . .	179
KARL HAHN	
Rußlands Verhältnis zum Westen im politischen Denken russischer Philosophen und Schriftsteller	193
ERZSÉBET RÓZSA	
Was bedeutet es, Ost-Mittel-Europäer zu sein? Einige Probleme der bürgerlichen Identität	213
FERDINAND KINSKY	
Eine föderative Architektur für Europa	227
TEILNEHMER DES SYMPOSIONS	233



DR. FRITZ HOPMEIER
Präsident des Landtags von Baden-Württemberg

Die Rolle Baden-Württembergs als deutsches Bundesland in einem Europa der Regionen

Es ist für mich eine große Freude, daß ich heute zur Eröffnung Ihres Symposions zu Ihnen über das Thema "Die Rolle Baden-Württembergs als deutsches Bundesland in einem Europa der Regionen" sprechen darf. Besonders freue ich mich, daß viele Vertreter Mittel- und Osteuropas diesem Symposion beiwohnen. Auch dies sehe ich als ein Zeichen, daß Europa, das lange Zeit in zwei Blöcke gespalten war, nach und nach zusammenwächst. Auch aus diesem Grunde möchte ich mich für die Gelegenheit, zu Ihnen zu sprechen, sehr herzlich bedanken.

Sie haben Ihr Symposion unter das Generalthema "Föderalismus und die Architektur der europäischen Integration" gestellt. Als Parlamentspräsident eines Bundeslandes und als ein von diesem Amt und meiner Abgeordnetentätigkeit geprägter Föderalist möchte ich den Schwerpunkt meiner Ausführungen auf die föderale Komponente des Themas legen und dies natürlich auch unter dem parlamentarischen Blickwinkel.

Daß wir uns überhaupt Gedanken über die tragenden Architekturprinzipien der europäischen Integration derzeit machen, braucht nicht näher belegt zu werden. Angesichts der Tatsache, daß in verschiedenen Ländern Europas sich Tendenzen breitmachen, die europäische Integration in ihrer jetzigen Ausgestaltung durch die Gemeinschaft in Zweifel zu ziehen, insbesondere auch, was die Machtbalance zu den nationalen Mitgliedstaaten angeht, ist die Frage evident. So haben wir festzustellen, daß nach dem Wegfall des kommunistischen Imperiums viele europäische Staaten in ihrem Kurs noch irritiert und unbestimmt sind. Einerseits wird die Notwendigkeit anerkannt, die Integration im Bereich der EG-Mitgliedstaaten zu einer Europäischen Union voranzutreiben - Maastricht steht hier als Stichwort -, andererseits haben wir bedenkliche Desintegrationserscheinungen zu beobachten, die den Prozeß der europäischen Einigung insgesamt in Frage

stellen oder doch erheblich verlangsamten können. Darunter sind beispielsweise viele in Westeuropa, die der Erweiterung der Gemeinschaft das Wort reden und im Grunde meinen, daß sich dadurch die Vertiefung der Integration verlangsamt oder es überhaupt zu keiner Vertiefung kommt.

Wir haben deshalb allen Grund darüber nachzudenken, wie das Europa verfaßt sein muß, damit sich seine Bürger wieder verstärkt hinter diese Idee stellen und den allenthalben zu beobachtenden Desintegrationsbestrebungen eine Absage erteilen. Auf diese Frage will ich zunächst mit einem Zitat antworten, das nicht ein aktiver Politiker, gar ein Landespolitiker formuliert hat, sondern ein angesehenener wissenschaftlicher Betrachter, nämlich Hermann Lübke. Er hat gesagt: "Die Europäische Union wird entweder hochföderal verfaßt sein oder sie kommt überhaupt nicht zustande."

Diese Aussage, mit der ich mich als Parlamentspräsident eines föderalen Gliedstaates natürlich voll identifizieren kann, macht deutlich, daß sich eine bald um Österreich und den skandinavischen Raum erweiterte Gemeinschaft nur dann als funktionsfähig erweisen kann, wenn elementare Strukturprinzipien beachtet werden: dazu zähle ich neben einer Stärkung des parlamentarischen Elements auf allen drei Ebenen - Gemeinschaft oder neuerdings Union, Mitgliedstaaten, Länder und Regionen - die Grundsätze von Föderalismus, Dezentralität und Subsidiarität. Es geht hierbei ganz praktisch gesehen um die Stellung und Rechte der Länder und Regionen in einer Europäischen Union, die auf dem Weg ist, sich eine Verfassung zu geben.

Auf Initiative Baden-Württembergs hat der Bundesrat bereits Ende 1990 postuliert, daß eine nach föderalen Grundsätzen errichtete europäische Union die drei Ebenen, nämlich die europäische, die nationalstaatliche und die regionale Ebene klar unterscheiden müsse und jeder Ebene die ihr gemäßen Aufgaben zu übertragen seien. Nach dieser grundsätzlichen Zuordnung muß auf der europäischen Ebene alles beraten, entschieden und vollzogen werden, was als die Einzelstaaten übergreifende Aufgaben anzusehen ist und von diesen nicht oder nicht ausreichend bewältigt werden kann. Der nationalstaatlichen Ebene ist der Bereich der nationalen Gesetzgebung und Ordnung vorzubehalten. Die Gestaltung der regionalen wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnisse muß hingegen bei den Regionen verbleiben.

Wenn die auf dieses Ziel angelegten Forderungen und Bestrebungen mit dem Schlagwort "Europa der Regionen" auf einen bündigen Nenner gebracht werden, so ist es keineswegs als Kampfbegriff zu verstehen, der auf die Abschaffung der Nationalstaaten zielt und an deren Stelle die Regionen setzen will. Der Begriff soll vielmehr verdeutlichen und umschreiben, daß die Länder und Regionen in einer

Europäischen Union anerkannt sein wollen und ihre spezifischen und daher auf ihrer Ebene wirkungsvollen Handlungsmöglichkeiten rechtlich und faktisch sichern wollen. Um nichts anderes geht es, wenn die Länder und Regionen danach trachten, die Europäische Union nach föderalen Grundsätzen aufzubauen. Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel hat dafür die treffende Formel "Europa muß vom Kopf auf die Füße gestellt werden" verwendet, man kann auch sagen, es muß von unten nach oben gebaut werden.

Dieses Ziel zu erreichen, wird nicht einfach sein. Denn trotz der wachsenden Einsicht in die Notwendigkeit einer starken regionalen Ebene ist nach wie vor die Tendenz zu beobachten, daß die europäische Entwicklung gegenwärtig zu wenig die föderalen Strukturelemente einbezieht und auf eine weitere Stärkung der europäischen Zentralgewalt hinausläuft.

Als Anhänger der europäischen Integration will ich im Rückblick auf die letzten Jahre feststellen, daß der europäische Integrationsprozeß gewaltige Fortschritte gemacht hat. Die ihn kennzeichnende und in meinen Augen notwendige Dynamik hat sich mit der Verwirklichung des Binnenmarktes 1992 und des Vertrags von Maastricht noch einmal ganz erheblich gesteigert. Und Europa wächst nicht nur innerhalb der Europäischen Union (EU) zusammen, sondern über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) werden die EFTA-Staaten mit Ausnahme der Schweiz in den europäischen Binnenmarkt einbezogen. Damit entsteht das weltweit stärkste und geschlossenste Wirtschaftsgebiet.

Es versteht sich, daß der europäische Integrationsprozeß einen enormen Regelungsbedarf erzeugt. So hat beispielsweise die EG-Kommission in ihrem damaligen Weißbuch vorgerechnet, daß der Binnenmarkt 1992 zu seiner Verwirklichung 280 Rechtsetzungsakte notwendig macht. Die enorme Dimension der europäischen Rechtsetzung wird besonders anschaulich aus einer Bemerkung des Präsidenten der EG-Kommission, Jaques Delors, der davon ausgeht, daß etwa 80 % der nationalen Wirtschaftsgesetze auf EG-Rechtsgrundlagen beruhen. Und wenn wir die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden, so geht von Brüssel ein weiterer Regelungsdruck aus, weil eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Währungspolitik der Abstützung europarechtlicher Regelungen bedarf. Nationalstaatliche Gesetze reichen dafür nicht aus. Wenn wir wollen, daß die europäische Integration fortschreitet, müssen wir diese Ausdehnung der EG-Rechtsetzung unbedingt bejahen.

Freilich sind damit - und das ist in das richtige föderale Gleichgewicht zu bringen - Kompetenzverluste der Mitgliedstaaten verbunden, die bei uns in der Bundesrepublik Deutschland neben dem Bund vor allem auch zu Lasten der Länder gehen. Dabei trifft die Schwächung

der unteren Ebene, was ich als Landtagspräsident besonders schmerzlich empfinde, in der politischen Praxis hauptsächlich die Parlamente, weniger die Regierungen. Diese besitzen über den Ministerrat oder die Landesregierung über die Mitwirkung im Bundesrat, der ein Organ des Bundes ist, auch ein Mitspracherecht in Angelegenheiten der Europäischen Union.

Wie der Streit um die Europäische Fernseh-Richtlinie bewußt gemacht hat, beschränkt sich die Europäische Gemeinschaftsordnung auch längst nicht mehr auf nur wirtschaftliche Belange: Fernsehen, Rundfunk, Bildung und Ausbildung, Forschung und Technologie usw. unterliegen mittlerweile ihrem Zugriff, also Bereiche, die in Deutschland originäre Länderzuständigkeiten sind.

Zieht man daraus eine Zwischenbilanz, so fällt diese nach den Worten von Professor Manfred Zuleeg, eines Mitglieds des Europäischen Gerichtshofs, "ziemlich mager für die Länder und Regionen aus". Sie müssen - so sein Fazit - um ihre Kompetenzen bangen, ohne dafür eine vollwertige Mitwirkungsbefugnis einzutauschen, haben aber andererseits der Gemeinschaft an die Hand zu gehen, wenn sie im innerstaatlichen Bereich zuständig sind.

Aufgrund dieser Zentralisierung von Macht in Brüssel ist es kein Wunder, daß wir heute auf der anderen Seite in vielen europäischen Ländern, und nicht nur solchen mit föderalistischem Staatsaufbau, neben dem Willen zu größerer nationaler Selbstbehauptung auch eine Stärkung oder Begründung regionaler Strukturen erleben. Dies gilt sogar für Nationalstaaten mit besonders starker zentralistischer Tradition wie etwa Frankreich.

Angesichts dieser Tendenzen ist es für die Vertreter der Länder und Regionen nachgerade die Aufgabe, für die Verwirklichung föderaler Verfassungsprinzipien in der Europäischen Union einzutreten, damit jede Ebene, auch die dritte Ebene der Länder und Regionen, zu ihrem Recht kommt. Auf diesem Weg zu einem föderal gegliederten Europa hat uns Maastricht ein gutes Stück vorgebracht.

So bin ich trotz der Tatsache, daß auf Betreiben der Briten das Wort Föderalismus im Vertragstext gestrichen wurde, überzeugt, daß in Maastricht der Grundstein für ein föderales Europa gelegt wurde. Immerhin gilt es, sich zu erinnern, daß während 35 Jahren - so lange dauerte es von den Römischen Verträgen bis zum Maastrichter Vertrag die dritte Ebene der Länder und Regionen in den Europäischen Verträgen nicht vorgekommen ist. Ich halte es deshalb für einen eminenten Fortschritt, daß die Anerkennung der Länder und Regionen auf europäischer Ebene in Maastricht gelungen ist.

Was ist nun im einzelnen erreicht worden? Erster Punkt: Künftig wird das Subsidiaritätsprinzip den Maßstab bilden bei der Aufgabenverteilung zwischen der Gemeinschaft und der nationalen und regio-

nenalen Ebene. Die Gemeinschaft wird von nun an die Beweislast tragen müssen, wenn Aufgaben, die bisher von den Nationen oder Ländern wahrgenommen werden, nach Brüssel verlagert werden sollen. Dabei muß gelten, daß Aufgaben, die in den Mitgliedstaaten oder vor allem auf der darunterliegenden Ebene der Länder und Regionen sachgerechter, bürgernäher und besser geregelt werden können, nicht an die EU abgegeben werden.

Es gilt jetzt, wozu die vom Europäischen Rat in Edinburgh beschlossenen Orientierungen zur Anwendung des Subsidiaritätsprinzips ein Ansatz sind, diesen Grundsatz mit praktischem Leben zu erfüllen. Dazu gehört meines Erachtens, daß die Gemeinschaft auf Harmonisierung der nationalen Vorschriften soweit als möglich verzichtet und dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung solcher Vorschriften grundsätzlich den Vorzug gibt. Auf diese Weise kann sich im Wettbewerb der Systeme die beste Lösung durchsetzen.

Die entschlossene Anwendung des Subsidiaritätsprinzips erfordert ebenso eine Überprüfung des vorhandenen Bestands an EG-Rechtsvorschriften. Die Kommission hat dazu jetzt einen Bericht an den Europäischen Rat erstellt, von dem der Landtag über das mit der Landesregierung vereinbarte Beteiligungsverfahren in EG-Angelegenheiten offiziell Kenntnis erhalten hat (BR-Drucksache 950/93). In diesem Bericht hat die Kommission eine Liste der Vorschriften erstellt, die vereinfacht oder aufgehoben werden können. Betroffen sind unter anderem Regelungen auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung, des Gewässerschutzes, des Lebensmittelrechts usw.

So ist zu hoffen, daß die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips der befürchteten Überregulierung entgegenwirkt und für mehr Bürgernähe sorgt.

Zweiter Punkt: Mit der Verankerung eines eigenständigen Ausschusses der Regionen als neuem Gemeinschaftsorgan im Maastrichter Vertrag ist eine Hauptforderung der Länder zumindest teilweise erfüllt worden. Dieser Ausschuß mit seinen 189 Mitgliedern wird durch sein Selbstbefassungsrecht künftig zu allen Fragen regionaler Relevanz Stellung nehmen können.

Enttäuschend ist allerdings, daß der Regionalausschuß auf eine rein beratende Tätigkeit beschränkt worden ist. Bei der nächsten, für 1996 anvisierten Vertragsänderung muß deshalb die Schaffung einer echten Regionalkammer auf der Tagesordnung stehen, die Mitentscheidungsrechte gegenüber dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament erhält.

Baden-Württemberg ist unter den 24 deutschen Vertretern mit zwei Mitgliedern vertreten (wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen und Hessen). Unter der gleichen Zahl von 24 stellvertretenden Mitgliedern ist der Landtag von Baden-Württemberg mit zwei Abgeord-

neten beteiligt, meine Person sowie der Erste stellvertretende Landtagspräsident.

Für mich als Landtagspräsident ist es ganz wichtig, daß bei diesem Mitwirkungsorgan der europäischen Regionen in der EU die parlamentarische Ebene von Anfang an berücksichtigt wird. Ich sehe darin einen Weg, das vielbeklagte parlamentarische Defizit in Europa, das nicht nur auf der Ebene des Europäischen Parlaments besteht, sondern auch auf nationaler und regionaler Ebene, etwas abzumildern.

Der Ausschuß der Regionen wird jetzt voraussichtlich am 15./16. März 1994 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Für seinen Arbeitsbeginn erhoffe ich mir einen "politischen Auftakt" mit deutlichen regionalen Signalen an die Adressen von Europäischem Parlament, Rat und Kommission. Nachdem sich unter den Mitgliedern zahlreiche Regionalpräsidenten befinden, deutscherseits sind es vier Ministerpräsidenten, ist diese Hoffnung nicht ganz unberechtigt.

Dritter Punkt: Nunmehr werden Ländervertreter im Ministerrat teilnehmen können, wenn es dort um Länderkompetenzen wie insbesondere um Fragen der Bildung und Kultur geht. Durch die maßgebliche Unterstützung Belgiens ist diese Öffnungsklausel für die Länder im Vertrag verankert worden.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß Maastricht zwar nicht alle Anliegen der regionalen Seite - wie etwa die Forderung nach einem eigenen Klagerecht der Länder und Regionen - erfüllt, jedoch einen bedeutenden Schritt in die richtige Richtung gebracht hat. Andererseits ist zu sehen, daß mit dem Vertrag von Maastricht auch weitere Kompetenzen der Länder, wie etwa im Bildungsbereich, auf die europäische Ebene übertragen werden. Dies hat die Länder bewogen, ihre Zustimmung zum Vertrag von einer verfassungsrechtlichen Verankerung der innerstaatlichen Mitwirkungsrechte der Länder in EU-Fragen abhängig zu machen. Das Stichwort bildet hier der neue Artikel 23 des Grundgesetzes.

Durch die Aufnahme dieses Europa-Artikels in das Grundgesetz wird zum Ausdruck gebracht, daß das wiedervereinigte Deutschland seine Verankerung in einem vereinten Europa findet. Ergänzt wird der neue Europa-Artikel durch ein Ausführungsgesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Europäischen Union, in dem weitere Einzelheiten geregelt sind. Ich darf kurz die wesentlichen Punkte hervorheben:

1. Künftig wird die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union zwingend an die Zustimmung des Bundesrates gebunden. Nach der bisherigen Rechtslage konnten durch einfaches Gesetz und grundsätzlich ohne Zustimmung des Bundesrates Länderzuständigkeiten auf die Gemeinschaft übertragen werden.

2. Im neuen Europa-Artikel wird ferner die Beteiligung der Länder, genauer gesagt der Länderregierungen, am innerstaatlichen Willensbildungsprozeß verfassungsrechtlich festgeschrieben und ausgebaut. Bislang waren die Mitspracherechte der Länder im Ratifizierungsgesetz zur Einheitlichen Akte aus dem Jahr 1987 einfachgesetzlich festgelegt. Das neue Verfahren sieht eine Bindung der Bundesregierung an die Stellungnahme des Bundesrates vor, entsprechend der innerstaatlichen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern.

3. In Umsetzung der im Maastrichter Vertrag verankerten Öffnungsklausel ist vorgesehen, daß Länderminister in den EU-Ministerrat entsandt werden können, falls dort Angelegenheiten behandelt werden, die innerstaatlich in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder fallen.

4. Als Ausgleich für das angestrebte, aber nicht erreichte Klagerecht der Länder wird jetzt im Ausführungsgesetz zu Artikel 23 GG die Verpflichtung der Bundesregierung verankert, auf Verlangen des Bundesrates Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu erheben. Voraussetzung ist, daß die Länder durch Handlungen der Organe der Europäischen Union in ihren Gesetzgebungsbefugnissen betroffen sind.

Zusammenfassend kann ich festhalten, daß mit dem Vertrag von Maastricht und seiner innerstaatlichen Umsetzung die Stellung der Länder in EU-Fragen erheblich gestärkt wird. Da dies leider nicht in gleicher Weise für die Länderparlamente gilt, sind wir zur Zeit mit der Landesregierung im Gespräch, das bisherige Unterrichtsverfahren in EU-Angelegenheiten fortzuentwickeln und der neuen Situation anzupassen. Es soll dadurch erreicht werden, daß der Landtag, insbesondere vor der Übertragung von Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder an die EU, frühzeitig informiert und beteiligt wird.

Neben dem dargelegten institutionellen und rechtlichen Ausbau zur Stärkung der föderalen Elemente in der Europäischen Union ist es für die Länder und Regionen Europas wichtig, alle Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene auszuschöpfen. Es geht mir mit anderen Worten darum, welchen Beitrag die Länder und Regionen mit ihren eigenen Mitteln zur Gestaltung des Europa der Regionen leisten können.

Um dieses Ziel zu erreichen, genügen nicht schöne Worte, sondern es bedarf dazu einer schlagkräftigen Organisation der europäischen Regionen und einer effizienten regionalen Zusammenarbeit. Diesem Zweck dient der im Jahr 1985 gelungene europaweite Zusammenschluß der Regionen in der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Aus bescheidenen Anfängen - zu den Gründungsmitgliedern zählten ca. 40 Länder und Regionen - hat sich die VRE innerhalb von über acht Jahren zu einer bedeutenden Organisation entwickelt, die heute rund 250 Regionen aus fast allen Ländern Europas repräsentiert,

darunter auch viele Regionen aus den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas.

Das große Interesse der europäischen Regionen an der vom früheren französischen Ministerpräsidenten Edgar Faure gegründeten VRE ist für mich der beste Beweis, daß die Länder und Regionen in dieser Organisation ihr gemeinsames Sprachrohr sehen, das ihre Interessen gegenüber den europäischen Institutionen wirkungsvoll vertritt.

Zu den Erfolgen der VRE in institutioneller Hinsicht gehört es, daß es im Jahre 1988 gelungen ist, in Brüssel den Beirat der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bei der EG-Kommission einzurichten. Der Beirat, der aus 21 regionalen und 21 lokalen Repräsentanten bestand, war ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu dem in Maastricht beschlossenen Regionalausschuß, den ich vorher erwähnt habe.

Andere Fortschritte will ich nur kurz streifen. In der Erkenntnis, daß es vor allen Dingen gilt, die jungen Menschen für die europäische Sache zu gewinnen, hat die VRE als erstes Projekt einen Jugendaustausch - "Tour d'Europe des Jeunes" - begonnen, von dem in den ersten fünf Jahren mehr als 3000 Jugendliche profitiert haben. In den letzten vier Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer bildete die Öffnung nach Osteuropa einen Schwerpunkt für die Versammlung der Regionen.

Baden-Württemberg hat von Anfang an in der VRE mitgearbeitet. Mein Amtsvorgänger Erich Schneider war Gründungsmitglied und langjähriger Vizepräsident der Versammlung. Ihm folgte Ministerpräsident Erwin Teufel, der jetzt Erster Vizepräsident der VRE ist. Neben der Landesregierung ist der Landtag in meiner Person im Hauptorgan der Vereinigung vertreten.

Es versteht sich, daß die deutschen Bundesländer auch außerhalb regionaler Zusammenschlüsse wie der VRE oder etwa der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) in anderer Form konkrete regionale Zusammenarbeit pflegen. Dies gilt insbesondere für Baden-Württemberg, das im Hinblick auf seine besondere geographische Situation als deutsches Grenzland, aber europäische Kernregion eine Vielzahl bilateraler Kontakte mit anderen europäischen Regionen unterhält.

So ist für mich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen benachbarten Regionen verschiedener EU-Mitgliedstaaten, aber insbesondere auch mit Regionen aus nicht der EU angehörigen Staaten, die älteste und am meisten praktizierte Form der interregionalen Zusammenarbeit. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die engen grenzüberschreitenden Kontakte über die Einrichtung zwei- und dreiseitiger Kommissionen im Oberrheingebiet mit den Nachbarn Baden-

Württemberg im Elsaß und in der Schweiz. Ein wichtiges Beispiel bildet auch die Bodenseekonferenz.

Als Landtagspräsident muß ich allerdings anmerken, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit lange Zeit nur auf den Bereich der Exekutive beschränkt blieb. Der Landtag von Baden-Württemberg hat deshalb die Initiative ergriffen, um auch auf parlamentarischer Ebene direkte grenzüberschreitende Kontakte herzustellen. So ist es beispielsweise gelungen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Regionalrats des Elsaß und des Landtags von Baden-Württemberg einzurichten.

Auch im Bodenseeraum sind wir dabei, die parlamentarische Zusammenarbeit zu intensivieren. Ende März findet zu diesem Zweck die nächste Konferenz der Parlamentspräsidenten der an den Bodensee angrenzenden Bundesländer und Kantone statt.

Neben diesen grenzüberschreitenden Kontakten gibt es ferner eine Vielzahl bilateraler Beziehungen mit befreundeten ausländischen Regionen. Sie bestehen sowohl auf Regierungsebene wie auf der Ebene des Parlaments. So hat etwa der Landtag von Baden-Württemberg seit vielen Jahren eine ganze Reihe von Verbindungen zu benachbarten oder befreundeten Regionen geknüpft. Das Elsaß habe ich schon erwähnt. Es gibt ferner enge Kontakte mit Schweizer Kantonen (Basel-Landschaft und St. Gallen), mit dem österreichischen Vorarlberg, mit Südtirol, Trient und Friaul/Julisch-Venetien in Italien, mit Languedoc-Roussillon in Südfrankreich, mit Wales in Großbritannien und mit Oulu in Finnland. Durch regelmäßige Besuche und Gegenbesuche wird ein intensiver Informations- und Meinungsaustausch über konkrete Sachfragen wie beispielsweise Müllentsorgung, Verkehrsfragen, Bildungswesen, Wirtschaftsförderung usw. gepflegt. Dabei liegt der Sinn solcher Begegnungen auf parlamentarischer Ebene insbesondere auch darin, die auf Regierungsseite vereinbarten und geplanten Projekte und Maßnahmen kritisch zu begleiten und zu unterstützen und darüber hinaus weitere Anstöße zu geben.

Eine besonders intensive Form regionaler Zusammenarbeit stellt die im Jahre 1988 von den Regierungen gegründete Arbeitsgemeinschaft der "Vier Motoren für Europa" dar. Ihr gehören Katalonien, die Lombardei, Rhône-Alpes und Baden-Württemberg an. Assoziiert mit dieser Arbeitsgemeinschaft ist die kanadische Provinz Ontario, ferner gibt es in einzelnen Bereichen eine Zusammenarbeit mit Wales. Die sog. "Vier Motoren" verstehen ihre Zusammenarbeit als spezifischen Beitrag zur europäischen Integration und zur Realisierung des Gedankens eines Europas der Regionen. Ihr Ziel sind ferner Synergieeffekte durch einen intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie gemeinsame Projekte, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Umweltschutz usw., wobei die vorhan-

denen personellen und finanziellen Ressourcen optimal genutzt werden sollen.

Wir versuchen auf seiten des Landtags, entsprechend zu den Regierungskontakten die Beziehungen zu den Parlamenten der anderen Partnerregionen der Arbeitsgemeinschaft zu intensivieren, damit entsprechend dem von mir dargelegten Ziel solcher parlamentarischen Begegnungen die von der Arbeitsgemeinschaft eingeleiteten Vorhaben die notwendige parlamentarische Unterstützung - wie etwa durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln - finden. Ein erstes Treffen der Parlamentspräsidenten der vier Partnerregionen hat Mitte Oktober 1993 stattgefunden, das nächste ist für die Jahresmitte geplant.

Insgesamt zeigt sich für mich, daß das Europa der Regionen inzwischen durch vielfältige Aktivitäten zur politischen Realität gehört. Das immer dichter werdende Netz der Zusammenarbeit, welches die Länder und Regionen auf ihrer Ebene knüpfen, fördert die europäische Integration von unten her und macht sie für unsere Bürger begreifbarer, erlebbarer und akzeptierbarer. Die regionale Zusammenarbeit trägt ferner dazu bei, ein gemeinsames europäisches Bewußtsein zu schaffen und wirkt damit Spannungen entgegen, die Nationalismus und Separatismus erzeugen.

Wollen wir Europa von unten her bauen, können wir nach meiner Überzeugung freilich nicht auf die Stärkung des parlamentarischen Elements verzichten. Denn wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, daß bisher die europäische Integration auf der einen Seite zu einer wachsenden Bürokratisierung geführt hat, auf der anderen Seite aber vor allem die Stellung des Europäischen Parlaments nicht ausreichend gestärkt wurde. Auch nach Maastricht bleibt das Demokratiedefizit in der Gemeinschaft bestehen.

Wir können bürokratischem Mißbrauch und Wildwuchs jedoch nur wirksam begegnen, wenn auf allen drei Ebenen - Gemeinschaft, Mitgliedstaaten, Länder und Regionen - die Parlamente ihre Funktionen wirksam erfüllen können. Als Repräsentant eines Landesparlaments ziehe ich daraus den Schluß, daß die Landes- und Regionalparlamente unbedingt in die künftigen regionalen Strukturen einbezogen werden müssen. Diesem Ziel sehen sich der Landtag und ich als sein Präsident verpflichtet.

NIKOLAUS WENTURIS

Die Grenzen Europas und die Architektur der Europäischen Politischen Union

Zweifelsohne kann es auf die Frage nach dem neuen Europa, auf die Frage nach den Grundgedanken bei der europäischen Integration, keine einfache Antwort geben. Wer die intellektuellen Dispute und die teilweise sich widersprechenden Integrationsbemühungen aufmerksam verfolgt, dem kann nicht entgangen sein, daß dringende Orientierungshinweise zu dieser Fragestellung benötigt werden, richtet sich der Blick vornehmlich auf die geistigen, kulturellen und politischen Inhalte, auf die grundlegenden Triebkräfte und Hindernisse, die den architektonischen Entwurf einer europäischen politischen Union beeinflussen. Deshalb werden heute viel häufiger die Fundamente des post-kommunistischen europäischen Domizils inspiziert und dabei gewichtige und tiefgründige Fragen gestellt: Was ist die Idee und die Kultur, was ist das Bild und wo die Grenzen, was ist das politische Ziel und die politischen Ordnungsprinzipien Europas? Gilt heute noch der Hinweis von Heinrich Mann, wonach "das übernationale Gemeinschaftsgefühl der Europäer eine reine Erfindung der Dichter" sei, "die nur von jenen aufrechterhalten und bewahrt wird"¹? Oder trifft jener Ausruf Dolf Sternbergers zu, nach dem es "eine Idee, die Europa heißt, gar nicht gibt"²? Oder könnte die Einheit Europas doch "ein Traum von wenigen, die eine Hoffnung für viele wurde und deshalb eine Notwendigkeit für uns alle"³ sein, wie Konrad Adenauer im Jahre 1954 bemerkte? Oder spiegelt die epigrammatische Definition von Karl Jaspers die europäische Realität wider, wonach "Europa die Bibel und die Antike"⁴ sei?

¹ Zitiert in: EG-Magazin, Heft 8, Bonn 1983, S. II.

² Vgl. Sternberger, D., Komponenten der geistigen Gestalt Europas, in: Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken, 34. Jg., Baden-Baden 1980, S. 237.

³ Zitiert in: Süddeutsche Zeitung vom 16.10.93, S.4.

⁴ Vgl. Jaspers, K., Vom europäischen Geist, München 1947, S. 9.

Viel zu oft wird argumentiert, daß die europäische Identität die Herkunft Europas aus gemeinsamer Geschichte sei⁵. Das heißt, daß das Herkunftsbewußtsein als konstituierendes Element von Identität angesehen werden kann, weil die europäische Gegenwartskultur eine von historischem Bewußtsein geprägte Kultur ist. Zugleich signalisiert die affektive Zuwendung der Europäer zu ihrer Geschichte in den letzten Jahren die destabilisierenden Auswirkungen des heutigen Wandels, der im historischen Bewußtsein den Vertrautheitsschwund der Gegenwart kompensieren möchte⁶. Es wird ebenfalls häufig argumentiert, daß die europäische Identität sich auch aus der Erfahrung der Gegenwart konstituiert, und daß sich die 'westeuropäische Festung', d.h. expressis verbis die Abschottung Westeuropas vom nord-, ost-, mittel- und südosteuropäischen Raum, nur begrenzte Zeit durchhalten läßt⁷. Für die Vertreter einer Argumentation, die sich vom Denken in historischen Dimensionen losgelöst hat, kann das Lernziel in Europa nach dem Abbau der Mauern nicht anders lauten als: Einübung in eine vergessene Tradition, Einübung in das lange vernachlässigte, europäische Denken⁸.

Mit dem Zielprojekt einer politischen Union als dem Telos der europäischen Ordnungsstruktur werden Hoffnungshorizonte, Untergangsvisionen und beschwörende Appelle vermischt und zu einer bizzaren europäischen Wirklichkeit verwoben. Der Grund hierfür liegt möglicherweise in dem Umstand, daß die Europäer in der Regel eine Vorliebe für die pathetischen Klänge großer Formulierungen verraten, so daß Europa stets weihevoll Girlanden für das Selbstbildnis finden konnte: Europa als universeller Kunstspender, Europa als nie versiegender Ideenborn, Europa als anthropozentrisches Schatzhaus der Ideale. Dieser Pathos, dieser rhetorische Schmuck, wird zudem durch die spartanische und deshalb auch anspruchlose Sachlichkeit in der Kon-

⁵ Vgl. Löwenthal, R., Die Gemeinsamkeiten des geteilten Europas, in: Weidenfeld, W. (Hrsg.), Die Identität Europas, München-Wien 1985; Bondy, F., Selbstbesinnung, Selbstbestimmung: Kultur und Integration, in: Weidenfeld, W., Die Identität Europas, a.a.O.

⁶ Vgl. Weidenfeld, W., Einführung, in: Derselbe, Die Identität Europas, a.a.O., S.10.

⁷ Vgl. Frei, D., Integrationsprozesse, in: Weidenfeld, W., Die Identität Europas, a.a.O., S. 113 ff.; Rován, J., Nation und Europa, in: Weidenfeld, a.a.O., S.219 ff.; Kohlhase, N., Strategien der Europapolitik, in: Weidenfeld, a.a.O., S. 255 ff.

⁸ Vgl. hierzu u.a. Jaspers, K., Drei Gründer des Philosophierens. Plato - Augustin - Kant, München 1957; Clagett, M./Post, G./Reynolds, R. (eds.), Twelfth-Century Europe and the Foundations of Modern Society, Madison 1966²; Tarn, W., Hellenistic Civilization, London 1959³.

struktion einer 'Einheit in der Vielfalt' ergänzt, da diese emotional vordergründig entlastende, pauschale Erklärung immer wieder über Einwände und Widersprüche hinweghelfen kann. Trotz der erworbenen Salonfähigkeit konnte diese neu erfundene, aber schwermütig gebliebene Dialektik dennoch keinen Erkenntnisfortschritt hervorbringen, weil sie brauchbare und pragmatische Antworten auf eminent wichtige, die Europäische Union betreffende Fragen bis heute schuldig geblieben ist. Denn nach dem neuen europäischen Umbruch und vor allem nach der Beseitigung der Trennung Europas sollte nicht nach geographischen Grenzen, sondern nur nach der geistigen, kulturellen und verfassungspolitischen Gestalt Europas gefragt werden.

Die mit dem eingetretenen ordnungspolitischen Wandel aufgelösten, herkömmlichen Interpretationsmuster haben zur Folge, daß ein dringender Bedarf der Europäer an einer neuen ideologieträchtigen Konzeption, an neuen europapolitischen Strukturen und an zeitgemäßen wertpolitischen Orientierungspunkten entstanden ist, weil sowohl die Ordnungsrahmen für die eingehenden Informationen als auch das Instrument zur Lokalisierung sozialer Objekte verwischt wurden. Deshalb können Identitätsdefekte zu individuellen und/oder kollektiven pathologischen sozialen Prozessen führen, die in der Form eines aggressiven oder auch verkappten Nationalismus nicht nur den politischen Einigungsprozeß in Europa, sondern auch die vorherrschenden liberaldemokratischen Grundlagen der europäischen politischen Kultur zerstören können. Diese Gefahr kann überdies durch den Umstand potenziert werden, daß im post-kommunistischen Zeitalter besonders hohe Anforderungen an die orientierungstiftenden nationalen und/ oder transnationalen Institutionen gestellt werden, so daß auch die individuellen und/oder kollektiven Identifikationsmöglichkeiten bei zunehmender Mobilität, Pluralität und Differenzierung irgendwann an ihre Grenzen stoßen. Angesichts dieses strukturellen Wandlungsprozesses in den europäischen Gesellschaften ist es mehr als verständlich, daß gerade der Topos 'Europa' mit besonderem Nachdruck erneut zum identitätsstiftenden Bezugssystem erhoben wird.

Das Europa, dessen gemeinsame Identität wir seit dem Zerfall eines der politisch und ideologisch getrennten Lager stärker empfinden als zu früheren Zeiten, ist kein Naturprodukt der Geographie. Die gemeinsame europäische Identität ist vielmehr das Resultat einer kulturellen Entwicklung von der Antike bis heute. Diese Gemeinsamkeit Europas umfaßt aber keineswegs nur das sogenannte Westeuropa, sondern es impliziert auch die nordeuropäische, mitteleuropäische, südeuropäische und osteuropäische Region des Kontinents. Aus diesem kultur-historisch definierten Europa sind die Grundzüge der modernen Welt mit ihrer institutionellen Vielfalt und ihrer zunehmenden Dynamik, mit ihren wissenschaftlichen und technischen Leistungen, mit ihrer Nei-

gung zur utopischen Selbstüberhebung und den ihr entspringenden Gefahren entstanden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind die alten, ideologisch geprägten Zuordnungs- und Zugehörigkeitssymbole obsolet geworden. Die Hoffnung auf eine nunmehr greifbar gewordene Einheit Europas wird mit der nicht zu unterschätzenden Gefahr konfrontiert, durch die historische Amnesie von Journalisten, Historikern, kirchlichen Würdenträgern und Politikern begraben zu werden, die - vom eigenen intellektuellen Pathos entzückt - in der Erfindung der Vergangenheit eine abermalige ideologische Trennung Europas zu konzeptualisieren versuchen; denn im post-kommunistischen Europa und allen voran im wiedervereinigten Deutschland glaubt man heute zu wissen, daß die europäische Geschichte neu erfunden und geschrieben werden müsse, um die diplomatisch elegant getarnten nationalen Interessen und Zielsetzungen durch die Rekrutierung des 'Wissenschaftlichkeit' vortäuschenden Historizismus zusätzlich ideologisch zu legitimieren.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Abschied von dem klassischen Ost-West-Gegensatz als Folge des Kalten Krieges sind emotionsträchtige Ersatz-Feindbilder salonfähig geworden. Als Konstrukteure und Verteiler dieser neuen Stigmatisierungs- und Dämonisierungskampagne fungieren (wie so oft in der Vergangenheit) Print- und Massenmedien, Journalisten und Wissenschaftler, Politiker und Kleriker aus den sogenannten rational-aufgeklärten Regionen des europäischen und amerikanischen Kontinents, die überraschenderweise mit wiederholtem Nachdruck verkünden, die Ursache des sowjetischen und jugoslawischen Übels u.a. in der Orthodoxie gefunden zu haben⁹. Ob die zunehmende Verbreitung dieser Ideologie jene Finalität im europäischen Integrationsprozeß langfristig gefährden kann, die auf die Überwindung der Nationalstaaten zugunsten einer föderalen europäischen Union abzielt, kann weiterhin kontrovers diskutiert werden; daß diese post-kommunistische Ideologie eine neue Form des Rassismus darstellt und daß sie deshalb weder durch wissenschaftliche Diskurse noch durch die Informationspolitik demokratischer Print- und Massenmedien reproduziert werden dürfte, müßte in jenen europäi-

⁹ Vgl. hierzu den Vortrag des Direktors des Max-Planck-Institutes für europäische Rechtsgeschichte und Frankfurter Universitätsprofessors Michael Stolleis, den er im Rahmen der Siemens-Stiftung in München gehalten hat und der auszugsweise in der Süddeutschen Zeitung vom 6./7.2.1993 (S. 10) abgedruckt wurde. Weiterhin vgl. Huntington, S., *The Clash of Civilization?*, in: *Foreign Affairs*, Summer 1993; außerdem vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25.1.1994 ("Kirchenhistoriker warnt Orthodoxe") S.2; *Le Monde - débats* vom 8.4.1994 ("Punir Milosevic") oder vom 7.5.94 ("L'Europe sans le Sud") S.1 sowie die seit zwei Jahren sprunghaft angestiegenen, stark ideologisch gefärbten Publikationen in den französischen, britischen, deutschen und US-amerikanischen Printmedien.

schen und amerikanischen Kreisen, die die Demokratie und ihre Feinde ernst nehmen, eigentlich unbestritten sein.

Denn in einer liberal-demokratisch präformierten politischen Kultur sollte die Tatsache einsichtig sein, daß jeder verspätete Versuch, die Weber'sche 'protestantische Ethik' durch die Implikation des Katholizismus zu erweitern sowie die Errichtung des Rechtsstaates und der Demokratie in der westlichen Welt ausschließlich mit diesen beiden christlichen Gemeinschaften zu verbinden, nicht nur wissenschaftlicher Unsinn ist, sondern auch in höchstem Maße ideologischer Obskurantismus, weil u.a. das Faktum verschwiegen bzw. verdrängt wird, daß z.B. das Übel des Faschismus in vorwiegend katholischen Ländern gewütet hat und daß der menschenverachtende Imperialismus in den vornehmlich kalvinistisch-protestantischen Ländern entsprungen ist; dennoch ist bis heute kein seriöser Wissenschaftler, Journalist, Politiker oder Kleriker auf die Idee gekommen, diese beiden Abarten des menschlichen Geistes und der westeuropäischen politischen Kultur mit diesen Konfessionen im Zusammenhang zu bringen. Der Grund dafür liegt vor allem in dem Umstand, daß die Wiederbelebungsversuche des europäischen Historizismus sowie die subtile Verbreitung der neo-rassistischen Ideologie und deren Instrumentarisierung im Dienste der Verfolgung nationaler und/oder verkappt nationalistischer Interessen stehen, die u.a. das Ziel haben, eine Neu-Ordnung Europas im Sinne eines modifizierten und der Moderne angepaßten Geistes aus der Zeit des 'Wiener Kongresses' zu gestalten.

Bei dieser reaktionär-restaurativen 'Europa-Semantik' handelt es sich konkret um das politische Szenario eines interdisziplinären, ultrakonservativen Kreises ideologischer Messianisten, der mit Hilfe eines cäsaro-papistischen Manierismus die künftige architektonische Struktur des 'Europäischen Hauses' auf den "Fundamenten der west-römischen Kirche"¹⁰ errichten will, indem sie den europäischen Neubau mittels eines ausgegrabenen und restaurierten Konfessionalismus an einen historisch-romantischen Idealismus anzubinden versuchen. Nach diesem Konzept soll eine neue, aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien bestehende "Pentarchie ... die Architektur des Europäischen Hauses"¹¹ bestimmen, aus dem nicht nur die Türkei wegen des Islams, sondern auch Zypern, Rumänien, Bulgarien sowie Rußland, Weißrußland und die Ukraine wegen der dort vorherrschenden orthodoxen Kirche auszuschließen seien¹², um dadurch die Grenzen des künftigen Europas eindeutig und unmißverständlich

¹⁰ Vgl. den Vortrag von Stolleis, M., in: Süddeutsche Zeitung, a.a.O.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

innerhalb des Einflußbereichs "des römischen Rechtsdenkens einschließlich des Kirchenrechts, aber auch anderer bedeutender Kulturleistungen der west-römischen Kirche"¹³ festzusetzen.

Im Duktus eines aus der Mottenkiste der Geschichte geholten Gramsci'schen Kultur-Chauvinismus wird ein architektonisch separates Gebäude innerhalb des soeben befreiten Europas sophisticated errichtet, mit dem angeblich normativ begründeten Ziel, bestimmte gemeinsame zivilisatorische und kulturell-historische Erfahrungen stilvoll miteinander zu integrieren, um sie sodann, mit dem alten politischen Kampfbegriff 'Abendland' definiert, für die jeweiligen national-politischen Interessen zu instrumentarisieren. Abendland, d.h. das 'Abendländische', soll der neuen, ideologisch bedingten Spaltung Europas die dazu benötigte mentale Legitimation liefern und eine affektive regionale Identifikation ermöglichen. Mit den sich immer wieder bewährenden obskurantistischen Vorgehensmustern und mit bemerkenswerter Beharrlichkeit wird dabei völlig ignoriert, daß der Begriff 'Westeuropa' durch die im Rahmen dieser neuen Ideologie künstlich erstellten Definitionsmerkmale eines europäischen Abendlandes geradezu entleert wird - eines europäischen Abendlandes nämlich, das sich ausschließlich durch die gemeinsamen Erfahrungen aus dem lateinischen Christentum, der Renaissance, der Reformation, dem Absolutismus, der Aufklärung, der bürgerlichen und der industriellen Revolution konstituieren soll¹⁴.

Die Fragen jedoch, ob Europa ein Kontinent ist, der durch seine Geschichte für immer zweigeteilt sein müsse, und ob aus historischen und kulturellen Gründen eine Einigung Europas deshalb nur dort möglich sei, wo sie schon während des ideologischen Ost-West-Gegensatzes weit vorangeschritten war, in Westeuropa also, lassen sich außerhalb einer ideologischen Betrachtungsweise nicht beantworten. Trotzdem ist gerade in Deutschland eine Diskussion darüber entstanden, die ehrgeizig an große Namen und Gegensätze anknüpft. Es gäbe, heißt es, ein vom west-römischen Reich geprägtes Europa, das lateinischen Wesens sei, überwiegend katholisch und seit jeher der Hort frei-

¹³ Ebenda.

¹⁴ Zu den Apologeten des neuen ideologischen Obskurantismus in Deutschland gehören (ähnlich wie in Frankreich, Großbritannien oder in den USA) auch Sozialwissenschaftler, die allzu leicht den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt durch die 'neo-rassistische' Ideologie eines Kultur-Chauvinismus ersetzen. Vgl. hierzu u.a. Weidenfeld, W. (Hrsg.), *Die Identität Europas*, a.a.O., S.16 ff., und passim; Axt, H.-J., *Die Befreiung der Kulturen. Europas Kulturkreise nach dem "Ende der Systeme"*, in: *Südosteuropa Mitteilungen*, 33. Jg., Heft 1, München 1993.

heitlicher Zivilisation¹⁵. Und es gäbe die Hinterlassenschaft Ost-Roms, den von der byzantinischen Kultur, vom griechisch-orthodoxen Christentum beherrschten Raum, der - wenn überhaupt - ganz andere Begriffe von Recht, Sittlichkeit und Freiheit hervorgebracht habe. Hier wird erneut der empirische Beweis erbracht, wie nach altbewährten Denkstrukturen - aber auch nach bester ideologischer Eindimensionalität und mit Hilfe der historischen Verfälschung - noch in der Gegenwart Grenzen erst erdacht und schließlich auch errichtet werden. Die kultur-chauvinistische und national-konservative Feder der vereinigten deutschen Geschichtsschreibung läßt beispielsweise die neuen Grenzen Europas mitten durch den Balkan verlaufen, mit der Begründung, man könne heute ja sehen, wie Kroaten und Serben dieseits und jenseits der uralten Grenze, d.h. jenes Limes, der die geographische Ausdehnung West-Roms markierte, miteinander umgehen. Das ist gegenwärtig eines der ideologie-trächtigen Argumente¹⁶.

Wie willfährig derartige, ideologisch gefärbte Argumente sind und welchen erkenntnisbezogenen Stellenwert sie besitzen, wird besonders deutlich, wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß noch vor 50 Jahren mit demselben Pathos die Unvereinbarkeit von welscher und germanischer Kultur behauptet wurde. Was damals Unfug war, ist auf andere Gegenden Europas übertragen auch heute noch blanker Unsinn. Der Verdacht liegt deshalb nahe, daß die neue Beschwörung des alten Gegensatzes Rom - Byzanz sowie die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen, eine neue 'Auflage' der Glaubenskriege vorzubereiten, eine kultur-historisch verbrämte Strategie zur Sicherung eines Wirtschaftsraumes verfolgt, dem die meisten Westeuropäer einige Jahrzehnte bequemen Wohlstands verdanken. Zumindest diese Bequemlichkeit ist jetzt gefährdet, und Westeuropa beginnt, sich mit hochtrabenden Worten und Geschichtsklitterung erneut von den eigenen Traditionen abzuschotten. Im Interesse der Europäischen Union wird es dennoch weiterhin töricht bleiben, den europäischen Einigungsprozeß so zu betreiben, daß neben den sich stets reproduzierenden nationalen Egoismen auch noch ein engstirniger europäischer Kon-

¹⁵ Vgl. hierzu u.a. Ratzinger, J., Europa - verpflichtendes Erbe für die Christen, in: König, F./Rahner, K., Europa. Horizonte der Hoffnung, Graz 1983, S. 61 ff.; Kamlah, W., Christentum und Geschichtlichkeit, Stuttgart 1951.

¹⁶ Vgl. darüber Axt, H.-J., Kampf der Kulturen? Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Europäische Rundschau, Nr. 1, Wien 1994, S. 95 ff.; Koydl, W., Gehört Griechenland zu Europa?, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.7.93, S. 4; Willms, J., Alte Frontlinien, neue Bruchstellen. Auf der Suche nach einem neuen Begriff für einen alten Kontinent, in: Süddeutsche Zeitung vom 6.-7.2.93, S. 13.

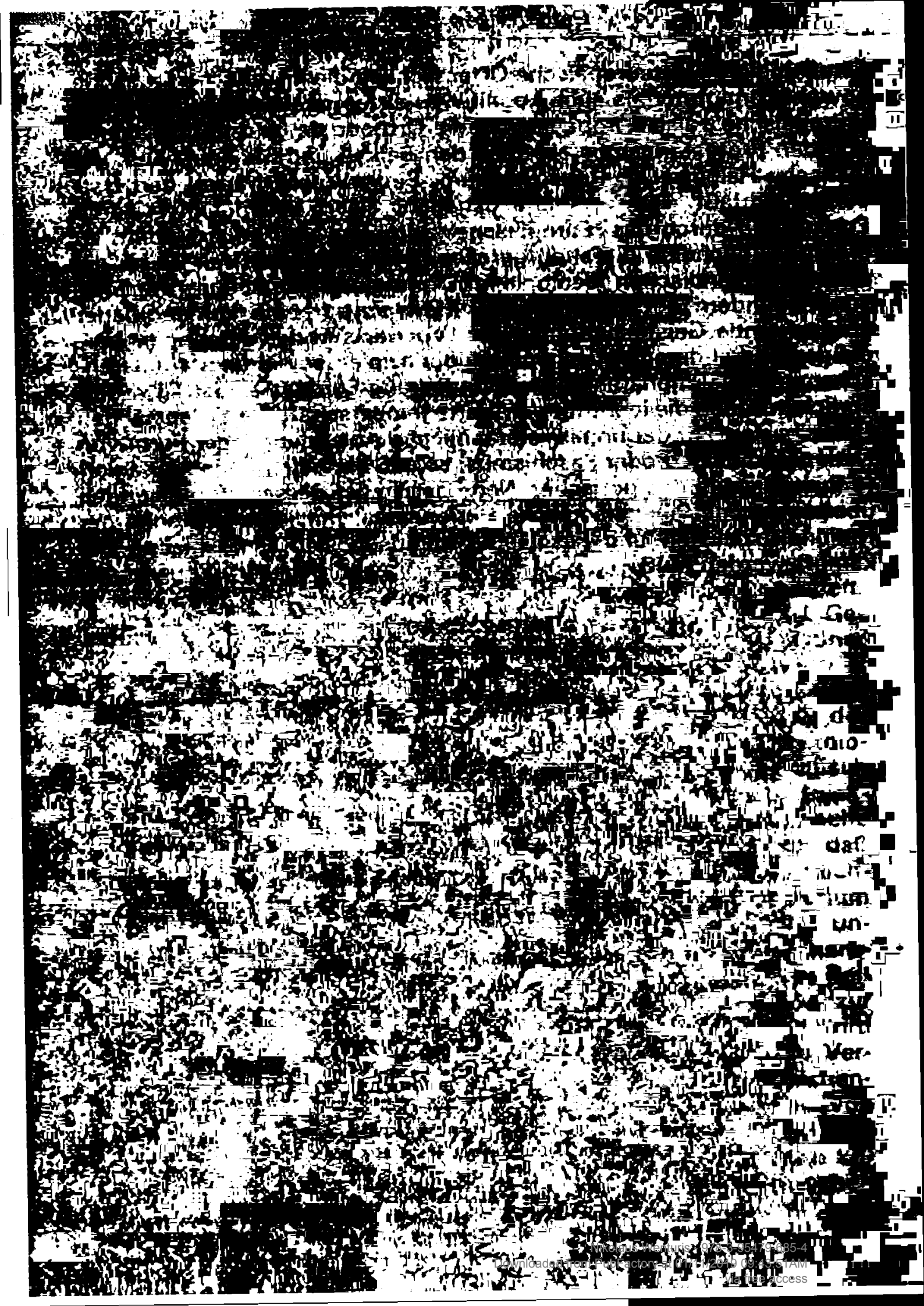
tinentalismus und eine kurzsichtige, auf Abgrenzung eines halben Kontinents bedachte Mentalität treten kann.

Die unglückliche Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert - mit den katastrophalen Folgen im 20. - zeigt eindeutig, daß es immer zu verheerenden Resultaten geführt hat, wenn Ideologie (glänzend vertreten durch die preußisch-deutschen Historiker) die kulturelle Legitimation der Einheit in einem von wirtschaftlichen Gesichtspunkten her bestimmten Verbund schaffen will. Und genau das geschieht in der gegenwärtigen Europa-Diskussion, wenn plötzlich die angebliche Besonderheit eines west-römisch, lateinisch geprägten Europas den Maßstab für das realpolitisch sanktionierte Vereinigungsstreben abgeben soll. Ein Europa aber, das diesen Namen verdient, ist unteilbar. Es ist im Osten wie im Westen auch und vor allem durch die Ideen und die Begriffe der antiken Ordnung griechisch geprägt, an welche Renaissance und Humanismus im Westen wie im Osten immer wieder anknüpfen konnten; denn der universelle Geist des Griechentums stellt jenseits jeder Romantik dennoch die geistig-kulturelle Wurzel Europas dar, weil in ihm sich Latinität und Islam, die Romanier und die Ostkirche begegnen. Bei den künftigen Politiken in und von Europa kann es sich deshalb nicht um neue Gegensätze handeln, sondern vielmehr darum, mit dem ungewohnt Gewordenen wieder vertraut zu werden.

Solange Historiographie keine Selbstverständlichkeit ist und Geschichte kein bloßes Datum bedeutet, hat das geistige Substrat einer offenen europäischen Gemeinschaft die infinite Aufgabe, die seit der klassischen Epoche unvollendet gebliebene Aufklärung voranzutreiben, um die zeitgenössisch betriebene Amputation in der Darstellung der historischen Entwicklung Europas und die daraus entstehende Doxologie des lateinischen Mittelalters zu beenden, so daß diese ideologisch geprägte Interpretation des 'Europäischen' durch die historische Objektivität des Faktischen korrigiert wird. Denn erst durch die utopische Rekonstruktion einer 'abendländischen Einfriedung' wird deutlich, daß die aus national-politischen, national-ökonomischen und kirchlich-klerikalen Zweckmäßigkeiten erwachsende Ideologie des 'Imperium Europeum' (im Sinne eines römisch-katholischen Abendlandes) uneingeschränkt im Dienste des Wiederbelebungsversuches einer 'karolingischen Internationale' auf der Basis des 'Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation' steht. Und nur als Lösungsalternative zur Sicherung einer kulturellen sowie einer politischen Hegemonie wird gelegentlich (jedoch immer nach aktueller politischer Rason) der Versuch unternommen, das deutsch-französische Europa und zwischen-durch auch das Modell 'Latinité' und 'Gallikanismus' im Sinne von 'translatio imperii ad Gallos' anzubieten.

Wenn man die Grundgedanken einer Europäischen Integration kritisch erörtert, ist es deshalb höchste Zeit, daß die westeuropäischen

Eliten und die westeuropäische Öffentlichkeit die historische Tatsache sowohl konnotativ als auch kognitiv zu akzeptieren beginnt, daß das 'Europäische', also Europa sowohl die Orthodoxie, den Katholizismus und den Protestantismus als auch den Balkan und Skandinavien, die Iberische Halbinsel und das Baltikum, Süd-, West-, Mittel- und Osteuropa umfaßt. Die Versuche dagegen, einen neuen Limes durch Europa und durch das 'Europäische' zu ziehen und neue Mauern zu errichten (nachdem die alten gefallen sind), sind nicht nur Ausdruck einer abendländischen Ideologie im Sinne eines 'Werkzeugs der Erlösung', sondern auch zugleich der Hinweis auf eine immer wieder aufflackernde Geisteshaltung eines 'Vorwärts in die Vergangenheit', die den liberal-demokratischen Grundprinzipien sowie dem aufklärerischen und evolutionären Entwicklungsdrang Europas eindeutig widersprechen. Denn die Identität der Wertegemeinschaft der Europäischen Union basiert auf der unmißverständlichen Ablehnung jeder Form von Nationalismus und/oder Faschismus, so daß der neuerdings propagierte Europäismus des gotischen Neo-Rassismus, dessen Vorstellungen über eine neue 'abendländische Herrenrasse' mit jenen Visionen der Nationalsozialisten und Faschisten identisch sind, entschieden bekämpft werden muß.



ANTE PAZANIN

Die europäische Föderation als 'Federierung' ihrer Kräfte und Besonderheiten

Um die europäische Föderation zu verstehen, muß zunächst Europa und die europäische Kultur angemessen verstanden und bestimmt werden. Meinen wir darunter einen Kontinent oder eine Region, die wieder ihre Teile und Unterregionen haben oder verstehen wir darunter zunächst die europäische Kultur, die sich auf den griechisch-römisch-christlichen und dann neuzeitlichen Grundlagen und Formen des Lebens ausgebildet hat? Das moderne Europa ist nämlich aus dem christlichen Mittelalter, wie dieses wiederum aus der antiken griechischen und römischen Kulturwelt, entstanden. Aus diesen historischen Gründen kann und muß daher auch die moderne europäische Staatengemeinschaft verstanden und der angemessene Weg zu einem möglichen gemeinschaftlichen "Staat" der europäischen Völker gebahnt werden. Die Verwirklichung eines solchen Staates auf der Ebene der gegenwärtigen Weltgeschichte muß allerdings nicht nur historisch erklärt und begründet, sondern auch rechtlich, ethisch, politisch und weltgeschichtlich gerechtfertigt werden. Grundsätzlich stellt sich daher die Frage: Wie kann sich aus dem heutigen Pluralismus der nationalen Staaten eine Union der freien Völker und ihrer Kulturen als europäische Föderation entwickeln und dabei ihre Eigentümlichkeiten nicht nur aufrechterhalten, sondern auch weiter antreiben, ohne bei ihrer Verwirklichung das Mittelalter oder einen ähnlichen Universalismus und abstrakten Humanismus, Nationalismus oder Totalitarismus zu wiederholen?

Dieses Problem ist nicht nur für Europa, sondern auch für die ganze heutige politische Welt als Welt der Staaten und Kulturen von entscheidender Bedeutung. Und wie die politische Welt keinen "Weltstaat" bedeutet, so kann auch kein Kontinent auf der Ebene der gegenwärtigen Weltgeschichte einen in sich und für sich "geschlossenen" Staat entwickeln. Grundsätzlich könnte man sagen, daß die politische Welt zu keinem Weltreich, also zu keiner einheitli-

chen staatlichen Weltorganisation führt, die das politische Leben in der Welt und den mannigfaltigen geschichtlichen Weltprozeß als Staat organisieren, operationalisieren, zentralisieren und bürokratisch verwalten könnte. Denn auch in Europa, sagt Egon A. Klepsch zu Recht, wollen wir "keinen zentralistischen Superstaat, keine zentralistische Überbürokratie, bei der nicht nur jede Kontrolle auf der Strecke bleibt, sondern ebenso das unmittelbare Interesse der Bürgerinnen und Bürger in ihren Gemeinden und Regionen"¹, sehen.

Mit diesen unmittelbaren Interessen der Bürger als Bürger in ihren Gemeinden und Regionen verbinde ich den weltgeschichtlichen Sinn der ersten Demokratien der Weltgeschichte, zunächst der athenischen Demokratie des 5. Jahrhunderts v.Chr. als Urquelle der wahren europäischen und der Politik überhaupt. Wie bekannt, haben die Griechen der Welt nicht nur die großen Kunstwerke und die ersten Werke der Philosophie, sondern auch die ersten Formen des wahren politischen Lebens gegeben. Mehr noch, wie Christian Meier hervorhebt: "(...) indem die Griechen das Politische entwickelten, bildeten sie das Nadelöhr, durch das die Weltgeschichte hindurch mußte, wenn sie zum modernen Europa gelangen sollte"².

Im ursprünglichen Sinne entstand das Politische nämlich "nur bei den Griechen" und bildete "nicht nur einen in verschiedenen Hinsichten wichtigen Bereich, sondern das zentrale Lebenselement der griechischen, besonders der athenischen Gesellschaft", eben die "Form freien Zusammenlebens von Bürgern" in der Polis als ihrem Gemeinde-Staat. In diesem gemeinde- oder polisbürgerlichen Sinn haben die ersten Demokratien der Weltgeschichte "eine welthistorisch einzigartige, in den mittleren und unteren Schichten akzentuierte politische Identität" verwirklicht, so daß "die Bürger ebenso die Politik wie die Bürger auf der neuen Ebene ihres Zusammenlebens bestimmte. Andere Interessen wurden dagegen relativ (!) stark vernachlässigt, jedenfalls weitgehend davon abgehalten, in die Politik hineinzutragen. Die Bürger politisierten sich selbst und konnten es folglich nicht mit ihren besonderen häuslichen Interessen tun"³.

Obgleich das Interesse der Bürger an politischer Beteiligung heute nicht mehr deren "zentrales Lebenselement" bildet, womit schon längst auch das Verhältnis von Bürger und Politik anders als in der athenischen Demokratie bestimmt ist, scheint es doch angebracht zu fragen, ob das griechische Menschentum, seine Politik und Philo-

¹ E.A. Klepsch, *Auf dem Weg zur Europäischen Union*, Bonn 1992, S.32.

² Ch. Meier, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*, Frankfurt 1980, S. 13.

³ Ebenda, S. 15, 17, 21 und 41.

sophie - um Husserl zu zitieren - "ein bloßer historisch-faktischer Wahn ist, ein zufälliger Erwerb einer zufälligen Menschheit, inmitten ganz anderer Menschheiten und Geschichtlichkeiten; oder ob nicht vielmehr im griechischen Menschentum erstmalig zum Durchbruch gekommen ist, was als Entelechie im Menschentum als solches wesensmäßig beschlossen ist"⁴. Wenn das letztere der Fall ist, dann ist es - besonders bei der Erörterung der europäischen Politik heute - sinnvoll, nach dem weltgeschichtlichen Sinn der athenischen Politik und Philosophie als "der historischen Bewegung der Offenbarung der universalen, dem Menschentum als solchem 'eingeborenen' Vernunft"⁵ und nach deren Möglichkeiten, Bedeutung und Vielfalt zunächst in Europa zu fragen.

Es ist bekannt, daß Hegel erstmals eine konkrete Geschichtsphilosophie entwickelt hat, die den Sinn des ursprünglichen polisbürgerlichen Lebens mit der Entstehung der Philosophie in Griechenland verbindet und das Abhängigkeitsverhältnis von Philosophie und Politik zeigt, so daß die Weltgeschichte als "Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit" in der Tat bei den Griechen anfängt, trotz der Sklaverei als einer Einschränkung der, wie Hegel präzisiert, "realen Freiheit"⁶. Um die "reale Freiheit" im sittlichen Staate und konkreten geschichtlichen Leben voll zu entfalten, vermittelte Hegel, wie bekannt, die antike substantielle Sittlichkeit und die christliche und neuzeitliche Subjektivität eben als moderne sittliche und geschichtliche Verwirklichung der Freiheit.

Wie Hegel für seine Zeit können wir mit Husserl für unsere post-metaphysische Zeit ein geschichtliches Denken der ethisch-politischen Welt der Staaten entwickeln, ohne dabei einen idealen Welt- oder Europastaat zu postulieren - der weder als leitende Idee zu unterstellen noch als Weltmacht und Weltherrschaft zu befürworten ist. Es geht uns heute nämlich nicht um die Zentralisierung der Macht, sondern um eine vernünftige Dezentralisierung und Regionalisierung der Zentralmacht zunächst im politischen Bereich, in dem durch die Entwicklung der modernen Wissenschaften und ihrer Kommunikationstechnologie immer mehr die Gefahr entsteht, uns alle mit einer operationalisierten Kommunikation zu umspannen. In aller Offenheit sagt daher Michael Schmolke zur Perspektive einer "Weltkommunikation": "Unter der Annahme, daß man von einer 'entstehenden Weltgemeinschaft' ... sprechen darf, gilt für ihren derzeitigen

⁴ E. Husserl, Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie, Haag 1954, Husserliana VI, S. 13.

⁵ Ebenda, S. 13 f.

⁶ Vgl. dazu G.W.F. Hegel, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, Leipzig 1944, Bd. 1, S. 224-235.

Entwicklungszustand im Bereich Kommunikation, daß seine 'dynamischen Elemente ... nicht primär politischer, sondern wirtschaftlicher Art sind'⁷. Im Einklang damit können wir sowohl für die Welt als auch für Europa sagen: soviel Einheit in der Wirtschaft wie nötig, soviel Mannigfaltigkeit in der Politik wie möglich. Hans Maier zeigt das schön am Problem der Sprachpolitik in Europa: "Der europäischen Völkervielfalt entspricht bis heute die Vielfalt der Sprachen, der Regio- und Soziolekte Europas. Weniger als andere Teile der Welt ist Europa von den sprachlichen Unifizierungstendenzen betroffen, die mit der technischen und kommunikativen Vereinheitlichung der Welt Hand in Hand gehen. Daher muß eine hegemoniale Sprachpolitik in Europa ihr Ziel verfehlen. Schließt man Mittel- und Osteuropa ein, so dominiert keine Sprache so absolut, daß sich ein 'natürliches' Über- und Unterordnungsverhältnis ergäbe". Und weiter: "Soll die europäische Einigung ... in einen Zusammenschluß freier Staaten münden, so muß sie auf sprachlich-kulturellem Gebiet Leit- und Hegemoniesprachen meiden. Ihr Ziel muß Sprachvielfalt, nicht Spracheinheit sein. Dies allein entspricht europäischen Traditionen der Individualität, der Verwirklichung im Einzelnen und Konkreten"⁸.

Was Maier für die kulturelle Vielfalt, die sich als die "dauerhafteste Ressource Europas" in einer Sprachvielfalt zeigen muß, in Europa befürwortet, konstatiert Schmolke für die ganze Welt: "Während die Kommunikationstechnologie sich anschickt, die Welt endgültig mit einem Hochleistungsnetz allgegenwärtiger Kommunikationsdienste zu umspannen, und die operationale Sprache dieser Systeme sich vereinheitlicht, wächst zugleich das Selbstbewußtsein kleiner Räume und traditioneller Kulturen. Nichts deutet darauf hin, daß die 'neue elektronische Interdependenz' die ganze Welt in *ein* 'globales Dorf' ... verwandelt"⁹.

Auf den Unterschied zwischen der "neuen elektronischen Interdependenz" und der wirtschaftlichen Vereinheitlichung -nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt- auf der einen Seite und der kulturellen Vielfalt und Mannigfaltigkeit in einzelnen Bereichen -wie insbesondere dem der Bildung und jenem der Politik- auf der anderen Seite muß also aus tiefen Einsichten in die Verschiedenheit der einzelnen Sphären des menschlichen Lebens und um deren angemessenen Beurteilung willen immer wieder aufmerksam gemacht werden. Darauf weisen auch einige Beschlüsse des Europäischen

⁷ M. Schmolke, in: Herders Staatslexikon, Freiburg 1992, Bd. VI, S. 100.

⁸ Ebenda, S. 105.

⁹ Ebenda, S. 101 f.

Rates von Maastricht hin. Schon aus den Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom Juni 1990 in Dublin geht das globale Ziel der Politischen Union klar hervor, als gesagt wurde: "Eine Union muß die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten in Bereichen, in denen sie gemeinsame Interessen haben, auf umfassende und ausgewogene Weise stärken. Die Einheit und Kohärenz ihrer Strategien und Maßnahmen muß durch starke und demokratische Institutionen gewährleistet werden"¹⁰. Im Vertrag von Maastricht wird der Begriff "Europäische Union" weiter konkretisiert. So heißt es schon in der Präambel der Einheitlichen Europäischen Akte: "Grundlage der Union sind die Europäischen Gemeinschaften, ergänzt durch die mit diesem Vertrag eingeführten Politiken und Formen der Zusammenarbeit". Dieser wie der folgende Satz zeigen aber deutlich, daß die Europäische Union als Politische Union auch in Maastricht noch nicht vollendet ist: "Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden"¹¹.

Allerdings bleibt offen, wie es in einer Politischen Union mit "starken und demokratischen Institutionen" zu ermöglichen ist, daß "die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden". Vielleicht hat Johannes Rau es mit seiner Betonung der Brückenfunktion der deutschen Länder als Regionen am besten getroffen: "Europa wird nur dann an Statur gewinnen", sagt er zu Recht, "wenn seine Regionen, seine autonomen Gemeinschaften und seine Länder mitreden, wenn sie mitarbeiten und wenn sie mitentscheiden können. Wenn das nicht geschähe, würde aus Europa ein unbeweglicher Koloß mit zentralistischer Bürokratie"¹².

Wie bekannt, charakterisiert das "Kolossale" nicht nur eine bürokratische Politik, die sich immer mehr durch die wissenschaftstechnische Entwicklung und Modernisierung durchsetzt, sondern auch jede undemokratische und imperiale Machtpolitik - von der alten byzantinischen über die osmanische und großrussische bis zur gegenwärtigen, sie alle vereinigenden, großserbischen Machtpolitik. Die europäische kulturelle und politische Tradition, wie wir sie von Athen und Rom über Christentum und Neuzeit bis zur Gegenwart kennen, unterscheidet sich, trotz allen Kriegen und Revolutionen, von Asien und Orient grundsätzlich dadurch, daß sie sich bemüht, das politische Leben in Freiheit und Gerechtigkeit zu gestalten und

¹⁰ Zitiert in E.A. Klepsch, Auf dem Weg zur Europäischen Union, a.a.O., S. 15.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda, S. 34 f.

durch die Vernunft zu rechtfertigen, so daß es in unserer Tradition mehr "die Freiheit als die Macht" bedeutet. In diesem Sinn hebt O. Halecki hervor: "Alles Kolossale und Uniforme ist eindeutig uneuropäisch, und das ist das Geheimnis aller Verfeinerung und aller Eigenart europäischer Zivilisation"¹³.

Von diesem "Geheimnis aller Verfeinerung und aller Eigenart" der europäischen kulturellen und politischen Tradition muß vor allem die Europäische Union schon bei der Ausbildung ihrer Statur und insbesondere bei der angemessenen Bewältigung ihrer nationalen und regionalen Probleme ausgehen, wenn sie nicht ein uniformierter und "unbeweglicher Koloß" werden und damit das Schicksal aller bisherigen Großreiche erleiden will. Denn jede Union uniformiert das menschliche Leben, und unangemessene Vereinheitlichung führt zum Untergang solcher Unionen und Föderationen. Exemplarisch zeigt uns dies nicht nur das Auseinanderfallen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens, sondern auch der Untergang aller Großreiche und Föderationen, die ihre eigene Vielfalt der nationalen, kulturellen, sozialen und regionalen Probleme nicht der konkreten geschichtlichen Wirklichkeit angemessen gelöst haben.

In einer solchen geschichtlichen Situation hat der kroatische Politiker Vladimir Bakarić vor dreißig Jahren von der damaligen jugoslawischen Föderation verlangt, daß die Föderation im Interesse aller Länder (Republiken) und Regionen Jugoslawiens 'federn' muß. Auf Kroatisch lautet dies: Federacija mora federirati. Ins Deutsche übertragen würde es heißen: Die Föderation muß 'federieren', d.h. eine elastische, durch die Einsichten in die konkrete geschichtliche Situation verwaltete und in diesem Sinne 'federnde' Föderation sein. Da die jugoslawische Föderation nicht zu 'federieren' bzw. (etwas verständlicher) zu 'federn' vermochte, ist sie untergegangen. Das geschah in der Geschichte immer wieder - vom Römischen Reich über die österreich-ungarische Monarchie bis zum Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks.

Im Sinne dieser und ähnlicher historischer Erfahrungen zeigt es sich am deutlichsten am Schluß, was an der Sache von Anfang an faul war. Deshalb ist es sehr wichtig, daß sich die Europäische Union zu einer solchen Gemeinschaft entwickelt, in die ihre Bürger und Länder "ihre Interessen einbringen können und von deren Politik sie sich vertreten fühlen. Beide Aufgaben sind nicht zu bewältigen ohne die Brückenfunktion der Regionen", sagt J. Rau, der gleich erläutert: "Regionen - das sind in der Bundesrepublik Deutschland die Länder - sind die Einheiten, in denen sich die legitimen Bestre-

¹³ Zitiert nach H. Maier, in: Herders Staatslexikon, Freiburg 1992, Bd. VI, S. 104.

bungen nach eigenverantwortlicher politischer Zielsetzung, nach Selbstverantwortung und nach Selbstverwaltung verwirklichen. Die Regionen sind leistungsfähig. Sie können das historische Erbe und die kulturelle Vielfalt bewahren. Sie können Sach- und Bürgernähe sichern. Sie können zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung in Europa beitragen. Damit helfen sie, die gesellschaftliche Vielfalt in Europa zu erhalten"¹⁴.

Die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt können wir in Europa aber nur dann erhalten, wenn sich die europäische Föderation und ihre Regionen mit allen ihren Kräften und Besonderheiten so vollkommen entwickeln, daß nicht nur ihre 'Federierung', sondern auch die Harmonisierung der beiden Seiten möglich wird. Trotz und eben wegen ihrer eigenen Interessen können die Länder und Regionen Europas nicht nur tatsächlich "Sach- und Bürgernähe sichern", sondern auch "zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung in Europa beitragen", aber nur dann, wenn Regionen und Länder als autonome Gemeinschaften Europas mitreden, mitarbeiten und mitentscheiden können.

Für unser Thema ist der Schluß von J. Raus Rede von grundsätzlicher Bedeutung, wenn er meint, daß sich mit der Brückenfunktion der Regionen "ein kooperativer Föderalismus in Europa aufbauen" läßt. Seiner Überzeugung nach wäre ein kooperativer Föderalismus in Europa "die moderne Antwort auf den Nationalismus, auf den Separatismus und auf den Zentralismus, wie wir sie gegenwärtig in Europa leider in vielen, zum Teil bitteren Spielarten erleben. Dieser Föderalismus ist gewiß auch das einzige Mittel, die Völker nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Ost- und Mitteleuropa zusammenzubringen"¹⁵. Man könnte sogar sagen, daß die kleinen Völker in Mitteleuropa besonders an einem solchen kooperativen Föderalismus interessiert sind, der sowohl den Separatismus als auch den Zentralismus aufhebt und in dem die Europäische Union nicht nach Machtpolitik, sondern nach Freiheit in der Vielfalt der europäischen Kultur trachtet und in dem sich die Freundschaft aller Völker Europas und der Welt zur vollen Blüte all ihrer Kräfte und Werte entfaltet. Dies kann uns in Europa vielleicht auch deshalb eher als in anderen Teilen der Welt gelingen, weil "die europäische Staatenwelt stets pluralistischer und vielgliedriger als die der byzantinischen, mongolischen, osmanischen und großrussischen Nachbarn" war. Den Grund dafür sieht Hans Maier nicht zuletzt darin, daß "neben Großreichen und Nationen im europäischen politischen Haushalt

¹⁴ Zitiert nach E.A. Klepsch, Auf dem Weg zur Europäischen Union, a.a.O., S. 35.

¹⁵ Ebenda.

immer auch kleine Länder, Stadtstaaten, föderative Gebilde eine Rolle gespielt"¹⁶ haben.

Es scheint, daß die Rolle eben dieser "kleinen Länder" und zunächst der griechischen "Stadt-Staaten" bei der Ausbildung des heutigen Europas rehabilitiert werden muß, denn von ihnen erhielt Europa seine erste geistige und politische Formung und gewinnt daraus immer wieder nicht nur seine eigene europäische, sondern auch die weltgeschichtliche Rolle und Bedeutung. Wie einleitend schon angedeutet, kommt diese weltgeschichtliche Bedeutung vor allem der athenischen Demokratie des 5. Jahrhunderts v.Chr. zu, und zwar deshalb, weil ein Athener in der Volksversammlung nicht nur über die ihm vorgelegten Anträge - wie später ein Römer - abstimmen, sondern auch von sich aus einen Antrag einbringen konnte¹⁷. Darin sehe ich das erste Auftreten des konkreten Individuums als Polisbürger, d.h. als Abstimmungs- und Initiativbürgers, was aber auch für das politische Leben der Staatsbürger von heute wieder konstitutiv werden kann und muß, wenn die Weltgeschichte einen Sinn haben soll und sich auf vernünftige Weise entfalten wird. Unter dieser Voraussetzung erhält die athenische Demokratie nämlich, neben der modernen repräsentativen Demokratie, insofern auch in den "modernen Zeiten" ihren welthistorischen Sinn, als der moderne Individualist "seine eigene Vernunft" als die "einzige Instanz" über sich anerkennt und seine "unverwechselbare Eigenständigkeit" aus der "eigenen Einsicht"¹⁸ der verschiedenartig entwickelten Vernunft in der geschichtlich entfalteteten modernen Welt schöpft und sicherstellt.

Ähnlich wie Hegel und Aristoteles, aber im Gegensatz zur einseitigen, modernen, technizistischen Entwicklung des Lebens und der Vernunft, befürwortet Husserl in unserem Jahrhundert die mannigfaltige und freie Entwicklung der "universalen, dem Menschentum als solchen 'eingeborenen' Vernunft", denn nur durch sie wird es möglich, "die Krisis" der modernen europäischen Wissenschaften und des europäischen Menschentums aufzuheben, und erst mit ihr kann es gelingen, die europäische Menschheit und die "Menschheit überhaupt hinsichtlich ihres gesamten Lebens und Wirkens auf eine

¹⁶ H. Maier, in: Herders Staatslexikon, a.a.O., S. 104.

¹⁷ Dazu vgl. J. Bleicken, Die athenische Demokratie, Stuttgart 1986, S. 388 f.

¹⁸ V. Gerhardt, Moderne Zeiten - Zur philosophischen Ortsbestimmung der Gegenwart, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 40. Jg. 1992, Heft 6, S. 606 f.

neue Stufe zu erheben"¹⁹. In dieser phänomenologischen Erneuerung des europäischen Geistes und seiner Kultur sieht Husserl keinen europäischen Kulturimperialismus, sondern "den inneren Sinn" der Europäisierung als die "verborgene Teleologie" der europäischen Kulturgeschichte und der Weltgeschichte als "Verfassungsgeschichte". Anstatt auf diese ganze Problematik²⁰ einzugehen, stelle ich zum Schluß die Frage: Was würde Husserl als überzeugter Europäer über Sinn und Wahrheit bzw. über Sinnlosigkeit und Unwahrheit der europäischen Kultur sagen, wenn er den Zweiten Weltkrieg und den Totalitarismus der Nachkriegszeit in Mittel- und Osteuropa sowie das Verhalten der westeuropäischen Mächte angesichts des heutigen Massakers im ehemaligen Jugoslawien hätte erleben müssen? Natürlich nicht Husserl, aber wir müssen diese Frage beantworten, wenn wir die Weltgeschichte und die Rolle Europas in ihr philosophisch und politisch verstehen und geschichtlich angemessen verwirklichen wollen.

¹⁹ E. Husserl, *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie*, a.a.O., S. 84.

²⁰ Siehe dazu das angegebene Werk Husserls selbst; ferner J. Ritter, *Europäisierung als europäisches Problem*, in: ders., *Metaphysik und Politik*, Frankfurt 1969; A. Pazanin, *Europeanisation as a global historical problem*, in: *Encyclopaedia moderna*, Zagreb 1991, No. 37, S. 155 ff.; ders., *Teleologieproblem bei Husserl*, in: J.-E. Pleines (Hrsg.), *Beiträge zum Problem der Teleologie*, Würzburg 1993, S. 145 ff.; ders., *Die phänomenologische Erneuerung des europäischen Menschentums*, in: *Allgemeine Gesellschaft für Philosophie in Deutschland* (Hrsg.), *Die Akten des XVI. Deutschen Kongresses für Philosophie: Neue Realitäten - Herausforderung der Philosophie*, Berlin 1993, Bd. I, S. 519 ff.

MIKELIS ASCHMANIS

Eine enge oder lose Integration für Europa?

Der Integrationsprozeß in Europa ist eine Tatsache: er verläuft mit zunehmender Geschwindigkeit und unterschiedlichem Eifer seiner Teilnehmer, die sich auch unterschiedliche Vorteile aus den Ergebnissen der Integration erhoffen. Doch eines ist kaum bestreitbar: die europäische Integration ist nicht nur eine Folge zielgerichteten Handelns von Politikern, sondern wurzelt tief in den Bedürfnissen der modernen Produktion und Verteilung, so daß sich Ausprägungen davon auch in sozialen und kulturellen Forderungen wiederfinden. Die politischen Denker und Funktionäre geben diesen vielseitigen Bedürfnissen nur deutlich verbale und organisatorische Ausdrucksformen.

Die Wechselbeziehungen der Völker ändern sich inhaltlich und ihren Formen nach im Laufe der Zeit zunächst von der Art, der Technologie und der Ausweitung der Produktion bedingt - und nur aus diesem Grunde -, und von den Produktions- und Verteilungsbeziehungen begrenzt ergeben ihre Auswirkungen geopolitische Besonderheiten, von sozialpolitischer Erfahrung erarbeitete Traditionen, Sympathien, Vorurteile und alles andere, was auf der Oberfläche der aktuellen Beziehungen liegt und ihnen die letzte Redaktion leistet.

Zum Beispiel bietet die territoriale und quantitative Begrenztheit der Naturalwirtschaft keinen Grund für die Bildung von weiten und systematischen Verbindungen zwischen den Völkern, und die Völker der Zeit selbst sind anders, wenn wir als Volk eine im Laufe der Geschichte entstandene, sich sozial wiederherstellende, selbstgenügende Menschengesamtheit verstehen. Der Übergang von der Naturalwirtschaft zur Warenproduktion führte vor allem wirtschaftlich zur Vereinigung kleinerer Völker in zeitgenössische Nationen.

Der Prozeß der Erweiterung der Bedürfnisse und Fähigkeiten der materiellen und geistigen Produktion, des von ihnen bedingten Werteaustausches und der Kommunikation geht unaufhaltsam weiter und fördert die allmähliche Annäherung der Völker und die Suche nach entsprechenden Vereinigungsformen.

Direkt auf dieser Ebene entfaltet sich besonders die staatspolitische und außenpolitische Schöpferkraft, wo nicht nur Errungenschaften aufzuzählen sind, sondern wo auch zahllose Fehler begangen werden, die der Menschheit viele Leiden verursachen und Blut kosten. Während beim Vorherrschen der extensiven Produktionsmethoden die Unterwerfung neuer Territorien samt deren Bevölkerung die Siegerstaaten selbst noch zu Anfang des industriellen Zeitalters bereicherte, so verliert dieses an Sinn, nachdem die Produktion hochintensiv betrieben wird, und nicht mehr das Territorium, sondern die Technologien, die Kommunikationsnetze, Märkte und Kredite den echten Reichtum bilden, so daß einem Staat die Größe des Landes und die Zahl seiner Bevölkerung, besonders bei deren Vielfalt, sogar zur Last fallen kann. Doch das Denken der Politiker, das vom Bewußtsein der Massen wenig unterschiedlich, aber wesentlich davon abhängig ist, fußt auf der Erfahrung der Vergangenheit, ist mit entsprechenden Wertorientierungen und Vorurteilen belastet, verkennt mehr oder weniger die gegebenen Bedingungen und bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. So wären die Opfer beider Weltkriege vielleicht erspart geblieben, hätte man nicht im 20. Jahrhundert in politischen Kategorien des 19. Jahrhunderts gedacht und gewertet.

Die Überwindung dieses Zurückbleibens im politischen Denken und Handeln ist ein Problem der Leitung und Durchsetzung der Integrationsprozesse im zeitgenössischen Europa. Das, was derzeit in Europa geschieht, ist eine Wende von den Völkerbeziehungen des industriellen Zeitalters zu denen des postindustriellen, in denen die politischen Grenzen der Staaten schon längst von den wirtschaftlichen Wechselbeziehungen und - mit jenen einhergehend - von politischen, kulturellen und ethnischen Beziehungen transparent geworden sind.

Wirtschaftlich begründete Integrationsprozesse in Westeuropa konnten von politischen Faktoren nicht unbeeinflusst sein. Im Gegenteil: die Ergebnisse des Ersten und insbesondere des Zweiten Weltkrieges, dem darauf folgenden Kalten Krieg und die politische Bipolarität des Weltsystems, die Ideologien der Weltrevolution und des Antikommunismus, haben dazu - selbstverständlich im Rahmen der wirtschaftlichen Bedingungen und auf dem Produktionsniveau bestimmter Zweckmäßigkeiten - wesentlich beigetragen.

Innerhalb des Ostblocks entwickelte sich, unter dem Einfluß der Mentalität einer belagerten Festung des Sozialismus und der aggressiven Ideologie der Weltrevolution, eine im Vergleich zu Westeuropa rückständige, industrielle Produktion, die bedingt war durch die militärzentralistische Planwirtschaft. Erst mit dem Zusammenbruch des Ostblocks wurde das ganze Ausmaß der wirtschaftlichen Rückständigkeit der osteuropäischen Staaten offenbar; in vielen dieser Staaten und in manchen neu gegründeten (Belarusj, Ukraina, Aserbaidjan, Armenien,

Slowakei, Tschechei u.a.) entstand nach der (Wieder-)Herstellung der Souveränität ein starkes Streben nach Westen, einerseits vom Reichtum der westlichen Staaten, ihrer Organisiertheit und Sicherheit in internationalen Organisationen wie NATO, EU u.ä. angezogen, andererseits in dieser Tendenz verstärkt durch die Aggressivität und Eifersucht Rußlands und den dadurch entstehenden Gefahren. Dieser Drang nach Westen, der von vielen offiziellen und halboffiziellen Äußerungen östlicher Politiker zum Ausdruck gebracht wurde, ist von westlichen Politikern als eine Anerkennung der Errungenschaften der westlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnung sowie als eine Anerkennung der leitenden Rolle der westlichen Staaten in Gegenwart und in der überschaubaren Zukunft aufgenommen worden.

Auf diese Weise hat sich in Europa eine politische Auffassung verbreitet, die sogar zum Leitmotiv für viele politische Aktivitäten gemacht wurde, gerade so, als ob die wirtschaftliche Verschmelzung Europas und eine entsprechende politische Föderalisierung als neue Form von Völkerbeziehungen eine Sache der nächsten Zukunft sei. Dabei wird leider übersehen, daß die Annäherung der westeuropäischen Staaten nur allmählich und auch nicht immer reibungslos im Laufe von mehreren Jahrzehnten stattfand, und deren höhere Integrationsreife entstanden war aufgrund der hohen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und angesichts der Bedrohung von seiten des Ostblocks. Alles das entspricht nicht den Möglichkeiten, Bedingungen, Erfahrungen oder der verbreiteten Denkweise weder der Bevölkerung noch der Politiker von osteuropäischen Staaten.

Die osteuropäischen Staaten können nicht so einfach an Westeuropa angebunden, noch weniger von Westeuropa einverleibt werden. Man muß, so schwer es auch fällt, anerkennen, daß die ganze Welt, besonders aber Europa, nach dem Zerfall des Ostblocks anders geworden ist. Wir stehen vor ganz neuen, bisher noch nicht erlebten, unbekanntem Verhältnissen und Bedingungen beim Aufbau von Völkerbeziehungen. Wird hier wieder nach alten Mustern gehandelt, werden frühere, unter anderen Bedingungen bewährte Formen nur nachgeahmt, dann besteht die Gefahr, daß etwas Chimärenhaftes, die Zukunft Bedrohendes entsteht und daß die friedlich unlösbaren Antagonismen zwischen den Völkern zu vernichtenden Kataklysmen führen.

Angesichts dieser Gefahren braucht man nicht auf alle Versuche, den objektiv bedingten Einigungsprozeß der Völker weiterzubringen, zu verzichten. Man muß dagegen mit außerordentlicher Vorsicht auf alle neuen Zusammenwirkungsformen der Staaten eingehen, radikale, unwiderrufliche Änderungen vermeiden, sich nicht vom Glanz der erhofften Errungenschaften blenden lassen, drohende Gefahren rechtzeitig und sorgfältig aufspüren und minimieren.

Große Sorgfalt ist auch auf die Wahl der Vereinigungskonstruktionen zu richten, denn die der Vereinigung folgenden und die oft durch sie bedingten Wachstumsraten können nicht nur sehr unterschiedlich zwischen den verschiedenen Völkern, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen ausfallen. So kann sogar eine einvernehmlich beschlossene Integrationsform nicht verhindern, daß die bei ihrer Gründung vorhandene Bilanz an Kräften, Kapazitäten und Erwartungen in den verschiedenen Völkern bereits auf der nächsten oder übernächsten Entwicklungsstufe verschwindet und als Folge neue Widersprüche und Spannungen zwischen den Völkern entstehen.

Die Bemühungen um den Erhalt der erreichten internationalen Mitwirkungsformen im Namen des Friedens und der Sicherheit, die besonders von den stärkeren und deshalb maßgebenden und dominierenden Staaten ausgehen - deren Völker von den früheren, erstarrten Organisationsformen kaum bedroht waren, sondern von ihnen eher profitierten und sogar in ihrer Dominanz unterstützt wurden -, werden von den neue Kräfte und Fähigkeiten entwickelnden Völkern als Unterdrückung, Herrschaftsanspruch, Imperialismus, zumindest als etwas Erniedrigendes und Unerträgliches interpretiert und angegriffen. Auf der Seite der früher stärkeren, sogenannten "Gründervölker" wird dieses Verhalten wiederum als Undankbarkeit, Separatismus und Nationalismus gedeutet und als Rebellion der Rückständigen verachtet. Die Geschichte mehrerer multinationaler Staaten im 20. Jahrhundert ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich.

In den meisten dieser Fälle handelt es sich um eine Unterschätzung des praktischen Wertes der Nation und man muß eingestehen, daß die zeitgenössische Politik die Kunst, nationale Konflikte lösen zu können, immer noch nicht beherrscht. Die Nation wird überwiegend mystifiziert: entweder als ein von unerkennbaren Kräften gegebenes Ewiges oder - im Gegensatz - als ein Überbleibsel veralteter, unterentwickelter Vorstellungen aus vergangenen Zeiten. Beide Positionen sind ohne analytische Deutung, so daß sie - entsprechend den persönlichen Neigungen - ohne weitere logische Beweise entweder verehrt oder verachtet werden können.

Der praktische Wert der Nation besteht u.a. darin, daß sie eine aufgrund der gemeinsamen gesellschaftlichen Selbstreproduktion historisch entstandene Gesamtheit der Menschen darstellt, die eine unersetzbare Form von über Generationen im sozialen Gedächtnis gesammelte Erarbeitung und Bewahrung der Erfahrungen von der Selbstwiederherstellung des Volkes unter gegebenen natürlichen und historischen Bedingungen ist. In dieser Eigenschaft wird die Nation konservativ und wird deshalb von Revolutionären häufig angegriffen. Dank dieser Eigenschaft und ihrer Schwerfälligkeit schützt sie allerdings das

gesellschaftliche Leben vor übereilten Änderungen. Doch ist die Nation historisch betrachtet, also in Bewegung und in ihrer Entwicklung, gar nicht so neuerungsfest, wie es manchem voreiligen Neurer erscheint. In den Boden (oder unter der Kritik) der nationalen Erfahrung eingepflanzte Neuerungen, ob übernommen oder selbst erfunden, werden entweder sich allmählich und gegen den Widerstand der Traditionen bewähren, in das nationale Leben, die nationale Kultur und den Lebensstil einfließen und diesen bereichern, oder aber abgewiesen und - ohne die Gesamtheit der Mittel und Methoden des Lebenserhalts des Volkes ernsthaft zu gefährden - abgelehnt. In dieser zweiten Auswirkung erscheint die Nation nicht so sehr als ein Faktor der Rückständigkeit, sondern eher als ein Mittel der Stabilität der Entwicklung, das die von temporären Strömungen verursachten Schwankungen im Lebensstil des Volkes dämpft und dadurch die Kontinuität des Fortschritts sichert.

Im europäischen Integrationsprozeß wäre es gefährlich, bei der Wahl der politisch-organisatorischen Formen der Völkervereinigung die Bedeutung der Sicherheit der Nationen und die mit ihr verbundene Souveränität des Staates als politischem Organismus der Nation zu unterschätzen. Das muß unterstrichen werden, denn neben inhaltlichen Integrationsmaßnahmen werden auch viele formelle rechtliche Schritte unternommen, die manche wesentliche Eigenschaften des Staates und die Instrumente zur Sicherung seiner Souveränität abbauen. Und das trifft auf alle bisher erörterten Varianten des möglichen europäischen Föderalismus zu.

Man übersieht dabei oder spricht es nicht aus, daß die Föderation die Strukturform *eines* Staates ist, die dann gerechtfertigt erscheint, wenn eine zentrale, nach einheitlichen Regeln funktionierende Verwaltung des ganzen Staatsterritoriums den gravierenden Unterschieden zwischen den verschiedenen Staatsgebieten nicht gerecht werden kann. Das kann am Informationsmangel einer zentralen Staatsleitung, z.B. über geographische, wirtschaftliche oder kulturelle Verhältnisse, liegen sowie - und das ist viel entscheidender - an den von ihnen abhängigen Fähigkeiten und Erwartungen der Bevölkerung dieser Staatsgebiete; diese, nennen wir sie "Bundesländer", sind so unterschiedlich, daß föderative Formen - trotz der durch sie bedingten Kompliziertheit und Vielfalt der Verwaltungs- und Machtausübungsprozesse - der Kompetenz der Staatsverwaltung vorzuziehen sind und ein Teil der Macht vom Zentrum an die Länder delegiert wird.

Die Tendenz einer technologischen, kommunikativen, wirtschaftlichen, kulturellen und demographischen Angleichung verschiedener Territorien in Betracht ziehend, sieht es so aus, als ob das Föderationsprinzip von dem Unitarismus verdrängt werden soll. Hier wird jedoch übersehen, daß mit der Nivellierung der früher auffallenden, haupt-

sächlich durch die Unterentwicklung verschiedener Produktionszweige bedingten Unterschiede der Länder zugleich auch der Reichtum der Bevölkerung und somit auch deren Ansprüche an die Lebensqualität gewachsen sind. Als Folge davon benötigt die Staatsverwaltung ein Vielfaches an Informationen und zugleich ein feineres Informationsraster über die Lebenserwartungen und -bedürfnisse der Bevölkerung der verschiedenen Länder (Territorien). Dies alles in der zentralistischen Verwaltung eines Unitarstaates zu berücksichtigen, wird immer schwieriger. Den Ländern (Territorien) mehr Macht und Selbständigkeit zu überlassen, kann deshalb nicht nur politisch, sondern auch vom Standpunkt der Bequemlichkeit der Verwaltung her bequemer sein; im Laufe der Zeit kann damit auch die Fähigkeit zur Selbstverwaltung als Resultat der Entwicklung des Wohlstandes und der Kultur der Territorien wachsen. Diese Perspektive spricht langfristig gegen die Absage an das Föderationsprinzip.

Doch dies alles betrifft nur die Frage der Struktur des Staates, der seine Einheit historisch schon erprobt und sich angeeignet hat, in der die Bundesländer nur über eine begrenzte Selbständigkeit verfügen und die nicht die Möglichkeit einschließt, sich von der Föderation loszusagen, sie also nicht souverän sind. Das kann die Selbständigkeit und die Selbstbestimmung der föderativ vereinigten Nationen sowie die Erfüllung ihrer Schutzfunktionen leider nicht garantieren; demgegenüber genügen bereits Gefühle von Unsicherheit, um Völker explosiv und unberechenbar zu machen. Die jüngste Geschichte der Sowjetunion, Rußlands, Georgiens, Jugoslawiens und vieler anderer Staaten zeigt, daß die Föderation nur eine scheinbare Harmonisierung der lebenswichtigen Unterschiede zwischen den Völkern erreichen konnte und welche Explosionsgefahren darin versteckt sein können. Die Föderation scheint für die Nationen nur eine unzulängliche Form der politischen Beziehungen zu sein. Deshalb ist Vorsicht geboten, wenn von der Zukunft Europas, soweit sie zumindest vorhersehbar ist, die Rede ist, denn die Föderalisierung Europas scheint in ferner Zukunft zu liegen.

Gefragt sind flexiblere Organisationsformen, beispielsweise nach Art von Konföderationen, Bündnissen souveräner Staaten, die dauerhaft die Möglichkeit bieten, die Beziehungen zwischen den Teilnehmern veränderten Bedingungen, Verhältnissen und Lebensansprüchen anzupassen, sie nach den Erfahrungen des gemeinsamen Lebens frei und ohne übergroße Verluste zu ändern, neue zu erproben und laufend zu verbessern. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Lebensansprüche jener Völker, die gegenwärtig als Grundlage für die Bildung dieser oder jener Integrationsform dienen, in der nächsten Zukunft bereits überholt sind, so daß wieder neue, auf sie zugeschnittene Integrationsformen gesucht werden müssen. Trotz einer gewissen Unbestimmtheit ist des-

halb eine Organisation mit nachgiebigen Strukturen in historischer Perspektive politisch sicherer als jene von unwiderruflicher Bestimmtheit und Eindeutigkeit.

Noch mangelt es uns an Vorstellungen, was ein enges Zusammenwirken der unterschiedlichen ost- und westeuropäischen Staaten in naher Zukunft erbringen kann; nicht nur für einige Völker, sondern für ganz Europa birgt jedoch der Versuch, wegen des Verlusts der Souveränität unwiderrufliche, föderative Integrationsformen aufzubauen, eine voraussehbare Gefahr. Die Integration im Rahmen dieses Kontinents sollte vielleicht nicht so sehr als Homogenisierung Europas verstanden werden als vielmehr als eine gegenseitige Öffnung und flexible Erweiterung der Kräfte und Fähigkeiten der europäischen Völker in ihrem Zusammenwirken.

[The page contains several paragraphs of text that are almost entirely illegible due to extreme noise and corruption. Only faint fragments of words and punctuation are visible.]

FERENC L. LENDVAI

Der Mitteleuropaplan und Möglichkeiten des Föderalismus in Europa

Wenn wir heute die Möglichkeiten des Föderalismus in Europa erwägen, kommt uns oftmals der großartige Plan Friedrich Naumanns über das vereinte Mitteleuropa in den Sinn. Und als sich derzeit der große politische und literarische Streit über den Plan entfaltete, suchten selbstverständlich sämtliche Beteiligte nach entsprechenden Vorbildern in der Geschichte vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation bis zum Dreibund, von Leibniz bis Metternich.

Das vielleicht populärste Vorbild aber war die sog. Donaumonarchie der Habsburger Dynastie. Zur Zeit Maria Theresias lebten die Völker aus 'Königreichen und Ländern' der Monarchie friedlich miteinander, aber dieser Staat bildete damals keine wirkliche Einheit und blieb von modernen bürgerlich-nationalen Ideen noch verschont. Nachdem Joseph II. den Einheitsstaat geplant hatte bzw. die Ideen des modernen Nationalismus im Anschluß an die französische Revolution den Donauraum eroberten, wurde die Donaumonarchie von einer Krise nach der anderen erschüttert. Und Pläne zur Rettung der Habsburgmonarchie orientierten sich gezwungenermaßen an föderalistischen Vorstellungen¹. Die meisten dieser Pläne hatten einen gewissen 'slawischen' Anstrich, da ja der Anteil des Slawentums im Kaiserreich Österreich beständig zunahm (die Rumänen waren den Slawen ihrer orthodoxen Religion wegen verbunden)². Der Kongreß der Slawen in Prag (Som-

¹ Siehe Robert A. Kann, *The Multinational Empire. Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy 1848 - 1918*, Vol. 1-2, New York 1950, hier Bd. II: "Empire Reform".

² Über den Panlawismus siehe Alfred Fischel, *Der Panlawismus bis zum Weltkrieg. Ein geschichtlicher Überblick*, 1919; vgl. auch Franz Zagiba, "Die Umwandlung Österreichs in ein Slawenreich unter Habsburgs Zepter", in: Franz Zagiba/Otto Harrasowitz (Hrsg.), *Prolegomena ad Acta Congressus historiae Slavicae Salisburgiensis in memoriam SS Cyrilli et Methodi anno 1963 celebrati*, Bd. I/2: "Das östliche Mitteleuropa in Geschichte und Gegen-

mer 1848) wünschte die Unterteilung der Habsburger Monarchie in vier Ländergruppierungen, und zwar in eine nordslawische (Tschechen, Slowaken, Polen, Ukrainer), eine südslawische (Serben, Kroaten, Slowenen) sowie eine deutsch-österreichische und die ungarische. Für die Realisierung dieses Planes war eine Auflösung traditioneller Strukturen allein in einem einzigen Falle nötig: bei den Slowaken. Jene wiederum erhoben zu diesem Zeitpunkt Autonomieansprüche lediglich im Rahmen des Königreichs Ungarn.

Auch der erste Plan von Palacký (Ende 1848) strebte die Aufhebung der traditionellen Strukturen der Länder an. Ungarn sollte vollkommen unberührt bleiben, das übrige Reich aber war aufzuteilen: Galizien (mit Krakau und der Bukowina), Böhmen (mit Mähren und Schlesien), Illyrien (Kärnten, Krain, Istrien, Dalmatien), Deutschösterreich (Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Tirol, Vorarlberg). Dieses territoriale Föderationssystem hätte selbstverständlich einen großen Vorteil gehabt: aus historischen Provinzen nämlich hätten sich echte wirtschaftsgeographische Länder entwickeln können. Dies wiederum wäre mit zwei Problemen verbunden gewesen. Zum ersten waren die Beziehungen teilweise rein zufällige (z.B. im Falle Galiziens oder Dalmatiens) und hatten damit die Einbeziehung weiterer Territorien zur Folge (wie Polen oder Bosnien). Zum zweiten forderte dieses System von den Bewohnern der Länder kein ethnisches, sondern ein staatsbürgerliches Selbstbewußtsein. Der zweite Plan Palackýs hat deshalb zwei Richtungen verfolgt. Einerseits wurde von ihm bereits Ungarn berücksichtigt, andererseits schlug er zwecks Lösung nationaler Probleme die Auflösung historischer Grenzen sowie die Einführung ethnischer Abgrenzungen vor. Demnach würden sowohl Kärnten als auch deutschbesiedelte Gebiete Böhmens und Mährens zu Deutschösterreich gehören, wohingegen der italienische Teil Tirols an das Königreich Lombardei-Venetien ginge. Während die Slowakei - aus Ungarn herausgelöst - Bestandteil der tschechischen Territorien sein würde, sollte Ruthenien Galizien zugehören, die Woiwodina Illyrien. Schließlich verfolgte der Plan das Ziel, mit rumänischen Territorien des Königreichs Ungarn, mit Siebenbürgen und der Bukowina, eine eigene rumänische Provinz zu bilden. Es ist kein Zufall, daß eine solche Aufteilung von der Konstitution von Olmütz nicht akzeptiert wurde, da sie nämlich zur vollkommenen Auflösung der Monarchie hätte führen können, zumindest aber zur Bildung eines zentralisierten, sich aus kleinen ethnischen Provinzen zusammensetzenden Großreiches. Franz Joseph I. fühlte sich hierzu nicht stark genug und ging deshalb auf den Kompromiß des sogenannten Ausgleichs ein, wohingegen sein Thronfolger

wart", 1966, S. 200 ff.

Franz Ferdinand auf eben diese Weise die Habsburger Monarchie zu retten wünschte. Das Buch von Popovici (1906) sah dann eine 'Neugründung' der Gesamtmonarchie vor³. Dieser Plan basiert auf einer Zerstückelung der Monarchie in folgende 'Bestandteile': Deutschösterreich, -böhmen und -mähren, Ungarn, ein rumänisches Siebenbürgen (mit der Bukowina) sowie das ungarische Szeklerland, Böhmen und Mähren, West- und Ostgalizien (mit Ruthenien), Kroatien (mit Dalmatien und Ostistrien), die Slowakei, die Woiwodina, Krain, Trento und Triest (mit Westistrien). Die offizielle ungarische Politik opponierte jedoch global gegen die föderalistischen Pläne und insbesondere gegen jene von Franz Ferdinand. Allein die demokratischen Strömungen Ungarns waren bereit, derartige Pläne zu akzeptieren. So hat u.a. der liberale Kossuth in der Emigration den Plan der sogenannten Donaukonföderation mit Serbien und Rumänien gutgeheißen, obwohl er zuvor ein intransigentem Führer im ungarischen Freiheitskampf war. Der Plan sah auch Ungarn als föderativen Staat vor, mit den Autonomien von Kroatien, Siebenbürgen und der Woiwodina. Weiterhin hat im letzten Augenblick der radikale Politiker Oszkár Jászi einen Plan zur möglichen Rettung des Donaustaates mit der Bezeichnung 'Danubische Vereinigte Staaten' erarbeitet. Demnach sollte die einstige Donaumonarchie aus fünf Bundesländern bestehen, und zwar aus Österreich, Ungarn, Böhmen und Mähren, Polen (d.h. Galizien und Russisch-Polen) sowie schließlich Illyrien (d.h. die südslawischen Gebiete unter Einbeziehung Serbiens und Albanien). Diese Föderationspläne also gehen über die Grenzen der Habsburger Monarchie hinaus und berücksichtigen eine mitteleuropäische Föderation bzw. Konföderation mit oder ohne Österreich.

Aber weder die Donaumonarchie noch das historische Königreich Ungarn konnten gerettet werden - nicht gemeinsam und auch nicht jeder für sich. Sämtliche Föderationspläne blieben weltfremde Utopien. Der Balkan wurde der Donaumonarchie zum Verhängnis, und zwar in erster Linie deshalb, weil Funktionsstörungen bzw. Balanceprobleme allein dann hätten beseitigt werden können, wenn dieses Staatsgebilde sowie die mit ihm konfrontierten Länder auf dem Balkan - d.h. Serbien und Rumänien - bereits bürgerlich fortgeschrittene Länder gewesen wären. Das war aber nicht der Fall. Ethnisches Nationalgefühl der slawischen Völker bzw. Völker des Balkan war nämlich nicht

³ Aurel C. Popovici, *Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich*, 1906. - Siehe auch Kann, a.a.O., S. 192 sowie den Sammelband *Erzherzog Franz Ferdinand. Studien* (Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, Bd. X), 1976, insbesondere die Studie "Kaiser Wilhelm II. und der Thronfolger Franz Ferdinand in ihrer Korrespondenz" (S. 47 ff).

vereinbar mit der territorialen Lösung der Nationalitätenfrage, im Rahmen derer die Donauländer - mit oder ohne Deutschösterreich - eine nach außen gut abgeschirmte sowie intern gut gegliederte Einheit hätten bilden können. Diese Konstellation wurde bereits der Konzeption der 'vielsprachigen, politisch aber einheitlichen' ungarischen Nation zum Verhängnis, denn Slowaken, Ruthenen, Serben und Rumänen waren keine Mitglieder des ständestaatlichen Systems, welches wiederum Basis des modernen politischen Nationalstaates wäre, dessen Fehlen aber die Entscheidung für das ethnische Nationalbewußtsein zur Folge hatte. Zum Zerfall des Königreiches Ungarn als auch zur Zerstörung der Idee der Donaumonarchie bzw. 'Donaukonföderation' trug dieser frühe ethnische Nationalismus, der sog. 'Gentilismus' (lat. gens - Stamm, Klan, Nationalität) wesentlich bei. Für Frankreich zum Beispiel stellt es kein Problem dar, daß Franzosen nicht allein im französischen Staat, sondern ebenso in der Schweiz, in Belgien oder Italien bzw. sogar in Quebec leben. In dieser Region hingegen wünschte und möchte ein jeder 'Nationalstaat' seine 'Brüder' um jeden Preis innerhalb geographisch oftmals völlig absurder Grenzen vereint wissen. Es ist kein Zufall, daß die akute Krise der Monarchie Ende des vergangenen Jahrhunderts einsetzte, und zwar mit dem Erwachen des Nationalismus auf dem Balkan. Der Druck nahm ständig zu, so wie Jászi es formulierte: zentrifugale Kräfte gewannen die Oberhand über die zentripetalen Kräfte.

Der erste Gedanke einer auf Österreich basierenden mitteleuropäischen Föderation basiert übrigens auf einer simplen, unkomplizierten Idee des Fürsten Metternich. Laut jener hätten sich die Staaten des Deutschen Bundes - selbstverständlich unter der Führung Österreichs - der französischen bzw. russischen Gefahr gegenüber zusammenschließen, wobei Österreich in dieses Bündnis seine ungarischen und italienischen Provinzen mit einbringen würde. Weiterhin wäre es erforderlich, gegen Frankreich mit der Schweiz sowie gegen Rußland mit dem schwedisch-norwegischen Königreich eine Allianz einzugehen. Es handelte sich hierbei um einen vollkommen unorganischen Gedanken, denn es ging einfach nur um das Weiterbestehen der Habsburger Monarchie, ihre Herrschaft in Ungarn und Italien inbegriffen, ebenso wie deren Hegemonie im Deutschen Bund⁴.

⁴ Vgl. Jacques Droz, *L'Europe centrale. Évolution historique de l'idée de 'Mitteleuropa'*, 1960 (über Metternich S. 43 ff.). Siehe auch Heinrich von Srbik, *Mitteleuropa. Das Problem und die Versuche seiner Lösung in der deutschen Geschichte*, 1937, S. 16 ff. (der Autor war u.a. Biograph von Metternich); weiterhin die Dissertation von Otto Wagner, *Mitteleuropäische Gedanken und Bestrebungen in den vierziger Jahren (1840-1848)*, Marburg 1935, S. 9.

Vollkommen anders geprägt waren die Ideen des bedeutenden Ökonomen und - nach Metternich - eines der 'gefährlichsten Demagogen', jene von Friedrich List. List argumentierte für eine nach dem Südosten orientierte dynamische Politik Deutschlands und empfahl die Einbeziehung Ungarns in den deutschen Zollverein. Das österreichische 'Mitteleuropa' Metternichs vertrat die Vergangenheit des Deutsch-Römischen Kaiserreiches, das deutsche Mitteleuropa verkörperte gemäß List die Zukunft⁵. Für List existierten keine spezifischen österreichischen oder preußischen, sächsischen bzw. bayerischen Interessen. Doch obwohl seine Ideen vor allem in seiner württembergischen Heimat und in Sachsen propagiert wurden, verwirklichte man sie in erster Linie in Preußen. Es war nämlich die preußische Politik, die nicht nur Schutzzölle verhängte, sondern Industrialisierung sowie Privatunternehmen unterstützte und somit eine komplexe Politik des staatlichen Protektionismus verfolgte⁶.

Zur Zeit des Vormärz und der Revolution wurden verschiedene Konzeptionen zur deutschen Vereinigung und, damit im Zusammenhang stehend, der mitteleuropäischen Einheit erarbeitet. Ich meine hiermit jedoch nicht die Ideen, die eine sogenannte großdeutsche Einheit betreffen, denke also hierbei nicht an die Pläne eines Schwarzenberg, Bruck oder Schmerling bzw. gar an die ultramontanen und separatistischen Gegner Bismarcks, wie Jörg, Schäffle oder Fröbel⁷. Es gab jedoch echte Mitteleuropa-Konzeptionen großdeutsch-nationaler Prägung, wie z.B. in der Vormärzperiode jene des List-Anhängers P. Pfizer, nach denen das eigentliche Deutschland mit Preußen eine Föderation bilden mußte. Hinzukommen würden die österreichisch-ungarische Föderation sowie ein Bündnis mit der Schweiz, den Niederlanden sowie Skandinavien. In der späteren Vormärzperiode propagier-

⁵ Über die Politik Metternichs vgl. Srbik und Wagner, ebenda; über List vgl. Droz, a.a.O., S. 53 ff. und die Einleitung zu Lists Werk von Günter Fabiunke, Das natürliche System der politischen Ökonomie (Ökonomische Studententexte, Bd. 2), 1961 (die französischsprachige Handschrift war die Vorbereitung des Hauptwerkes "Das nationale System der politischen Ökonomie", 1841, das 1843 ins Ungarische übersetzt wurde; der Verfasser bereiste Ungarn im Jahre 1844).

⁶ List, Die gegenwärtige Lage der Industrie im Zollverein. Ein Vortrag (1843), in: Friedrich Lists kleinere Schriften (Die Herdflamme. Sammlung der gesellschaftswissenschaftlichen Grundwerke aller Zeiten und Völker, hg. v. Othmar Spann, Bd. 10), ges., hg., Einf. v. Friedrich Lenz, Teil 1: Zur Staatswissenschaft und politischen Ökonomie, 1926, S. 556 ff.

⁷ Vgl. Droz, a.a.O., S. 79 ff., 93 ff., 131 ff. (über Schwarzenberg, Bruck und Schmerling), S. 106 ff. (über Edmund Jörg aus Bayern), S. 109 ff. (über Alfred Schäffle aus Württemberg) S. 73 und 111 ff. (über Julius Fröbel aus Thüringen - Fröbel hat später seine Austrophilie aufgegeben).

ten G. Mevissen und E. von Bülow-Cummerow in der Kölnischen Zeitung die Einbeziehung Österreichs in den Zollverein und damit die Ausweitung des deutschen und österreichischen Einflußbereiches nach Südosten. Zur Zeit der Revolution träumte K. Moering von einem riesigen, großdeutschen Reich vom Rhein bis hin zu den südrussischen Steppen - unter der Herrschaft der Habsburger Dynastie⁸.

Alle diese Konzeptionen bildeten ein Erbe der Pläne Metternichs, erweitert durch die Ideen Lists; sie vereinen den Gedanken der Verteidigung gegen die französische bzw. russische Gefahr sowie jenen von einer deutschen Wirtschaftsexpansion nach Südosten. Interessantester Autor von allen aber ist wahrscheinlich der Philosoph und Publizist Konstantin Frantz⁹. Frantz geht von der Voraussetzung aus, daß ursprünglich weder Österreich noch Preußen zu Deutschland gehörten. Kern Österreichs war die Ostmark, jener Preußens die Nordmark. Später kam es zwischen Österreich und Böhmen bzw. Ungarn sowie zwischen Preußen und Polen bzw. Litauen zu engeren Beziehungen. Die Trinität in Mitteleuropa würde sich somit aus der Föderation Deutschlands im engeren Sinne, jener Österreichs mit Böhmen und Ungarn sowie der Preußens mit Polen und Litauen ergeben. Diese mächtige Konföderation muß dann - gemeinsam mit der Schweiz, mit Holland und Belgien - vom Kanal bis hin zum Finnischen Meerbusen, vom Genfer See bis hin zum Schwarzen Meer die führende Rolle übernehmen¹⁰.

Von Preußen erhielt die Mitteleuropa-Konzeption ebenso eine massive Unterstützung, deren Besonderheit in ihrer Beziehung zur Idee vom sog. 'preußischen Sozialismus' bestand. Die Ideen vom romantischen Antikapitalismus und einer Abwendung von der westlichen Zivilisation (Anfang des "deutschen Sonderwegs" !) schlugen sich in spezifischer

⁸ Über Pfizer vgl. Droz, a.a.O., S. 59-60 und Wagner, a.a.O., S. 65 ff.; über die Kölnische Zeitung Droz, a.a.O., S. 60 und Wagner, a.a.O., S. 74 ff.; über Moering Droz, a.a.O., S. 61-62 und Srbik, a.a.O., S. 20 ff. - Gustav von Mevissen war auch an der Gründung der Rheinischen Zeitung beteiligt, hatte somit Verbindungen zu Marx.

⁹ Über Frantz vgl. Droz, a.a.O., S. 115 ff.

¹⁰ Die Ideen von Frantz siehe in folgenden Werken: Polen, Preußen und Deutschland. Ein Beitrag zur Reorganisation Europas, 1848 (Facsimile-Ausgabe: Respublica, 1969), S. 7 ff., 44 ff.; Untersuchungen über das Europäische Gleichgewicht, 1868 (Kopie der Ausgabe von 1859), S. 211 f., 237, 311; Der Föderalismus als das leitende Prinzip für soziale, staatliche und internationale Organisation, unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland, Mainz 1879, in der Ausgabe: Deutschland und der Föderalismus (Summa-Schriften Bd. 1), 1917, S. 104, 132, 138-139, 151, 179; Die Weltpolitik unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland, 1882 (Kopie der Ausgabe von 1882), S. 54, 64 ff., 70 ff.

Form in den Schriften von Paul de Lagarde nieder¹¹. Die Neugestaltung Deutschlands sollte von der Seele des deutschen Volkes ausgehen: "Deutschtum liegt nicht im Geblüte, sondern im Gemüthe."¹² Und dieser erneuerten deutschen Kulturnation sollte inmitten Europas - zwischen entfremdet-zivilisiertem Westen sowie barbarischem Osten - die führende Rolle zustehen. Für Lagarde gilt eine jede Provinz im Deutschen Bund als deutsches Land, ebenso Ungarn und Galizien sowie Russisch- (einst Preußisch-)Polen. Die Mitteleuropa-Konzeption von Lagarde ähnelt jener von Frantz außerordentlich. Denn Mitteleuropa - d.h. Deutschland - hat aus drei Teilen zu bestehen: zum einen aus dem alten Reich der sächsischen Kaiser, dem eigentlichen Deutschland mit Deutschösterreich; zum zweiten aus Großpreußen, und zwar dem eigentlichen Preußen mit Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Anhalt, dem 'sogenannten' Königreich Sachsen und Polen; und schließlich aus den nichtdeutschen Provinzen Österreichs, d.h. dem Königreich Ungarn sowie Galizien. Lagarde überblickt somit eindeutig die Situation: Mitteleuropa stellt letztendlich nichts anderes dar, als Deutschland gemeinsam mit den einstigen deutschen Ostmarken im Norden und Süden. Aus dieser Erneuerungsidee von Lagarde geht praktisch das Herrenvolksbewußtsein der Deutschen hervor: das Deutschtum verkörpert in Mitteleuropa die kulturschaffende Kraft und ist damit ebenfalls zur politischen Herrschaft determiniert¹³. Diese ideellen Vorstellungen Lagardes nahmen zu einem späteren Zeitpunkt - während der beiden Weltkriege nämlich - leider aggressiv und grausam Gestalt an.

Von Anfang an war das Kriegsziel der Deutschen im Ersten Weltkrieg, ein 'Mitteleuropa' unter deutscher Führung zu prägen; und dieses Mitteleuropa dann sollte Rußland sowie den angelsächsischen Großmächten als gleichrangiger Partner gegenüberstehen. Dieses deutsche Mitteleuropa sollte nichts anderes sein - meint der Historiker Fritz Fischer - als eine solide Basis auf dem Kontinent für deutsche Bestrebungen in Übersee¹⁴.

Bereits zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches waren deutsche Pläne für einen mitteleuropäischen Wirtschaftsblock detailliert ausgearbeitet,

¹¹ Sein eigentlicher Name lautet Paul-Anton Bötticher, der angenommene Name 'de Lagarde' ist demonstrativ preußisch.

¹² Vgl. "Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik. Ein Vortrag, gehalten im November 1853", in: Deutsche Schriften, Gesamtausgabe letzter Hand, 1886, S. 31-32, 41.

¹³ "Über die gegenwärtige Lage des Deutschen Reiches; ein Bericht. Geschrieben zu Borth vom 31. August bis 12. September 1875", ebenda, S. 146.

¹⁴ Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 2. Aufl. 1962 (1. Aufl. 1961), S. 17 f., 34.

u.a. das Programm des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg vom September 1914. Das Ziel war eindeutig bestimmt: die Schaffung der Wirtschaftseinheit Deutschlands mit Österreich-Ungarn unter Einbeziehung von Polen, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich sowie eventuell auch Italien, Schweden und Norwegen. Formell könnten oder sollten alle diese Länder sogar unabhängig bleiben, tatsächlich aber hätte die gesamte Wirtschaftsunion unter deutscher Leitung stehen müssen, die führende Rolle Deutschlands anerkennend. So prominente Persönlichkeiten wie Walter Rathenau und Arthur von Gwinner haben auf diesen Plan eingewirkt. Innerhalb kürzester Frist jedoch sind andere mit ähnlichen Plänen in den Vordergrund getreten, wie z.B. Matthias Erzberger, August Thyssen, Hugo Stinnes oder Alfred Krupp. Letztere standen auch mit dem Alldeutschen Verband in Verbindung. Der Plan dieses Verbandes, den man bereits Anfang September 1914 veröffentlichte, ging noch weiter als jener Bethmann-Hollwegs, denn er sah vor, selbst die Schweiz, Finnland, Rumänien, Bulgarien und Litauen mit den baltischen Provinzen in den deutschen Einflußbereich mit einzubeziehen. Viele wünschten diese Territorien wie deutsche Siedlungskolonien zu behandeln. Außerdem stimmten sie für ein Programm verschiedenster Annektierungen (Annexion Luxemburgs und belgischer Territorien oder gar ganz Belgiens, Annektierung der Industriezone Longwy-Briey sowie des Küstenabschnittes Dunquerque-Boulogne). Andere warfen den Gedanken einer deutschen Herrschaft in der Ukraine und im Kaukasus auf¹⁵.

Derartigen imperialistischen Phantastereien hat Friedrich Naumann seinen großartigen Mitteleuropaplan gegenübergestellt. Naumann lehnt die chauvinistischen Vorstellungen vom Endkampf zwischen Germanen und Slawen bzw. vom Krieg um die Weltherrschaft des deutschen Gedankens ab. Das gemeinsame Schicksal der Völker im Krieg zwischen Germanen und Nicht-Germanen (Ungarn, Slawen) fordert jedoch eine neue Lösung für Mitteleuropa. Mittelpunkt dieses Raumes sind selbstverständlich Deutschland und Österreich-Ungarn: von Nord- und Ostsee bis zu den Alpen, zur Adria und der Südgrenze der Donautiefebene, von der Weichsel bis zu den Vogesen, von Galizien bis zum Bodensee. Die Einheit der Völker aber hat sich aus freiem Willen zu entfalten. Aus diesem Grunde kann von den Ländern im Norden, von Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Holland und der Schweiz erst später die Rede sein. Zunächst ist abzuwarten, wie eine Vereinigung Deutschlands mit Österreich-Ungarn gelingt¹⁶.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 21. 107 ff., 111-112, 114-115, 137 f. Vgl. weiter Karl-Heinz Janssen, *Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18*, 1963.

¹⁶ Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, 1915, S. 3-4, 10.

Eine Nostalgie nach dem Deutsch-Römischen Reich ist auch bei Naumann zu spüren: die deutschen Kaiser in alten Zeiten - so sagt er - waren echte mitteleuropäische Gestalten. Selbst Bismarck wollte diese gute Einheit nicht gefährden und hat deshalb das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zustandegebracht, bei dem es ursprünglich allein um die Wahrung von Interessen ging. Nun aber brachte dieser Zwang wahren Enthusiasmus hervor. Die Idee eines Mitteleuropa ist somit ein Werk von Bismarck und Andrassy (damals Außenminister Österreich-Ungarns): Zweierbund gegen Zweierbund, Mitteleuropa dem Westen und dem Osten gegenüber. Dieser wirtschaftlichen und geistigen Einheit können sich nunmehr weitere Länder und Völker anschließen. Polen verfügt dank Preußen und der Hansa über althergebrachte Verbindungen zu Deutschland, dasselbe gilt für die Niederlande und die Schweiz der deutsch-römischen Traditionen wegen. Auf die Balkanländer trifft dasselbe wegen ihren alten Beziehungen zu Österreich zu (wobei die Türkei eine Ausnahme bildet). Bei Naumann sind auch Italien und sogar Frankreich erforderliche Beteiligte einer mitteleuropäischen Einheit, weshalb für ihn die Schlachten von Isonzo und Marne wahrhaftige Tragödien darstellen¹⁷. Von herausragender Bedeutung aber waren für ihn Polen und Ungarn¹⁸. Er reiste nach Polen und versuchte die polnische Nation davon zu überzeugen, daß ein Bündnis mit Deutschland die wahren Interessen Polens vertreten würde, doch konnte er kein Versprechen hinsichtlich einer Rückgabe Posens und Galiziens geben¹⁹.

Neben dieser Enttäuschung in Polen konnte der Plan Naumanns auch in Ungarn keinen bedeutenden Erfolg verzeichnen, obwohl es hier zu einer großen Debatte um den Mitteleuropaplan kam²⁰. Diese Diskussion wurde zwar einerseits objektiv und wissenschaftlich geführt, mündete jedoch andererseits in einen völlig subjektiven und politischen Streit. Die Beteiligten konnten somit keine eindeutigen Konsequenzen ziehen. Dieser Fakt verdeutlichte den alten Zwiespalt, der das historische Denken in Ungarn schon seit mehr als einem Jahrhundert beeinflusste: ist Ungarn wohl ein Land des Westens, wie die ungarischen Liberalen, z.B. Freiherr von Eötvös, meinten, oder sind die Ungarn ein Volk des Ostens, wie es der bedeutende konservative Denker und

¹⁷ Ebenda, S. 1-2, 14, 26, 33 f., 40, 44-45, 51, 53-54; vgl. ferner Naumann, Deutschland und Frankreich (Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, Heft 2), 1914; zu diesem Zeitpunkt erhofft der Autor noch eine Versöhnung im letzten Augenblick!

¹⁸ Friedrich Naumann, Österreich-Ungarn, der Waffengefährte Deutschlands (Schützengraben-Bücher für das deutsche Volk), 1917, S.18-19.

¹⁹ Friedrich Naumann, Was wird aus Polen?, 1917, S. 3, 5, 16, 25, 45, 49, 55.

²⁰ Naumanns Buch wird 1916 in ungarischer Sprache herausgegeben.

Politiker, Graf Széchenyi, behauptete? Man vertrat diese Standpunkte jeweils etwa zur Hälfte - jedoch aus verschiedensten Gründen und mit unterschiedlichsten Argumenten. Einige waren der Ansicht, daß es sich bei der Idee vom vereinten Europa um eine höhere als bei der von Mitteleuropa handele. Andere vertraten die Meinung, daß eben der bereits realistische Plan von Mitteleuropa im weiteren zur gegenwärtig noch utopistischen europäischen Vereinigung führen würde. Viele meinten, daß mit der mitteleuropäischen Zollunion die ungarische Industrie zugrundegerichtet würde, während wieder andere genau das Gegenteil behaupteten, daß nämlich gerade diese Zollunion der ungarischen Industrie einen bedeutenden Aufschwung beschern könnte. Einige glaubten, daß die ungarische Landwirtschaft mittels der Union umfangreiche neue Märkte gewinnen könnte, andere sagten, daß die Einbeziehung Rumäniens oder gar Mesopotamiens (Berlin-Bagdad--Achse!) Ungarn *quantité négligeable* gestalten würde²¹. Zu diesem Standpunkt gesellte sich keinerlei konsequente politische Überzeugung. Alle Unsicherheiten und Ängste der Ungarn aber - und allgemein der Völker des sogenannten 'Zwischeneuropa', d.h. der zwischen Deutschland und Rußland liegenden Länder - waren damit klar aufgezeigt. Die Ungarn kannten dieses Gefühl bereits aus früheren Zeiten allzu gut, denn schon einmal versuchte man vergeblich, 'zwischen den Reichen zweier mächtiger Kaiser' einen eigenen Weg zu finden, nämlich zwischen dem Römisch-Deutschen und dem Osmanischen Reich.

Es gibt keinerlei Zweifel darüber, daß es erstrangiges Ziel der deutschen Politik während des Weltkrieges war, die Dominanz der Deutschen in 'Zwischeneuropa' zu realisieren. Das hatte in diesem Raum die Gründung formell unabhängiger Staaten zur Folge (in Wahrheit jedoch unter deutscher Dominanz) - und Mitteleuropa war damit vom Mittel zum Zweck abgewertet. Auf der Balkanhalbinsel wünschte Deutschland selbst an die Stelle von Österreich und Rußland zu treten, weshalb die deutsche Außenpolitik von Österreich-Ungarn die sofortige Zollunion sowie von Rußland - als Preis eines Sonderfriedens - eine Erklärung forderte, nach der es auf seine Interessen auf dem Balkan verzichtete. Polen sollte vollkommen in die deutsche Wirtschaft integriert werden - doch waren die Polen bis zum russischen Zusammenbruch äußerst besonnen. (Der Zar hatte noch zu Beginn des Krieges Polen die Unabhängigkeit versprochen, weiterhin die Übergabe Galiziens sowie Ostpreußens!) Mit dem Friedenspakt von Brest-Litowsk dann konnte sich im Osten die deutsche Autonomiepolitik entfalten.

²¹ Siehe *Közép-Európa. A Társadalomtudományi Társaság által rendezett vita* (Mitteleuropa. Diskussion der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft), Budapest 1916.

Von Beginn an wurde klargestellt, daß Litauen mit dem Kurland ein 'Neu-Deutschland' bilden würde, wobei sich aber die Frage stellte: unter welcher deutschen Dynastie? Die Zuständigen der deutschen Ostpolitik hatten weiterhin für das besetzte Lettland und ebenso für Estland ähnliche Pläne. Schließlich wurde jene Entscheidung gefällt, daß Polen ein formell unabhängiges Land unter einem württembergischen Herrscher sein würde, demgegenüber Litauen ein Fürstentum mit einem sächsischen Landesfürsten und die drei Länder des Baltikums mit Preußen in einer Personalunion vereint sein sollten. Es gab dahingehend Pläne, die deutsche Ostkolonialisierung des Mittelalters fortzusetzen, u.a. mittels der 'quasi deutschsprachigen' Juden.

Finnland war die Rolle eines 'deutschen Keiles im Norden' zuge-dacht. Darüber hinaus begann die deutsche Politik, sich auch mit dem Osten an sich zu befassen. Die 'unabhängige' Ukraine Skoropadskis stand tatsächlich unter deutscher Vorherrschaft, und innerhalb kürze-ster Frist waren die Pläne eines deutschen Protektorates im Krim-Don--Kuban-Gebiet sowie Transkaukasien komplett fertiggestellt. Diese Territorien hätten als Brücke nach dem Osten, d.h. nach Vorder- und Mittelasien bzw. Indien, dienen können. Schließlich einigte sich die deutsche politische Führung dahingehend (vor allem infolge der diplo-matischen Bemühungen Stresemanns), daß eine wahre erfolgreiche deutsche Politik die Abhängigkeit Rußlands beibehalten muß, und zwar unabhängig davon, ob die Regierung Rußlands eine rote oder weiße ist. Im August 1918 wurde das deutsch-russische Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit unterschrieben, welches Deutschland die bedeutende russische Rohstoffbasis sowie den umfangreichen russischen Markt sicherte. In der Zeit früherer Versuche zu Sonder-friedensabschlüssen wurde erwogen, Rußland als Kompensation Anteile in Persien, Afghanistan und gemeinsam mit Japan in China zu überlassen. Letztendlich handelte es sich bei allen Plänen um die Schaffung eines deutsch-russisch-japanischen 'Kontinentalblockes' gegen die angelsächsischen Seemächte. Von Mitteleuropa konnte also schon nicht mehr die Rede sein, auch nicht von einem in der Kriegs-presse propagierten 'größeren Mitteleuropa'. Dies war bereits ein europäischer Großraum unter deutscher Vorherrschaft, von Antwerpen bis Rostow, von Riga bis Saloniki bzw. gar Bagdad; und diese Kon-zeption der deutschen Hegemonie im Ostraum übertraf jene von Mit-teleuropa. Es ging nicht mehr um Mitteleuropa, sondern um ein Imperi-um Germanicum in Europa²². Selbstverständlich konnte das vom Westen, von England und den Vereinigten Staaten nicht akzeptiert werden. Als der Versuch Deutschlands um einen Endsieg an der West-

²² Vgl. Fritz Fischer, a.a.O., S.149 ff., 162 ff., 304 ff., 451 ff., 577 ff., 586 ff., 596 ff., 669 ff., 708 ff., 752 ff. und passim.

front und vor allem auf See scheiterte, erwies sich eindeutig, daß Deutschland nicht über ausreichende Kräfte für eine Weltherrschaft verfügte.

Noch komplizierter als die Vorgeschichte ist die Nachgeschichte des Mitteleuropaplanes. Solange der Weltkrieg andauerte, war die Entente darum bemüht, eine Realisierung des Planes zu verhindern, konnte aber nach Kriegsende mit diesem Gebiet kaum etwas anfangen. Das Interesse der Briten für hiesige Möglichkeiten war äußerst gering, und die Franzosen verfügten zwar über die politische Hegemonie, doch kamen sie wirtschaftlich lediglich als Warenproduzent oder Kapitalverleiher in Betracht. Die französische Politik beabsichtigte, in der Donau-region anstelle Österreich-Ungarns eine neue Donauföderation zu schaffen. Sie war jedoch nicht imstande, Möglichkeiten für deren Realisierung zu finden. Sollte eine solche Föderation mit Ungarn im Zentrum verwirklicht werden, hätte man die Länder der sog. 'kleinen Entente' als Verbündete akzeptieren müssen. Das wahre Problem aber war jenes des Wirtschaftsraumes. Eine Donauföderation²³, ein Surrogat für Österreich-Ungarn, war schon deshalb nicht von herausragender Bedeutung, weil die deutsche Wirtschaft die Staaten im Südostraum direkt - d.h. ohne Einbeziehung Österreichs - viel besser erfassen konnte²⁴. Und Deutschland war nun einmal imstande, z.B. exportierte Agrarprodukte dieser Länder aufzunehmen, was für jene wiederum in der Tat ein lebenswichtiger Faktor war. Eine andere - wenn auch indirekte - Vorstellung der französischen Politik kam derzeit im Paneuropa-Entwurf des Grafen Coudenhove-Kalergi zum Ausdruck. Der Graf vertrat aufrichtig und äußerst naiv die Meinung, daß gerade die Kleine Entente Keimzelle des demokratischen Paneuropa sein würde (selbstverständlich gemeinsam mit Österreich). Sich direkt auf die Föderationspläne des Präsidenten Masaryk berufend, ist er der Ansicht, Europa müsse sich aus drei Regionen zu einer einheitlichen Nation vereinigen: dem lateinischen Westen (Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal, Italien), der germanischen Mitte (Deutschland, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen) und dem im allgemeinen slawischen Osten (Finnland, Baltikum, Kleine Entente, Ungarn und Balkan). England und Rußland spielten in diesem Plan keine Rolle²⁵.

²³ Vgl. z.B. Johannes C. Barolin, Die Donauföderation, in: Für und wider die Donauföderation, 1926, S. 5 ff.

²⁴ Die Rapallo-Politik kam Deutschlands Widerstand dem Westen gegenüber gelegen. Vgl. Kurt Schechner, Los vom Rhein, in: Für und wider die Donauföderation, a.a.O., S. 115 ff.

²⁵ Vgl. Pan-Europa, Der Jugend Europas gewidmet, 1923, mit dem Motto: "Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität".

Damit existiert in der Konzeption von Paneuropa weiterhin ein Krypto-Mitteleuropaplan.

Im Deutschland der 20er und 30er Jahre entbrannte eine umfassende und lebhaft Debatten hinsichtlich des Paneuropa-Planes. In erster Linie Literaten sowie politische und finanzielle Kreise lehnten ihn ab. Vor allem nationalsozialistische Propagandisten waren darum bemüht, den Plan Coudenhoves als das Trojanische Pferd des französischen Imperialismus darzustellen, zum Teil nicht zu Unrecht. Die Paneuropa-Bewegung erhielt gleich zu Beginn bedeutende Spenden, unter anderem vom Hamburger Bankier Max Warburg durch die Vermittlung des Baron Rothschild, womit die gesamte Bewegung sofort in den Einflußbereich der 'Verständigungspolitik' Stresemanns gelangte: dem Verband für europäische Verständigung sowie dem Europäischen Zollverein kam die Aufgabe zu, die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung auszutragen. Die Paneuropa-Bewegung hat sowohl den Plan Briands (Memorandum sur l'organisation d'un régime d'union fédérale européenne) als auch später die sogenannten Zollvorzugspläne Tardieus unterstützt. Derzeit rivalisierten also in Deutschland jeweils zwei Varianten der zwei Grundkonzeptionen miteinander: in der Europa-Bewegung die Paneuropa-Union und der Verband für Verständigung, in der Mitteleuropa-Bewegung die Donauföderationspläne ohne Deutschland bzw. die deutsche Mitteleuropakonzeption. Sieger blieb die Mitteleuropakonzeption, denn Europabewegungen waren zu jener Zeit noch völlig utopistisch. Französische Pläne der Kooperation und Donauföderation sind bereits Anfang der 30er Jahre eindeutig und endgültig gescheitert. So konnte Nazideutschland mit dem berühmtesten 'Neuen Plan' des Hjalmar Schacht die Stelle des Mitteleuropaplanes von Naumann einnehmen. Obwohl seine Konzeption eine aggressive war, konnten den Ländern 'Zwischeneuropas' doch echte wirtschaftliche Möglichkeiten geboten werden²⁶. Während des Zweiten Weltkrieges sind die erneuten aggressiven und imperialistischen Pläne Deutschlands dann völlig gescheitert. Der Mitteleuropaplan schien in der Versenkung der Geschichte zu verschwinden. In Europa gab es nun zwei, scharf voneinander abgegrenzte Regionen: West- und Osteuropa, wobei mit dem Westen praktisch ein 'Mini-Paneuropa' geschaffen wurde, was Graf Coudenhove wiederum voller Hoffnung

²⁶ Über den Kampf der beiden Konzeptionen vgl. Reinhard Frommelt, *Pan-Europa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925-1933* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 34), 1977, S. 15, 16 ff., 28 ff., 51, 80 ff., 85 ff., 93 ff.; für die nationalsozialistische Propagandaliteratur siehe z.B. Hans Krebs, *Pan-Europa oder Mitteleuropa?* (Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 29), 1931, S. 4 ff., 16 ff., 26 ff.

und Zufriedenheit registrierte²⁷. Aber auch Osteuropa wurde von ihm nicht vergessen: er beabsichtigte den Ausbau von Beziehungen zwischen Ländern des einstigen Zwischeneuropa und dem Westen, parallel zur Verständigung mit der Sowjetunion.

In diesem Raum wurden zahlreiche sowie unterschiedlichste Pläne entworfen. Bereits in der Zwischenkriegszeit existierte jener von Masaryk über eine Union kleiner Republiken zwischen Baltischem Meer und Ägäis, ebenso der Plan Hodžas zur Vereinigung der Bündnisse des italienisch-österreichisch-ungarischen Abkommens von Rom bzw. der Kleinen Entente usw. Während des Krieges und danach sowie vor allem in der Emigration sind ähnliche Pläne in sinnlosem Ausmaße entstanden, die z.B. folgende Staaten und Territorien betreffen:

1. Sikorski und Mikolajczyk: Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Österreich;
2. zuvor aufgeführte sowie Jugoslawien und Rumänien;
3. 'Intermarium' - von Meer zu Meer;
4. Polen, Litauen und die Ukraine;
5. Donauföderation mit Ungarn als Zentrum;
6. Plan ungarischer Monarchisten: 'Länder unter der Krone des Heiligen Stephan' (ohne Österreich);
7. slowakischer Plan einer beschränkten Donauföderation (mit Österreich);
8. "Commonwealth Mitteleuropa": Union historischer Kronländer;
9. tschechischer Plan auf ethnischer Basis;
10. tschechischer Plan, Deutschland einbeziehend;
11. tschechischer Plan über eine Donauföderation (ohne Deutschland);
12. slowakischer Plan "Karpaten-Adria";
13. Habsburg-Föderation (Erneuerung der Pläne Franz Ferdinands);
14. Alpen-Donau-Föderation;
15. Adria-Ägäis-Föderation;
16. Nordbalkan-Föderation usw. und so fort²⁸.

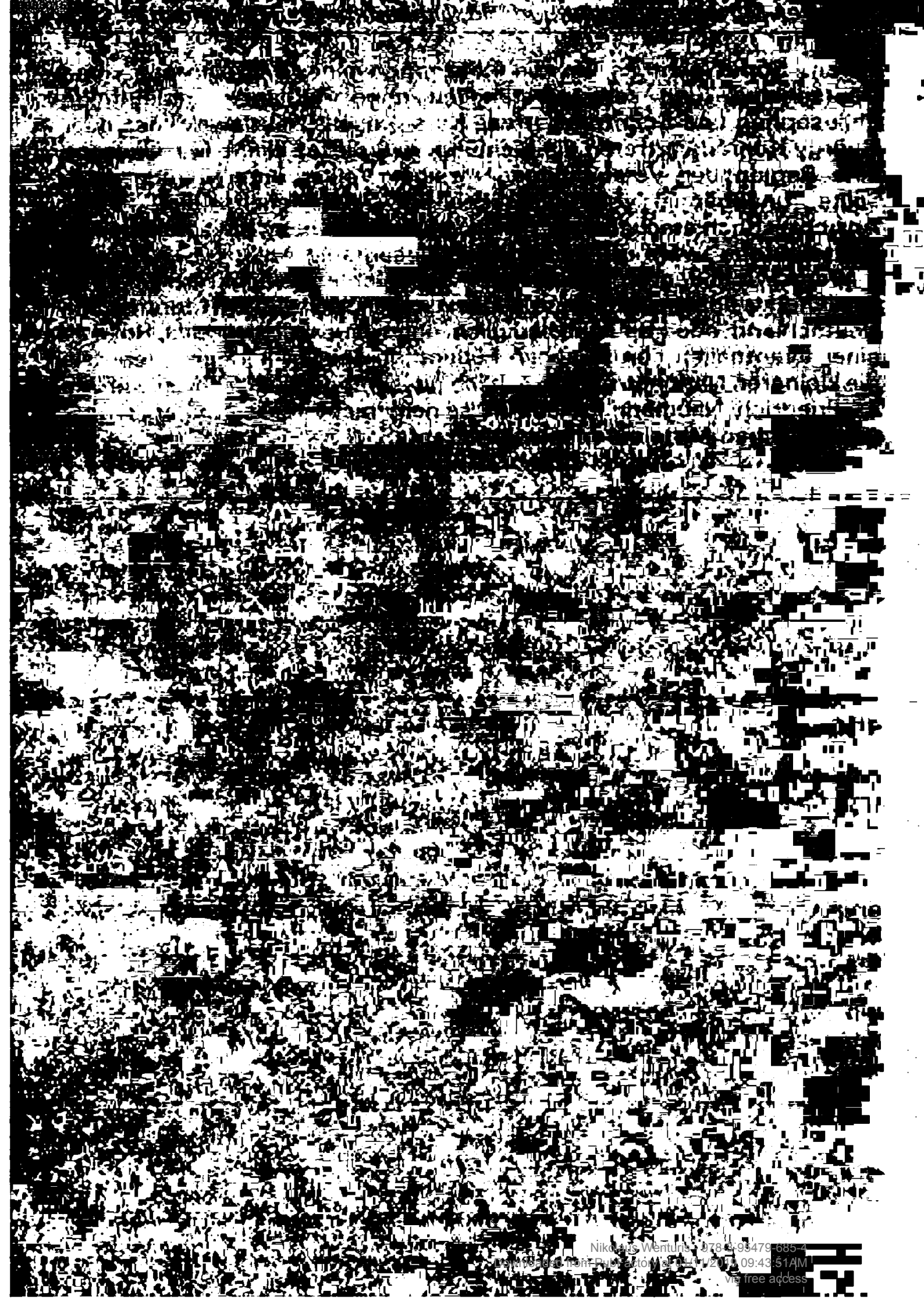
Der verhältnismäßig realistische Plan Titos und Dimitrows für eine Föderation Jugoslawiens und Bulgariens, dem auch in Ungarn und Rumänien viele ihre Sympathie versicherten, scheiterte hingegen am entschiedenen Widerstand Stalins, letztendlich am Sowjetimperialismus. Beinahe alle diese Pläne zeigten bereits jene Tendenz auf, die gegenwärtig charakteristisches Merkmal neuester Mitteleuropapläne ist, nämlich das einstige Zwischeneuropa mit Mitteleuropa zu identifi-

²⁷ Richard Coudenhove-Kalergi, *Mutterland Europa*, 1959, S. 8-9.

²⁸ Siehe Föderationspläne im Donaauraum und in Ostmitteleuropa (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas), 1958, S. 31 ff., 85 ff., 106 ff., 118 ff.

zieren. Somit geht es um die Konzeption eines Mitteleuropa ohne Deutschland (und selbstverständlich ohne Rußland). Bedeutende Philosophen und Schriftsteller wie Karel Kosik, Czeszlaw Milosz oder György Konrád vertreten die Meinung, daß dieses kleine Mitteleuropa eine Region der Verständigung hiesiger Völker untereinander sein sollte, unabhängig vom deutschen bzw. russischen Koloß. Diese Ansicht jedoch erscheint ein wenig utopistisch, denn ein solch kleines 'Mitteleuropa' wäre offensichtlich lebensunfähig.

Wenn wir aber aus der bisherigen Geschichte tatsächlich die Lehren zu ziehen wünschen, müssen wir feststellen, daß große Nationen wie Deutschland oder Rußland lediglich dann eine konstruktive Rolle in einer eventuellen europäischen Föderation spielen können, wenn sie die kleineren Nationen als tatsächlich gleichrangige betrachten - so wie es Friedrich Naumann bereits in seinem nicht realisierbaren, sogar utopistischen Mitteleuropaplan anstrebte.



LUBOMÍR NOVY

Das Haus "Europa" als Gebäude und als Heim - zum Verhältnis vom Partikularismus und Universalismus

Zu den bedeutsamen Projekten von professionellen Baumeistern des europäischen Hauses als einem Gebäude möchte ich einige bescheidene Gedanken eines unpraktischen Philosophen über das Heimische solcher Gebäude beifügen.

Das Europa-Gebäude und seine Architektur verstehe ich vor allem als eine organisationelle und institutionelle Konstruktion¹. Mit Heim verbinde ich dagegen folgende Züge: ein mir zur Verfügung stehendes begrenztes Territorium in einer biographischen und geschichtlichen Zeit, ein mir gut vertrauter, verständlicher, übersichtlicher Raum, wo ich mit meinen nächsten Mitmenschen zusammenlebe, unsere gemeinsamen Erfahrungen und Erlebnisse als Gesamtheit der Werte und Ziele wahrnehme, in gewissen Riten und Symbolen ausdrücke und aufgrund aller dieser Komponenten meine Gefühle von Sicherheit (Identität, Verwurzelung) aufbaue.

Dieses Bei-sich-Sein interpretiere ich weder "materialistisch" (als einen bloß abgeleiteten, begleitenden "Überbau", als einen irrelevanten Schmuck am Dach) noch "idealistisch" (als einen geheimen privilegierten spirituellen "Unterbau", das Haus baut man am festen Boden auf), sondern als unersetzbares, wirksames, wenn auch nicht immer klar sichtbares und exakt erfaßbares geistiges Klima, welches nirgendwo, aber doch überall vorkommt. Ohne diese "Sorge für die Seele der Polis", wie Jan Patocka sagt, wird das Haus zur bloßen Konstruktion von Mauern und Wohnungen, im besseren Falle zur Herberge.

Vor ein paar Jahren, nach dem Zerfall des Ostblocks (und des kommunistischen Universalismus) schien es klar zu sein: das neue Europa

¹ Vgl. z.B. die interessanten Thesen von Thomas Fleiner-Gerster zum Föderalismus als "Organisations-, Integrations- und Konfliktlösungsmodell" in seinem Grußwort zur Gründungsfeier des Deutschen Instituts für Föderalismusforschung, Mitteilungen des DIF, Heft 2, Hannover, April 1993, S. 8-12.

wird aufgrund der "europäischen Idee" vereinigt, am Boden des europäischen Universalismus und seines Erbes: antik-christliche Tradition, Kodex der Menschen- und Bürgerrechte, rationalistisch-technologische Auffassung der Kultur. Es genügt, die postkommunistischen Länder an das Europa-Haus zu binden - als einen Anbau.

Schon zu jener Zeit sah aber die europäische Idee nicht wie etwas widerspruchslos Universelles aus: man stritt sich um die aufklärerisch-rationalistische Tradition, um die technologische Vernunft oder um den Anthropozentrismus, um die Desintegration des Christentums. Andererseits kann man nicht bestreiten, daß die tragischen Irrwege der Totalitarismen nicht in Asien oder am Rande Europas, sondern in Ländern mit einer großen Tradition der europäischen geistigen Kultur entstanden sind.

Im Referenzsystem der bipolaren Welt hat man die europäische Idee einmal enger (als westeuropäische Idee), ein andermal breiter (als atlantische, westeuropäisch-nordamerikanische, westliche Idee) wahrgenommen. Und dazu weitere Fragen: Soll man die europäische Idee im Sinne einer semantischen Opposition zum Amerikanismus verstehen? Oder: Stellt dieses westliche Kulturmodell nach dem Zerfall der bipolaren Welt jenen wünschenswerten Universalismus, eine neue Variante einer "Endlösung des weltgeschichtlichen Rätsels" dar, und bleibt es uns nur, dieses Modell in der ganzen Welt zu verwirklichen?

Die Probleme der postkommunistischen Länder haben bald in West-Europa Sorge und Angst erregt: Was soll man mit diesem "anderen" Europa, mit dem Aufschwung von "östlichen" Partikularismen tun? Diese Welle von Desintegrations- und Destabilisierungstendenzen, von Nationalismen und sogar von Bürgerkriegen - das alles hat man in diesem Augenblick als Folgen oder Begleiterscheinungen des zerfallenden Totalitarismus, als Ausdruck der Absenz einer Marktwirtschaft, einer stabilen Demokratie und - freilich - als Resultat der jahrzehntelangen Zerstörung der Kontakte mit der europäischen geistigen Kultur interpretiert.

Da aber kommt eine Rückwirkung dieser Welle zu Wort: zwar aus unterschiedlichen Gründen, aber dennoch taucht auch in den demokratischen Ländern des Westens eine Serie von Partikularismen (Nationalismus, Xenophobie, zentrifugale Strömungen, zumindest Euroskeptizismus) auf.

Diese Skizze zur geistigen Lage in Europa soll folgende Hypothese unterstützen: die neue Situation macht eine Überprüfung der "europäischen Idee" erforderlich, nicht nur eine Selbsttransformation der Mentalität in den postkommunistischen Ländern, sondern auch eine kritische Reflexion über das westliche Modell, eine neue Auffassung

des Partikularismus-Universalismus-Problems als eines gemeinsamen Problems des ganzen Europas (und nicht nur Europas)².

Der Partikularismus findet seine Unterstützung auch im Klima des Anti-Universalismus, des Pluralismus und des Relativismus der Post-Moderne-Debatte, welche - in negativer Gestalt - die Zeitwende beschreiben möchte: Gott ist tot, Mensch ist tot, unpersönliche Struktur - sie auch - ist tot. Und Marx, Hegel sind tot sowie verschiedene Gestalten aus "Großerzählungen". Zu viele Leichen, ein Friedhof der Ideen! Alles ist "post" - wir leben in einer posthumanistischen, post-strukturalistischen, postmaterialistischen, postreligiösen, postindustriellen, postkommunistischen usw. Zeit. Niemand wagt, heute einen Anspruch auf die Wahrheit und auf das Gute zu verteidigen. Es fehlt uns eine positive synthetisierende Philosophie des Menschen der post-ischen Zeit.

Wir sind beunruhigt, aber wir fühlen, daß eine bloße Ablehnung der Partikularismen nicht genügt. Ein zu abstraktes Europäertum (sowie Weltbürgertum), ein zu großes, unüberschaubares Ganzes mit voneinander entfernten Entscheidungszentren verletzt das Heimische, verstärkt die Entwurzelung. Und, wie bekannt, führt die Deprivation, der Verlust des centrum securitatis (von Individuen, Familien sowie von größeren Gemeinschaften) zu Krisensituationen, Disfunktionen, zu Kriminalität und Aggressivität usw.

Philosophisch gesagt: der Mensch geht von seiner Lebenswelt, von seinem fixierten Standort als einem tiefgreifenden anthropologischen Bedürfnis aus, um sich in der Welt zu orientieren und seinen Horizont der Weltoffenheit bilden zu können. Ohne Entfaltung des Partikulären kommt man zu einer gebrechlichen Integration und zu einem entleerten Universalismus.

Als Beispiel kann man die nationale Frage erwähnen. Europa war und wird immer eine multikulturelle und multinationale Gemeinschaft sein. Denn die Ausbildung selbst von modernen Nationen gehört auch schon zum Erbe des Europäertums. Dieser Prozeß spielte sich freilich ungleichmäßig und gleichzeitig ab³. Im Westen sind Staatsnationen, im Osten Kulturnationen (sprachlich kulturelle Gemeinschaften ohne eigene Staatlichkeit) entstanden. Das hat man in jener Zeit als einen Teil von Emanzipations-, Demokratisierungsprozessen beurteilt, sogar als Erfüllung des Universalismus (bei Herder und Masaryk als Verwirklichung universeller Humanitätsideale) aufgefaßt. Allerdings: zur Konstituierung von jungen Staaaten, Nationen, ethnischen Grup-

² Vgl. dazu Gerard Raulet, Zur kritischen Theorie Europas, *Mesotes*, No. 2, 1993, S. 179-193.

³ Vgl. Masaryks Feststellung in der Schrift "Rußland und Europa", 1913: "Rußland ist, was Europa war ... Rußland ist auch Europa".

pen in Afrika hat sehr stark (direkt oder indirekt) ihre Europäisierung (oder anders ausgedrückt: ihre Kolonisation) beigetragen.

Ein gesunder Patriotismus hat seine positiven Seiten, er kann ein berechtigtes Selbstbewußtsein, die Aktivität und Leistungsfähigkeit der Bürger ins Leben rufen und motivieren (vgl. z. B. die Position der Tschechoslowakei zwischen den beiden Weltkriegen, das Streben der Deutschen, ihr Land nach dem Kriege neu aufzubauen, die Opposition der Polen und der Ungarn gegen den Stalinismus).

Mit Recht kalkuliert man diese Komponente des Partikulären in die Projekte des Europa-Hauses ein als "Erfahrungsschatz vielfältiger, kleinräumiger Demokratien"⁴, "Anerkennung autonomer Gruppenrechte"⁵, "echte Autonomie für Regionen und Gemeinden"⁶, "Freiheit der religiösen, sprachlichen, territorialen und kulturellen Gemeinschaft als Voraussetzungen der Freiheit des Individuums"⁷, "sozialer Ausgleich zwischen verschiedenen Regionen"⁸, die Demokratie im föderalistischen Staat auf "bestehenden kleinen und kleinsten Demokratien aufzubauen"⁹.

Die entarteten Partikularismen sind mit dem Verlust der Vertikalität und mit einer Geschlossenheit verbunden, d.h. mit der Zerstörung der Eingliederung in eine höhere und weitere Gesamtheit, was zum Konstruieren von Ersatz-Identitäten und zu regionalen Fundamentalismen führt.

Hier kommt (philosophisch gesagt) die Ambivalenz des Heimischen zum Ausdruck. Das Heimische als natürlicher, existenzieller Standort (ursprünglich die Weltoffenheit möglich machend) wird zum limitierenden Faktor: die Menschen (oder eine Gruppe) werden in einem geschlossenen Horizont petrifiziert. Die echte Identität, das echte Bei-sich-Sein, verlangt aber eine Verschiebbarkeit des Horizontes und eine Beweglichkeit von mehreren Horizonten.

Identität ist von keiner starren Substanz ableitbar und ablesbar. Sie stellt die Folge eines Prozesses, einer Interaktion dar, eine werdende Wahrheit, *veritas in actu* (*vérité à faire*).

Was z.B. in der Masaryk'schen Philosophie der Nation in der Formulierung zum Ausdruck kommt, "Die Idee des Menschentums tschechisch auszudrücken", bedeutet umgekehrt: "Die Idee des Tschechentums menschlich auszudrücken". Die Nation soll man nach Masaryk nicht als etwas fertiges, sprachlich-kulturell Gegebenes, als Blut und

⁴ Vgl. z.B. die schon zitierten Thesen von Fleiner-Gerster, a.a.O., S. 9.

⁵ Ebenda.

⁶ Ebenda, S. 10.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda, S. 11.

⁹ Ebenda, S. 12.

Boden verstehen, sondern als Aufgabe und Schöpfung. Die Qualität des Nationalen (bei allem Respekt zum Erbe) liegt vor uns, sie hängt mit der Stufe der Aneignung und der Mitschöpfung der übernationalen Werte zusammen.

Wenn man diese Partizipation am höheren Ganzen nicht pflegt, wird der Einzelne zum asozialen Individuum, die Familie zum Klan, die Kommunität, die Region, die Nation, der Staat zu den ethnozentrischen Gruppierungen, welche nicht nur die anderen Menschen, sondern auch ihre eigene wahre Identität bedrohen. Anstatt der Häuser und der Wohnungen sehen wir nur die Höhlen.

Kurz gesagt: um den entarteten Partikularismus zu überwinden, brauchen wir einen neuen, organischen Universalismus.

Jede partikuläre Einheit bildet ihre eigene Gesamtheit der Züge und der Werte, also ihren sozusagen partikulären oder regionalen Universalismus (esprit du corps der Familie, der Gemeinde, des Staates), mit einer gewissen Gefahr, daß z.B. große und starke Staaten (Nationen oder soziokulturelle Regionen) ihre partikulären Universalismen (die ihre partikulären Interessen ausdrücken) als allgemein gültige Musternormen durchsetzen und sich als Träger der Weltgeschichte (oder der europäischen Geschichte) verhalten werden.

Wo sollte man einen neuen, sozusagen den höchsten Universalismus suchen? In einer phänomenologisch-strukturellen Philosophie der heutigen Menschheit als eines Ganzen, in einer Humanologie sub specie drohender Selbstvernichtung der Menschheit? Zum neuen Universalismus kommt man nicht auf dem Wege der Bestimmung einer abstrakt anthropologischen Substanz, einer kalkulierten Weltschematik, eines Kataloges von offenbarten Wahrheiten, sondern im mühsamen, vielfältigen und widerspruchsvollen Prozeß der Suche nach gemeinsam gültigen regulativen Ideen. Dabei muß man - paradoxerweise - folgende Tatsache bis zum Ende durchdenken: die Endlichkeit und die Unsouveränität des Menschen, die Tatsache, daß jede menschliche Weltauffassung auch nur einen Partikularismus, einen allzu menschlichen Partikularismus darstellt. In diesem Sinne ist kein fester und eindeutiger Universalismus möglich.

Zu unserer Diskussion könnte folgende Unterscheidung von Universalismus-Begriffen wertvoll und inspirativ sein¹⁰:

- Der in der Geschichte sich verwirklichende Geist (Comte, Hegel);
- universelle Kultur als Synthesis von Sonderkulturen;
- Dimension der Transzendenz (des Gottes, des Seins) als Fundament aller Dinge;

¹⁰ Vgl. Pierre Hassner, *Vers un universalisme pluriel?*, *Esprit* Nr. 12, 1992, S. 106.

- das vom Inneren des Individuums konstituierte Universelle (St. Augustin: *in interiore homine habitat veritas*; also: Exteriorität-Interiorität, exogene oder endogene Auffassung).

Mit Rücksicht auf diese Problemstellungen möchte ich zum Schluß die folgenden Grundsätze eines möglichen, denkbaren Universalismus andeuten:

1. Die Offenheit dem Sein und den anderen gegenüber, die die dialogische Natur des Menschen, den allgemein menschlichen Partikularismus, den Pluralismus und die Beweglichkeit von Horizonten anerkennt. Zwischen meinem Standort, meiner Lebenswelt und dem Ganzen des Seins liegt eine höchst wichtige vielfältige Zwischenwelt (Merleau-Pontys "intermonde"), die Welt der sozialen und kulturellen Verhältnisse und Bedeutungen, die Welt der sprachlichen Kommunikation.

2. Ablehnung von Fundamentalismen (die die Kehrseite von Entwurzelung, Bedrohtheit, Minderwertigkeit, des totalen Relativismus und Nihilismus darstellen). Sich bewußt sein, daß eine gewisse, uns überragende Ordnung (*ordo rerum et idearum*) existiert (als eine regulative Idee): daß es sie gibt, aber was sie ist und wie man sie begründet, darüber kann man unendlich diskutieren (katholisch, protestantisch, islamisch, vom Standpunkt einer liberalen oder Laien-Weltauffassung). Daraus folgt - z.B. in religiöser Frage - konsequenter Ökumenismus: keine menschliche Autorität hat das Recht, im Namen Gottes (oder der Geschichte usw.) zu sprechen, heilige Kriege zu führen, die Andersdenkenden zum Tode zu verurteilen.

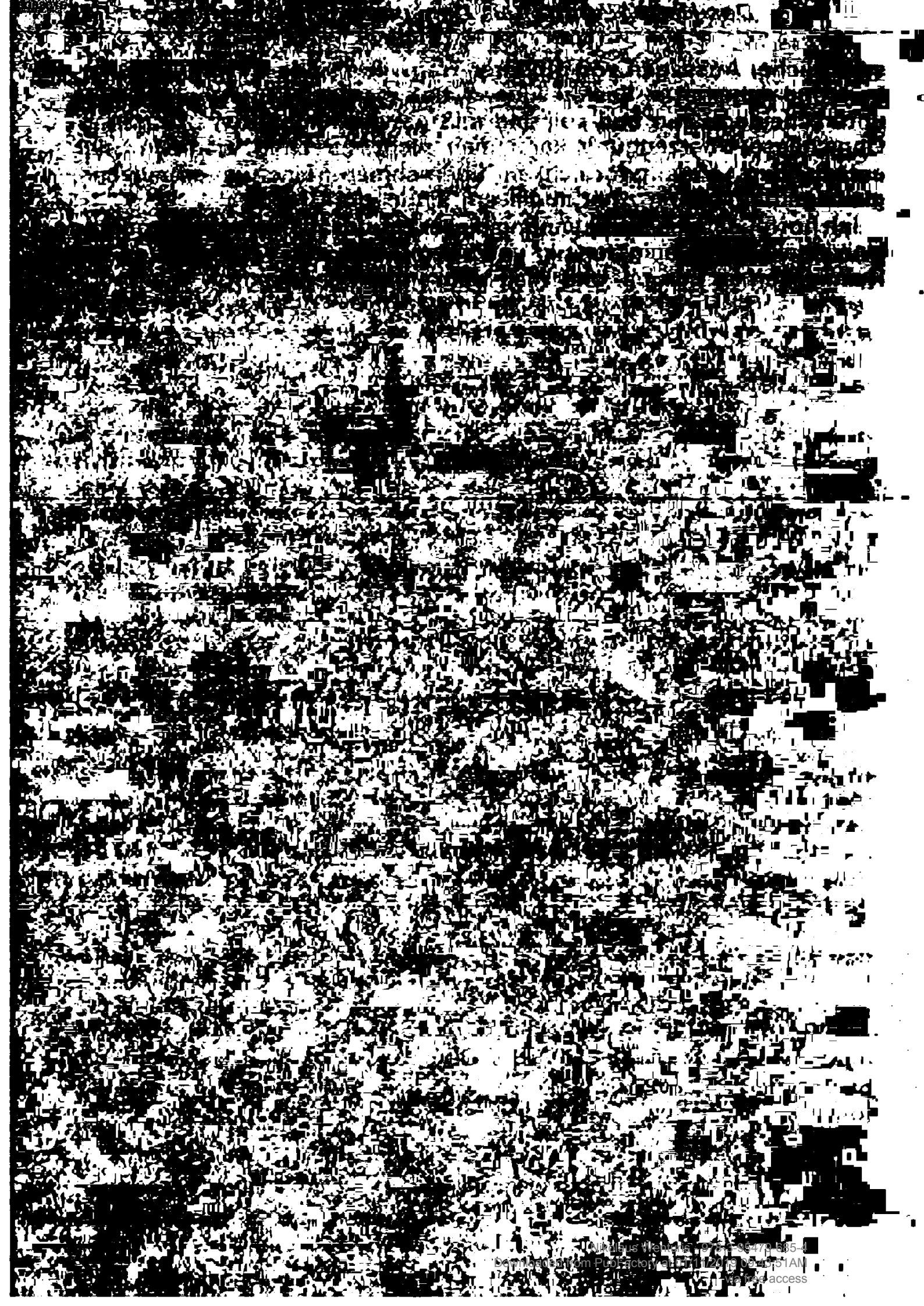
3. Universalismus als Verwirklichung des allgemeinen Geistes ist für die Mehrzahl der Menschen schwer annehmbar. Wenn es einen gewissen allgemeinen Zivilisationsprozeß gibt, so wird er immer durch die spezifischen Teilhistorizitäten vermittelt als Folge differenzierter Erfahrungen, die man im Laufe eigener Geschichte und im Dialog mit den anderen bewertet und zu einem gewissen Konsens führt. Diesen Universalismus von unten und von innen her möchte ich als emergenten Universalismus bezeichnen. Ich glaube, daß etwas ähnliches auch Michael Waltzer meint, wenn er über den "re-iterativen" Universalismus spricht (im Unterschied zum Universalismus von außen und von oben her)¹¹.

4. Als wichtigen Ausdruck eines heutigen emergenten Universalismus schätze ich die Gesamtheit von Menschen- und Bürgerrechten: unvollständige, oft verletzte, manchmal widersprüchliche, aber doch von vielen Menschen akzeptierte, regulative Ideen. Im Unterschied zum totalen Relativismus bin ich der Meinung, daß rationale (wissen-

¹¹ Waltzer, Michael: *Les deux universalismes*, *Esprit* Nr. 12, 1992, S. 114-133.

schaftliche) Aussagen von größerer Tragweite sind als nicht verifizierbare und nebelhafte Feststellungen, daß man das Gute und das Böse unterscheiden kann und soll und daß gewisse höhere Werte gelten. Ohne diese Überzeugung kann man nicht sprechen, handeln, sich entscheiden, Verantwortlichkeit übernehmen. Eine unverbindliche, gleichgültige Toleranz hat in diesem Sinne ihre Grenze.

Ich hoffe, daß die Anerkennung dieser Grundsätze eines emergenten Universalismus wenigstens in gewissem Maße zur Verbesserung des Heimischen im Europa- und Welt-Hause beitragen kann.



PETER L. OESTERREICH

Nationaler Pluralismus. Politische Philosophie und die föderale Architektur Europas

Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht über die Europäische Union befindet sich Westeuropa in einer kritischen Übergangsphase zu einer neuen politischen Ordnung, deren Architektur bisher nur undeutlich zu erkennen ist. Sicher scheint nur zu sein, daß mit der Entwicklung von gemeinsamen supranationalen Institutionen die Epoche des klassischen Nationalstaats mit seiner ungeteilten Souveränität zu Ende geht. Daß dies aber nicht notwendig einen radikalen Bruch mit der europäischen Idee der Nation bedeuten muß, möchten meine folgenden Ausführungen zeigen. Dabei werde ich zuerst die klassische Idee der Kulturnation bei Fichte und Schelling ansprechen, sodann auf das politische Prinzip nationaler Pluralität hinweisen, um dann das Konzept des föderal integrierten Nationalstaats vorzustellen.

1. Die Theorien der Kulturnation bei Fichte und Schelling

Bei Fichte und Schelling finden sich Theorien der Kulturnation, deren Zusammenhang mit der typisch europäischen Tradition der Politischen Philosophie, die sich seit der Antike am Vorbild der demokratischen Polis orientiert, bisher zu wenig gesehen wurde.

1.1. Fichtes Theorie der Sprachnation

Fichtes *Reden an die deutsche Nation* (1807/8) haben das Selbstverständnis der Deutschen als Kulturnation mitbegründet. Die Nation besteht demnach in einem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, das wesentlich durch die gemeinsame Sprache ermöglicht wird. Die Sprache hat einen "unermesslichen Einfluss auf die ganze menschliche Entwicklung eines Volks"¹. Damit wird von Fichte die nationale Identität

¹ Fichtes sämtliche Werke, hrsg.v. I.H. Fichte, Berlin 1845/6, repr. Berlin 1971, VII, 326. Band und Seitenzahl dieser Ausgabe werden im folgenden den Zitaten direkt nachgestellt.

tät von vorneherein auf der Ebene eines kommunikativ vermittelten intersubjektiven Selbstbewußtseins angesetzt und damit als Phänomen des objektiven Geistes bestimmt². Die Redetätigkeit in der Nationalsprache mit ihrer ununterbrochenen Wechselwirkung bildet das zentrale Medium der Vergemeinschaftung der Individuen zur transindividuellen Einheit der Nation. Durch ihr rhetorisch-hermeneutisches Kontinuum entsteht im Laufe der Generationen eine gemeinsame Mentalität, an der die Individuen partizipieren und sich so zur konkreten Allgemeinheit eines Volkes zusammenschließen. Es ist die gemeinsame Sprache,

"welche den Einzelnen bis in die geheimste Tiefe seines Gemüths bei Denken und Wollen begleitet, und beschränkt oder beflügelt, welche die gesammte Menschenmenge, die dieselbe redet, auf ihrem Gebiete zu einem einzigen gemeinsamen Verstande verknüpft ..." (VII, 326).

Analog zur Theorie der interpersonalen Konsensbildung in der klassischen Rhetorik, erstreckt sich die vergemeinschaftende Wirksamkeit der Nationalsprache nicht nur auf den Verstand, sondern ebenso auf das Gefühl und den Willen. Nationen sind demnach keine reinrationalen Verständigungsgemeinschaften, sondern geschichtlich gewordene Überzeugungsgemeinschaften, deren Mentalitätsbildung am Modell der rhetorischen Redetätigkeit begriffen werden kann.

Gerade in Hinsicht auf die rhetorische Vermitteltheit des nationalen Selbstbewußtseins läßt sich die behauptete "prinzipielle Affinität"³ der modernen Nation zur antiken Polis näher begründen. Beiden Formen politischer Gemeinschaft liegt nämlich die europäische Idee der

² Daß die nationale Identität neben unterschiedlichen objektiven Faktoren wesentlich in ihrer geistigen Subjektivität besteht, bleibt ein Definitionstopos der gesamten nachfichtischen Forschung. Er findet sich in der älteren Literatur, z.B. bei F. Meinecke: "Unter allen Umständen muß irgendeine geschichtlich erwachsene Gemeinschaft und ein mehr oder minder helles Bewußtsein von ihr vorhanden sein ..." (Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, München-Berlin 1911, S. 2). Ein Beispiel der neueren Literatur lautet: "Von 'Nation' kann nur die Rede sein, wenn ein Selbstverständnis als Nation vorliegt, ein Bewußtsein dessen, sich durch ein spezifisches Ensemble von Charakteristika auszuzeichnen und dadurch überhaupt von anderen Großgruppen zu unterscheiden" (D. Kluxen-Pyta, Nation und Ethos. Die Moral des Patriotismus, Freiburg-München 1991, S. 122 f.). Einen Überblick über die gegenwärtigen Theorien zum Nationproblem, die dieses subjektive Moment des nationalen Selbstverständnisses meistens mit unterschiedlichen objektiven Faktoren kombinieren, gibt B. Estel, Grundaspekte der Nation. Eine begrifflich-systematische Untersuchung, in: Soziale Welt 42 (1991), S. 208-231, hier: S. 216 f.

³ T. Mayer, Prinzip Nation. Dimensionen der nationalen Frage, dargestellt am Beispiel Deutschlands, Opladen 1986, S. 69.

politischen Überzeugungsgemeinschaft zugrunde, die sich erstmals in der griechischen Polis des 5. Jahrhunderts v. Chr. manifestiert und paradigmatisch in Thukydides' *Totenrede des Perikles* dargestellt ist. Theoretisch wird sie vor allem in der Politischen Philosophie des Aristoteles faßbar. Im ersten Buch seiner *Politik* definiert Aristoteles die Polis als eine Gemeinschaft (*koinonia*) der Bürger, die aus einem durch Sprache (*logos*) gestifteten Konsens bezüglich des Nützlichen und Gerechten besteht: "die Sprache ... dient dazu, das Nützliche und Schädliche mitzuteilen und so auch das Gerechte und Ungerechte Die Gemeinschaft in diesen Dingen schafft das Haus und den Staat."⁴ In seiner *Rhetorik* betont er dann, daß diese öffentliche Argumentation bezüglich des gemeinsamen Nützlichen und Gerechten in den Zuständigkeitsbereich der Rhetorik fällt⁵. Damit gehören nach Aristoteles die rhetorischen Phänomene der Gefühls- und Willensbildung, die unter den Namen *pathos* und *ethos* behandelt werden, zur Konstitution politischer Überzeugungsgemeinschaften⁶.

Das typisch europäische Paradigma der rhetorischen Konstitution der politischen Interpersonalität - die Konsensbildung zwischen Freien und Gleichen durch öffentlich überzeugende Rede - verbindet die Nationalidee Fichtes mit der aristotelischen Theorie der antiken Polis. Auch Fichte sieht sich zweifellos in dieser bürgerlich-demokratischen Tradition öffentlicher Rede: "Die grossen National- und Weltangelegenheiten sind bisher durch freiwillig auftretende Redner an das Volk gebracht worden, und bei diesen durchgegangen" (VII, 349). Ferner erkennt er den Vorbildcharakter der griechischen Polis für sein in den *Reden an die deutsche Nation* entworfenen Programm einer Nationalbildung ausdrücklich an:

"Hierdurch wird nun diese deutsche und allerneueste Staatskunst wiederum die allerälteste; denn auch diese bei den Griechen gründete das Bürgerthum auf die Erziehung, und bildete Bürger, wie die folgenden Zeitalter sie nicht wieder gesehen haben" (VII, 366).

Die moderne Sprachnation erscheint an dieser Stelle geradezu als die neuzeitliche Wiederholung der griechischen Polis. Mit seiner sprachkulturellen Definition des Volkes als die "zusammenlebenden und in fortgesetzter Mittheilung ihre Sprache fortbildenden Menschen" (VII, 315) tritt - analog zur antiken Abgrenzung von *ethnos* und *demos* - hier die Vorstellung der ethnischen Abstammungsgemeinschaft zugunsten der sprachlich vermittelten politischen Überzeugungsgemeinschaft.

⁴ Aristoteles, *Politik*, übers. u. hrsg. v. Olof Gigon, München 1981, 1253^a.

⁵ Aristoteles, *Rhetorik*, übers. v. G. Sievecke, München 1980, 1358^b.

⁶ Vgl. Aristoteles, a.a.O., 1355^b.

meinschaft zurück. Ausdrücklich distanziert sich Fichte von allen Formen des ethnischen Nationalismus und hält allein die sprachkulturelle Zusammengehörigkeit für ausschlaggebend:

"noch kommt es an auf die vorige Abstammung derer, die eine ursprüngliche Sprache fortsprechen, sondern nur darauf, dass diese Sprache ohne Unterbrechung fortgesprochen werde ..." (VII, 314)⁷.

Allerdings erhält das schon bei Aristoteles vorfindliche Paradigma der rhetorischen Konstitution politischer Überzeugungsgemeinschaft bei Fichte eine sprach- und geschichtsphilosophische Vertiefung. Die Mentalität eines geschichtlichen Volkes ist nicht in erster Linie Produkt willkürlicher Rhetorik eines einzelnen, sondern das der präreflexiven und transindividuellen Wirksamkeit der Nationalsprache, die als "ewiger Vermittler und Dollmetscher" (VII, 316) wie von selbst generationsübergreifend die gemeinsamen imaginativen und rationalen Hintergrundüberzeugungen eines Volkes tradiert⁸.

Wenn Fichte behauptet, daß "weit mehr die Menschen von der Sprache gebildet werden, denn die Sprache von den Menschen" (VII, 314), versucht er keineswegs als 'romantischer Volkstheoretiker' die Sprache als "fixierten und unveränderlichen Ausruck des Ethnos"⁹ zu hypostasieren. Ebenso wie das geschichtliche Volk hat auch die lebendige Sprache ihre Geschichte und wird nach Fichte im Laufe der Generationen ständig 'fortgebildet'. Das aus Fichtes Theorie der Sprachnation zu gewinnende Argument wendet sich in erster Linie gegen die Politische Philosophie der Neuzeit, die - paradigmatisch in Hobbes *Leviathan* - ausgeht vom 'Naturzustand' isolierter individueller Atome, die sich nachträglich durch einen 'Gesellschaftsvertrag' vergemeinschaften sollen. Fichtes Theorie der Sprachnation vertieft dagegen die politische Theorie des Aristoteles, nach der der Mensch von Natur ein redebegabtes und politisch-gemeinschaftsbezogenes Wesen bildet. Das Fichtische Argument für die Sprachnation aus der präreflexiven sprachlichen Mentalitätsbildung lautet, daß der Mensch vor aller vertraglichen Vergesellschaftung durch seine Muttersprache immer schon

⁷ Die Einordnung Fichtes unter die Kategorie 'ethnischer Nationalismus' ist eine Fehldeutung (siehe neuerdings F. Heckmann, *Ethnische Minderheiten, Volk Nation, Soziologie interethnischer Beziehungen*, Stuttgart 1992, S. 211).

⁸ Zur Sprachphilosophie und Rhetorik der *Reden* vgl. Peter L. Oesterreich, *Politische Philosophie oder Demagogie? Zur rhetorischen Metakritik von Fichtes 'Reden an die deutsche Nation'*, in: *Fichte-Studien* 2 (1990), S. 74 - 88 sowie derselbe, *Aufforderung zur nationalen Selbstbestimmung. Fichtes 'Reden an die deutsche Nation'*, in: *Zeitschrift für philosophische Forschung* 46 (1992), S. 44-55.

⁹ E. Francis, *Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie*, Berlin 1965, S. 115.

vergemeinschaftet ist. Wie später Humboldt, ist Fichte dabei der Auffassung, daß die Kommunikation in einer bestimmten Sprache die Partizipation an einer bestimmten Weltansicht bedeutet¹⁰. Durch das Hineingeboren- und Aufgewachsensein in eine bestimmte Sprachgemeinschaft bekommt man deren Weltansicht bereits vermittelt und teilt auf relativ natürliche Weise deren 'Umkreis der Anschauungen' und deren 'sittliche Denkart'. Nationalität bedeutet somit das Hineingeborene in eine gemeinsame Sprache und damit Mentalität, zu der sich das Individuum später frei verhalten kann, die aber ein unhintergebares Faktum seiner 'Gebürtlichkeit' darstellt.

Die staatsphilosophische Bedeutung des Fichtischen Sprachargumentes liegt darin, daß es ein kritisches Potential gegen alle rein vertraglich konstituierten Staatskonstruktionen enthält. Weil die politische Konsensfähigkeit und damit der jeweils situative Vollzug gemeinsamer demokratischer Selbstbestimmung entscheidend von der Existenz einer "gemeinschaftliche(n) Sprache und Denkart" (VII, 460) abhängt, sind für Fichte die Grenzen der Sprachnationen auch die "natürlichen Grenzen der Staaten" (VII, 460).

1.2. Schellings ästhetischer Begriff der Nation

Während das Fichtische Nationkonzept sich auf die sprachlich vermittelte Überzeugungsgemeinschaft konzentriert, hebt Schelling vor allem in seiner Rede *Über das Verhältnis der bildenden Künste zu der Natur* (1807) die nonverbal-ästhetische Dimension nationaler Selbstbestimmung hervor¹¹. Schelling entwickelt hier das Konzept einer gegen den Klassizismus gerichteten *charakteristischen Kunst*, die die Originalität und Produktivität der lebendigen Natur (*natura naturans*) im öffentlichen Leben eines Volkes repräsentieren soll.

Die neue charakteristische Kunst soll die schöpferische Kraft der Natur inmitten der Kultur als ethische Macht repräsentieren. 'Charakter' bildet dabei eine Übersetzung des griechischen '*ethos*', das sich als maßvoll sittliche Energie dem unmäßigen '*pathos*' entgegensetzt. Das charakteristische Kunstwerk vergegenwärtigt wie die hervorbrechenden zentrifugalen Kräfte der Leidenschaft durch die "Gewalt des

¹⁰ Zum Zusammenhang von Kommunikation und Partizipation auch in Hinsicht auf Humboldt vgl. H. Geißner, *Communicare est participare*, in: *Kann man Kommunikation lehren? Konzepte mündlicher Kommunikation und ihrer Vermittlung*, hrsg. v. N. Gutenberg, Frankfurt a.M. 1988, S. 99-109.

¹¹ Zur ausführlichen Darstellung siehe *Die konnaturale Erneuerung des öffentlichen Lebens bei F.W.J. Schelling*, in: P.L. Oesterreich, *Philosophen als politische Lehrer. Beispiele öffentlichen Vernunftgebrauchs*, Darmstadt 1994, S. 120 ff.

Charakters niedergehalten werden"¹². Es macht für alle sinnfällig und öffentlich sichtbar, wie unbändige Vielheit durch die 'Gewalt der Schönheit' zur organischen Einheit gebracht wird. Durch die charakteristische Kunst soll dem staatlich-öffentlichen Leben die in der Natur herrschende Originalität und Organizität vermittelt werden.

Ebensowenig wie für Fichte die Sprache ist für Schelling die für ein Volk charakteristische Kunst eine autonome und willkürliche Setzung. Sie entspringt aber nicht primär der transindividuellen Macht der Geschichte, sondern gründet vermittelt durch künstlerische Mimesis in der schöpferischen Kraft der organischen Natur. Ferner unterscheidet sich Schellings konnaturale Ästhetik durch die Integration der Interpersonalität von den autonomistischen Kunstkonzeptionen. Die charakteristischen Kunstwerke werden nicht ausschließlich als Produkte eines isoliert schaffenden Originalgenies gedacht. Gerade die große Kunst ist nach Schelling durchaus von "öffentlicher Stimmung abhängig, sie bedarf eines allgemeinen Enthusiasmus für Erhabenheit und Schönheit, wie ... einer Verfassung, wie sie uns Perikles Lob Athens schildert" (VII, 326). Dieser Verweis auf Thukydides *Totenrede des Perikles* belegt eindeutig, daß auch für Schelling die Sittlichkeit der demokratischen Polis das Vorbild für die Konzeption der modernen Nation darstellt. Das Vermittlungsglied von Natur und Staat, *kosmos* und *polis*, bildet eine sich in bildender Kunst und Architektur manifestierende sinnlich-ästhetische Sittlichkeit. Damit fügt Schelling dem Sprachargument Fichtes das sittlich-ästhetische Argument aus der durch Kunst vermittelten sinnlich erfahrbaren Sittlichkeit hinzu. Die beiden Argumente zusammengenommen stützen die Konzeption der Kulturnation als Überzeugungsgemeinschaft, die sich auf dem Boden von Geschichte und Natur durch eigene Sprache und charakteristische Kunst verbunden sieht.

2. Nationaler Pluralismus

Pluralität überhaupt wird schon bei Aristoteles als die Grundbedingung für eine demokratische Staatsordnung gesehen und darf wohl als ein typisch europäisches Prinzip für die Bauform politischer Ordnung gelten¹³. Die Idee eines Pluralismus der religiösen Nationen wird im

¹² F.W.J. Schelling, *Sämtliche Werke*, 1. Abt., 10 Bde., Stuttgart/Augsburg 1856-1861, repr. Darmstadt 1973-76, VII, 310. Band- und Seitenzahl dieser Ausgabe werden den Zitaten im folgenden direkt nachgestellt.

¹³ "Der Staat besteht außerdem nicht nur aus vielen Menschen, sondern auch aus solchen, die der Art nach verschieden sind" (Aristoteles, *Politik*, hrsg. v. O. Gigon, München 1981, 1261^b 22 ff.).

Mittelalter u.a. von Nikolaus v. Kues vertreten¹⁴. Die unmittelbare Quelle für die Politische Philosophie des Deutschen Idealismus bildet dann der kulturelle Pluralismus Herders, demgemäß "die Menschheit sowohl im Ganzen als in ihren einzelnen Individuen, Gesellschaften und Nationen ein dauerndes Natursystem der vielfachsten lebendigen Kräfte ist ..." ¹⁵.

Sowohl Schelling als auch Fichte greifen in ihren Theorien der Kulturnation den Herderschen Grundgedanken der kulturellen nationalen Pluralität auf. So übernimmt Fichte die geschichtsphilosophische Sicht Herders in seinen *Reden an die deutsche Nation*. Auch für ihn stellt nationale Pluralität die notwendige Bedingung der Verwirklichung der Menschheit in der Realgeschichte dar. Demnach vermag sich "das Wesen der Menschheit nur in höchst mannigfaltigen Abstufungen an Einzelnen, und an der Einzelheit im Grossen und Ganzen, an Völkern, darzustellen" (VII, 467). Die ideale Einheit der Menschheit kann nur in der Vielheit ihrer realgeschichtlichen nationalen Erscheinungsformen auftreten. Durch eine universalistische Monokultur wäre die Menschheit nicht nur kulturell verarmt, sondern durch die "Zerreißung aller Keime des Menschlichen in der Menschheit" (VII, 467) ihrer zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Nicht nur die einzelnen Individuen, sondern auch die einzelnen Völker und Nationen haben als Träger menschheitlicher Kulturformen deshalb ihre eigene Würde und ein natürliches Recht auf freie Entfaltung. Fichte, der seinerzeit dem Uniformismus in Gestalt der bonapartistischen Ideologie einer europäischen "Universalmonarchie" (VII, 467) begegnete, hat dieser mit dem Argument aus der nationalen Seite der Menschenwürde und unter Berufung auf die Unverletzlichkeit der "Eigentümlichkeiten der Nationen" (VII, 467) energisch widersprochen. Die Aktualität dieser theoretischen Position des nationalen Pluralismus beweist schon die allgemeine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im internationalen Recht der letzten Jahrzehnte¹⁶.

¹⁴ In seiner politisch-theologischen Schrift *De pace fidei* wird die nationale Vielheitlichkeit als gottgewollt interpretiert. Dadurch, daß Gott zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Propheten und religiöse Lehrer geschickt hat, erklärt er die Gliederung der Menschheit in unterschiedliche religiöse Nationen: "Variis autem nationibus varios prophetas et magistros misisti, et alios uno, alios alio tempore" (N. v. Kues, *Philosophisch-Theologische Schriften*, hrsg. v. L. Gabriel, Bd. III, Wien 1967, S. 710.).

¹⁵ J.G. Herder, *Sämtliche Werke*, Bd. XIV, hrsg. v. B. Suphan, Bd. XIV, Hildesheim 1967, S. 226.

¹⁶ Zur Geschichte der Anerkennung des Selbstbestimmungsprinzips im internationalen Recht der letzten Jahrzehnte siehe B. Meissner, *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker nach Helsinki und die sowjetische Selbstbestimmungskonzeption*, in: *Die KSZE und die Menschenrechte. Studien zur*

Auch Schellings Forderung nach einer originellen und charakteristischen deutschen Kunst spricht aus dem Geist des nationalen Pluralismus und darf nicht nationalistisch mißverstanden werden. Wenn er angesichts der Deutschen fordert: "Dieses Volk, von welchem die Revolution der Denkart in dem neueren Europa ausgegangen, ..., dieses Volk muß in einer eigentümlichen Kunst endigen" (VII, 328), so schließt dies die Anerkennung der kulturellen Eigenleistungen anderer Völker und Epochen zweifellos ebenso ein, wie die Einsicht in deren Unerreichbarkeit durch bloße Imitation: "denn nie wiederholt sich die Natur. Ein solcher Raphael wird nicht wieder seyn, aber ein anderer, der auf eine gleich eigenthümliche Weise zum Höchsten der Kunst gelangt ist" (VII, 328). Schelling vertritt insgesamt einen naturphilosophisch inspirierten nationalen Pluralismus, dem der Gedanke zugrunde liegt, daß das in der organischen Natur sichtbare Prinzip origineller Variation auch in der Welt der Nationen herrscht. Die Egalität der Nationen besteht demnach nicht in ihrer Uniformität, sondern in der gleichen Originalität ihrer kulturellen Formen, die sich charakteristisch voneinander unterscheiden.

Der in der Tradition des europäischen Denkens entwickelte und auch von Fichte und Schelling vertretene nationale Pluralismus darf nicht mit dem Nationalismus verwechselt werden. Aus seiner pluralistischen Perspektive stellen nämlich sowohl der Nationalismus als auch der - ihm scheinbar absolut entgegengesetzte - Universalismus lediglich verwandte Formen des Uniformismus dar. Der Nationalismus bedroht den menschheitlichen Pluralismus durch die Hegemonieansprüche einzelner Nationen, die den anderen nicht das gleiche Recht auf Selbstentfaltung und -bestimmung zugestehen wollen, der abstrakte und antinationale Universalismus dagegen durch seine Tendenz zur nivellierenden 'Einschmelzung' aller Nationalkulturen. Ausgehend von der Idee einer sich national individuierenden Menschheit versucht dagegen der nationale Pluralismus zwischen den Extremen das 'abstrakte Menschheits-Denken' mit dem 'konkreten National-Denken' zu vermitteln¹⁷. In einer bereinigten Topographie politischer Begriffe nimmt der nationale Pluralismus deshalb eine - leider oft übersehene - Mittelposition zwi-

Deutschlandfrage, Bd.II, Berlin 1977, S. 115-143. Zur Selbstbestimmung als Paradigma der gegenwärtigen Neuordnung der Staatenwelt Europas vgl. C. Gusy, Selbstbestimmung im Wandel, in: Archiv des Völkerrechts, 4 (1992), S. 385-410.

¹⁷ Zu den Ursprüngen dieses - die Politische Philosophie Europas maßgeblich bestimmenden - Gegensatzes zwischen abstraktem Menschheits-Denken und konkretem National-Denken in der griechischen Polis siehe K. Hübner, Das Nationale. Verdrängtes. Unvermeidliches. Erstrebenswertes, Graz-Wien-Köln 1991, S. 13 ff.

schen Nationalismus und Universalismus ein, die überdies der heutigen Verbreitung der Nation als "universell verbreitete(n) politischen(n) Vergemeinschaftungsform der Menschen"¹⁸ gerecht wird.

3. *Die integrierten Nationalstaaten als Zentren einer föderalen und polyzentrischen Architektur Europas*

Der Vertrag von Maastricht aus dem Jahre 1992 mit seiner teilweisen Verlagerung von nationalen Hoheitsrechten auf die supranationale Ebene der *EU* stellt zweifellos ein einschneidendes Ereignis für die europäische Staatenwelt dar. Er markiert für Westeuropa das Ende der Epoche der Nationalstaaten mit ungeteilter Souveränität und den Anfang der Epoche des integrierten Nationalstaates mit geteilter Souveränität. Wie ist vor dem Hintergrund des nationalen Pluralismus und dem von Fichte und Schelling entwickelten Konzept der Kulturnation diese neue Epoche zu beurteilen?

Zunächst einmal ist es ein Vorteil des Konzeptes der Kulturnation, daß es die Differenz von Kulturnation zur Staatsnation festhält. Die Identität der Kulturnation hängt damit prinzipiell nicht von der Existenz bestimmter nationalstaatlicher Grenzen ab. Fichte hat im Gegenteil in seinen *Reden an die deutsche Nation* 1807/8 durchaus die mehrstaatliche Existenz der deutschen Kulturnation begrüßt, da dabei trotz "manchen Einseitigkeiten und Engherzigkeiten der besonderen Staaten, dennoch in Deutschland, dieses als ein Ganzes genommen, die höchste Freiheit der Erforschung und der Mittheilung statt(fand), die jemals ein Volk besessen" (VII, 393). Die kulturelle Produktivität der Kulturnation in Epochen ihrer Differenz kann somit sogar höher sein als in in Zeiten der Identität. Diese im Zeitalter deutscher Kleinstaaterei erfahrene Differenz von Kultur- und Staatsnation wird in der zukünftigen Epoche der *EU*-Großstaatlichkeit nun voraussichtlich das Schicksal der westeuropäischen Völker sein: die Nichtidentität von Sprach- und Kulturgrenzen auf der einen und der Staatsgrenzen auf der anderen Seite.

Damit ergibt sich eine auf den ersten Blick erstaunliche Aktualität und Verallgemeinerbarkeit der Theorie der Kulturnation, deren Entstehung seinerzeit durch den deutschen Sonderweg - die späte Herausbildung eines die gesamte Kulturnation umfassenden Nationalstaates - beeinflußt worden war. Angesichts der nun auf alle Völker der *EU* zukommenden Differenz von Sprach- und Kulturgrenzen auf der einen und Staatsgrenzen auf der anderen Seite besitzt das von Herder ausgehende und im Deutschen Idealismus weiterentwickelte Konzept der Kulturnation erneute Aktualität. Grundsätzlich vermag es nämlich die

¹⁸ T. Mayer, *Prinzip Nation*, a.a.O., S. 239.

in supranationalen Staaten auftretenden Identitätsprobleme der nationalen Kulturen besser zu meistern als ein staatsnationaler Zentralismus, der durch Mißachtung kultureller und politischer Selbstbestimmungsrechte der Mitgliedsvölker unabsichtlich einen neuen Nationalismus befördert.

Obwohl die Kulturnation nicht notwendig an bestimmte Strukturen wie den klassischen Nationalstaat gebunden ist, besitzt sie aber auf der anderen Seite eine bestimmte Affinität zu staatlichen Ordnungen, die ihre Selbstständigkeit als sprachliche und sittlich-ästhetische Selbstbestimmungsgemeinschaft sichern und fördern. Dieses kann im Falle der supranationalen Staatlichkeit nur eine föderale Ordnung sein, in der - u.a. durch die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips - die innere Souveränität der Nation so weit wie möglich durch den Erhalt nationalstaatlicher Strukturen bewahrt bleibt. Ein zentralistischer Einheitsstaat dagegen ist weder mit dem Geist des nationalen Pluralismus noch mit der Idee der Kulturnation als Selbstbestimmungsgemeinschaft vereinbar. Ein Europa der Kulturnationen läßt sich dagegen legitimerweise nur als föderative Ordnung denken, deren Grundeinheiten aus integrierten Nationalstaaten bestehen, die sich durch freiwillige, aber begrenzte Übertragung von Hoheitsrechten einen Kernbereich innerer Souveränität bewahren.

Durch dieses neue Konzept des integrierten Nationalstaates tritt die Kulturnation am Ende des 20. Jahrhunderts in ihre dritte Epoche staatlicher Existenz ein, die von den meisten - am klassischen Nationalstaat interessierten - Theoretikern des 19. Jahrhunderts, noch nicht gesehen werden konnte¹⁹. Gemäß der Logik eines dynamischen Verhältnisses von Kulturnation und den geschichtlichen Formen ihrer staatlichen Existenz, lassen sich nun drei Stadien der Nation als Selbstbestimmungsgemeinschaft unterscheiden:

1. Die Epoche der nationalen Bewußtwerdung: In diesem anfänglichen Stadium der Selbstfindung bildet sich die Nation als selbstbewußtes Subjekt heraus. Fichtes *Reden an die deutsche Nation* gehören z.B. in diese 'Geburtsepoche' der Nation, in denen sich das nationale Selbstbewußtsein entwickelt, um schließlich in das explizit politische Streben nach einem eignen Nationalstaat übergehen zu können.

2. Die Epoche des klassischen Nationalstaates: Mit der Errichtung objektiver staatlicher Strukturen beginnt die zweite Epoche der Nationentwicklung, die sich als Selbstbehauptung der Nation in der geschlossenen Form des klassischen Nationalstaates manifestiert.

¹⁹ Zu den traditionellen - erstens durch 'Bewußtwerdung' und zweitens durch politische 'Selbstbestimmung' - gekennzeichneten zweistufigen Modellen nationaler Existenz siehe T. Mayer, a.a.O., S. 23.

3. Die Epoche des integrierten Nationalstaates: Erst auf der Basis gesicherter nationalstaatlicher Existenz wird schließlich die dritte Epoche der Weiterentwicklung des klassischen zum föderativ integrierten Nationalstaat möglich, der sich der menschheitlichen Idee des nationalen Pluralismus verpflichtet sieht.

Das Ende des klassischen Nationalstaates bedeutet damit keineswegs das Ende der fundamentalen Bedeutung der Nationen, sondern den Anfang einer neuen Epoche nationalstaatlicher Existenz. Dabei darf die Form des integrierten Nationalstaates nicht als ein Bruch mit dem Selbstbestimmungsprinzip, sondern als - der Globalisierung der Politik entsprechende zeitgemäße - Modifikation gesehen werden. Die - auch im deutschen GG Art. 24 ausdrücklich legalisierte - freiwillige Übertragung von nationalen Hoheitsrechten auf eine supranationale Ebene enthält nämlich als solche keinerlei Widerspruch zum Selbstbestimmungsprinzip. Allerdings sollte in neuen Formen geteilter Souveränität der naturrechtliche Grundsatz beachtet werden, daß Selbstbestimmungsrechte zwar *übertragen*, aber niemals *aufgegeben* werden können und daß die Möglichkeit der Rückübertragung von Hoheitsrechten von der supranationalen auf die nationale Ebene im positiven Recht Berücksichtigung finden sollte²⁰.

Der EU-Vertrag von Maastricht legt die staatliche Architektur der EU nicht eindeutig fest und läßt anscheinend einen erheblichen Interpretationsspielraum gerade hinsichtlich des Subsidiaritätsprinzips offen²¹. Um dem pluralistisch ausgerichteten Föderalismus in seinem Auslegungstreit mit dem universalistisch orientierten Zentralismus beizustehen, möchte ich zum Schluß noch drei Argumente für eine föderale staatliche Struktur des zukünftigen EU-Europa formulieren.

1. Die integrierten nationalstaatlichen Strukturen müssen im Sinne der Stabilität der EU, als Zentren einer stabilen staatlichen Architektur erhalten bleiben, da nur sie die entscheidende Vermittlungsfunktion zwischen den (zu) kleinen regionalen und (zu) großen supranationalen Strukturen leisten können.

²⁰ Der EUV sollte daher um einen Artikel, der den Austritt aus der EU regelt, erweitert werden.

²¹ So kann ich den Optimismus der Entschließung des Deutschen Bundesrates (18. Dezember 1992) nicht ohne weiteres teilen, daß mit der - im Rahmen des gesamten Vertragstextes eher marginal wirkenden - Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips in EGV Art. 3 b und EUV Art. B eine Entscheidung darüber gefallen sei, "den deutschen föderalen Staatsaufbau konsequent in den europäischen Bereich hinein" (Der Vertrag. Europäische Gemeinschaft. Europäische Union. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleitgesetzen, Bonn 1993, S. 295) fortzuschreiben, zumal die Länder selbst zugestehen, daß die Vertragsformulierungen "noch Anlaß zu einander widersprechenden Interpretationsversuchen" (a.a.O., S. 292) geben.

2. Die nationale Ebene besitzt als größtmöglicher Raum eigentlicher und originärer Selbstbestimmung, die in der Regel die politische Kommunikation in einer gemeinsamen Nationalsprache voraussetzt, einen durch das Demokratie- und Selbstbestimmungsprinzip legitimierten politischen Vorrang.

3. Der Polyzentrismus integrierter Nationalstaaten ist schließlich auch deshalb als staatliche Ordnungform vorzuziehen, weil er der historischen Situation Europas mit der Vielfalt seiner Kulturnationen und dem menschheitlichen Geist des nationalen Pluralismus am besten entspricht.

Demgemäß sollte das zukünftige *EU*-Europa in Form einer föderalen und polyzentrischen Architektur integrierter Nationalstaaten errichtet werden.

BARBARA ZEHNPFENNIG

Das Subsidiaritätsprinzip - ein Baustein im Gebäude "Europa"?

Liest man die Artikel des Vertrags von Maastricht, mit dem 1992 die Europäische Union besiegelt wurde, so versteht man, wieso das Subsidiaritätsprinzip als die "Magna Charta" für Europa bezeichnet werden konnte. Artikel B des Vertrags nämlich legt fest, daß alle vorher aufgeführten Ziele der Europäischen Union "unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips"¹ zu verwirklichen seien. Es folgt ein Verweis auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, in dem dieses Prinzip die Kompetenzaufteilung in Europa folgendermaßen regelt: "In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschafts-ebene erreicht werden können" (Artikel 3 b). Nimmt man hierzu noch die "Schlußfolgerungen" des Europäischen Rates, Lissabon im Juni 1992, die die Bürgernähe der Gemeinschaft von der "strikten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips" abhängig machen, dann ist offensichtlich, daß diesem als "rechtlich bindendes, allgemeines Prinzip"² bezeichneten Grundsatz eine zentrale Rolle im europäischen Einigungsprozeß zugeschrieben wird.

Die Frage ist nur, ob er diese Rolle auch zu erfüllen vermag. Denn schon mehren sich kritische Stimmen, die die Anwendung dieses Grundsatzes auf ein überstaatliches Gebilde für äußerst problematisch halten. Doch bereits bei seiner Anwendung innerhalb eines Staates ergeben sich rechtliche Schwierigkeiten, wenn man den Grundsatz so versteht, wie er in dem Dokument entwickelt wird, das als Ursprungs-

¹ H.v.d. Groeben/J. Thiesing/C.-D. Ehlermann (Hrsg.), Vertrag über die Europäische Union von Maastricht, Baden-Baden 1992, S. 9 f.

² Schlußfolgerungen des Vorsitzes, in: v.d.Groeben/Thiesing/Ehlermann, a.a.O., S. 214.

urkunde des Subsidiaritätsprinzips gilt: die päpstliche Enzyklika "Quadragesimo anno" von 1931³. Analysiert man diese Enzyklika, so wird offenkundig, daß es nicht nur rechtliche Probleme sind, die einer Umsetzung des Prinzips auf nationaler wie auf internationaler Ebene im Wege stehen. Das Prinzip selber ist Ausdruck eines Geistes, der weder die bestehenden Nationen, noch die in Aussicht genommene Gemeinschaft beseelt. Sinn der folgenden Überlegungen soll es dann auch sein, sich von den äußeren Umsetzungsschwierigkeiten hindurchzuarbeiten zu den inneren Unvereinbarkeiten zwischen Prinzip und gefordertem Anwendungsbereich. Der Weg führt also von den zu erwartenden Wirkungen des Prinzips zurück zu seinem Ursprung in der katholischen Soziallehre.

/. Nimmt man das Subsidiaritätsprinzip in seiner allgemeinsten Form, so besagt es, daß Aufgaben, die von untergeordneten und kleineren Gemeinschaften übernommen werden können, nicht nach oben delegiert werden dürfen. Vielmehr muß die übergeordnete Gemeinschaft subsidiär, d.h. unterstützend eingreifen, um der untergeordneten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu helfen. Erst wenn auch dann nicht gewährleistet ist, daß die kleinere Gemeinschaft ihre Aufgaben erfüllt, darf die Kompetenz zur größeren Gemeinschaft hin verschoben werden. Kann in einem überstaatlichen Gebilde wie der Europäischen Union tatsächlich nach diesem Grundsatz verfahren werden?

Stellvertretend für alle, die in dieser Hinsicht vor zu großen Erwartungen warnen, seien hier Hummer und Bohr⁴ genannt, die folgendes zu bedenken geben: Von einer adäquaten Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips durch die Europäische Union kann nicht die Rede sein, da diese das Prinzip in ihren Statuten auf den Kopf gestellt hat. Sie hat nämlich die Verlagerung von Kompetenzen nach oben bereits dann erlaubt, wenn die übergeordnete Instanz, d.h. die Union, die Kompetenzen besser wahrnehmen kann. Nicht mehr die Notwendigkeit, sondern die Effizienz ist damit zum Maßstab der Verlagerung geworden. Doch selbst bei diesem restringierten Verständnis des Grundsatzes ergibt sich ein grundlegendes Anwendungsproblem durch die Heterogenität der Mitglieder der EU. Die Kompetenzverteilung in der Union durchgängig nach dem Subsidiaritätsprinzip zu strukturieren, setzte voraus, daß die Partner bezüglich ihrer eigenen Untereinheiten (Regionen, Provinzen, Länder etc.) ähnlich aufgebaut sind. Das aber ist

³ Hier wurde das Prinzip erstmals verbindlich formuliert; "erfunden" hat es die Enzyklika natürlich nicht.

⁴ W. Hummer/S. Bohr, Die Rolle der Regionen im Europa der Zukunft. Subsidiarität - Föderalismus - Regionalismus in vergleichender Betrachtung, in: P. Eisenmann/B. Rill (Hrsg.), Das Europa der Zukunft, Regensburg 1992, S. 65 ff.

nicht der Fall. Diese Ähnlichkeit seitens der Union zu schaffen, hieße wiederum, so massiv in die nationalen Rechte einzugreifen, daß die Union zum Bundesstaat mutierte. Das aber ist - zumindest vorläufig - nicht vorgesehen. Mit anderen Worten: Das Subsidiaritätsprinzip stellt, wenn es in überstaatlichen Gebilden angewandt wird, die einzelstaatliche Souveränität in Frage.

Wenn das so ist, kann das Prinzip dann wenigstens innerhalb eines Staates rechtlich unbedenklich umgesetzt werden? Grundlegende Zweifel meldet hier Roman Herzog⁵ an, der bei einer konsequenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips gemäß der päpstlichen Enzyklika die Monopolrechte des Staates gefährdet sieht. Wieso? Wird das Subsidiaritätsprinzip zum letztlich entscheidenden Gestaltungsgrundsatz, dann darf es nicht nur auf schon bestehende Gemeinschaften angewandt werden, vielmehr müssen die unter- und übergeordneten Gemeinschaften sich ihm gemäß erst konstituieren. Nun hat aber der Staat andere Grundsätze, nach denen Gemeinschaftsgrößen und -aufgaben definiert werden, als die christliche Soziallehre (z.B. Wirtschaftlichkeitserwägungen). Zudem müßten die untergeordneten Gemeinschaften, um die geforderte Unabhängigkeit zu erlangen, auch selbständig Mittel beziehen oder bewirtschaften dürfen. Das widerspricht jedoch der Finanzhoheit des Staates. Schließlich - und dies ist der entscheidende Punkt - manifestieren sich in dem neuzeitlichen Verständnis staatlicher Souveränität und dem katholischen Subsidiaritätsprinzip konkurrierende Denkmodelle. Staatliche Souveränität ist für Herzog Ausdruck von Setzung, von Dezision; das Subsidiaritätsprinzip ist naturrechtlich begründet. Die eine Norm beruht also auf menschlicher Übereinkunft, die andere auf der göttlichen Weltordnung. Wird das Subsidiaritätsprinzip konsequent gemäß kirchlicher Lehre verwirklicht, bekommt es tatsächlich jene "sozialrevolutionäre" Sprengkraft, von der Herzog spricht. Worin diese Sprengkraft liegt, wird deutlich, wenn man sich der Enzyklika "Quadragesimo anno" selber zuwendet. // Anknüpfend an die Enzyklika "Rerum novarum" aus dem Jahr 1891 will das 40 Jahre später verfaßte päpstliche Rundschreiben "Quadragesimo anno" ein grundlegendes Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft in Gang setzen. Dem Subsidiaritätsprinzip kommt dabei die Funktion zu, Gestaltungsgrundsatz einer im christlichen Geist erneuerten Sozialordnung zu werden. In drei Teilen behandelt die Enzyklika die Wirkung, die bereits "Rerum novarum" auf politische und soziale Entwicklungen ausgeübt hat, ferner die Grundsätze, denen die künfti-

⁵ R. Herzog, Subsidiaritätsprinzip und Staatsverfassung, in: J. Münder/D. Kreft (Hrsg.), Subsidiarität heute, 1990, Dokumentation S. 211 ff. (Nachdruck aus: Der Staat, 1963). Die oben aufgelisteten Einwände Herzogs geben dessen Kritik nicht vollständig wieder.

ge Neuordnung folgen soll, und zuletzt die Beurteilung der damals aktuellen Lage. Gemäß unseres Untersuchungsinteresses behandelt die nun folgende Darstellung diese Teile in geänderter Reihenfolge.

Warum ist nach Auffassung des Papstes (Pius XI.) eine Gesellschaftsreform unabdingbar? Die Verhältnisse haben sich seit und durch "Rerum novarum" gebessert, doch gilt es, neue Herausforderungen sozialreformerisch zu bewältigen. Leo XIII., Verfasser von "Rerum novarum", fand zu seiner Zeit eine Gesellschaft vor, in der ein wildwuchernder Kapitalismus zu tiefer Klassenspaltung und Verelendung der Arbeiterschaft geführt hatte. Den Apologeten des Liberalismus erschien dies als notwendige Konsequenz der inneren Gesetzlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftsgeschehens. Die tiefe Ungerechtigkeit, die Leo in der Existenznot und Rechtlosigkeit der Arbeiter sah, ließ ihn sich aber mit diesem liberalen "Laissez faire" nicht abfinden. Er nahm Arbeitgeber und Staat in die Pflicht; die Arbeitgeber erinnerte er an ihre Verpflichtung zur Lohngerechtigkeit und Schaffung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse, den Staat an seine Aufgabe, in das Wirtschaftsgeschehen regulativ einzugreifen und eine entsprechende Sozialgesetzgebung zu schaffen. Der Kirche selbst wies er die Funktion zu, die geistigen Grundlagen für die Versöhnung der entzweiten Sozialpartner bereitzustellen und aktiv bei der Arbeiter-Selbstorganisation mitzuwirken.

Als entscheidende Folge dieser Enzyklika wertet nun vierzig Jahre später Pius XI. die Tatsache, daß mit ihrer Ausstrahlung auf Staat und Gesellschaft "der Liberalismus... aus dem Sattel gehoben" war (72)⁶. Diese anti-liberale Stoßrichtung nimmt Pius auf, wenn er sich den aktuellen Problemen seiner Zeit zuwendet, deren Lösung mit Hilfe des Subsidiaritätsprinzips betrieben werden soll. Kennzeichnend für die aktuelle Lage ist, daß der Kapitalismus "eine ungeheure Ausweitung" (150) erfahren hat, es somit jetzt "um die Belange der Gesamtmenschheit" (151) geht, wenn die Mängel dieser so dominierenden Wirtschaftsweise aufgezeigt werden. Die "zügellose (!) Konkurrenzfreiheit" (154) hat zu einer "ungeheuren" Konzentration von Kapital und Macht geführt, besonders bei denen, "die als Beherrscher und Lenker des Finanzkapitals unbeschränkte Verfügung über den Kredit" (153) haben. Diese Konzentration mündet in weiterem Kampf, bei dem nur der Stärkere, und das heißt "allzuoft der Gewalttätigere und Gewissenlosere" (154) überlebt - ein Kampf um die Macht innerhalb der Wirtschaft, über den Staat, über andere Staaten.

⁶ Zitiert nach der Randnumerierung der deutschen Übersetzung in: A. Utz/B. Gräfin v. Galen (Hrsg.), Die katholische Sozialdoktrin in ihrer geschichtlichen Entfaltung, Eine Sammlung päpstlicher Dokumente vom 15. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Aachen 1976, S. 554 ff.

Eine grundlegende Verkehrung ist eingetreten: der freie Wettbewerb hat zu seiner Selbstaufhebung geführt; die "staatliche Hoheit", die ja ihrerseits im Dienste des Gemeinwohls Maßstäbe setzen sollte, ist "zur willenlos gefesselten Sklavin selbstsüchtiger Interessen" geworden (156); und im zwischenstaatlichen Bereich haben sich "übersteigerter Nationalismus" und "finanzkapitalistischer... Imperialismus" (ebd.) in unseliger Allianz verbunden. All dies ist Ausdruck und Folge eines falsch verstandenen Individualismus, der Selbstverwirklichung nur gegen die Gemeinschaft, nicht in ihr kennt.

An dieser Stelle gilt es innezuhalten und sich nochmals zu vergegenwärtigen, wogegen sich die geforderte neue, christlich orientierte und subsidiär operierende Gesellschaftsordnung richten soll: gegen ein Wirtschaftssystem, das dem Gesetz der Selbstbehauptung folgend alles den eigenen Imperativen unterordnet; gegen einen Staat, der sich zum Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft gemacht hat und sich aufgrund der Zerstörung des gesellschaftlichen Gefüges durch Konkurrenzkampf mit Kompetenzen überfrachtet; gegen ein Verständnis individueller Selbstbestimmung, das Freiheit mit Bindungslosigkeit verwechselt. Schon hier erhebt sich der Verdacht, daß die Sozialenzyklika mittels einer subsidiären Neuordnung der Gesellschaft eben das aufheben möchte, was in der europäischen Union die Basis ist, von der aus das Subsidiaritätsprinzip angewandt werden soll: jenes liberal-pluralistische Denken, das mangels anderer tragender Inhalte die Ökonomie zum Maß aller Dinge gemacht hat. Dieser Verdacht erhärtet sich bei weiterer Lektüre.

Für Pius ist die kapitalistische Wirtschaftsweise deshalb so erfolgreich, bei totaler Entfesselung aber auch deshalb so gefährlich, weil ihr Motor die Habsucht ist. Habsucht vereinzelt, denn der andere wird entweder zum Konkurrenten oder zum bloßen Mittel der eigenen Bedürfnisbefriedigung. In einer Gesellschaft atomisierter Einzelner funktionieren Sozialgefüge unterhalb staatlicher Ebene nicht mehr, weil das Trennende überwiegt, das Verbindende fehlt. Also werden zunehmend Aufgaben an den Staat delegiert, die von untergeordneten Gemeinschaften erfüllt werden könnten, gäbe es sie denn. Von der Wirtschaft zum Nachtwächterstaat degradiert, wird der Staat zugleich "unter einem Übermaß von Obliegenheiten und Verpflichtungen zugedeckt und erdrückt" (125). Das hält ihn von seinen eigentlichen Aufgaben ab.

Soll sich dies ändern, bedarf es einer geistigen Wende; weg von liberaler Unverbindlichkeit und absolut gesetztem Individualismus. Doch darf das Heil nicht im Gegenextrem gesucht werden, einer totalen Vergesellschaftung des Menschen, wie sie der kommunistische Kollektivismus vorsieht. Beide Ideologien degradieren den Menschen: im liberalen Kapitalismus wird seine Arbeitskraft zur Ware, er selbst

damit entwürdigt, im Kommunismus büßt er sein Mensch-Sein dadurch ein, daß er völlig im Kollektiv aufgeht und alle höheren Werte nichts mehr gelten.

Die Mängel des Kapitalismus begründen die Attraktivität des Kommunismus. Deshalb bedarf es eines "dritten Weges": der Besinnung auf das christliche Menschenbild, das sowohl der Individual- als auch der Sozialnatur des Menschen Rechnung trägt.

Angestrebt ist eine "Zuständereform" (123), d.h. eine Änderung der Verhältnisse, die auf einer Sittenreform fußt. Soll sich die "rechte Vernunftordnung des wirtschaftlichen Lebens" (123) einstellen, so gelingt das nur in "Nachahmung der wunderbaren Einheit des göttlichen Weltplanes" und, soweit möglich, in dessen Vollendung. Das bedeutet: Alles muß "auf Gott hingeeordnet" sein, dadurch wird "alles, was nicht Gott ist, bloß Mittel" (ebenda). Die neue Ordnung ist also - hierin ganz aristotelisch - eine streng teleologische. Vom übergeordneten geistigen Ziel her konstituiert sich die innergesellschaftliche Hierarchie sowie die wertmäßige Unterordnung materieller Zielsetzungen. Auf dieser Grundlage kann nun nach dem Subsidiaritätsprinzip verfahren werden. Wie es gegen die Gerechtigkeit verstößt, dem Einzelmenschen das zu entziehen, was er aus eigener Initiative und Kraft zu leisten vermag, so darf die übergeordnete Gemeinschaft nicht für sich in Anspruch nehmen, was die untergeordnete leisten könnte. Denn: "Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen" (126).

Für die Begründung des Subsidiaritätsprinzips wird so implizit auf die beiden Grundsätze zurückgegriffen, die den neuen christlichen Geist kundtun: die Gerechtigkeit, die jedem das Seine beläßt, vor allem aber die christliche Liebe, die jene Verbundenheit unter den Menschen stiftet, auf deren Basis erst das Bedürfnis entsteht, Gerechtigkeit zu üben. Gerechtigkeit wird hier nicht, wie es liberalem Verständnis entspräche, als Interessenausgleich definiert, sondern als Gewährung dessen, was dem Einzelnen oder der Gemeinschaft aufgrund ihres inneren Wesens gemäß ist. Um in dieser Weise gerecht zu sein, bedarf es schon der Nächstenliebe. Denn es ist ja eine Gerechtigkeit, die sich nicht als Resultante aus dem Kräfteparallelogramm ergibt, sondern die Selbstverwirklichung des jeweils anderen ermöglichen soll. Daher auch das "Subsidium", das unterstützende Eingreifen des Übergeordneten und damit auch Überlegenen, wenn der Unterlegene seine Aufgabe allein nicht meistert.

Wird schon an der Begründung des Subsidiaritätsprinzips deutlich, wie wenig es mit dem Geist von Maastricht zu tun hat, so erst recht an seiner beabsichtigten Funktion. Es soll dazu dienen, die verlorengangene Mitte zwischen Individuum und Staat neu zu konstituieren.

Gedacht ist an eine "berufsständische Ordnung" (127), die das gesellschaftliche Mittelfeld zwischen Mensch und Staat durch autonome Körperschaften ausfüllt. Auf diese Weise ergibt sich eine in der gemeinsamen Sorge um das Gemeinwohl begründete gesellschaftliche Hierarchie, die eine neue Aufgabenverteilung zur Folge hat. Jede dem Staat untergeordnete Gemeinschaft, ob nun gemeindlich, berufsständisch oder was auch immer, kümmert sich um das Ihre; da aber alle diese Gemeinschaften im Geist christlicher Gerechtigkeit und Liebe operieren, wirken sie darüber hinaus prägend auf das Wirtschaftsgeschehen ein. Das kann dann nicht mehr seiner inneren Dynamik folgend von totaler Wettbewerbsfreiheit zur totalen Vermachtung voranschreiten und alles in seinen Sog ziehen; vielmehr wird die Ökonomie ganz in die ihr zukommende dienende Rolle zurückgedrängt. Dem von allen ihn jetzt noch belastenden Aufgaben befreiten Staat kommt es dann zu, die regulativen Prinzipien, denen die Wirtschaft unterstellt wird, auszuarbeiten und durchzusetzen. Damit hat auch der Staat zu seiner eigentlichen Funktion zurückgefunden, die in "Leitung, Überwachung, Nachdruck und Zügelung" besteht. Der Staat wird dadurch wieder an die Gesellschaft zurückgebunden, bildet er doch nun die Spitze in einer "Stufenordnung der verschiedenen Vergesellschaftungen" (127), die von vorneherein teleologisch orientiert ist.

Nach Thomas von Aquin bedeutet Ordnung "Einheit in wohlgegliederter Vielheit" (131). Genau diese ist das Ziel, das mit Hilfe des Subsidiaritätsprinzips erreicht werden soll. Die Aufteilung der Kompetenzen auf die verschiedenen Gemeinschaftsformen soll nicht viele Zentren schaffen, sondern im Gegenteil hinleiten zum einen Zentrum. Dies Zentrum ist jedoch kein materiales, sondern ein geistiges: das im christlichen Sinne verwirklichte Gemeinwohl, dessen oberster Hüter der Staat ist. Wirksam sein muß die Zielsetzung "Gemeinwohl" aber von der untersten Stufe an, weil sich die angestrebte Ordnung erst durch die geistige Umorientierung jedes einzelnen herausbildet. Insofern handelt es sich um einen ganzheitlichen Prozeß. Von oben oktroyiert hätte eine solche Ordnung keinen Bestand.

///. Angesichts einer solchen Begründung, Einbettung und Zielrichtung des Subsidiaritätsprinzips, wie in der Enzyklika entwickelt, ist eines unmittelbar evident: Versteht man dieses Prinzip rein funktional als Kompetenzaufteilungsregel, dann hat man es seiner wesentlichen Inhalte beraubt. Die Frage ist, ob es so überhaupt noch funktionieren kann bzw. welche Begründung an die Stelle des christlichen Liebes- und Gerechtigkeitsgebotes treten könnte. Dieser Frage soll abschließend nachgegangen werden.

Dazu mag es sinnvoll sein, die beiden entsprechenden Konzeptionen einander vergleichend gegenüberzustellen, die der katholischen Soziallehre und die der Europäischen Union. Die Tatsache, daß sich das

Konzept im einen Fall auf ein innerstaatliches, im anderen Fall auf ein zwischenstaatliches Gefüge bezieht, kann in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben.

Gemeinsam ist beiden Konzepten das Streben nach Einheit bzw. Einigung, ein gewisser Stufenaufbau im Inneren und der Einsatz des Subsidiaritätsprinzips als Ordnungsgrundsatz für den inneren Aufbau. Damit endet jedoch die Gemeinsamkeit.

Die Einheit ist im Fall der Enzyklika Resultat eines von vorneherein monistisch angelegten Prozesses, sie ist Ausdruck einer schon auf unterster Ebene wirksamen Teleologie. In der europäischen Einigung hingegen wirkt erklärtermaßen das Prinzip "Pluralismus", deswegen kann von einer Teleologie nicht die Rede sein. Ein teleologischer Prozeß entfaltet seine Dynamik aus sich heraus, wenn die Grundbedingungen gegeben sind - die Enzyklika nennt als entscheidende Grundbedingung eine innere Umkehr des einzelnen Menschen. Bei einem pluralistisch organisierten Prozeß ergibt sich das Gemeinsame aus dem Gegen- und Miteinander der verschiedenen Kräfte. Deren Wirkungen und Gegenwirkungen konstituieren erst das Ziel, das im teleologischen Prozeß bereits im Anfang potentiell vorhanden ist. Der eine Prozeß entfaltet sich also von innen heraus, angetrieben vom Wollen des Einzelnen, der andere bedarf immer wieder des äußeren Anstoßes.

Nun muß natürlich auch bei einer nicht-teleologischen Bewegung ein Ziel antizipiert werden, weil sie sonst diffus bliebe und die am Prozeß Beteiligten gar kein Motiv hätten, den Prozeß in Gang zu halten. Pluralistisch zustandgekommene Ziele sind in der Regel die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, den Ausgleich der verschiedenen Interessen. Im Vertrag von Maastricht lauten die Unionsziele: wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt und Zusammenhalt; Behauptung der Unions-Identität auf internationaler Ebene; Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Unionsbürger; Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres; Wahrung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Besitzstandes. Es sind Ziele der Selbstbehauptung: eine Stärkung der Gemeinschaft nach innen und außen unter besonderer Betonung des ökonomischen Wachstums. Das, was in der Enzyklika als bloßes Mittel zum Zweck des wahren Gemeinwohls bezeichnet wurde, die ökonomische und damit auch jede andere Sicherung des Überlebens, ist hier selber zum Zweck geworden. Damit besteht automatisch die Gefahr einer Hypertrophie der Mittel, da diese nicht durch einen übergeordneten Zweck ausgerichtet und begrenzt werden. Die EU-Ziele formulieren erst die Bedingungen der Möglichkeit einer richtigen gemeinsamen Orientierung. Deren Wirklichkeit steht noch aus.

Das Subsidiaritätsprinzip hat im teleologischen System die Aufgabe, das gesellschaftliche Mittelfeld zwischen Individuum und Staat wie-

derherzustellen und auf diese Weise sowohl Individualismus als auch Zentralismus entgegenzuwirken. Zugleich konstituiert sich so eine Ordnung der Werte: Die Ausrichtung aller Gemeinschaften am gemeinsamen Ziel hilft auf jeder Ebene, das Mittel vom Zweck zu sondern, beispielsweise die Ökonomie auf ihre dienende Rolle zurückzuführen. Die alle verbindende Gemeinsamkeit erlaubt eine Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinschaften gemäß der Sache, nicht gemäß dem Interesse. Konkurrenz und damit Kompetenzgerangel entstehen ja erst aufgrund fehlender Gemeinsamkeiten und einer Divergenz der Interessen.

Diese Divergenz muß aber bei einem pluralistischen System vorausgesetzt werden; bei ihm bleibt die Grundlage der Subsidiarität, die Gerechtigkeit, deshalb immer ein Problem. So ist hier auch zu erwarten, daß Aufgaben nicht nach Sachgesichtspunkten aufgeteilt werden, sondern nach Kräfteverhältnissen; ein unterstützendes Eingreifen der übergeordneten Gemeinschaft zugunsten der untergeordneten wird da unwahrscheinlich, wo die Herrschaft des Partikularinteresses ungebrochen ist, weil es von keinem gemeinsamen Wertgefüge in Frage gestellt wird. Jede Abgabe von Kompetenzen muß da als Verzicht erscheinen - wie sollte der zustandekommen, es sei denn aufgrund von Druck? Tritt als Begründung für das Subsidiaritätsprinzip an die Stelle der Gerechtigkeit das formalistische Equilibrium der Kräfte, so gibt es keinen Grund mehr, Subsidiarität nicht gleich nach Maßgabe von Effizienz zuzulassen. Genau das ist aber nach Auffassung der eingangszitierten Autoren Hummer/Bohr in der EU bereits passiert.

Zu befürchten ist folglich, daß mit der Begründung des Subsidiaritätsprinzips auch dessen Ziel verlorengelht, sich die Kluft zwischen unterster Einheit und Zentralgewalt eben nicht schließt, sondern Regionen, Provinzen, Nationen und europäische Zentrale sich wechselseitig Kompetenzen zu entziehen versuchen werden. Individualismus und Zentralismus stünden einander weiterhin unversöhnt gegenüber. Der Sinn des Wortes 'subsidium', nämlich 'Beistand, Hilfe', würde endgültig vergessen und überlagert von dem in der Rechtswissenschaft gängigen Verständnis, das Subsidiäre sei das ersatzweise und behelfsmäßig Eingesetzte, das dann zum Zuge kommt, wenn das eigentlich Zuständige nicht funktionsfähig ist⁷.

Man kann das von der Enzyklika 'Quadragesimo anno' anvisierte Ziel als utopisch abtun. Dann sollte man aber als 'Realpolitiker' nicht glauben, sich des Mittels zu diesem Ziel bedienen zu können, ohne seinerseits utopische Elemente in die Politik hineinzutragen. Vielleicht

⁷ Vgl. O.v. Nell-Breuning, Das Subsidiaritätsprinzip, in: J. Münder/D. Kreft, a.a.O., S. 173 ff. (Nachdruck aus: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 1976, S. 66 ff.).

ist das Ziel 'christlich verstandenes Gemeinwohl' und damit auch das Mittel 'Subsidiarität' aber nicht prinzipiell, sondern nur aktuell utopisch, 'ohne Ort'. Wenn in Europa, wie immer wieder bekundet, eine Friedensordnung etabliert werden soll, ist dies kaum ohne Einbezug der schwächeren europäischen Partner möglich. Wäre nicht hier der Ort, mit der Subsidiarität im ursprünglichen Sinn des Wortes Ernst zu machen?

ENDRE KISS

Zwischen Funktionalität und Substantialität - Föderalismus in Diskussion und Geschichte

Der Föderalismus ist eine der merkwürdigsten politischen Konzepte. Bei ihm wird die Diskrepanz zwischen idealer Option und adäquater Vorstellung bzw. realer historischer Selbst-Verwirklichung, die ja ein an das Ontologische grenzender Charakterzug des Politischen¹ ist, besonders deutlich. Denn der Föderalismus trägt bis heute die Spannung einer 'idealen', 'optimalen' Option für politische Ordnung und der nicht ausgesagten, in jeder historischen Epoche aber ohne Schwierigkeiten nachweisbaren Tatsache, daß er immer in historischen Konstellationen in die Nähe der Verwirklichung kommt, wenn er eben nicht als ideale Option, vielmehr als kurzfristige, konkrete und im größten Maße direkte Lösung von politischen Engpässen und Schwierigkeiten empfohlen werden kann².

- ¹ Diese ontologische Dimension des Politischen wird in unserem Gedankengang nur allgemein angesprochen, sie will keine konkrete Konzeption (etwa die Carl Schmitts) heraufbeschwören. Als ontologischer Bezug erscheint uns hierbei das Moment, wie der 'ideale' Charakter einer politischen Option gerade auf dem Wege ihrer Bekanntmachung, mehr noch während des Kampfes um ihre Verwirklichung, an Substanz verliert, und sie vom politischen Medium als eine 'neue' Realität unter anderen Realitäten angeeignet wird.
- ² Derselbe Zusammenhang ist selbstverständlich auch für andere Phänomene des Politischen charakteristisch. Ohne eine unmittelbar auf dieses Ziel gerichtete Untersuchung läßt er sich aber nicht ausreichend begründen. Deshalb soll hier nur in der Form einer Idee stehen, daß das Politische ein Gebiet ist, wo der Legitimationszwang auf jeder Ebene vielleicht am stärksten ist. Daraus folgt aber nicht nur im Falle des Föderalismus, daß Konstruktionen, die als politische Optimum ausgegeben werden, in Wirklichkeit nur als kurzfristige, direkte, zufällige, pragmatische Lösungen auf den Plan treten, und umgekehrt, daß kurzfristige, direkte, zufällige, pragmatische Lösungen, nachdem sie in eine hegemonie Position gekommen sind, sich als optimale Lösungen profilieren.

Es geht im historischen Schicksal der föderalistischen Idee aber immer um eine sich stets wieder artikulierende Ambivalenz. Es wird ein (unter anderen) politisches, soziales, wirtschaftliches und geographisches Optimum anvisiert, welches ja, gerade weil es sich in seinem Falle um ein Optimum handelt, aus eigener Kraft, ja aus rationaler 'Einsicht'³, in vielen konkreten Fällen längst hätte verwirklicht werden müssen. Auf der anderen Seite sehen wir jedoch immer eine historische Konstellation, in der die Idee, die Option und die Realität des Föderalismus als konkreter und höchst pragmatischer Lösungsvorschlag aufscheint, in denen also der Föderalismus keinesfalls mehr als historisches Optimum, vielmehr als die in ihrer Zeit einzige, aus pragmatischer Sicht notwendige Lösung erscheint. Dieser Zug ließe sich bei den meisten bedeutenden neuzeitlichen föderalistischen Konzepten, von Constantin Frantz bis Friedrich Naumann, unschwer ausweisen, von den föderalistischen Konzepten des ausgehenden Österreich-Ungarn ganz zu schweigen, die diese Grundeinstellung vielleicht am stärksten zum Ausdruck bringen.

Diese Dualität zwischen einem historischen Optimum (welches ja auch aus Einsicht hätte Wirklichkeit werden können) und eines kurzfristigen pragmatischen Lösungsvorschlages verdient es jedoch, zum Gegenstand auch einer selbständigen Untersuchung gemacht zu werden. Man wäre mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem allgemeineren Modell des historisch-sozialen Handelns gelangt, indem man - wiederum mit großer Wahrscheinlichkeit - würde zeigen können, daß die idealen Vorstellungen über ein soziales oder historisches Optimum weniger zum realen historischen Handeln von politischen Institutionen bzw. Gruppen führen als eben der Wille, kurzfristige Lösungen aus drohenden chaotischen Zuständen, wenn nicht aus Zusammenbrüchen, finden zu müssen⁴.

Diese stets sich wieder artikulierende Ambivalenz verdeckt aber den wahren Gehalt dessen, warum, aufgrund welcher Motive der Föderalismus mit einer gewissen Glaubwürdigkeit sich als historisches Opti-

³ Es ist aus methodischer Sicht nicht uninteressant, daß in Gyula Piklers Theorie über die 'Einsicht' als eine Version der positivistischen Theorie über das soziale Handeln dieser Begriff auch zu einem theoretischen Status gekommen ist.

⁴ Dies läßt sich auch zu einem allgemeineren Modell des sozialen Handelns ausweiten. Zum Teil dem Inhalt der FN 2 ähnlich, artikuliert sich dabei die Motivation von kurzfristigen Lösungsversuchen, allerdings meistens in der Form von optimalen Lösungsangeboten. Zur sozialontologischen Dimension dieser Problematik gehört die Tatsache, daß jedes politische System als kurzfristiger Ausweg aus politischen Krisen und Engpässen schon legitimiert worden ist - sei es repressive Systeme oder auch Diktaturen (beispielsweise der Bonapartismus).

mum profilieren konnte. Die Grundidee, die die wahre Stärke der ideellen Konzipierung des Föderalismus ausmacht, trägt den wahren Charakter eines historisch sich manifestierenden, dynamischen Optimums. Abstrakt formuliert, geht es um seine am Utopischen grenzende Antwortmöglichkeit auf eine der allergrößten, aber auch aller-schmerzlichsten Folgeerscheinungen der Moderne. In dieser Beleuchtung erscheint der Föderalismus in wahren philosophischem Lichte. Wie in allen Lebensbereichen der Gesellschaft und des Individuums, vertritt demnach die Moderne eine permanente Herausforderung für jegliche Dimension der sozialen Substantialität. Die Moderne erscheint geradezu in jeder ihrer Artikulationsformen als direkte Bedrohung für substantielle Formen des sozialen Lebens. Mit anderen Worten: von einer abstrakten Sichtweise aus gesehen geht es um den immanenten Konflikt der Substantialität und Funktionalität, der zu den 'normalen' und unausweichlichen Folgeerscheinungen und Konsequenzen der Moderne in jeder Hinsicht gehört⁵.

Hier, an diesem Punkt, wird das Optimale der föderalistischen Option sichtbar. Denn das Wesentliche der föderalistischen Option besteht darin, Substantielles und Funktionales, Tradition und Moderne, historische und modern-funktionale Lebenswelten zu vereinen. Der Föderalismus ist in diesem Lichte gerade der Versuch, diesen gravierenden, permanenten und unausweichlichen Konflikt der Moderne zu beseitigen, er plädiert für das Funktionalisieren des Substantiellen⁶. Der Föderalismus verkörpert in seiner Essenz gerade den Versuch, daß historisch, sprachlich, lebensweltlich homogene, einheitlich entwickelte und auch jedes Gefühl der Gemeinsamkeit tragende Gebiete eben in dieser ihrer Einheit fähig gemacht werden, als chancenreiche und gleichberechtigte Partner der modernen funktionalen Lebenswelt ihren Part zu spielen. Diese durchaus ernst zu nehmende Grundidee des

⁵ Der Aspekt der Funktionalität ist in den Disziplinen der Soziologie und Politologie gewiß nicht generell neu. Selten wird aber die andere, die 'substantielle' Seite derselben hervorgehoben, obwohl die beiden Aspekte der Funktionalität und der (stets anders zu konkretisierenden) Substantialität nur in ihrer steten Gegenseitigkeit wirklich von theoretischer Tragweite sind.

⁶ Damit ist aber auch in expliziter Form ausgesagt, daß der inhaltliche Kern des modernen Föderalismus nach unserer Beurteilung gerade in seiner Fähigkeit besteht, die substantiellen Inhalte von Tradition und Identität mit den notwendigen und unausweichlichen funktionellen Inhalten mit der Chance einer Optimalität in eine Einheit zu bringen. Von einer anderen Perspektive aus formuliert Josef Innensee ähnlich: "Der Föderalismus vermag regionale Ungleichheiten aufzunehmen, auszugleichen, aber auch zu hegen." (Zitiert in: Karl Hahn/Anja Hagen, Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zehn Thesen zu seiner Geschichte, seinem Aufbau und seiner Transformation im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung.)

neuzeitlichen Föderalismus kommt aber nicht 'direkt', d.h. ohne Vermittlung, zur Geltung, dieser Zusammenhang wird erst zum Durchbruch gebracht, wenn die in ihm enthaltene Option den zum Teil notwendigen, zum Teil zufallsartigen, wenn nicht gar irrationalen Widerstand der politischen Sphäre hinter sich läßt⁷.

Die aktuelle Diskussion über den Föderalismus hatte ihren Ausgangspunkt nicht so sehr in der Wahrnehmung einer brennenden, schnell und um jeden Preis zu lösenden Problematik. Es geht in diesem Fall ursprünglich um das Bestreben, welches die im Föderalismus steckende Option des politischen Optimums in einem selten glücklichen, einmaligen historischen Augenblick zu verwirklichen suchte. Das Aufkommen der aktuellen Föderalismusdiskussion erwies sich als ein Prozeß, in welchem die reicheren und entwickelteren Regionen angesichts der im Wachsen begriffenen Staatsverschuldung eine gewisse Selbständigkeit angestrebt haben. Dieser kurze Hinweis ist selbstverständlich nicht so gemeint, daß er eine selbständige Linie in der Historiographie der Föderalismusdiskussion bedeuten würde.

Das heutige Umfeld nicht nur der Föderalismusdiskussion, sondern auch der möglichen Verwirklichung von Föderalismus-Konzeption wechselt aber dramatisch, und das läßt die ganze Problematik in schlagartig wechselndem Licht erscheinen. Während die Motivationskraft der Staatsverschuldung und die ihr entwachsende Bestrebung der entwickelteren Regionen, sich den Pflichten der Aufrechterhaltung des Nationalstaates zu entziehen, auch weiterhin fort dauert, erscheinen gleichzeitig zwei weitere, neue und gewaltige Bedingungen im Vordergrund. Es geht einerseits um den Mauerfall und die ihm entspringende neue Vereinigung bzw. Vereinheitlichung Europas und andererseits um die erst jetzt in aller Vehemenz bewußt werdende Rezession. Es heißt, daß das Schicksal des Föderalismus neuerdings im Kraftfeld von Staatsverschuldung, europäischer Einigung und Rezession erscheint. Die Möglichkeit, die Motive und die Chancen des Föderalismus sind mit den wichtigsten Elementen der aktuellen Welt situation unmittelbar verknüpft. Die föderalistische Idee, anfangs fast ausschließlich aus dem Willen nach Verwirklichung des politischen Optimum geboren, erscheint in diesem Prozeß immer mehr in ihrer eher gewohnten Funktion. In immer mehr Kontexten tritt sie als eine

⁷ Gemeint sind hier wieder die ontologischen oder die quasi-ontologischen Dimensionen des Politischen. An dieser Stelle nimmt also auch der Föderalismus Züge an, die er mit beliebigen anderen Richtungen gemeinsam hat. Die Fähigkeit, durch seine Synthese des Substantiellen und des Funktionalen zu einem Optimum zu kommen, verblaßt in dem Augenblick, in dem er als ein Interesse gegen andere Interessen einen 'normalen' politischen Kampf mit 'normalen' politischen Mitteln aufnehmen muß.

Option aus dem Labyrinth kaum lösbarer und miteinander komplex verschlungener Probleme.

Die föderalistische Idee, wie auch der Föderalismus selbst, erscheint also im Kraftfeld von rasant wechselnden, globalen Koordinaten. Das Entscheidende der kontextuellen Veränderungen besteht darin, daß in der jüngsten Zeit eine neue, globale internationale Ebene der politischen Kommunikation und Integration auf den Plan getreten ist.

Die aktuelle Thematisierung des Föderalismusproblems erfolgte vor dem Horizont einer dreifachen Ebene des föderalistischen, nationalstaatlichen und übernationalen Kontextes, die ja miteinander auf das Komplexeste verbunden gewesen waren. Auch der Verfasser dieser Zeilen stellte diese Problematik noch vor kurzem im Rahmen dieses Dreiermodells dar⁸. Zu den bisherigen Repräsentanten der 'übernationalen' Dimension kam jedoch eine weitere, über der bisherigen übernationalen Ebene stehende, neue übernationale Ebene hinzu, die ohne Zweifel als gewaltiger Fortschritt auf dem Wege einer unvergleichlich rapiden Globalisierung gesehen werden muß.

Eine nähere Charakterisierung dieser neuen, übernationalen Ebene politischer Integration und Kommunikation ist heute noch alles andere als eine leichte oder einfache Aufgabe. Einerseits ist die historische Distanz zu diesem neuen Phänomen noch zu gering (sie existiert praktisch nicht), als daß die Konsequenzen dieser Mutation überhaupt vorauszusehen sind⁹. Was aber heute schon gesehen werden kann, scheint dem uneingeweihten Beobachter eher banal, wenn nicht gar trivial zu sein. Zwischen den beiden Gefahren der Distanzlosigkeit und der Trivialität steckt aber der Kern jener neuen Situation, die den aktuellen Kontext der Föderalismusdiskussion bestimmt.

Diese plötzliche Mutation in der globalen politischen Situation zeitigt für die weitere Entwicklung der Föderalismusdiskussion vor allem zwei bedeutendere Konsequenzen: die erste Konsequenz ist die sprunghaft gewachsene Komplexität von jedem Zusammenhang der internationalen Politik. Diese Konsequenz ist generell, sie hat gerade spezifisch mit dem Föderalismusproblem keine nähere Beziehung. Die plötzlich sich über der bisher höchsten und umfassendsten Ebene artikulierende

⁸ Siehe den Text des 1992 in Münster auf einer der Problematik des Föderalismus gewidmeten Konferenz gehaltenen Vortrages "Übernationale, nationale und föderale Strukturen im Prozeß der gegenwärtigen europäischen Integration", der demnächst publiziert wird.

⁹ Von einer anderen Perspektive aus gesehen erscheint dieselbe Tatsache in einer merkwürdigen Beleuchtung. Der genannte Mangel an Distanz bezieht sich nämlich nicht nur auf die Reflexion, sondern auch auf die Akteure der einzelnen politischen Akte, die in dieser Sphäre der neuen globalen Situation durchgeführt werden.

neue Handlungs- und Interaktionsschicht induziert generell neue, unkalkulierbare, in systemtheoretischem Sinne 'chaotische' Dimensionen, die sich dann mit Selbstverständlichkeit auch auf die weitere Entwicklung der Föderalismusdiskussion auswirken werden.

Schon erheblich konkreter bezieht sich auf die Föderalismusproblematik die zweite umfassende Konsequenz dieser schlagartigen Mutation der Globalisationsprozesse. Sie ließe sich so formulieren, daß die hier gemeinten Veränderungen die Handlungs- und Kommunikationsebene des Nationalstaates verstärken. Die neue globale internationale Ebene (symbolisiert etwa durch NAFTA) erscheint vor allem als Rivale, wenn nicht als Alternative zu den bisherigen umfassendsten integrativen Gebilden, was dann auch als Faktor erscheint, der die Macht und die Kompetenzen der Nationalstaatlichkeit im Zuge einer umgekehrten Bewegung wieder verstärkt. Verfolgt man diese Logik der nunmehr vier Handlungs- und Kommunikationsebenen der internationalen Verbindungen, so wird leicht klar, daß die so motivierte Verstärkung der Nationalstaatlichkeit im Umfeld einer wachsenden Chaotik in dieser Etappe für die weitere Entfaltung der föderalistischen Idee in der absehbaren Etappe der Entwicklung nicht von Nutzen sein wird. Und in der Tat zeichnen sich diese Auswirkungen bereits ab, was aber wegen der schnellen Veränderbarkeit aller Bestimmungen wieder schnell anders werden kann¹⁰.

Dies heißt aber unter keinen Umständen, daß dieser Trend der gegenwärtigen Globalisation sich auf den Föderalismus zwangsläufig nur negativ auswirken kann. Die Zukunft ist in diesem Zusammenhang noch offen. Sie ist offen vor allem deshalb, weil das Schicksal des Föderalismus auch davon abhängen wird, wie er sich unter den neuen Verhältnissen der neuen Globalisation zurechtfinden wird¹¹.

Zuletzt sollen die eben erzielten Behauptungen auf die gegenwärtige Situation der europäischen Integration hin aktualisiert werden. Die Schwierigkeiten der Integration der post-sozialistischen Welt in die

¹⁰ Ein merkwürdiges und scheinbar bescheidenes Zeichen dieser Modifizierung ist es, daß der Begriff 'Regionalismus' gerade inmitten dieser schnellen Veränderungen nicht mehr allein im Umfeld des klassischen Föderalismus anzusetzen ist. In dem sich herauskristallisierenden neuen Sprachgebrauch bezeichnet 'Regionalismus' einen 'globalen' Begriff, etwa im Kontext der Gegenüberstellung der amerikanischen und der südostasiatischen 'Region' (siehe z.B. Le Monde - Bilan, 1993, S. 45).

¹¹ Aus dem Gesagten ergibt sich, daß selbst die Auswirkungen der deutschen Vereinigung zu einem großen Teil auch im Kontext der funktionalen Globalisierung gesehen werden müßten. - In diesem Maße kann also 'Föderalismus in der postmodernen Gesellschaft' (Thomas Fleiner-Gerster) relevantes Modell werden, indem er seine neuen und vielfältigen Funktionen im Rahmen der neuen funktionalen Systeme finden kann.

Europäische Gemeinschaft werden unter Zuhilfenahme des Begriffspaares 'Funktionalität - Substantialität' ganz besonders sichtbar. Eine Integration, in welcher ja die föderalen Elemente unbedingt eine bedeutende Rolle spielen müssen, umfaßt Territorien, die zur Zeit starke Probleme mit der Wiederherstellung der 'Substantialität' ihrer Existenz haben. Dieselben Probleme erscheinen aber auf dem Gebiet der funktionalen Problematik. So bedeutet die Integration der post-sozialistischen Welt eine gleichzeitig 'substantielle' und 'funktionelle' Problematik. Uns scheint, daß diese Schwierigkeiten eben gewisse föderalistische Lösungen präferieren müßten, und zwar gerade wegen der Qualität des Föderalismus, substantielle und funktionale Dimensionen auf eine natürliche Weise zu verbinden.

KAROL BAL

Aus der Tradition des polnischen föderalistischen Denkens

Das Aufgreifen des Themas der Beleuchtung der Geschichte des polnischen politischen Denkens, das die Frage einer möglichen Föderation mitteleuropäischer Staaten in den Mittelpunkt seiner Erörterungen stellt, beschränkt sich keineswegs auf einen engverstandenen Erkenntniswert. Es geht hier nämlich nicht nur um eine informative Notierung der Tatsache des Vorhandenseins von Ideen einer Föderation europäischer Staaten in der polnischen Historiographie, Philosophie, Rechtswissenschaft und Politologie - obwohl auch dieser Aspekt beim Versuch der Rekonstruktion des europäischen politischen Denkens nicht außer acht gelassen werden darf. Doch möchte ich vorwiegend auf die Aktualität der Auseinandersetzung um die Gestaltung eines modernen Europas hinweisen. Das Vorhaben der Projektierung der Architektonik des alten Kontinents muß die Traditionen einzelner Staaten und Länder mit ihren Sicherheits- und Friedenserwartungen berücksichtigen. Die heutzutage verkündeten zahlreichen Föderalismusideen sind meistens gar nicht überraschend neu. Sehr oft stammen sie von bereits formulierten Ideen ab. Ein Nachdenken darüber, daß sie praktisch unwirksam waren, daß sie - konfrontiert mit den Realitäten des internationalen Lebens - versagten und daß sie keine konkrete, politische Gestalt annehmen konnten, könnte uns möglicherweise erlauben, einen mehr realistischen Blick auf die Möglichkeiten und Barrieren einer föderalistischen Gestaltung Europas, insbesondere seiner östlichen und südöstlichen Bereiche, zu richten.

Eine Aktualisierung der Frage nach einer Föderalisierung der Staaten Mittel- und Südost-Europas ist - wie wir wissen - eine Folge des Zerfalls des sowjetischen Imperiums samt seinen Satellitenstaaten. In allen Ländern des ehemaligen Ostblocks hat ein intensives Suchen nach föderativen Partnerschaften eingesetzt. Die amerikanische Idee der "Partnerschaft für den Frieden" verschließt zunächst de facto allen diesen Staaten die Möglichkeit der Assoziation mit dem Nordatlantischen Bündnis. Doch Föderationstendenzen werden sowohl heute wie

in der Zukunft immer wieder ins Lebens gerufen. Meistens nur als Improvisationen und als politische "ad hoc"-Handlungen werden sie zwar in Form von theoretischen Ideen weiterentwickelt, in der harten Realität des modernen Europas haben sie jedoch leider selten eine wesentliche Bedeutung.

Ich bin zwar nicht der Meinung, daß die Wiederbelebung der Formulierungen von Föderalismus aus der Vergangenheit einen wesentlichen Einfluß auf die Verwirklichungschancen moderner Postulate ausüben könnten. Sicher jedoch können sie die Diskussion bereichern, und mancher der vielen Autoren, die Föderationsprojekte entwerfen, wird somit die Möglichkeit erhalten, über die Realitätsnähe der eigenen Ideen nachzudenken. Auch Erfahrungen aus der Vergangenheit können lehrreich sein.

In den Zeiten, als sich in Europa starke Nationalstaaten mit Hegemonieanspruch gegenüber den restlichen Staaten herausbildeten, entstand in Polen eine neue Verfassungsform und eine neue staatsrechtliche Idee. So führte der Jagiellonenstaat zur Integration von mehreren Völkern in föderativer Form: von Polen, Litauern und Russinen (Alt-russen). Man ließ sich von dem elementaren Föderalismusprinzip leiten: "die Freien von den Freien", "die Gleichen von den Gleichen". Dies war die Polnisch-Litauische Union von 1385, die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in immer wieder modifizierter Form aufrechterhalten wurde¹. Dies war zweifellos eine der bedeutsamsten Tatsachen in der Geschichte Mittel-Ost-Europas, die sowohl Polen wie auch Litauen so manchen Nutzen einbrachten². Der politische Gedanke der Jagiellonen beschränkte sich nicht auf die Föderation Polen-Litauen. Man hegte Pläne zur Schaffung eines Großstaates, der alle Länder zwischen den drei Meeren, der Ostsee, dem Schwarzen und dem Adriatischen Meer, umfassen sollte. Dieses Ziel sollte u.a. durch die Besetzung des Throns der Tschechei und Ungarns durch die Jagiellonen erreicht werden. Im Namen dieser großangelegten Föderationsidee fiel König Ladislaus III. im Jahre 1444 in der Schlacht von Varna. König Ladislaus IV. eroberte Moskau und besetzte eine Zeitlang den Thron des russischen Zaren (1610). Bereits im 15. Jahrhundert kamen Ideen einer Föderation von Polen, der Tschechei und Rußland auf, die jedoch am Widerstand des katholischen Klerus' scheiterten. Der Klerus

¹ Es wird gesagt, daß die Verfassung der Polnisch-Litauischen Union als Muster für jene der Britischen Völkergemeinschaft diene. Vgl. J.A. Gawenda, *Prawo Konstytucyjne, Teoria federacji i ustroje federalne*, London 1952, S. 6.

² Im Fall der Union beobachten wir einen geschichtsdiagnostischen Prozeß. Das, was den Ländern der Föderation in der ersten Phase des Bestehens der Union Nutzen brachte, wendet sich später gegen sie, und es kommt zunächst zur Schwächung und dann zum Verfall Polens.

fürchtete sich nämlich stark davor, seine Machtstellung im neuen politischen Gebilde zu verlieren und brachte deswegen die Möglichkeit der Verwirklichung dieser Idee zu Fall. In späterer Zeit tauchte zwar die Idee einer Föderation mit der Tschechei nochmals auf, immer seltener jedoch sah man in Rußland einen Föderationspartner. Nach dem Ersten Weltkrieg kam die Idee der Föderation mit der Ukraine ins Gespräch. Ein entschiedener Befürworter dieser Idee, der sie auch praktisch zu verwirklichen versuchte, war der polnische Staatsführer Józef Piłsudski. Dieses Vorhaben war jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Im Gegensatz zu den Prinzipien, auf deren Grundlage die Polnisch-Litauische Union ins Leben gerufen worden war, war nämlich die Idee einer polnisch-ukrainischen Union instrumental gedacht. Es ging lediglich um die Vernichtung bzw. Schwächung Rußlands, aber auch um die Sicherung der eigenen Machtstellung im Osten Europas. "Es war also keine echte Föderationsidee, sondern eine zeitbedingte politische Konzeption"³. Dies waren - in grober Skizze - die föderativen Maßnahmen des polnischen Staates. Föderationsideen von Philosophen, Rechtswissenschaftlern und Historikern fanden dagegen in mehreren Gedenkschriften, Manifesten, Abhandlungen und Büchern ihren Ausdruck. Ihr Angebot ist ein viel reichhaltigeres als das der Politiker. In der polnischen Literatur werden zwei Ebenen der Föderalisierungs-idee europäischer Staaten erörtert: eine universale und eine partielle, eine gesamteuropäische und eine regionale. Auf der ersten Ebene werden vorrangig Ideen von philosophisch-ethischem sowie juristisch-historischem Charakter hervorgehoben, auf der anderen dagegen konkrete Föderationsformen mitteleuropäischer und manchmal auch südosteuropäischer Staaten erörtert.

Wie viele andere europäische Denker haben auch polnische Autoren föderalistischer Ideen ihre Hoffnungen auf die Integration europäischer Staaten mit der Idee der Herstellung eines 'ewigen Friedens' verbunden. Diese Ansicht war schon sehr früh im polnischen politischen Denken vorhanden, wie bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts in der sog. polnischen Schule des Völkerrechts in der Krakauer Akademie, die später in Jagiellonen-Universität umbenannt wurde⁴. Betont wurde

³ J.S. Chyszowski, *Imperializm i federacjonizm. Rozważania geopolityczne*, Edinburgh-London 1942, S. 82; vgl. auch A. Józwenko, *Polska a "biała" Rosja (od listopada 1918 do kwietnia 1920)*, Wrocław-Warszawa-Kraków-Gdańsk 1973, S. 159, 266 f.

⁴ Zu den berühmtesten Vertretern der Schule gehören Stanisław ze Skarbimierza (Geburtsdatum unbekannt, gest. 1413), Verfasser des Werkes "De belli iustici" sowie Paweł Włodkowic z Brudzewa (um 1370 - 1435), Verfasser der bedeutenden Abhandlung "De potestate papae et caesaris respectu infidelium".

zwar vor allem die Bedeutung des Friedens als fundamentalen Wertes internationaler Beziehungen, doch sollten diese Beziehungen auf dem Prinzip der Abschaffung der Herrschaft eines Staates über einen anderen Staat und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf dem Prinzip der christlichen Nächstenliebe basieren. Das internationale Recht genoß im 16. und 17. Jahrhundert in Polen weiterhin großes Interesse⁵ und hat einige der Festlegungen von H. Grotius bereits vorweggenommen⁶. Bedeutend mehr kristallisiert erscheinen die Föderationsideen im polnischen politischen Schrifttum des 18. Jahrhunderts. Der König von Polen und Lothringen, Stanislaus Leszczyński, verfaßte 1748 eine Denkschrift⁷, in der er die Pax Christiana kritisierte, d.h. die Idee einer Föderation christlicher Staaten unter Leitung der Kirche, indem er die Idee eines 'ewigen Friedens' von de Saint-Pierre als unrealistisch und chimärisch bezeichnete, da sie vom Verzicht der Regierungen auf Entscheidungsfreiheit sowie von der Unterordnung der Regierungen unter eine überstaatliche Institution ausgehe. Leszczyński entwickelt dagegen die Idee eines dynamischen Bündnisses europäischer Staaten. Er denkt dabei an Handlungen, die die "internationale Lage" bilden. Diese "Lage" verweist auf eine andauernde, politische und diplomatische Aktivität, die von einzelnen Staaten ausgeübt wird mit dem Ziel, verschiedenartige Bündnisse zu schließen, die zu einem "gerechten Gleichgewicht" auf internationaler Ebene führen sollten. Mehrere Jahrzehnte vor Kants "Zum ewigen Frieden" setzt Leszczyński die Notwendigkeit einer komplementären Zusammenfügung der inneren Verfassung eines bestimmten Staates mit der Verfassung äußerer föderativer Prägung anderer Staaten voraus. Er benutzt dafür die gleiche Bezeichnung, nämlich "republikanischer Staat", wie später Kant. Dies ist ein Staat mit einer repräsentativen, d.h. auf Vertretung beruhenden Verfassung (England, Holland, Polen, die Schweiz), und nur republikanische Staaten können eine Föderation bilden. Jeglicher "Eroberungsgeist" ist ihnen fremd; sie sind ausschließlich auf friedliches Zusammenleben eingestellt⁸.

⁵ Hier sollten erwähnt werden A.F. Modrzewski (1505-1572), S. Petrycy z Pilzna (1554-1626), die Polnischen Brüder (Sozinianer), und unter ihnen S. Przyrkowski (1592-1670), J. Crell (1590-1633) und J.L. Wolzogen (1599-1661).

⁶ Vgl. Z. Kuderowicz, *Polska filozofia pokoju: Historia idei pokoju w kulturze polskiej do 1939*, Warszawa 1992, S. 34.

⁷ *Memorial de L'Affermissement de la Paix Générale*. Der Text wurde am französischen Hof verteilt, zu Lebzeiten des Verfassers aber nicht veröffentlicht.

⁸ Vgl. S. Leszczyński (1677-1766), *Memoriał o utrwalaniu pokoju powszechnego*, in: *Rola dziejowa Stanisława Leszczyńskiego oraz wybór jego pism*, Toruń 1951.

Das polnische Aufklärungsdenken war oft auf die Föderationsidee eingestellt. Die führende Rolle spielten dabei die Physiokraten, wie H. Stroynowski (1752-1815), J.K. Skrzetuski (1743-1806), W. Skrzetuski (1745-1791) und andere. Für die Physiokraten sollte Religion, und zwar eine gemeinsame Religion für alle Völker des Kontinents, die eigentliche Grundlage bilden. Das römische Recht sollte dann als gemeinsame Prämisse der in Europa geltenden Rechtssysteme die kulturellen und wissenschaftlichen Verbindungen sowie eine zügige Kommunikation gewährleisten. Dies alles sollte die natürliche Grundlage für den Föderalismus bilden. Die Physiokraten hoben insbesondere den Verteidigungscharakter des europäischen Föderalismus hervor, der die europäische Kultur vor der asiatischen Bedrohung schützen sollte. Die Autoren jener Ideen hatten gründlich über die innere Struktur der künftigen Assoziation, über Berechtigungen der Föderation, über juristische und ethische Fragen der Funktionsfähigkeit überstaatlicher Gebilde nachgedacht⁹. Bis ins 18. Jahrhundert konzentrierten sich alle Föderalisierungskonzepte polnischer Autoren ausnahmslos auf Ideen einer gesamteuropäischen universalistischen Föderation. Jener eurozentrische Universalismus basierte in der Regel auf dem Fundament der Einheit der christlichen Religion. Die erste Abwendung von dieser Tradition war die Stellungnahme von Stanislaus Staszic, einer der herausragendsten polnischen Persönlichkeiten der Jahrhundertwende zum 19. Jahrhundert¹⁰. Nach Staszic sollte nicht mehr die Religion, sondern das Völkerrecht, das in der Achtung der Menschenrechte seine Grundlage hat, sowie das Recht auf Freiheit und selbständiges Verfügen über das durch eigene Arbeit erworbene Eigentum von nun an die Rolle eines Regulativs zwischenstaatlicher Beziehungen spielen. Indem Staszic den Faktor Religion nicht mehr berücksichtigte, konnte er nun die Idee einer partiellen bzw. regionalen Föderation formulieren. Es war eine panslawistische Idee.

Im Gegensatz zu späteren polnischen Anhängern des Panslawismus entwickelte Staszic den Gedanken der Vereinigung aller Slawen unter der Führung Rußlands als des größten souveränen slawischen Staates.

Im romantischen polnischen Denken wurde wieder auf die Idee einer christlichen Föderation zurückgegriffen. Nun sollte die moralische Veredelung internationaler Verhältnisse im Sinne des Prinzips der Nächstenliebe als begünstigender Faktor der Sache des Föderalismus europäischer Staaten dienen. Diese Ansicht vertrat insbesondere Fürst

⁹ Vgl. H. Stroynowski, *Nauka prawa przyrodniczego, politycznego, ekonomiki politycznej i prawa narodów*, Wilno 1785.

¹⁰ Staszic (1755-1826) äußerte seine Ideen in folgenden Werken: *Przestrogi dla Polski* (1790), *Myśli o równowadze politycznej w Europie* (1815), *Ród ludzki* (1819/20). Vgl. S. Staszic, *Pisma filozoficzne i społeczne*, Warszawa 1954.

Adam Jerzy Czartoryski¹¹, der ehemalige Außenminister unter Zar Alexander I. und spätere Anführer des sog. Novemberaufstandes von 1830, der später als Emigrant in Paris lebte. Seine historiosophischen Anschauungen ergänzte er mit inhaltsreichen, differenzierenden Erörterungen zum Thema Föderalismus. Er unterschied zwei Föderationstypen: der erste Typ ist eine Art Verbindung vieler kleiner Staaten mit einem Dispositionszentrum im Bereich der Außenpolitik unter gleichzeitiger Beibehaltung lokaler bzw. regionaler Unabhängigkeit in allen inneren Angelegenheiten. Als Beispiel dieser Art könnte die Konföderation der Kantone der Schweiz dienen. Diese Form der Föderalisierung schätzte Czartoryski besonders hoch, weil sie die Völker der föderativen Einheit vor äußerer Intervention schütze und einer Staatenzer splitterung und Isolierung entgegenwirke. Der zweite Typ der Föderalisierung beruht auf der Vereinigungsvereinbarung von den Regenten zweier Staaten, wie beispielsweise die Föderation von England und Hannover im 17. Jahrhundert. Doch wird diese Föderalisierungsart von Czartoryski verworfen, denn nach seiner Ansicht liefern dynastische Konnexionen immer wieder Zündstoff für Konflikte. Die Föderation sollte überhaupt nur eine Institution sein, die ein "indirektes Ziel" realisiere, als ob sie ein Bestandteil der gesamten menschlichen Gemeinschaft sei. Aber Czartoryski beschränkt sich nicht darauf, nur abstrakt über die Föderalismusidee nachzudenken. Als Politiker versuchte er, diese auch zu konkretisieren. Noch als Minister des Zaren verfaßte er 1805 eine Denkschrift "Vom politischen System", in der er die Idee "eines dauerhaften europäischen Gleichgewichts" entwickelte. Im Gegensatz zum Konzept von Leszczyński, für den Frankreich der Garant jenes Gleichgewichts sein sollte, skizzierte Czartoryski ein anti-napoleonisches Schema zweier europäischer Föderationen: zum einen eine Föderation slawischer Völker (auch der balkanischen Slawen) unter der Führung Rußlands und zum zweiten eine "deutsche Föderation" (Holland, die Schweiz, Preußen, Österreich)¹². Im Verlauf seiner schriftstellerischen und politischen Tätigkeit modifizierte Czartoryski zwar mehrmals sein Föderationskonzept, ein Merkmal ist ihnen allen aber gemeinsam: nämlich sein Versuch, die Föderation nicht als eine Form der Verbindung zwischen Regierungen, sondern zwischen den souveränen Völkern jener Staaten aufzufassen. Czartoryski sah in

¹¹ 1770-1861. Vgl. sein "Essai sur la diplomatie", Paris 1832. Nebenbei bemerkt: die Ansichten von Czartoryski sind weitgehend mit der Stellungnahme des Papstes Johannes Paul II. konvergent, d.h. Evangelisierung internationaler Beziehungen auf der Grundlage des katholischen Ethos und Hervorhebung der Missionsrolle Polens.

¹² Vgl. J. Skowronek, *Antynapoleońskie koncepcje Czartoryskiego*, Warszawa 1969, S. 50 ff.

der Föderation nicht lediglich ein Verteidigungsbündnis gegen die asiatischen Barbaren, wie man in der Aufklärungszeit dachte; für ihn war die Föderation ein moralischer Bund, der die Tugenden Gerechtigkeit und Altruismus zu verwirklichen hatte. Die Grenzen des aufklärerischen Eurozentrismus waren damit überschritten. Der Föderalismus wird nun ein universaler Vorschlag¹³.

Die originellen Gedanken von Józef Maria Hoene-Wroński (1776-1853) gingen in die gleiche Richtung des Universalismus. Er forderte die Berufung eines übernationalen moralischen und philosophischen Bundes der Anhänger einer messianistischen Weltanschauung, die vom höchsten Wert der menschlichen Vernunft überzeugt waren. Diese eigenartige "absolute Union" sollte die Völker dazu vorbereiten, eine Föderation bilden zu können¹⁴.

Polnische romantische Philosophen sowie Schüler Hegels, Anhänger Kants, Messianisten, Liberale, Saint-Simonisten und viele andere präsentierten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterschiedliche föderalistische Vorschläge. So skizzierte u.a. August Cieszkowski (1814-1894) historiosophische Pläne für die Gründung einer Föderation als "Gemeinschaft der Vaterländer" sowie der "Kirche der Menschheit"¹⁵. Karol Libelt (1807-1875) kehrte wieder zur Idee von Staszic und Czartoryski zurück, nämlich zur Föderation slawischer Völker¹⁶, jedoch mit einem wesentlichen Unterschied: Libelt widersetzte sich nicht nur dem Suprematieanspruch seitens Rußlands, sondern eines jeden der slawischen Staaten; er sah in der Vereinigung der Slawen - wie es fast alle Panslawisten taten - eine Art Aufforderung an sowie Muster für das restliche Europa¹⁷. Alle panslawistischen Autoren von Föderalismusprojekten im 19. Jahrhundert, die Rußland von dem entworfenen Bündnis gerne ausschließen wollten, gaben sich der Illusion hin, daß alle slawischen Völker darin übereinstimmen könnten, anstelle von Rußland dem an territorialer Ausdehnung und Einwohnerzahl zweitgrößten Staat, d.h. Polen, die führende Rolle in diesem föderativen Bund zuzugestehen. Es ist offenbar die Furcht vor der Russifizierung und Polonisierung, an der jede Überein-

¹³ Vgl. Z. Kuderowicz, *Polska filozofia pokoju ...*, a.a.O., S. 95 ff.

¹⁴ J.M. Hoene-Wroński, *Metapolitique messianique*, Paris 1839, zit. nach der polnischen Übersetzung *Metapolityka*, Warszawa 1923, S. 357.

¹⁵ Vgl. *700 lat myśli polskiej*, Bd. 5, *Filozofia i myśl spotrieczna w latach 1831-1864*, Warszawa 1977, S. 313, 316.

¹⁶ K. Libelt, *Manifest do ludów słowiańskich*, ebenda, S. 380-382.

¹⁷ Zum Thema Föderalismus haben sich ferner geäußert W.B. Jastrzębowski (1799-1882), *Projekt do konstytucji europejskiej ...*, Warszawa 1831; H. Kamieński (1813-1865), *Rosja i Europa*, Paris 1857.

stimmung in der Föderationsfrage der Slawen von vornherein scheitern mußte.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Föderalismusdiskussion vorwiegend im Kreise neoromantischer Denker geführt. Wincenty Lutosławski (1863-1954), Wojciech Dzierżycki (1848-1909) und Artur Górski (1870-1959) führten einige Aspekte der Gedanken des 19. Jahrhunderts weiter, z.B. über die historische Mission Polen im Bemühen um eine Völkervereinigung sowie über die Zusammenfügungs- bzw. Einigungskraft des Religiösen u.v.a. Ein neues Element war hier jedoch die Berücksichtigung der Frage einer Gewährleistung von Rechten nationaler Minderheiten sowie der Vorschlag zur Gründung eines internationalen Tribunals zur Lösung von Konflikten.

Wie bereits erwähnt, versuchte Józef Piłsudski, seine Idee einer Föderation von Polen und der Ukraine sowie mit anderen nichtrussischen Völkern Osteuropas durch politische und militärische Maßnahmen zu realisieren. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 zeichnete sich das polnische politische Denken jedoch durch keine besondere Initiative bei der Lösung der Föderationsfrage aus. Diese Idee stand in den Jahren 1918-1939 außerhalb der in Polen dominierenden Interessensbereiche, d.h. außerhalb der mit dem Fragenkomplex Nationalismus bzw. Sozialismus verbundenen ideologischen Strömungen.

Die erste dieser Strömungen bekannte sich zur Nation als absoluter Größe, verbunden mit Selbstgenügsamkeit; die zweite interessierte sich mehr für das Problem internationaler Einheit einer bestimmten sozialen Klasse als für politisch-juristische Fragen der Architektonik Europas.

Ein Beleben des polnischen föderalistischen Denkens setzte im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg wieder ein, in der Emigration in England und in den USA. Die durch diese Zeit angeregte Föderalismusdiskussion wurde später weitergeführt, insbesondere in der Emigration in den 50er Jahren. Das Wiedererwachen des Interesses für den Föderalismus war mit der Überzeugung verbunden, daß jeder Krieg zu Ende geht; und deshalb kam auch die Frage nach einer Neuordnung in Europa wieder auf. Es wurden auch aus der geopolitischen Lage Polens als eines internationale Konflikte stiftenden Faktors Schlüsse gezogen. Um also Polen in Zukunft Sicherheit und Konfliktlosigkeit gewähren zu können, griff man zu föderalistischen Lösungen. Die Föderalisierung Polens mit anderen europäischen Ländern sollte dem Land eine Stabilisierung der politischen Lage gewährleisten, und zwar nicht nur im zentraleuropäischen Bereich. 1942 erschienen in England zwei Arbeiten, von Jan Stanisław Chyszowski "Imperialismus

und Föderalismus, Geopolitische Erörterungen"¹⁸, und von Mieczysław Szerer "Föderationen und die Zukunft Polens"¹⁹. Chyszowski erörtert theoretisch die Frage nach dem Wesen des Föderalismus und spricht sich für die Gründung einer Föderation von West-Slawen aus, die jene Völker umfassen könnte, die durch eine gemeinsame kulturelle Tradition verbunden und vor allem auch geographisch benachbart sind. Als Anhänger eines geographischen Determinismus erteilt er diesem Merkmal den Vorrang. Szerer konzentriert sich dagegen auf das Aufzeigen der Gefahren, die bei vorschneller Verbindung verschiedenartiger Staats- und Volksorganisationen bzw. Organismen in eine Einheit entstehen können. Er warnt vor dem Aufkommen von Illusionen, daß die Nachkriegswelt eine einfache Integrationsformel wird finden können. Eine echte, d.h. dauerhafte Föderation, die in der Erhaltung des Friedens ihre Hauptaufgabe sieht, werden Politiker wohl auf den von ihnen selbst veranstalteten Konferenzen kaum gründen können²⁰. Zuerst muß ein Prozeß innerer, gegenseitiger Annäherung der Völker stattfinden, an den sich ein Prozeß der "Vergesellschaftung der Nationen" anschließt²¹. Szerer denkt hier an die Herausbildung eines "vertrauten Umgangs zwischen den Völkern", an eine Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens zueinander, an eine durch das Entstehen eines Freundschaftsgefühls höhere Qualifizierung gegenseitiger Verbindungen. Erst eine auf diese Weise geschaffene internationale Solidarität könnte den Weg zur Konstituierung eines politischen Organismus ebnen, in dem keines seiner Mitglieder diskriminiert wird. Die Erhebung ethischer und psychologischer Faktoren auf den ersten Plan verbindet Szerer mit der Anlehnung an die Traditionen des polnischen föderalistischen Denkens, vor allem mit denen aus dem 19. Jahrhundert. Obwohl er gegenüber Projekten einer gesamteuropäischen Föderation, die weder die geschichtliche Erfahrung einer Nation noch seine psychologische Eigenart berücksichtigen²², eine skeptische Haltung einnimmt, sieht Szerer jedoch praktische Möglichkeiten der Erstehung von partiellen Föderationen. Ein Beispiel einer derartigen Föderation könnte ein Bündnis von Polen und der Tschechei sein. Regionale Föderationen lösen jedoch keineswegs das Problem des Friedens und der

¹⁸ J. S. Chyszowski, *Imperializm i federacjonizm. Rozważania geopolityczne*, Edinburgh-London 1942.

¹⁹ M. Szerer, *Federacje a przyszłość Polski*, London 1942.

²⁰ Ebenda, S. 29.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda, S. 36. "Die Frage des Föderalismus sollte von Seiten der Völkerpsychologie aufgegriffen werden. Zunächst sollte eine Vereinbarung der Anschauungen auf dem Prinzip des Zusammenlebens erzielt werden und dann erst kann an politische Einheit gedacht werden"; ebenda, S. 52.

europäischen Sicherheit. Ein in mehrere Föderationen geteiltes Europa wäre lediglich ein wiederholtes Szenarium der Rivalitäten einzelner Staaten miteinander. Die Idee der Föderation muß also ein fernes Ideal bleiben. Dieses Ideal behält jedoch den Wert einer mobilisierenden Kraft, die helfen könnte, Nationen, Staaten und auch Politiker zur gegenseitigen Annäherung zu führen. Man sollte zu diesem Zweck praktische Mechanismen in Bewegung setzen, die Szerer als "Übergangsformen" auf dem Wege zur globalen Föderation nennt. Es geht dabei um die Entfaltung eines ganzen Organisationsnetzes von zusammenarbeitenden Instanzen, das einen Völkerbund mit seiner übernationalen Machtausrüstung rekonstituieren könnte: anfangs nur auf einem Gebiet, um ihm danach sukzessiv andere Kompetenzen "zuzuteilen". Sollte sich der Völkerbund mit der Zeit im Geiste internationaler Solidarität umgestalten können, dann wäre dies eine reale Prämisse für die Entstehung einer demokratischen Staatengemeinschaft. Und so etwas beinhaltet doch ex definitione die Föderationsidee²³.

Diese Vorsicht Szerers wurde von anderen Politikern der polnischen Emigration nicht geteilt. Sie waren vielmehr der Meinung, daß Polen unmittelbar nach Kriegsende im "Bund Freier Völker Europas"²⁴ seinen Platz finden werde. In der Deklaration des Rates Nationaler Einheit von 1944 lesen wir, daß "das Nichtzulassen irgendeiner Hegemonie in Mittel- und Süd-Ost-Europa eine wesentliche und grundsätzliche Bedingung für die Entstehung eines dauerhaften Friedens in Europa" sei. Die Beseitigung der Hegemoniegefahr sei im Falle der Föderalisierung der Staaten dieser Region möglich²⁵. Die Autoren jener Deklaration nahmen die Entscheidung der Alliierten, Polen und ganz Mittel-Ost-Europa unter die Kuratel Rußlands zu stellen, kaum zur Kenntnis²⁶. Das politische Milieu der Emigration hat den Jalta-Vertrag nie anerkannt. Sie meisterten weiterhin Föderationsprojekte. In Großbritannien wurde ein Netz von Mittel-Europa-Klubs gegründet, die die Idee der Föderation verbreiten sollten. Vor dem Kriegsende entstand auch die internationale Organisation "Intermarium", die sich um Anhänger der Idee einer Föderation von Nationen von der Ostsee bis nach Griechenland unter Einschluß Weißrußlands und der Ukraine gruppierte. 1949 wurde in Paris der "Bund Polnischer Föderalisten" gegründet, der föderalistische Gruppen aus Frankreich, Belgien, Deutschland, Großbritannien und der Schweiz vereinte. Dieser Bund stand der "Union Européenne des

²³ Ebenda, S. 53.

²⁴ Vgl. Program Polski Ludowej z 1941, zit. nach: *Federalizm a niepodległość*, New York 1954, S. 2.

²⁵ Ebenda, S. 4.

²⁶ Bereits 1941 wurde in der "Times" die Meinung geäußert, daß Rußland die Hegemonie über diesen Raum einnehmen solle. Vgl. M. Szerer, a.a.O., S. 37.

Federalistes" sehr nahe. In der 1954 veröffentlichten Deklaration des "Bundes der Federalisten" von New York wurde ein Zweistufenplan zur Vereinigung Europas festgelegt: zunächst sollte eine regionale Föderation von Staaten Mittel- und Ost-Europas gegründet werden, die dann gemeinsam mit anderen regionalen Gruppierungen, wie z.B. der Föderation skandinavischer Staaten, der west-europäischen Föderation und anderen, zu einer gesamteuropäischen Föderation zusammengeschlossen werden sollte²⁷. Man sah auch einen zweistufigen Prozeß für das Zusammenwachsen der östlichen Föderation vor. An Polen, die Tschechei und Ungarn, die als Kristallisierungszentrum einer in Zukunft optimalen Föderation galten, sollten sich sukzessiv andere Länder der Region anschließen. Eine der Bedingungen für die Aufnahme in die Föderation seitens der östlichen Staaten war die Erringung der Freiheit, d.h. die Befreiung von sowjetischer Herrschaft. Für alle Föderationsbestrebungen ergab sich daraus die Aufgabe der Liquidierung der Folgen des Jalta-Abkommens²⁸. Es scheint, als ob dieser in den 50er Jahren erarbeitete Standpunkt immer noch nicht an Aktualität verloren hätte. Das Aufleben der Konzeption imperialer Einflußsphären, die die Souveränität der Staaten Mitteleuropas weitgehend beschränkt, zwingt jene Staaten auf der Suche nach Sicherheit auf den Weg der Föderalisierung. Die bisherigen Versuche in dieser Richtung haben sich als wenig wirksam erwiesen. Ein Beispiel dafür könnte der Stabilitätsmangel der Vyschehrad-Gruppe sein. Das polnische politische Denken hat es im Verlauf der letzten vier Jahre nicht vermocht, eine solide und tragfähige Föderalisierungsform auszuarbeiten. Ebenso unwirksam waren die Politiker. Eine andere Sache ist es bereits, daß ihnen die Lösung dieser Aufgabe von eventuellen Föderationspartnern keineswegs leichter gemacht wird. Jedenfalls bleibt die Föderalisierungsfrage für Polen sowohl heute wie vor Jahrhunderten eine aktuelle und lebenswichtige Angelegenheit.

Im Charakter einer Zusammenfassung

Unser kurzer Überblick über das Jahrhunderte andauernde Interesse für Probleme des Föderalismus in Polen²⁹ kann uns möglicherweise dazu veranlassen, die Meinung über Polen zu verifizieren, nämlich über Polen als einer Nation und einem Land, das anscheinend nur in sich

²⁷ Vgl. Federalizm a Niepodległość, a.a.O., S. 7.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Nicht berücksichtigt werden konnte hier die Darstellung akademischer Bearbeitungen aus dem Bereich des Verfassungsrechts bzw. des Internationalen Rechts, in denen der Problematik des Föderalismus sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

selbst vernarrt und wenig gewillt sei, auf seine nationalistische Sucht zu verzichten.

Das jahrhundertelange Ringen mit der Föderalismusproblematik enthüllt uns eine andere Wahrheit, nämlich die, daß das intellektuelle Bestreben polnischer Denker unterschiedlicher philosophischer und weltanschaulicher Orientierung darauf eingestellt war, nach föderalistischen Lösung für das polnische Staatswesen zu suchen. In jedem Zeitraum des nationalen Lebens in Polen - sowohl zu Zeiten, als die Nation sich des eigenen Staates erfreute, wie auch in der Situation aufgezwungener Fremdherrschaft und Knechtschaft - wurde das Ziel verfolgt, Polen in den Kreislauf des internationalen Lebens einzubringen. Die für das polnische politische Denken kennzeichnenden föderalistischen Tendenzen unterschieden sich deutlich vom Isolationismus mancher anderer slawischer Staaten, vor allem Rußlands. Zwar war auch zeitweise in Rußland das Bestreben vorhanden, sich mit anderen Staaten zu verbinden, doch lediglich auf der Grundlage imperialer Suprematie über jene. Wir befinden uns heute, fast wie im 18. und 19. Jahrhundert sowie während der Auseinandersetzungen im 20. Jahrhundert, an der gleichen Stelle in der Debatte über das Föderalismusproblem in Europa, insbesondere an seinen mittel-östlichen Grenzen. Wird uns das 21. Jahrhundert aus dieser geschichtlichen Sackgasse herausführen? Es bleibt uns zu glauben, daß dies der Fall sein wird.

CARLOS MELCHES

Monarchie und Republik - zwei Modelle für Europa am Beispiel Spaniens (zu Gedanken Ortegas und Unamunos)

Vorwort

I. Man sagt, jedes Volk habe die Regierungsform und die Politik, die es verdient. Vielleicht ist "verdient" hier ein zu hartes Verdikt. Sagen wir vielleicht einfacher, daß die Regierungsform in einer kulturellen Beziehung zum Volk steht. So hat das spanische Volk die republikanische Regierungsform erst sehr spät angenommen. So darf es nicht verwundern, daß der Umgang mit ihr beschwerlich war. (Ideen)geschichtlich hängt es sicherlich damit zusammen, daß die französische Revolution in diesem Land auf großen Widerstand stieß, somit auch die Ideen, die sie zu vermitteln versuchte. Auch die Aufklärung als Epoche hat in Spanien eher anekdotischen Charakter. Demgegenüber können wir konstatieren, daß die Ideen der 'révolution française' in Lateinamerika viel tiefere Wurzeln als in Spanien schlugen, ja manche dieser Länder erhielten sogar infolge dieser Ideen ihre Unabhängigkeit.

Der republikanische Gedanke in Spanien wuchs erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts und trug zu Beginn des 20. seine Früchte. Er wurde von Intellektuellen getragen. Gestützt auf sie - konkret auf Unamuno - möchte ich ihn parallel zu dem der Monarchie im folgenden in einigen Aspekten behandeln.

II. Sicherlich sind die historischen Voraussetzungen, aus denen heraus sich die Idee der Republik in Spanien entwickelte, andere als im restlichen Westeuropa gewesen. Der Gedanke der Monarchie stammt in Spanien aus der westgotischen Zeit. Das germanische Recht und das Christentum wurden ebenfalls von den Goten importiert.

Die Monarchie verfestigte sich im Kampf gegen die arabische Invasion, die die gotische Zeit Spaniens ablöste. Die Gemeinsamkeit der Spanier besteht darin, als Christen unter einem König gegen die Araber Widerstand zu leisten. Freilich ist dies noch nicht die Monarchie, die wir in den modernen Staaten kennen. Das Land ist noch in Reiche aufgeteilt; die dynastische Erbfolge sorgt in jedem dieser Reiche für die Kontinuität der monarchischen Sukzession. Die Monarchie erreich-

te ihren Höhepunkt als die Thronfolger der zwei wichtigsten Länder (Kastilien und Aragon) heirateten. Die Einheit des christlichen Spaniens ist damit faktisch vollzogen. Die Tragweite dieser Verbindung erhält ungeahnte Horizonte als zwei Ereignisse das Land zu einer Weltmacht werden lassen:

- a) Die Vertreibung der Araber und somit der Abschluß der Wiedereroberung, die bereits acht Jahrhunderte andauerte;
- b) die Entdeckung Amerikas.

Man könnte sich fragen, warum demgegenüber der republikanische Gedanke erst so spät - im 19. Jahrhundert - zur Entfaltung gedeihte. Dieses Problem in angemessener Form zu beantworten - d.h. historisch und nicht nur ideengeschichtlich -, würde den Rahmen meines Vortrags sprengen. Als Philosoph möchte ich, bevor ich mich mit der spanischen Republik befaße, folgende Hypothese wagen: Die Spanische Neuzeit bedeutete im Gegensatz zum restlichen Mittelalter keinen Bruch mit der philosophischen, juristischen und theologischen Tradition des klassischen Mittelalters - ganz anders als bei den restlichen westeuropäischen Ländern. Dies bedeutet, daß das Menschenbild, das zur Entstehung des Individuums helfen sollte, zutiefst von dem Freiheitsbegriff abhing: der Monarch sollte im Hinblick auf die Wahrung dieser Freiheit die Verfassung bewachen.

Dieser Freiheitsgedanke bezieht sich aber nicht auf Meinungsäußerung oder soziale Kompetenz (wie in der Republik); er besteht auch nicht in der Möglichkeit repräsentiert zu werden - durch Parteien, Interessenvertretungen usw. - , wie sie die Republik zu ihrer Errungenschaft macht. Es ist vielmehr die Person als Ganze - gleichsam als theologischer Begriff -, die es zu schützen gilt: der König ist König aller Individuen. Daraus entsteht in der Fachsprache der Begriff der liberalen Monarchie, die meines Erachtens eine eigentümlich spanische kulturelle Prägung hat.

Der westeuropäische Gedanke der Republik geht von anderen Voraussetzungen aus: er setzt auf die Bildung der Bürger. Sicherlich ist dies ein Manko der spanischen politischen Tradition: die Diskussion wird bald zur Ideologie, man greift schnell zu Radikalität. Die politischen Folgen im Lande (Bürgerkrieg, Regionalismen) und in Übersee (politische Labilität vieler lateinamerikanischer Länder) sind ein gutes Beispiel dafür.

///. Ich möchte in folgenden Überlegungen das Augenmerk mehr auf das Phänomen der spanischen Republik richten - dieser 'terra incognita', die zunächst einmal die Vorliebe Unamunos genoß. Seine Gedanken über sie mögen hilfreich sein, um sie in ihrer eigentümlichen Prägung zu charakterisieren. Dabei werde ich mich in der Kürze auf einige wenige relevante Aspekte konzentrieren.

Unamunos Idee der Geschichte

Unamuno war kein Politiker. Er war ein Denker, d.h. er hatte eine globale Einstellung zur Politik und keine parteiische Sicht zur Monarchie oder der Republik. Dieses Los teilten viele der sogenannten Intellektuellen der spanischen Republik. Sie hielten sie für die bessere, für die angemessenere Regierungsform. Und als dann nicht sie sondern die Politiker der Republik angingen, diese zu verwirklichen, distanzierten sich viele Intellektuelle von ihrem Stiefkind. Wenn wir uns mit Ortegas und Unamunos Sicht der Monarchie befassen, so haben wir es also mit Intellektuellen und nicht mit Akteuren der Republik zu tun, die jedoch ihrerseits die öffentliche Meinung entscheidend prägten. Unamunos Auffassung der Geschichte ist - wie Julián Marías sehr früh anmerkte - personalistisch¹, d.h. es handelt sich nicht um einen Gegenstand des Lernens, sondern des Miterlebens. Geschichte "findet statt", wenn eine persönliche Beziehung des Menschen zu ihr entsteht. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gehörte er der jungen revisionistischen Tradition an, die sich gegen die verkrusteten Strukturen der Gesellschaft auflehnte. Sobald sich aber die Linke zu politisch-radikalen Taten hinreißen ließ - das Attentat gegen die Fronleichnamspzession in Barcelona 1896 - distanzierte er sich von ihr². Seine Auffassung der "Geschichte" hängt eng mit seiner Sicht des "Casticismo"³ zusammen. So schreibt Carlos París: "Es geht nicht darum, eine patriotisch-wissenschaftliche Anstrengung anzustreben, eine spanische Wissenschaft, wie sie Ramón y Cajal herbeiwünschte. Das Spanische soll vielmehr Gegenstand der Forschung sein. Und durch die Widmung der wachsamem Intelligenz sollen unsere alten Säfte reanimiert werden".⁴

Es besteht eine prinzipielle Schwierigkeit in der Interpretation der Auffassungen Unamunos. Sie ist darin begründet, daß die grundsätzliche Haltung eines Intellektuellen bei ihm nicht von einer Abwendung von der Welt begleitet ist. Unamuno ist und bleibt ein gesellschaftlich engagierter Schriftsteller und Politiker. So unterscheidet Luis Cernuda bei ihm drei Ebenen:

- der Dichter als Familienmitglied;
- der Dichter als Glied der Heimat;

¹ Vgl. Julián Marías *La voz de Unamuno y el problema de España*, in: *La Torre. Homenaje a Don Miguel de Unamuno* 35-36 (1961), S. 147 ff.

² Vgl. Julio López, *Unamuno*, Madrid 1984.

³ Im Deutschen: "Kastenwesen".

⁴ Carlos París, *Der agonische Unamuno und die Mystik der Hochebene. Struktur seiner intellektuellen Welt*, in: *Unamuno. Estructura de su mundo intelectual*, Barcelona (Península) 1968, S. 124-127 (Übersetzung von mir).

- der Dichter als Individuum in seiner Beziehung zum Göttlichen⁵.

Seine Sicht der Monarchie ist daraus herzuleiten. Sie, die Monarchen, waren Menschen, die in exponierter Form ihre eigene Heimat verkörperten, gewissermaßen ein Teil ihrer selbst waren: hier finden wir die spanische Haltung der Tradition des Mittelalters wieder, von der ich einführend sprach.

Unamuno im Kontext der 98er Generation

Um Unamunos Anliegen besser einzuschätzen, muß man sich das Anliegen der 98er Generation vor Augen führen. Viele Intellektuelle des Landes sahen ihre Aufgabe darin, die Spanier zur Selbstbesinnung zu bewegen. Der Verlust der letzten Kolonien in Übersee (Cuba, Philippinen) im Krieg gegen die USA stellte das Land vor die Frage nach der nationalen Identität. Die Antwort Unamunos ist ein Ruf nach Besinnung über die personale Identität, die - wie Cernuda zeigt - drei Aspekte beinhaltet: die religiöse, die familiäre und die nationale Identität.

Die Tätigkeit des Lehrers und des Lehrens, die Unamuno im vollen Bewußtsein - beinahe mit Sendungsbewußtsein - ausübte, entsprach dem Bedürfnis seiner Zeit auf der Suche nach dieser dreifachen Identität. Ja, die Menschen müßten nach seiner Ansicht u.a. lernen, Patrioten zu sein. Ob Monarchie oder Republik, für ihn scheinen beide Momente sich nicht zu widersprechen; sie sind, sozusagen, "anthropologisch" unterschiedlich. Die Menschen sollten - darin lag ein wichtiges Anliegen für ihn - lernen, gute Monarchisten bzw. gute Republikaner zu sein.

Die Sache an sich ist bemerkenswert. Offenbar gibt es für Unamuno nicht "die Monarchie" und auch nicht "die Republik", sondern Monarchisten und Republikaner. Ortega drückte diesen Gedanken folgendermaßen aus, indem er Ganivet paraphrasierte: "Spanien wird nicht möglich sein, bis die Intellektuellen stolz darauf sind, es zu sein"⁶. Mit anderen Worten, die Aufgabe (das Officium) realisiert sich nur, wenn man sich mit ihr identifiziert. Die Angelegenheit ist insofern delikater, als der Mensch schicksalhaft nie seiner Aufgabe genügen kann. Immerhin war die Lehre Unamunos nicht ganz umsonst. Ortega, der jahrelang den "Europäismus" (Europäertum) ausgerechnet gegen Unamunos 'Casticismo' (Kastentum) im Schilde führte, bekannte 1914 in dessen Verteidigung: "...Spanien, mein Land, was für mich das ist, was der

⁵ Luis Cernuda, Miguel de Unamuno, in: Estudios sobre prensa española contemporánea, Madrid 1970, S. 71-82.

⁶ José Ortega y Gasset, La guerra y la destitución de Unamuno, Obras Completas Bd.10, Madrid 1969, S. 257.

irische Bauer seine Geliebte nannte, 'mein Weltteil'⁷, d.h. Ortega wurde zu einem Patrioten.

Enttäuschung der Republik und Qualitäten des Republikaners

In ihrer Eigenschaft als Intellektuelle gehörte zu den Aufgaben Unamunos und Ortegas, die sich für die 'res publica' einsetzten, das Phänomen des Politischen zu untersuchen. Als Intellektueller stand jener, wie Ortega selbst, der Republik näher. Seine Attacken gegen die Habsburger waren sprichwörtlich. Die Republik gab der Auseinandersetzung Anlaß. Er nahm daher die Rhetorik sehr ernst und seine Dichtung erreichte hierdurch sogar eine formale Vollkommenheit. In den Geisteswissenschaften sprechen wir in diesem Sinne von der "República de las Letras", als den Zustand, die Freiheit, die in der Menschenwürde verwurzelt ist, seine Meinung öffentlich kundzutun. Vielleicht bestand Unamunos und Ortegas größte Enttäuschung darin, diese Freiheit innerhalb der Republik - von innen also - erstickt zu sehen.

Machado machte die Rede der "zwei Spanien", die bereits bei Ortega da war, bekannt: es war nicht von den zwei Seiten, die sich im Bürgerkrieg konfrontiert sahen, die Rede, sondern zwanzig Jahre davor von einem "toten, hohlen und verwesenen Spanien und einem neuen, aufstrebenden und zum Leben Neigenden"⁸, wie sich Ortega ausdrückt. Bei diesen Überlegungen Ortegas, die aus Anlaß der gewaltsamen offiziellen Vertreibung Unamunos vom Rektorat der Universität von Salamanca stammen, macht dieser eine Genese der intellektuellen Herkunft des Denkers.

Unamunos Auffassung der Monarchie

In seiner Auffassung der Monarchie vertritt Unamuno die traditionelle spanische Anschauung der liberalen Monarchie; so lamentiert er 1918 über die damaligen Monarchisten: "Die Revolution von 1868, aus der die Liberalen zu stammen meinen, [...] war nicht republikanisch sondern monarchistisch. [...] Das Problem der heutigen Monarchie in Spanien ist, daß sie mit keinen Liberalen zählt"⁹. Der Begriff des "Liberalen", so wie es hier von Unamuno gebraucht wird, bedarf der Erläuterung. Er verwendet ihn im spanischen Sinne des Wortes,

⁷ Ortega, a.a.O., En defensa de Unamuno' (Zu Unamunos Verteidigung), S. 262 (Übersetzung von mir). Unamuno war seines Amtes als Rektor der Universität von Salamanca enthoben worden, weil er nicht mehr den republikanischen Ideen zustimmte. Ortega trat daher öffentlich in dessen Verteidigung auf.

⁸ Ebenda, S. 266.

⁹ Miguel de Unamuno, Crónica política española, S. 174.

d.h. offen, antiautoritär, aristokratisch. In einem Schreiben, in dem Unamuno sich gegenüber Alfons XIII.¹⁰ kritisch äußert, nimmt er zu seinem eigenen politischen Standort Stellung: er sei "weder monarchistisch noch Republikaner im gewöhnlichen Sinne des Wortes, so wie die Politik sie versteht." Die Republik bedeute Transparenz und alleinige Volkssouveränität; ihr Gegenteil ist der Despotismus, die geheime Regierung oder Staatsräson [...]. Das wahre traditionelle Hindernis ist heute nicht die Monarchie¹¹. Unamuno steht jedoch - zumindest noch 1919 - der Republik näher als der Monarchie. So schreibt er aus Anlaß des damaligen Versuchs in Portugal, die Monarchie wieder einzusetzen: "Es gibt nichts Schlimmeres als die Ordnung [...] durch die Monarchie wiederherstellen zu wollen. Die Ordnungssuchenden, die diese durch die Mehrheit der öffentlichen Meinung anziehen wollen, erlangen sie eher in der Republik als in der Monarchie. Wenn sie über diese Mehrheit nicht verfügen, laufen sie wiederum mehr Gefahr in der Monarchie als in der Republik. Denn die Monarchie duldet nur Wechsel durch Revolution"¹².

Unamunos Suche nach dem Ursprung der politischen Strukturen

Die Frage, die uns immer wieder in den verschiedenen Nachfolgetagungen beschäftigt, die Suche nach gemeinsamen europäischen Strukturen in Ost und West, mündet bei Unamuno - wie ehemals auch in Bratislava und Münster berichtet, ebenso bei Ortega - in die Frage nach der Identität. Ich möchte abschließend einige Texte Unamunos zitieren (die Übertragung stammt von mir), die die Gedanken, die ich vorgetragen habe in umfassender Form belegen und damit auch den Übergang zur Diskussion schaffen.

a) Die traditionelle Herkunft der Monarchie

"Jene katholischen Könige bildeten die spanische Einheit und gründeten das spanische Imperium. Das, was sie erreichten und heute kritisiert wird [...], wurde vom Volk getragen"¹³.

b) Zum Verhältnis zwischen Monarchie und Republik

"Das Imperium umfaßt die Republik und die Monarchie; es ist zugleich monarchistisch und republikanisch"¹⁴.

"Der größere Teil des alten spanischen Traditionalismus war immer zutiefst föderativ. Man muß mit der Legende der zen-

¹⁰ Der letzte spanische Monarch, vor Beginn der I. Republik, den die Republikaner dann vertrieben.

¹¹ Unamuno, *Crónica política española*, a.a.O., S. 191.

¹² Ebenda, S. 195.

¹³ *Obras Completas*, a.a.O., Bd. IX, *Discursos y artículos*, S. 397.

¹⁴ Ebenda.

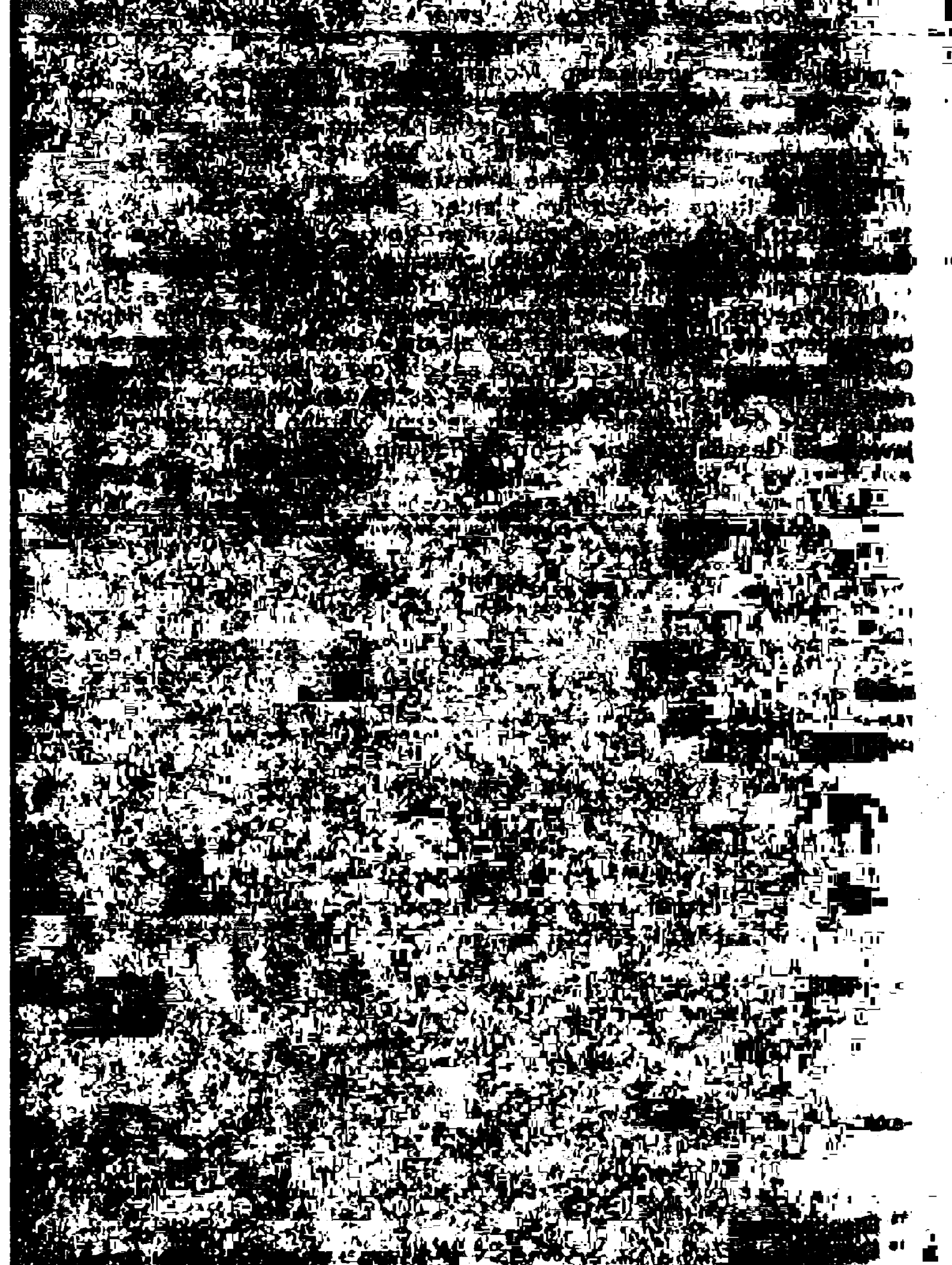
tralistischen spanischen Monarchie Schluß machen. Die spanische Monarchie war am wenigsten zentralistisch"¹⁵.

"Seine Majestät Spanien: Jeder der Kenntnis von den Humanwissenschaften hat, weiß, daß Majestät Hoheit bedeutet; wenn ich sagte 'Seine Majestät Spanien', meinte ich, daß es keine Hoheit [im Lande] gibt, als die Spaniens [selbst], d.h. die des spanischen Volkes, das, was man Volkssouveränität nennt. Dadurch haben wir Bürgersinn und Sinn für Hispanität: das ist unsere Hoheit"¹⁶.

Derjenige, der so spricht, konnte sicherlich nichts gegen die Republik haben, die sich von Grund auf als die Volkssouveräne versteht. Offenbar wollte er zu verstehen geben, daß die politischen Strukturen nicht die letzten Strukturen sind, wie es manche meinen. Vielmehr müssen sie der kulturellen Eigenart gerecht werden und dadurch der jeweiligen Gesellschaft zur Identitätsfindung verhelfen.

¹⁵ Ebenda, S. 411.

¹⁶ Ebenda, S. 427.



TIBOR PICHLER

Ostmitteleuropäische Reflexionen

Ich möchte im folgenden Beitrag Vergangenheit und Gegenwart reflektieren. Die Vergangenheit war die eines heterogenen Großstaates: der Habsburger Monarchie. Die Modernisierung dieses dynastischen Großstaates mißlang. Er zerfiel in mehrere, der Intention nach Nationalstaaten, und der Trend war gleichsam vorgezeichnet: Abwendung vom dynastischen, um Modernisierung und gewissermaßen Föderalisierung ringenden Großstaat und Hinwendung zu mehreren kleinen Nationalstaaten, einem Prozeß, der in jüngster Vergangenheit seine letzte Ausgestaltung erhielt. In seiner 1917 veröffentlichten Schrift *Der Augenblick Österreichs* meinte Hermann Bahr, Österreich sei ein Vorbild und eine Inspiration für das Nachkriegseuropa - ein Gedanke, der nicht griff. Das Faktum der Multiethnie nutzte wenig, weil dessen Rahmen kein funktionierendes Gemeinwesen war.

Blick in die Vergangenheit

Europa ist ein mehrdeutiger Begriff. Es bedeutet Geographisches, Ideell-Kulturelles, aber auch Politisches. Nach Jenő Szücs lassen sich drei Regionen Europas unterscheiden: eine westliche, eine mittlere und eine östliche¹. Jede von ihnen weist eine eigene Struktur auf, aber das, was Europa ist oder was Europa ausmacht, wird eigentlich von der westlichen Region her entwickelt und versinnbildlicht. Für diese Region sei charakteristisch, daß Macht auf Vertragsbasis beruhe und die Gesellschaft nicht gänzlich durch die politischen Machthaber kontrolliert werde.

Historisch-strukturell unterscheidet Szücs also drei Regionen Europas. Wir leben in der mittleren, die, obwohl sie in der Mitte liegt, nicht die 'Mitte', das Zentrum Europas bedeutet. Diese Region, wenn wir sie vereinfachend Ostmitteleuropa nennen, figuriert - ausgedrückt mit den

¹ Vgl. Jenő Szücs, *Les trois Europes. Préface de Fernand Braudel*, Paris 1985. Titel der dt. Übersetzung: *Die drei historischen Regionen Europas*.

Worten Oscar Haleckis - als "borderlands of Western civilization"², als Grenzregion westlicher Zivilisation. Vielleicht enthalten sie eine treffende Charakteristik dieser Region, die ihrem kulturellen und institutionellen Ansatz nach zum Westen gehört, ihrer konkreten soziopolitischen Entwicklung nach im Verhältnis zum Westen jedoch ausgleichs- und nachholbedürftig war. Diese Nachholbedürftigkeit wird besonders augenscheinlich in der Moderne, im Zeitalter der Aufklärung. Die historischen Staaten, die alten Königreiche dieses Raumes, sind zu Teilen, zu Kronländern größerer Reiche geworden. Der Versuch, und nun denken wir an die Habsburger Monarchie, die in verschiedenen Bereichen heterogenen Teile durch einen vom dynastischen Zentrum aus initiierten Impuls zu modernisieren und sie zu einem einheitlich verwalteten Gesamtstaat umzuwandeln und ihnen eine gesamtstaatliche Identität aufzudrücken, schlug fehl. Die Modernisierung von oben, das Projekt einer kulturellen und politischen Homogenisierung des dynastischen Staatsterritoriums vom Zentrum aus, mittels einer Serie von rasch einander folgenden Erlassen scheiterte. Eine Gesamtidentität ließ sich nicht verordnen.

Die kulturentwickelnden Impulse der Aufklärung, insbesondere das Interesse an den Vernakularsprachen sowie die Wirkung der Französischen Revolution setzten einen zunächst unterschwellig vor sich gehenden Prozeß der Modernisierung von unten her in Gang. In seinem Verlaufe fanden dann individuelle Kulturhomogenisierungen sowie Nationbildungen statt.

Schon im Rahmen der josephinischen Modernisierungsbemühungen kam es zu 'lexikographischen' und in ihrem Gefolge sowie unter dem Einfluß der Romantik zu nationalen Kulturrevolutionen. Auf der Grundlage der von spezifischen Sprachen abgeleiteten Kulturen formten sich moderne Nationen, die für ihre Kultur politisches Daseinsrecht und Entwicklungsmöglichkeiten forderten. Sie unter einem politischen Dach zu halten, erwies sich allerdings als schwierig, aber dies gelang dem dynastischen Zentrum für eine geraume Zeit, da die sich entwickelnden Kulturen und Nationen miteinander in Konkurrenz standen, und sie unterschiedliche Möglichkeiten aufgrund ihrer Geschichte, Struktur sowie der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel in ideeller, materieller und institutioneller Hinsicht hatten. Hinzu kommt der Umstand, daß zwar die Schwächen der Habsburger Monarchie allgemein bekannt waren, sie aber dennoch als, so schien es damals, unverzichtbares Element des europäischen Gleichgewichts und als solches existenzberechtigt galt. Nichtsdestoweniger ging der oben genannte

² Vgl. Oscar Halecki, *Borderlands of Western Civilization. A History of East Central Europe*. New York 1952. Die Vorstellungen von Szücs und Halecki über die historische Gliederung Europas sind jedoch nicht identisch.

Prozeß auf eine nationalstaatliche Rekonstruktion dieses durch die Klammer der Dynastie Habsburg zusammengehaltenen Raumes hinaus. Dabei sollte sich herausstellen, daß 1918 noch nicht das letzte Kapitel des Staatenzerfalls in diesem Raum war. Nach dem Umbruch von 1989 lösten sich auch die multi- und binationalen Staaten auf, die 1918 entstanden waren. Dies scheint den Trend zur nationalstaatlichen Gestaltung zu bestätigen. Diese Entwicklung scheint jedoch nicht eine Notwendigkeit gewesen zu sein. Nimmt man Einblick in die einschlägige Literatur (als Beispiel möge R.A. Kanns zweibändiges Werk "Das Nationalitätenproblem in der Habsburger Monarchie" dienen), so stellt man leicht fest, daß es an Plänen verschiedenster Art und Provenienz, die Monarchie zu rekonstruieren und ihr eine lebensfähigere Gestalt zu geben, nicht mangelte. Die Nationswerdungen waren ein unumstrittenes Faktum. Es fehlte jedoch der Wille, ein Umstand, der sich durch die Tatsache erklären läßt, daß die Ungleichartigkeit sowie die Ungleichzeitigkeit der in verschiedenen Stadien ihrer Nationswerdung befindlichen Völker seine Herausbildung behinderten; hinzu kam noch, daß die Dynastie sich nur mit ihrem enggefaßten Eigeninteresse identifizierte, das in verschiedenen Augenblicken und Situationen Verschiedenes und nicht selten Widersprüchliches verlangte.

Die Dynastie schielte nach einem Gesamtstaat, die historischen Kronländer wollten eigentlich Nationalstaaten werden; da sie jedoch der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung nach multiethnisch oder multinational oder aber binational waren, war das Resultat ein machtpolitisch verzerrtes Verzögerungs- und Behinderungsspiel, das faule Kompromisse sowie nicht wiedergutzumachende Unterlassungen zur Folge hatte. Die machthabenden politischen Klassen waren - wenn überhaupt - nur begrenzt lernwillig, und den Habsburgern fehlte es an "statecraft", wie Alan Sked bemerkte. Dennoch gab es Unterschiede: Oscar Jászi hat darauf aufmerksam gemacht, daß die zwei Teile der Monarchie verschiedene Wege gingen. Der eine zisleithanische Teil schien auf eine Föderalisierung hinzusteuern, der andere transleithanische schien sich zum unifizierten Nationalstaat zu entwickeln³.

In verschiedenen politischen Werkstätten wurden auch um die Jahrhundertwende Föderalisierungs- und Neugestaltungspläne der Monarchie entworfen, die als Resultat des Nachdenkens darüber zu verstehen sind, wie aus der Monarchie ein in sich gefestigtes, konsolidiertes Gemeinwesen zu machen wäre. Aus alledem ist nichts geworden. Die Pläne haben keinen Eingang ins politische Leben gefunden und wurden deshalb nicht zu einem ins politische Gewicht fallenden Machtfaktor. Da es keine gesamtstaatliche öffentliche Meinung

³ Jászi, Oscar, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy*. Chicago/Ill. 1929, S. 283, 298.

und auch keine gesamtstaatliche demokratisch ausgerichtete Elite gab, konnten sie nicht zur Grundlage einer allgemeinen politischen Willensbildung werden.

Der Zerfall der Monarchie war Ausdruck ihrer inneren Ungefestigkeit, der fehlenden inneren, allgemein gefühlten und akzeptierten politischen Legitimation. Es gab Mangel an einem positiven Gemeinschaftsgefühl, denn die Umgestaltung der Monarchie war auch oder vor allem eine Frage der Demokratisierung des politischen Lebens, der Transformation eines halbfeudalen, dynastischen Staatswesens in ein modernes demokratisches, "die Massen in die Geschichte einladendes", um ein Wort Tom Nairns zu verwenden. Die Demokratisierung konnte gesamtstaatlich initiiert werden, in der zisleithanischen Hälfte geschah dies auch gewissermaßen durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts oder durch eine Serie von nationalen, den Zerfall der Monarchie bedeutenden Revolutionen. Die zweite Möglichkeit wurde jedoch Wirklichkeit. Demokratie und die verschieden sich gestaltenden Nationswerdungen zusammen zu denken und aufeinander abzustimmen, genau das war die Frage, an der die Monarchie scheiterte und die die Situation der Region bestimmte.

Die Staatenordnung nach dem Ersten Weltkrieg in der mittleren Region Europas erwies sich als innerregional instabil, in status quo-Anhänger und -Gegner geteilt und in ihrem Sicherheitsbedürfnis weitgehend abhängig und für außerregionale Einflußnahmen anfällig. Der nationale Imperialismus des Hitlerschen Deutschlands hat die relative Selbständigkeit der Region sowie deren einzige metropolitane, europäische Ausstrahlung besitzende Kultur Wiens zerstört. Der menschliche und intellektuelle Verlust war unermesslich und unersetzlich. Im Endeffekt führte dies zu einer Umpolung der Region: die "borderlands of Western civilization" wurden zum Glacis der Sowjetunion und deren zentralgelenkten Gesellschaftsexperimenten. Die Entstehung einer bipolaren Welt nach 1945 führte zur Etablierung eines neuen Europas, dem Europa der EG, zur Verankerung der liberalen Demokratie als Grundlage gesellschaftlichen Lebens sowie zum Abbau von nationalen 'Erbfeindschaften'; Ostmitteleuropas labile Identität wurde währenddessen durch eine von außen aufgezwungene Identität überlagert und durch eine fremde Ideologie bestimmt. Der Verschleiß dieser Ideologie sowie des sie tragenden Machtimpulses brachte hauptsächlich in den achtziger Jahren eine Wiederkehr des Bewußtseins einer eigenen regionalen "mitteleuropäischen" Identität, die, wie es T.G. Ash aufzeigte, in den verschiedenen Ländern verschieden reflektiert und artikuliert wurde. Diese Rückbesinnung wurde von den Intellektuellen

geleistet und eigentlich nur von ihnen getragen⁴. Der Durchschnittsbürger war von diesem Bewußtsein weniger berührt und angesprochen. Dies trat deutlich zutage in der späteren politischen Entwicklung in dieser Region. Ohne übertreiben zu wollen läßt sich behaupten, daß das Verhalten des Durchschnittsbürgers zu den entscheidenden politischen Faktoren zählt.

Blick in die Gegenwart

Der Umbruch des Jahres 1989 zeitigte eine neuerliche, diesmal eine dem ursprünglichen Zustand entsprechende Umpolung der Mittleren Region Europas. Sie wurde neuerdings zu "borderlands of Western civilization", zur Grenzregion der westlichen Zivilisation, und der Ruf "zurück nach Europa" wurde laut und deutlich geäußert. Zurück nach Europa? Nun ja, in welches Europa denn? Das Europa kurz nach dem Krieg, von dem man durch den Eisernen Vorhang getrennt worden war, gibt es nicht mehr. Es hat sich ein neues Europa, das Europa der EG etabliert, an dessen Bau man keinerlei Anteil nahm und das unnatürlich durch den Eisernen Vorhang von seiner Nachbarschaft isoliert und durch eine feindliche Macht abgeschottet wurde. Zurück nach Europa heißt deswegen Anschluß an Europa für denjenigen, der zum schnellen Nachholen des Lernprozesses entschlossen ist, jenes Prozesses, den dieses Europa nach 1945 unter amerikanischer Schirmherrschaft und mit amerikanischer materieller Hilfe geleistet hat. Letzteres scheint zur Zeit nicht sicher zu sein. Dieser Lernprozeß beinhaltete die Aneignung einer demokratischen politischen Kultur sowie die Verankerung der Institutionen der Demokratie, der "Freiheit objektiver Technik" (Bibó) in Ländern, in denen es sie entweder nicht oder in ungenügendem Maß gab. Die EG erwies sich in ihrer kurzen Geschichte als aufnahmefähig und -willig. Theoretisch genommen, eröffnet dies günstige Perspektiven auch für jene Länder, die in der Vergangenheit in Europa von Europa getrennt waren. Die Demokratisierung nach 1989 ist verknüpft mit der Tatsache des Zerfalls oder Trennung von als Föderationen geltenden Staaten in ihre Teilkomponenten, die sich als Nationalstaaten konstituierten. Diese, unter undemokratischen politischen Bedingungen entstandenen, multi- oder binationalen Föderationen hatten es schwer, im Rahmen der kommunistischen Regime ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis zu stellen, und in der Zeit nach 1989 gestaltete sich diese Aufgabe als ungemein kompliziert. Die Gründe für die Trennung, zumindest im Falle der binationalen Tschecho-Slowakei, sehe ich als analog zu denen des Monarchiezerfalls:

⁴ Vgl. Francois Bondy, *Blick zurück in Hoffnung. Viertraumland Mitteleuropa*, in: S. Papcke/W. Weidenfeld (Hrsg.), *Traumland Mitteleuropa? Darmstadt 1988*, S. 43.

fehlende gemeinsame, national nicht aufgeteilte öffentliche Meinung sowie eine gemeinsame politische Elite und nicht zuletzt ein positives, stark gelebtes Gemeinschaftsgefühl⁵. Der Weg nach Europa wird getrennt angetreten. Sein Ausgangspunkt besteht in der Entwicklung und Stabilisierung demokratischer Lebensformen und Institutionen. Paradoxaerweise könnte es sich um einen Prozeß handeln, in dem funktionsgestörte Föderationen von Nationalstaaten abgelöst werden, die gleichzeitig den Willen bekunden, sich in Europa, d.h. in einen größeren überwölbenden Rahmen, zu integrieren.

Europa-Reife ist an innere und äußere Bedingungen geknüpft. Letztere werden unter anderem auch durch die Qualität der nachbarschaftlichen Beziehungen der einzelnen posttotalitären Länder Ostmitteleuropas zueinander erfüllt. Der Überwindung der durch geschichtliche sowie psycho-politische Ängste gehemmten Nachbarschaft kommt dieselbe Bedeutung zu, wie der Transformation der totalitären in eine demokratische Gesellschaft.

Die Freiheit von äußerer Bedrückung bietet die Möglichkeit der Selbstbesinnung, der Selbstfindung sowie der Selbstaufklärung, aber auch der Selbstverzauberung. Sie ermöglicht Erinnern, doch es sei vor zu viel Erinnern gewarnt. Die nationale Geschichte in dieser Region ist ein wunder Punkt. Seine Heilung bedeutet die Befreiung von der reaktiven, lebenshemmenden Last des Erinnerns. Der Umbruch stellte neuerlich Fragen nationaler Identität in den Raum, die traditionell mit Gravamina verbunden sind, deren Kultivierung den Ausbruch aus der 'historischen' in die 'posthistorische' Entwicklungswelt behindern oder unmöglich machen könnten. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, würden sich die nationalen Identitäten im Bürgersinne, eher um die Verfassung und demokratische Institutionen, entfalten und festigen und weniger um den Kult historischer Reminiszenzen und nationaler Erzählungen.

Den "kleinen Nationen" (ein Terminus, der ostmitteleuropäischer Provenienz ist) mangelt es an einer Tradition kräftigen, sozusagen ahistorischen Republikanismus, was auf die Gebrochenheit des revolutionären Ethos in diesem Raum zurückzuführen ist. Der Nationalismus in der mittleren Region Europas war darauf aus, sich einer geschichtlichen (vorhabsburgischen) und geschichtsideologischen Legitimation zu versichern, um sich dadurch zu justifyieren. In den Fällen, in denen eine unmittelbare, unbewußt instrumentarisierbare Staatstradition fehlte, wurde eine solche konstruiert. Dies alles bewirkte eine schwer

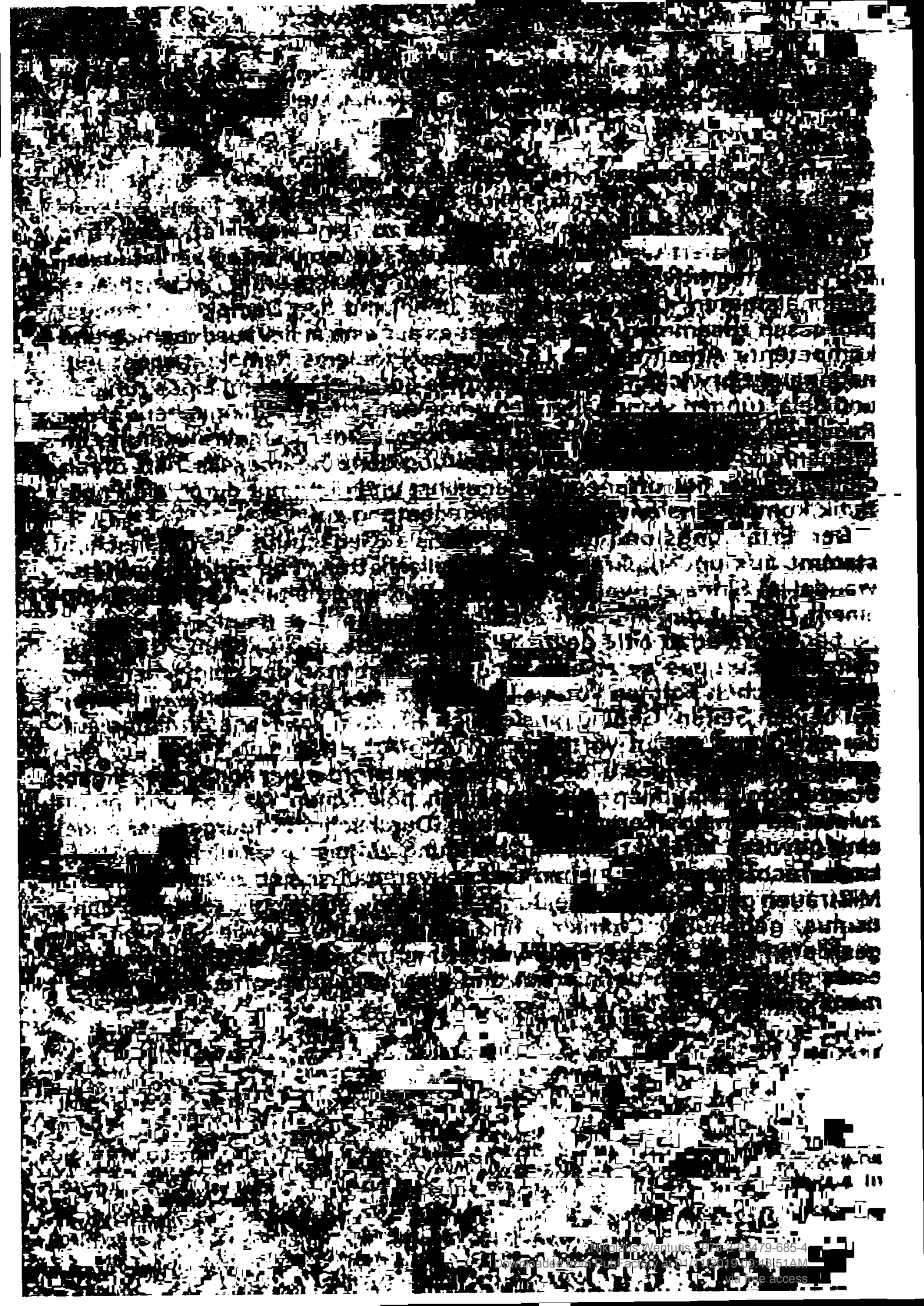
⁵ Vgl. Eva Schmidt-Hartmann, Tschechoslowakei: Zwei Völker auf der Suche nach dem gemeinsamen Staat in: M. Mommsen (Hrsg.), Nationalismus in Osteuropa. Gefährliche Wege in die Demokratie, München 1992.

zu bewältigende Auseinanderentwicklung, die große Anforderungen an staatsmännische Klugheit sowie Staatskunst stellte und stellt.

Ausblick

Will man der Frage nach der Architektur Europas nachgehen, so glaube ich nicht, daß es zweckdienlich ist, wenn apriorisch Pläne entworfen werden. Viel produktiver scheint es zu sein, wenn Tatsachen und Trends reflektiert werden. Der Trend der Modernisierung verlief staatlich desintegrativ: vom großflächigen Dynastiestaat zu mehreren Nationalstaaten. Die neueste Lage hängt mit den Demokratisierungsprozessen zusammen. Jetzt kommt es auf eine stille, ausdauernde und kompetente Arbeit an der Lösung des Problems demokratischer und nationaler Entwicklungsabläufe sowie auf die Einübung eines ruhigen und Belastungen standhaltenden demokratischen Politikmachens in der Region an. Der Weiterführung der Prozesse der Demokratisierung im Kleinen und Alltäglichen, der Entfaltung der Bürgergesellschaft durch die Praxis der betroffenen Bürger selbst und nicht nur durch die Publizistik kommt eine entscheidende Bedeutung zu.

Der Erfahrungsfond und das soziale Gedächtnis der Menschen stammt aus undemokratischen Gesellschaften, und ein Mentalitätswandel im Sinne aktiven öffentlichen Bürgerverhaltens kann nicht von einem Tag auf den anderen zustandekommen. Das heutige Westeuropa benötigte auch eine gewisse Zeit, um soweit zu kommen. Die Architektur Europas setzt also eine Kompatibilität der politischen und ökonomischen Formen voraus, aber auch eine Europa-Reife, und zwar auf beiden Seiten: Geduld hinsichtlich struktureller Transformation auf der einen und verantwortungsbewußte Arbeit an sich selbst auf der anderen Seite. Beides bildet so eine Herausforderung an die jeweiligen Staaten und Nationen, die jeweiligen politischen Klassen und nicht zuletzt an den postkommunistischen (Durchschnitts-)Bürger, der ohne eine gewisse intellektuelle Anstrengung zu leisten es nicht schaffen kann, rechtsbewußt zu leben und souverän über sich zu entscheiden. Mißtrauen gegenüber Verheißungen und jedwedem politischen Romanismus, gegenüber Charisma und Bürokratismus sowie ein Sinn für geerdete Politik als Interessenvertretung und -durchsetzung innerhalb eines durch Regeln definierten und einzuhaltenden öffentlichen Rahmens gehören mit dazu.



TATIANA SEDOVÁ

Politische Kultur als Problem der europäischen Integration

In der Euphorie über den unerwartet schnellen Sturz der Mächte des Monoliths des Ostblocks, der eine uneinnehmbare Festung zu sein schien, erlagen viele der verlockenden, aber dennoch falschen Illusion, daß es gelingen werde, das unselige Erbe der kommunistischen Totalität in der Wirtschaft, der Politik, im sozialen und kulturellen Leben schnell zu beseitigen. Im Jahre 1989 ging es um die Suche der Mittel- und Osteuropäer nach einer neuen Legitimation der politischen Selbstbestimmung. Mit dem Ende des kommunistischen Universalanspruches ist in Mittel- und Osteuropa ein Fragmentierungsprozeß ausgelöst worden, sind neue und alte Nationalismen hervorgetreten, die kein Ende der Nationalstaaten, sondern eher eine Zunahme ihrer Zahl erwarten lassen. Die Öffnung der Grenzen im Osten bringt vielfältige Hindernisse mit sich. Die Mobilität von Arbeitskraft, die Intoleranz sowie die Probleme mit den Minderheiten sind schwierige politische Aufgaben. Die Erneuerung der Gesellschaft in Richtung des Aufbaues einer effektiven Marktwirtschaft mit sozialer Sicherheit, parlamentarischer Demokratie auf der Basis der pluralistischen politischen Szene, demokratischer Institutionen, setzt sich durch unter dem Schlagwort "zurück nach Europa". Die Demokratiebewegungen bieten eine Chance auch für gesamteuropäische Initiativen, weil Integration, Konvergenz, Vereinigung, Zusammenarbeit, Vertragsysteme und kooperative Strukturen eine gesamteuropäische Herausforderung sind. In bezug auf die Politik ist zu fragen, wie die Vision der Zukunft Europas ist. Ist es Europa als der gemeinsame Wirtschaftsraum, als eine Freihandelszone oder als ein Wertekonzept? Oder angesichts der politischen Grundordnung Europas als Staatenbund mit weitgehender Autonomie der Nationalstaaten, als Bundesstaat mit stärkerer Zentrale? Natürlich muß die Frage noch offen bleiben. Europa hat eine Chance von der Geschichte bekommen, aber diese Chance kann nicht ausgenutzt werden. In Anbetracht der gegenwärtigen aktuellen Probleme der europäischen Integration und auch in bezug auf die historische Perspektive ist es zweckmäßig, zwischen dem geographischen, geopolitischen und kultu-

rologischen Begriff Europas zu unterscheiden. Im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozeß tauchen als die meistgebrauchten Stichworte interkulturelle Kommunikation, kultureller Pluralismus, Vielfalt in Einheit auf. Vor allem in bezug auf den Begriff der Kommunikation und der kulturellen Identität ist zu vermuten, daß die ökonomische Zusammenarbeit in der EG trotz vielfältiger Schwierigkeiten im Gegensatz zum Bereich der symbolischen Produktionen relativ problemlos verläuft. "Integration ist nämlich primär kein Phänomen der Sphäre des ökonomischen Handelns, sondern Ergebnis von Vergemeinschaftungsprozessen. Angesichts dieser Prozesse, die verschiedene Sprach- und Kulturgemeinschaften umfassen und sich damit nicht per se auf normative Integration stützen, sind aus soziologischer Perspektive zwei Gesichtspunkte von besonderem Interesse. Dies betrifft einerseits die Frage nach der integrativen Kapazität okzidentaler Kultursysteme überhaupt und andererseits die Frage nach den Bedingungen grenzüberschreitender Kommunikation"¹. Wendet man sich den integrativen Kapazitäten okzidentaler Kultur zu, kann man die Behauptung von Ortego Y Gasset über den Charakter der europäischen Kultur erwähnen, die durch Offenheit geprägt ist. Kraft und Ruhm der europäischen Kultur besteht darin, daß sie fähig ist, immer sich selbst aufzuheben. Aber in der Geschichte der europäischen Kultur gilt ein Paradox: jedes vereinheitlichte Prinzip unterstützt die Prozesse der Differenz².

"Wer nach Europa fragt, fragt nach einer von griechischem und jüdisch-christlichem Denken tiefgreifend geprägten Kultur. Jerusalem und Athen sind die geographischen Andeutungen unserer geistigen Grundlagen"³. Der Begriff Europa ist jedenfalls weder durch die Geographie noch durch die Geschichte zwingend definiert. Europa ist ein Wertekonzept, das nur als Gemeinsamkeit der Ideen, als Wettbewerb von Gedanken erklärbar und vertretbar ist. Wenn wir die Gültigkeit der These von Patočka⁴ anerkennen, daß die Sorge um die Seele das ist, was Europa geschaffen hat, wenn wir Husserls Idee akzeptieren, daß

¹ Leonhoff, A.M., Kultureller Pluralismus, grenzüberschreitende Kommunikation und das Problem der europäischen Integration, in: M. Zöllner (Hrsg.), Europäische Integration als Herausforderung der Kultur: Pluralismus der Kultur oder Einheit der Bürokratie, Essen 1992, S. 202.

² Die Schilderung des Wesens der europäischen Kultur entwickelt Y Gasset besonders in seinem Werk "Europa und Idee der Nation". Siehe Y Gasset, O.: Europa a idea Národa. Praha 1993, S.5-102.

³ Vis, J., Europas geistige Zukunft, in: M. Zöllner (Hrsg.), Europäische Integration als Herausforderung der Kultur, a.a.O., S. 115.

⁴ Patočkas Darstellung der europäischen Erbschaft befindet sich in dem Aufsatz "Europa und europäische Erbschaft bis Ende des 19. Jahrhunderts", in: Kacířské eseje o filozofii a filozofii dejín, Praha 1990, S.90-103.

es eine geistige Fessel gibt, die die europäische Menschheit verbindet, daß sie in der Teleologie der Geschichte liegt, die durch menschliche Ziele der Vernunft von der falschen Rationalität des Naturalismus und Objektivismus befreit wurde, können wir den Begriff Europa als Wertekonzept annehmen⁵.

Andererseits ist zu bemerken, wie A. Demandt behauptet, daß Europa ein geographischer Begriff gewesen ist, der sehr früh, schon in der Antike, politisch interpretiert worden war, aber immer als dualistisches Konzept verstanden wurde, d.h. das Abendland wurde als Gegensatz zum Morgenland begriffen. Die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg in eine westliche und in eine östliche Hälfte schuf nicht nur die Mauer in Berlin, sondern auch die Mauer im Kopf. In bezug auf das politische Geschehen ist es bemerkenswert, daß die Länder Mitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg keine einheitliche supranationale Gemeinschaft bilden konnten. Die antagonistischen Nachbarbeziehungen, ein angestregtes Streben nach ethnischer Homogenität und starken Nationalstaaten brachten die Pläne einer föderativen Ordnung in dieser Region zum Scheitern.

Der sogenannte Realsozialismus stellte in der Tat den systematischen Versuch dar, das gesellschaftliche Leben von Grund auf neu zu organisieren; dazu hatte die kommunistische Partei in ihrem Machtbereich bestimmte Institutionen, die Bedingungen eines freien individuellen Lebens sind, abgeschafft oder abschaffen wollen. Auf der anderen Seite haben die Kommunisten in ihrem Machtbereich einen Prozeß der Modernisierung und Industrialisierung durchgeführt, eine weitgehende Urbanisierung verwirklicht, das Bildungsniveau erhöht und eine ganze Reihe traditioneller, prämoderner Strukturen der Gesellschaft zerstört. In bezug auf das Politikverständnis herrschte hier das Erbe der Vergangenheit, die nicht völlig vorbei ist. In den kommunistischen Staaten war die offizielle Kultur zur Dienstleistung für die herrschende Ideologie des Marxismus-Leninismus benutzt worden. Dies alles bestimmte das Politikverständnis in der Bevölkerung und deren Vorstellungen über die politischen Werte und Ziele.

In der Anfangseuphorie des demokratischen Aufbruches tendierte die Kritik der totalitären Politik zur Ablehnung der Politik als solcher und versuchte, den von der Politik besetzten Raum radikal umzugestalten. Diese Tendenz kam zum Ausdruck in den Texten der führenden osteuropäischen Intellektuellen. Ich meine hier G. Konrads "Anti-Politik" und V. Havels "Die Macht der Ohnmächtigen". Sie wurde aber auch belegt durch die nach-revolutionären Versuche, insbesondere in

⁵ Ich meine hier vor allem Husserls Überlegungen in "Die Krisis des europäischen Menschentums und der Philosophie", Gesammelte Werke, Bd. VI, Haag, S. 314-348.

Polen und in der ehemaligen Tschechoslowakei, die politischen Parteien durch Bewegungen zu ersetzen, die den nationalen Konsens verkörpern sollten. Aber auch diese Versuche scheiterten.

Meiner Meinung nach handelt es sich hier um das Problem verschiedener politischer Kulturen zwischen dem Osten und dem Westen, das allerdings in der Debatte um Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Integration nur eine marginale Rolle gespielt hat.

Ungeachtet des alteuropäischen Erbes und der vergleichbaren industriegesellschaftlichen Problemlagen weisen die politischen Kulturen in Europa jedoch auch erhebliche Unterschiede auf. Diese Unterschiede sind bedingt durch besondere historische Erfahrungen, die noch heute die gegenwärtige politische Befindlichkeit nachhaltig prägen.

Unter politischer Kultur versteht man einerseits aktuelle Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung, andererseits langfristig gewachsene und kollektiv geteilte Vorstellungen über die politische Welt. Schon die Grundvorstellungen davon, was Politik ist und wie sie sein sollte, weisen wesentliche Differenzen auf. In bezug auf die Politik herrscht in den post-kommunistischen Ländern in Mittel- und Osteuropa ein rationalistisches technisches Paradigma. Unter der Politik versteht man systematisch gesteuerte sowie von Experten kontrollierte Produktion und Verteilung öffentlicher Güter. Entscheidend sind hier nicht die Akteure, sondern die rationale Konstruktion des Systems sowie eine ausgearbeitete Ideologie, die die Konstruktion stützt und legitimiert. Es fehlt die Vorstellung von einem pragmatischen Paradigma, daß Politik vor allem ein ständiger, nicht abschließbarer Aushandlungsprozeß zwischen individuellen und kollektiven Akteuren ist. Nicht die Teilnahme am politischen Prozeß, aber die Teilhabe steht im Vordergrund. Sprachlich manifestiert sich dies darin, daß im post-kommunistischen Raum ebenso wie in der Vergangenheit fast alle Wege der Politik zum Staat führen.

Der Staat bedeutet nicht nur eine Institution, sondern ein soziokulturelles Phänomen, ein Element von Mentalität, das eng mit der Identität der Nation zusammenhängt. Der Staat bleibt immer das zentrale politische Element, das steuert und regelt, das gibt und gewährt. Die Menschen bevorzugen eher kollektive Partizipation durch starke gemeinsame Organisation, weniger geht es um individuelle Teilnahme am politischen Prozeß. Andererseits besteht das Mißtrauen gegen eine starke Bürokratie, obwohl die obrigkeitstaatliche Orientierung sehr verbreitet ist. Paradoxerweise sollte gerade der Staat den Prozeß der Entstaatlichung durchführen.

Es ist eine klare Tatsache, die im Laufe der Kulturgeschichte immer wieder zu beobachten ist: "Kulturen, auch politische Kulturen, werden stabiler und überlebensfähiger immer dort, wo sie durch interkulturellen Austausch vom Fremden lernen und zum Eignen sich distanzieren

können"⁶. Meiner Meinung nach ist politische Kultur als eine Gesamtheit von Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber Regierung, politischem System und gesellschaftlichen Institutionen über Umfragemethoden nicht gut zugänglich zu machen. Es scheint mir, daß Analysen all jener Zeichensysteme erforderlich sind, in denen sich das unbewußt Selbstverständliche verfestigt und objektiviert, wie z.B. in Umgangsformen und Ritualen, vor allem aber in den verschiedenen Formen der politischen Sprache.

Zum Schluß möchte ich noch einige Anmerkungen in bezug auf die politische Kultur in der Slowakei machen. Nach dem Zerfall der tschechoslowakischen Föderation, die eigentlich keine war, muß unser Staat alle nützlichen Strukturen aufbauen. Auf unserem schweren Weg zur Demokratie haben wir viele Probleme auch im Bereich der politischen Kultur zu lösen, weil die Erfahrung mit dem Selbstverhältnis des Individuums auf der Basis der autoritativen Regierung in der Bevölkerung noch immer stark wirkt. Es ist dies das Verhältnis der Selbstunterdrückung, des Arrangements der eigenen Überzeugung mit der resignativen Anerkennung bestehender Randbedingungen. Durch die alte kulturelle Tradition wird die Tatsache geprägt, daß Menschen dazu neigen, politische Ideen mit den Vertretern dieser Positionen zu identifizieren. Diese Tendenz äußert sich als Spannungsverhältnis zwischen der nationalen und bürgerlichen Identität, zwischen der Freiheit und Gleichheit im politischen Diskurs. Die Schwäche der Rechte und Freiheiten, die in der westlichen Verfassungstradition um die Trias des Respekts von Leben, Freiheit und Eigentum des Individuums gruppiert worden sind, stellt eine Voraussetzung der möglichen autoritativen Form der Herrschaft dar.

Ich halte die Tatsache für beunruhigend, daß ein Staatswesen von seinem Bürger im Kern mit der Nation identifiziert wird. Einerseits ist die Suche nach der nationalen Identität nach der 40 Jahre dauernden Herrschaft einer fremden Ideologie zu verstehen, aber andererseits wird gerade der Rekurs auf diesen unklaren Begriff in der Politik oft als Zwecklüge mißbraucht. Die gesuchte nationale Identität dient leider zu Zwecken der politischen Demagogie und des Populismus.

Unter den schwierigen Bedingungen des wirtschaftlichen Transformationsprozesses mit seiner negativen Wirkung auf das Lebensniveau der Bevölkerung wächst die Kluft zwischen den Bürgern des Staates und seinen repräsentativen Institutionen der jungen Demokratie. In der Bevölkerung verbreiten sich Apathie und Gleichgültigkeit gegen die Welt der Politik. Diese Einstellung der Menschen begleitet

⁶ Dörner, A., Politisch-kulturelle Probleme der europäischen Integration. Am Beispiel Deutschland und Großbritannien, in: M. Zöller (Hrsg.), Europäische Integration als Herausforderung der Kultur, a.a.O., S. 222 ff., 227.

aber die Erscheinung der Verpolitisierung der Probleme des gesellschaftlichen Lebens, dem es an bürgerlicher Selbstbesinnung mangelt. Daneben muß man mit der Absenz der Werte, Regeln und Musterhandlungen rechnen, die demokratische Verfahren zur Lösung der Konflikte unterstützen und ermöglichen können. Dies alles bestätigen auch soziologische Forschungen, die der Thematik der Bildung einer "civil society" gewidmet sind⁷.

Der Bürger ist täglich Zuschauer der undemokratischen Manieren auch vonseiten der legitimen Regierung, die sich z.B. in die Kompetenz der Legislative einzumischen versucht, ein Zuschauer der fortschreitenden Zersplitterung innerhalb der Parteien, der Attacken gegen die Pressefreiheit. Die Folge davon ist, daß die erforderliche politische Stabilität keine politische Realität ist. In dieser Lage, in der die kaum entstandenen demokratischen Institutionen durch die Bevölkerung bereits angezweifelt werden, gibt es Raum für Ansprüche und illegitime Formen der Regierung, die sich hinter dem Stichwort "Ordnung und Sicherheit" verstecken. Meines Erachtens besteht die politische Hauptaufgabe der Gegenwart in der Wiedererlangung der Glaubwürdigkeit des im Jahre 1989 eingeschlagenen Weges. Dies ist nicht nur für die politische Elite notwendig. In unserem politischen Leben brauchen wir mehr Pragmatismus, weniger Ideologie; wir brauchen angemessene politische Entscheidungen, wirklichen Pluralismus mit allen Konsequenzen, mehr Toleranz sowie eine Argumentationskultur, die auf Gewalt verzichtet.

In bezug auf politische Kultur sollte - mit den Worten Hans Zerkerts - gelten: "Der Mensch muß in der Politik das Maß vielleicht nicht aller Dinge, aber Wörter sein."

⁷ Siehe dazu z.B. Mitteilungen des Instituts für Soziologie Roško, R./Stena, J./Macháček, L./Čambáliková, M., *Občan v postkomunizme*, in: *Open Society*. Institut of Philosophy of the Slovak Academy of Sciences, 1993, S. 79-90.

PANOS KASAKOS

Von der EG zur Europäischen Union - aus der Sicht des "ökonomischen Föderalismus"

Mit dem Vertrag von Maastricht (1991 unterschrieben, November 1993 in Kraft getreten) haben sich die Mitgliedsstaaten vorgenommen, stufenweise eine "Europäische Union" zu errichten. Im Begriff der EU verdichten sich seit den Gründungsjahren Visionen von einem Vereinigten Europa, das seinem Vorbild, den Vereinigten Staaten von Amerika, immer ähnlicher wird - also einem Bundesstaat.

Maastricht stellt nur einen, wenn auch wichtigen Schritt in der Entwicklung des Gemeinschaftswerkes dar. Vor Maastricht - und durch Maastricht erneut bestätigt - hatte man das Binnenmarktprojekt ("1992") gestartet. Dieses wiederum wurde möglich durch die erste Revision der Verträge, auf denen der Integrationsprozeß in der EG aufbaut (Einheitliche Europäische Akte, unterschrieben im Dezember 1985/Februar 1986). Es prägt, trotz Verzögerungen, zunehmend die heutigen ökonomischen Realitäten in Europa (Kapitalbewegungen, Bankengeschäfte, technische und industrielle Standards etc). Hinzu kamen die zwei Vereinbarungen über die EG-Finzen (1988, 1992) und ihre neue Philosophie.

In Wirklichkeit ist also Maastricht die Fortsetzung eines Prozesses, der gegen Mitte der 80er Jahre begann, den integrativen Kern Europas transformiert und fast alle Aspekte des EG-Systems erfaßt. Stanley Hoffman hat denn auch von einer regelrechten "Renaissance" der Integrationsidee gesprochen - ein Begriff, der bis zur Unterzeichnung von Maastricht im Dezember 1991 die wiedergewonnene Dynamik recht präzise zum Ausdruck brachte. Ein Aspekt des Transformationsprozesses ist die Neuordnung der Zuständigkeiten zwischen den "Regierungsebenen" im EG-System.

Das Binnenmarktprojekt war zunächst einmal ein "De-Regulierungsprojekt" im europäischen Maßstab. Es schränkte die nationalstaatliche Regulierungsautonomie gleich auf mehreren Gebieten direkt und indirekt ein. Eine direkte Einschränkung war beispielsweise die volle Liberalisierung der Kapitalbewegungen. Das Programm wirkte aber

auch indirekt einschränkend, indem es die Regierungen zwingt, die wettbewerbliche Dimension bei der Formulierung ihrer Politik auf den ihnen überlassenen Gebieten (z.B. Bildung!) stärker zu berücksichtigen. Fritz W. Scharpf hat in diesem Zusammenhang von der expansiven Logik des (Binnen-)Marktes gesprochen¹.

Das Binnenmarktprojekt war aber auch ein Re-Regulierungsprojekt, das den zentralen Institutionen und Organen der EG explizit eine größere Rolle einräumte. Es erweiterte, zusammen mit dem Abbau existierender "Barrieren", die regulative Zuständigkeit der Gemeinschaft.

Der Vertrag von Maastricht nun, die weitreichendste Revision der Römischen Verträge, führt diesen Prozeß weiter, indem er die Zuständigkeiten der Gemeinschafts- oder Unionsebene in den Sphären der Ökonomie, der Sozialpolitik und der Außenpolitik erweitert.

Die wichtigste Erneuerung im ökonomischen Bereich ist die Währungsunion. Der Vertrag sieht vor, daß eine Währungsunion evtl. mit der Einführung einer gemeinsamen Währung in drei Phasen bis 1997 oder 1999 aufgebaut wird (das Zeitziel ist allerdings bereits überholt). Mit Beginn der letzten Phase soll nach dem Vertrag von Maastricht ein Europäisches Zentralbankensystem (EZBS), mit einer Europäischen Zentralbank (EZB) als Kern, die volle, ja ausschließliche Verantwortung für die Währungspolitik übernehmen und sich dem Ziel der Preisstabilität verpflichten. Gegebenenfalls soll auch eine gemeinsame Währung eingeführt werden.

Der angestrebte Endzustand im Bereich der Währung ist offensichtlich dem Modell eines "monetären Föderalismus" entlehnt (das Wort wird hier analog dem "fiskalischen Föderalismus" verwendet). Im Endzustand wird das EZBS dem System der Vereinigten Staaten ähneln. Die EZB soll unabhängig von den nationalen Regierungen und den anderen Unionsorganen ihre Geschäfte führen können. Sie soll sich auf ein System von ebenfalls unabhängigen "Regionalbanken" (den gegenwärtigen Zentralbanken) stützen. Die Mitgliedsstaaten haben die Verpflichtung, die Unabhängigkeit ihrer Zentralbanken institutionell zu verankern - was sie momentan gerade tun. Die Unabhängigkeit der EZB und der nationalen Zentralbanken soll dem neuen System ermöglichen, sein Hauptziel, die "Währungsstabilität", mit den ihm verfügbaren Mitteln (Wechselkurspolitik, Zinspolitik) ungestört von politischen Einflüssen zu verfolgen.

Dies ist die formale Struktur. Die Realität könnte natürlich anders aussehen - trotz institutioneller Vorkehrungen. Politische Traditionen lassen sich nicht so einfach eliminieren. Es ist durchaus möglich, daß

¹ F.W. Scharpf, Kann es in Europa eine stabile föderale Balance geben?, in: Wildenmann, R. (Hrsg.), Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union, 1991, S. 415 ff.

die Währungspolitik auch in der letzten Phase wie bisher von politischen 'deals' beeinflußt wird. Für unsere Analyse genügt es jedoch hier festzuhalten, daß der Währungsbereich nach bundesstaatlichem Muster organisiert und relativ selbständig gemacht wird.

Auch in anderen Bestimmungen des Vertrages von Maastricht spiegelt sich föderalistischer Geist - das Festschreiben des Subsidiaritätsprinzips, die Errichtung eines Ausschusses der Regionen, die Unionsbürgerschaft, das kommunale Wahlrecht der EG-Bürger etc. Manche haben eher symbolischen Charakter als praktische Bedeutung, wie etwa die Subsidiarität, andere jedoch stellen ein vorsichtiges Herantasten an Neuland dar.

Trotz dieser Bestimmungen verbleiben auch nach Maastricht im ökonomischen Bereich weite Teile traditioneller Aktivitäten den nationalen Regierungen überlassen. Ein Bundesstaat ist somit die Union nicht, aber mit Binnenmarkt, Maastricht und den Finanzbeschlüssen kommt es zu Veränderungen ihrer Struktur, die sie einem Bundesstaat ähnlicher machen.

Eine interessante Hypothese wäre hier, ob nicht mit der Währungsunion ein Bereich für einen 'integrativen Vorstoß' ausgewählt wurde, der eine Art Zwang zu weiteren entscheidenden Schritten ausüben könnte, wie früher die Zollunion und der Binnenmarkt! Die Erwartung wäre dann, daß der "Föderierungsprozeß" eben nicht im Währungsbereich steckenbliebe, sondern früher oder später ähnliche Entwicklungen sowohl in anderen Teilen der Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch in der "politischen Struktur" der Union nach sich ziehen würde oder gar müßte! Offensichtlich wäre dies eine Hypothese im Geiste des Funktionalismus, der mit "spill-overs" rechnet.

Binnenmarkt plus Währungsunion wären, im Rahmen dieses Entwurfs, entscheidende Schritte in Richtung auf Föderalismus.

Die Hypothese ist meiner Meinung nach nicht ganz von der Hand zu weisen, besonders wenn sie mit weiteren verbunden wird, die aus dem "ökologischen Paradigma" entnommen werden könnten. Aber z.Z. ließe sich der Zustand, in dem sich die Gemeinschaft/Union befindet, vielleicht am besten als eine Art "präföderaler Zustand" mit unsicherer Fortsetzung (s. unten) charakterisieren.

Damit ist gemeint, daß die EG/EU weit mehr als eine normale internationale Organisation ist; daß sie gekennzeichnet ist durch starke Elemente, die aus dem Baukasten der Föderationen stammen (Binnenmarkt, eigene Rechtsebene, Währungsunion), daß sie aber in wichtigen Politikbereichen auch Elemente enthält, die eher an die konventionelle zwischenstaatliche Zusammenarbeit erinnern. Die Entwicklung der einzelnen Bausteine ist asymmetrisch. Diese Asymmetrie macht die EG/EU zu einem Phänomen "sui generis", auch nach Maastricht. Die

Frage ist dann, ob sie ökonomisch und/oder politisch gerechtfertigt werden kann.

Wenn man kritisch sein will und geschichtliche Analogien sucht, dann kann man auf Samuel Pufendorf zurückgreifen, der einmal das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als "irreguläres Monstrum eigener Art" bezeichnet hat, wie es kürzlich auch Renate Ohr getan hat². Daraus ließen sich nicht uninteressante weitere Vergleiche ableiten, allerdings eher was die beweglichen Loyalitäten, Allianzen, Zersplitterungen etc. als was die ökonomische Ordnung anbetrifft!

Asymmetrien

Asymmetrien gibt es zunächst einmal zwischen der ökonomischen und der politischen Integration. Auf dem Wege nach Maastricht drehte sich ein Teil der Auseinandersetzungen um den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Währungsunion einerseits und Politischer Union andererseits. Der erste Schritt war auf dem Gebiet der WU getan worden. 1988 wurde ein vorbereitender Ausschuß ("Delors-Kommission") eingesetzt, um Wege und Mittel zur WWU zu studieren. Die Ereignisse des anno mirabilis 1989 haben das Thema einer Politischen Union nachgeschoben. Die generelle Frage, die sich stellte, war, ob eine ehrgeizige WWU, wie sie langsam konzipiert wurde, gesichert oder funktionsfähig wäre auch ohne die etwas nebulös definierte Politische Union. Diese Frage zu stellen, schien aus verschiedenen Gründen notwendig. Der Umsturz in Ost- und Zentraleuropa hatte die deutsche Wiedervereinigung und damit auch Veränderungen in der Kräftekonstellation innerhalb der EG gebracht. Außerdem schien die Instabilität des Ostens und anderer Regionen ein stärkeres Zusammenrücken geradezu zu fordern. Aber es gab auch ökonomische Gründe. Die PU sollte eben die WWU absichern, da ohne sie die nötige Vertrauensbildung im Verhältnis zu Drittwährungen fehlen würde.

Während der Verhandlungen hatte sich besonders die deutsche Seite für einen mutigen Schritt in den Bereichen, die unter die Rubrik Politische Union fallen (Aufwertung des Europäischen Parlamentes, Außenpolitik etc.), eingesetzt. Die griechische übrigens auch, wenngleich aus anderen Gründen (s. Tabelle 1, S. 155).

Das Ergebnis der Verhandlungen war ein konkreter Plan zum Aufbau der WWU, gekoppelt mit vorsichtigen und z.T. eher vagen Schritten in punkto Politischer Union, also eine asymmetrische Entwicklung der zwei großen Politikbereiche.

So enthält der Vertrag zur EU drei "Säulen", von denen nur eine integrationistische, d.h. stark föderale Züge aufweist (die EG- oder besser

² Vgl. Integration, Heft 1/1993, S. 52.

WWU-Säule), während in den anderen zwei (Justiz- und Innenpolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik) die klassische Methode der "zwischenstaatlichen Zusammenarbeit" (intergouvernemental) dominiert und der Einfluß des Parlaments, des Gerichtshofs und der Kommission gering bleibt. Die diesbezüglichen Bestimmungen dienen nicht dem Ideal eines Vereinigten Europa, sondern sie geben "nur" den Rahmen für eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten an. Die erweiterte praktische Zusammenarbeit wird von den steigenden Interdependenzen gefordert³.

Aber auch innerhalb des WWU-Bereiches sind Asymmetrien festzustellen, wenn er mit bestehenden föderalen Strukturen verglichen wird. Ein solcher Vergleich wirft interessante theoretische und praktische Probleme auf.

So behandelt der Vertrag von Maastricht die Währungs- und die Haushaltspolitik der Gemeinschaft/Union unterschiedlich, und zwar auf beiden Regierungsebenen - der gemeinschaftlichen und der nationalen. Dies ist ein Ausdruck der bestehenden Asymmetrien. Noch mehr gilt dies in bezug auf die Sozialpolitik.

Was die Währungsunion betrifft, gibt es, wie wir gesehen haben, eine deutliche Zentralisierung der Kompetenzen. Die Währungsunion soll auf der EG/EU-Ebene eingeführt werden durch die Errichtung der entsprechenden Institutionen und die Kontrolle der relevanten ökonomischen Größen. Hingegen wird eine solcherart zentrale Politik für die EG-Finzen nicht als notwendig angesehen. Sie hätte im übrigen eine starke Ausweitung des EG/EU-Haushaltes zur Folge. Auf diesem Gebiet wird in erster Linie eine Mischung aus Autonomie und freiwilliger Koordinierung der nationalen Haushaltspolitiken angestrebt, plus einer unausweichlichen gewissen Stärkung der relativen Bedeutung des EG-Haushaltes. "Die Gemeinschaft", sagt Henning Christophersen, "wird eine WWU errichten, die außerhalb des monetären Feldes durch einen starken Grad der Dezentralisierung charakterisiert wird"⁴.

In der gegenwärtigen Konstruktion ist die Währungsunion eng verbunden mit dem Mechanismus der Koordinierung und der Disziplin der nationalen Haushaltspolitiken. Wie wir bereits erwähnt haben, werden im Vertrag Barrieren eingebaut: keine monetäre Finanzierung von Staatsdefiziten, kein "bail out" durch die Gemeinschaft/Union. Es werden auch makroökonomische Ziele gesetzt, ein komplizierter Mechanismus der gegenseitigen Überwachung errichtet und Maßnahmen

³ Vgl. Milward/Sorensen, 1993, p. 30.

⁴ H. Christophersen, Subsidiarity and Economic Monetary Union, in: European Institute of public Administration (ed.), Subsidiarity - the Challenge of Chance, Proceedings of the Jacques Delors Colloquium 1991, Maastricht 1991, pp. 65 ff., 70.

(incl. Sanktionen) bei starken Abweichungen vorgesehen. Man kann durchaus davon reden, daß nunmehr die nationalen Haushalte einer Art "bundesstaatsähnlicher Aufsicht" unterliegen, für die strenge und komplizierte Prozeduren vorgesehen werden (s. u.a. Artikel 109 des Unionsvertrages). Dies alles läuft auf eine Veränderung der Prinzipien hinaus, auf denen die Kooperation innerhalb des EG-Systems beruht. Sie begrenzen die traditionelle Souveränität in der Haushaltspolitik⁵. Das Thema ist sensibel und schwierig. Zu diesen Einschränkungen sollte man auch jene hinzufügen, die durch den Binnenmarkt entstehen (s. oben).

Aber nirgendwo wird auf einen EG-Haushaltsmechanismus hingewiesen, der jenem eines Bundesstaates ähnlich ist. Immerhin, theoretisch könnte dieser eine logische Ergänzung des monetären Föderalismus sein. In der Tat dient ein großer Teil der öffentlichen Diskussion dem Ziel zu begründen, warum es ihn nicht geben sollte.

Fiskalföderalistische Probleme

Der EG-Haushalt ähnelt kaum einem Bundeshaushalt. Nach Maastricht wird er einem solchen nicht näherkommen. Gewiß zeigen die gegenwärtigen Finanzen der Gemeinschaft einige formelle Ähnlichkeiten mit dem Haushalt eines typischen Bundesstaates. Die Gemeinschaft z.B. verfügt über "eigene Mittel", ihr Haushalt ist, insbesondere nach den Reformen von 1988 und 1992, stärker redistributiv, und er wird durch die zentralen "supra-nationalen" Institutionen beschlossen (der Ministerrat beschließt auf Vorschlag der Kommission und nach Beratungen im Parlament).

Dennoch bleiben die Unterschiede zu einem bundeststaatlichen Haushalt augenfällig:

(1) Der Gesamtumfang des EG-Haushaltes ist für die Europäische Ökonomie von relativ marginaler Bedeutung, obwohl er durchaus eine wichtige redistributive Funktion zugunsten einzelner Länder erfüllt. Die Vereinbarungen über den mittelfristigen Finanzrahmen der Gemeinschaft (genannt "Finanzperspektive") im Dezember 1992 in Edinburgh sehen zwar eine Erhöhung der Obergrenze für die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft für die Periode 1993-1999 vor, aber die Erhöhung bleibt marginal: die Obergrenze von 1,2 % (1992) des GNP der Gemeinschaft im Jahre 1992 sollte bis Ende der Periode stufenweise auf 1,27 % des GNP aufgestockt werden (s. Tabelle 2, S. 155) - in absoluten Zahlen: von 65,9 Mrd. ECU (1993) auf 80,1 Mrd. ECU (1999). In Preisen von 1992 beträgt der Anstieg insgesamt 21,5 %.

⁵ M. Shackleton, *The Delors II Budget package*, in: Nugent, N. (ed.), *The European Community 1992, Annual Review of Activities*, Journal of Common Market Studies, Cambridge 1993, pp. 11-25.

Der Unterschied zu Bundesstaaten, wie den USA und der Bundesrepublik, kann nicht augenfälliger sein. In diesen Bundesstaaten machen die Ausgaben der "zentralen Regierungsebene" (des Bundes) ca. 50 % der gesamten öffentlichen Ausgaben aus⁶. In der Union hingegen werden die Unionsausgaben nur einen sehr kleinen Teil der öffentlichen Ausgaben ausmachen - etwas mehr als 2 %.

Die im Vergleich zum Gewicht von Haushalten in Bundesstaaten relativ begrenzte Bedeutung des EG/EU-Haushaltes in der europäischen Ökonomie und in den Gesamtfinanzen hat weitreichende Folgen. Die für unsere Analyse wichtigsten sind erstens, daß der EG-Haushalt die ökonomischen Funktionen, die normalerweise Bundeshaushalte (oder gar Haushalte unitarischer Staaten) historisch zugewiesen bekommen (und die von der Theorie der Public Finance beschrieben werden), schon wegen seines Umfangs nicht erfüllen kann. Er kann nicht den Ablauf der Unionswirtschaft beeinflussen und auch nicht der "Kohärenz" einer Föderation ausreichend dienen. Zweitens kann er eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht "decken". Die Frage ist, ob nicht die Koordinierung und gegenseitige Überwachung zumindest teilweise und ersatzweise die Stabilisierungsfunktion erfüllen und die Kohäsion fördern können. Vielleicht - aber in engen Grenzen und nicht "flächendeckend".

(2) Es gibt keine gemeinschaftlichen Einkommensteuern, deren Aufkommen sich automatisch an die ökonomische Situation einzelner Mitgliedsstaaten oder Regionen anpaßt und somit ausgleichend wirken kann.

(3) Es gibt auch keine automatischen Transfers von Ressourcen zwischen Individuen durch das Sozialversicherungssystem. Die Betonung liegt hier auf dem Wort "automatisch". In der Tat ist der EG-Haushalt niemals so konzipiert worden, daß er Funktionen eines Wohlfahrtsstaates übernehmen könnte nach dem Muster von nationalen Haushalten in Föderationen oder Einheitsstaaten.

(4) Es gibt auch keine automatischen Ressourcentransfers zwischen Mitgliedsstaaten. Auch hier liegt die Betonung auf dem Wort "automatisch". Die zentral getätigten Transfers können heute nicht so variieren, daß exzessive Defizite der nationalen Haushalte von weniger entwickelten Ländern oder von Ländern, die asymmetrische Schocks von einiger Dauer erleiden, durch automatische Transfers vermieden oder wettgemacht werden.

Auf der anderen Seite jedoch soll durch den EG-Haushalt und insbesondere durch die Strukturfonds, die an Bedeutung stark zunehmen, die Anpassungslast der schwächeren Mitgliedsstaaten erleichtert

⁶ K. Busch, *Umbruch in Europa*, Köln 1991.

werden, so daß jedenfalls deren Investitionen aufrechterhalten bleiben. Sonst würden letztere unter dem Stabilitätsdruck leiden, den die Konvergenzzielsetzung erzeugt. Im Endergebnis haben wir es höchstens mit einem embryonalen Ausgleichsfonds zu tun. Diese Einschätzung darf nicht so verstanden werden, daß die EG-Finzen zumindest für Mitgliedsstaaten mit schweren Strukturdefiziten unbedeutend sind. Sie sollen aber doch die Distanz von typischen Bundeshaushalten verdeutlichen.

Man könnte nun hinzufügen, daß die Höhe der EG-Ausgaben und manche fundamentalen Strukturelemente (langfristige Obergrenzen etc.) "intergouvernemental", d.h. effektiv in der Form von zwischenstaatlichen Vereinbarungen beschlossen werden. Vor, während und nach Maastricht haben die Mitgliedsstaaten erfolgreich ihr "Recht" verteidigt, die essentiellen Fragen in bezug auf den Haushalt selbst zu entscheiden, d.h. effektiv unter starker Verminderung oder gar Ausschaltung der Rolle der wirklich "supra-nationalen" Organe - der Kommission und vor allem des Parlaments. 1988 und 1992/93 haben sie auf der Basis der sog. Delors-Pakete außerhalb der EEA und des M-Vertrages "Allokationsverträge" unter sich vereinbart. 1992/93 ist sogar der Allokationsvertrag deutlich detaillierter ausgefallen als 1988⁷. Gewiß, irgendwie mußte das Europäische Parlament beruhigt werden, z.B. durch Konzessionen in Fragen, die seine Rolle betreffen. Wichtig ist jedoch, daß die finanziellen Vereinbarungen ihren "intergouvernementalen" Charakter beibehalten haben.

Damit hängt auch zusammen, daß der EG-Haushalt der Kategorie der Buchhaltungsbudgets zuzuordnen ist, d.h. er muß immer ausgeglichen sein, und seine Ausgaben müssen in der Regel den von den Mitgliedern verfügbar gemachten Einnahmen angepaßt werden.

Maastricht korrigiert zwar, aber nicht wesentlich, die Entfernung des EG-Haushaltes (oder der EG-Finanzordnung) von einem Bundeshaushalt. Die Charakteristika der Union nach Maastricht werden auf der einen Seite ein hochzentralisiertes und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattetes monetäres System sein und auf der anderen ein schwacher Unionshaushalt, gekoppelt mit starken Begrenzungen der nationalen Haushaltspolitik.

Es ist daher verständlich, daß die Forderung nach einer Stärkung der relativen Bedeutung des EG-Haushalts sehr früh in der Diskussion um die Fortentwicklung der Integration auftauchte und besonders immer wieder Impulse im Zusammenhang mit den Entwürfen einer Währungsunion erhielt.

⁷ Shackleton, a.a.O., S. 23.

Es war ja auch die Erwartung in den 70er Jahren, als die Diskussion um die Währungsunion aufkam, daß eventuelle Fortschritte in verschiedenen Feldern einer WWU (wie etwa im EG-Bericht von 1973 skizziert) sofort im EG-Haushalt ihren Niederschlag finden würden in der Form einer expandierenden und von ihm finanzierten Sozial-, Regional- und Industriepolitik⁸. Historische Erfahrung und vergleichende Analyse schienen darauf hinzudeuten, daß der Übergang von einer "Zollunion" zu einer WWU, so wie sie bereits in den 70er Jahren konzipiert wurde⁹, mit einer Umwandlung der EG-Finanzordnung einhergehen würde.

Ein Markt und eine Währung erfordern eben auch einen entsprechenden Haushalt. Zwei Fragen stellen sich hier unmittelbar: erstens, ob weitere Schritte in die Richtung, die bestehende Bundesmodelle nahelegen, ökonomisch sinnvoll sind, und zweitens, ob sie realistisch erscheinen angesichts der heutigen politischen Realitäten in Europa.

Eine Alternative und ihre ökonomische Begründung: WU plus bundesähnliche ("präföderale") Finanzen

Die für seine Zeit reife Begründung dieser Option lieferte 1977 der berühmte McDougall-Bericht. Er untersuchte, welche Ausgaben und Aufgaben besser auf der Gemeinschaftsebene getätigt werden könnten und was dies für das Volumen und relative Gewicht des EG-Haushaltes impliziere. Nach dem Bericht sollte die Zuordnung von Aufgaben an die zentralen Institutionen der Gemeinschaft davon abhängig gemacht werden, ob

- (1) Skalenvorteile erzielt werden können (wie etwa auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Technologien),
- (2) "spill-over"-Effekte eintreten (Beispiele: die Struktur- und Regionalpolitik) und
- (3) die Notwendigkeit vorliegt, die soziale Kohärenz in der Gemeinschaft durch die Erreichung von Mindeststandards in den Lebensbedingungen im gemeinschaftlichen Raum zu sichern. Heute drücken wir dasselbe mit dem Begriff der Kohäsion aus.

Diese Kriterien erlauben uns, den nebulösen Begriff der Subsidiarität etwas zu konkretisieren. Sie helfen, dem Begriff der Politikeffizienz etwas näherzukommen, wenn es tatsächlich darum geht herauszufinden, wann eine bestimmte Regierungsebene effizientere Politik leisten kann als die anderen Regierungsebenen.

⁸ D. Dosser, *A Federal Budget for the Community?*, in: Burrows, B./Denton, G. (eds.), *Federal Solutions to European Issues*, London 1978, pp. 98 ff.

⁹ Siehe EEC, *European Economic Integration and Monetary Unification*, Brussels 1973.

Interessanterweise erkennt der McDougall-Bericht an, daß politische Faktoren ("politische Homogenität") Geschwindigkeit und Richtung des Integrationsprozesses mitbestimmen. Ohne ausreichende "politische Homogenität" wird eine Aufgabe auf der Gemeinschaftsebene nicht in Angriff genommen, und zwar auch dann nicht, wenn Skalenvorteile oder Externalitäten dies als sinnvoll erscheinen lassen.

Dies ist eine saubere Trennung des ökonomischen Kalküls von den politischen Faktoren. Sie wäre auch heute brauchbar für eine transparentere Behandlung der ohnehin komplexen Probleme des Integrationsprozesses.

Unter Berücksichtigung der politischen Realitäten forderte denn auch der Report eine zunächst einmal gemäßigte Erweiterung des EG-Haushaltes auf 2 bis 2,5 % des gemeinschaftlichen BIP in Zusammenhang mit entschlossenen Schritten in Richtung auf monetäre Integration und Binnenmarkt.

Der Marsch nach Maastricht hat die Diskussion um die gemeinschaftlichen Finanzen mit interessanten Nuancen bereichert. So ist u.a. die komplexe Frage gestellt worden, ob über Koordinationsprozeduren und Aufstockung der Strukturfonds hinaus "automatische Ausgleichsmechanismen" eingerichtet werden sollten, nach dem Muster ähnlicher Mechanismen in Bundesstaaten. Die Begründung drehte sich um den Begriff der "externen Störung" (shock) und ihrer Auswirkungen auf Individuen, Regionen oder ganze Staaten.

Schocks und Ausgleichsmechanismen

Ein Mitgliedstaat oder eine Region kann in der Tat eine externe Störung erfahren, etwa dadurch, daß die Nachfrage nach seinen (ihren) Produkten infolge einer Änderung der Konsumentenpräferenzen zurückgeht und die entsprechenden Wirtschaftszweige niedergehen. Die Folgen: die Arbeitslosigkeit steigt an, Steuereinnahmen fallen aus, der nationale Haushalt gerät unter Druck. Solche Prozesse sind zwar Teil des immerwährenden Strukturwandels, zuweilen aber brechen sie flutartig ein, treffen ein Land unvorbereitet und können Dauerschäden zur Folge haben. Jedenfalls sieht sich der betroffene Staat in einer verfahrenen Situation gefangen. Er kann unter diesen Bedingungen weder die Steuern erhöhen noch an eine Reduktion der Ausgaben denken. Beides könnte eine Kapitalabwanderung bewirken. Die Frage ist, wie ein interstaatlicher (oder interregionaler) Ausgleich erfolgen könnte.

Hier bieten sich drei Mechanismen an: Die Arbeitsmigration, die Lohnreduktion und ein fiskalpolitisches Gegensteuern via (automatischen) Transfers aus anderen Staaten oder Regionen.

In der EG/EU ist die zwischenstaatliche Arbeitsmobilität begrenzt. Jedenfalls ist sie weit geringer, als man in den Gründerjahren erwartete. Daran hat der Binnenmarkt kaum etwas geändert. Kulturelle Unter-

schiede, sprachliche Barrieren¹⁰ und generell hohe Arbeitslosigkeit setzen enge Grenzen. Daran wird sich voraussichtlich bis zum Ende des Jahrzehntes nicht sehr viel ändern.

Ohne fiskalische Ausgleichsmechanismen bleibt der (unausweichliche) Rückgang der Reallöhne und folglich der Lebensstandards die einzige Lösung. Der Staat oder die Region verarmen. Die konventionelle Theorie neigt dazu, dies zu akzeptieren als etwas, was in der unausweichlichen Logik der Dinge liegt. Sie ist überzeugt, daß es sich um einen vorübergehenden Zustand handelt. Der Rückgang der Reallöhne kann gleichzeitig ein Faktor der Regeneration sein, indem er dem betroffenen Staat oder der Region Lohnkostenvorteile vermittelt. Irgendwann wird das Kapital verstärkt einströmen. Man sollte den Selbstheilungskräften des Marktes vertrauen.

Dies ist ein altes Thema, mit ebenso alten Einwänden. Wie wir sehen, braucht man nicht jedesmal die Welt neu zu entdecken. Die Einwände, kurz gefaßt: der Schock, kann einen Prozeß des unaufhaltsamen Niederganges einleiten durch die "Teufelskreise", die er erzeugt. Dann würde sich der Abstand zu den prosperierenden Staaten und Regionen vergrößern und langfristig würden auch Kosten für die Gemeinschaft erzeugt.

Im europäischen Zusammenhang würden solche Prozesse die Kohäsion des Systems gefährden und damit jene Käfte aktivieren, die den ökonomischen Integrationsprozeß sprengen. Die Konstellation der Kräfte ist denkbar ungünstig: keine interstaatliche Arbeitsmobilität, negative Rückkoppelungseffekte, kein interstaatlicher Ausgleich. Nirgendwo in größeren Regionen, die in einen Markt integriert sind und eine Währung haben, ist die Konstellation so ungünstig für die Schwächeren. In den USA z.B. ist die Arbeitsmobilität stärker als in Europa (wenngleich nicht so stark wie man früher vermutete) und gleichzeitig funktionieren automatische Ausgleichsmechanismen.

Es war aber gerade Maastricht, das dem Begriff der Kohäsion einen feierlichen Einzug in das Vertragswerk der Union bereitete. Kohäsion war zwar früher in der EEA aufgetaucht, war aber sehr restriktiv interpretiert worden: sie sollte durch Rationalisierung, nicht durch Ausweitung der EG-Ausgaben und Aufgabenbereiche erreicht werden. Rationalisierung ist auch ein wichtiges Thema, aber nicht vorrangig in unserem Zusammenhang.

Mit und nach Maastricht sieht die Sache anders aus - auf dem Papier. Die Begründung wird mitgeliefert: im Prozeß der Bildung eines Marktes und der Errichtung einer Währungsunion ist die Entwicklungshilfe (via Strukturfonds und Kohäsionsfonds) ein wichtiges Element.

¹⁰ S. Kommission der EG, 1992.

Die Frage ist, ob das ausreicht. Die eben skizzierte Analyse legt eher nahe, daß automatische Transfers aus Gründen der Sicherung gegen Störungen hinzukommen müßten. Eine Möglichkeit, dies zu tun, wäre, wie Charles Bean vorschlägt, ein gemeinschafts- oder unionsweites Arbeitslosenunterstützungssystem zu errichten. Es hätte den Vorteil, sowohl automatisch zu funktionieren als auch auf die Individuen zugeschnitten zu sein¹¹. Auch auf der Einnahmenseite des EG-Haushaltes könnte man sich automatische Anpassungen vorstellen, besonders nach der Einführung der neuen Einnahmequelle auf der Basis des Anteiles am BNP der Gemeinschaft.

Die Aussichten, derartige Automatismen in die Finanzstruktur der EG/EU einzubauen und das relative Gewicht des EG-Haushaltes zu erhöhen, sind denkbar gering. Politische Gründe spielen eine entscheidende Rolle. Hinzu kommt die Unterschiedlichkeit der gegenwärtigen Sozialsysteme und der Handhabung der geltenden Regeln. In diesen Unterschieden widerspiegeln sich weitere - eben verschiedene "Welten".

Abschließende Bemerkungen und Ausblick

Angesichts der europäischen Realitäten ist Maastricht ein ehrgeiziges Projekt. Es schafft oder stärkt, was als "präföderaler Zustand" bezeichnet werden könnte. Dies ist ein Zustand, der einerseits föderale (supranationale) Züge mit Methoden der klassischen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit verbindet und andererseits durch Asymmetrien charakterisiert wird. Aber Asymmetrien haben die EG bereits vom Start an gekennzeichnet. In den 50er und 60er Jahren wurde ja ihr "liberal bias" beklagt - das Zurückbleiben der Politikintegration. Das ist heute augenfälliger.

Asymmetrien gibt es zunächst einmal zwischen der ökonomischen und der politischen Integration. Aber auch innerhalb des WWU-Bereiches sind Asymmetrien festzustellen, was beim Vergleich mit bestehenden föderalen Strukturen deutlich wird. So behandelt der Vertrag von Maastricht die Währungs- und die Haushaltsordnung und die Sozialpolitik der Gemeinschaft/Union unterschiedlich. Aber auch unterhalb der institutionellen Ebene gibt es Asymmetrien im Integrationsgrad der verschiedenen Felder, was deutlich wird, wenn man Kapital- und Arbeitsmärkte vergleicht.

Der Vertrag von Maastricht beinhaltet auf den privilegierten Gebieten des integrativen Vorstoßes, also der WU, klare Zeitpläne, institutionelle Erneuerungen und Ziele. Die Wahl des integrativen Vorstoßes ist der Philosophie des spill-over verpflichtet, nach der die WU Integrations-

¹¹ Ch.R. Bean, Economic and Monetary Union in Europe, in: Journal of economic perspectives, Vol. 6, No. 4/fall 1992, pp. 31 ff., 49 f.

druck auf weitere Gebiete ausüben soll. Im Rahmen dieser Philosophie legen die WU-Bestimmungen eine Stärkung der EG-Ebene und eine Ausweitung des relativen Gewichtes des EG-Haushaltes in der Finanzstruktur der Gemeinschaft nahe. Beispielsweise werden den Koordinationsprozeduren und der Aufstockung der Strukturfonds unausweichlich "automatische Ausgleichsmechanismen" folgen, wie der Prototyp Bundesstaat zeigt. Sonst können "externe Störungen" (shocks) Individuen, Regionen oder ganze Staaten hart treffen. Solche Prozesse würden die Kohäsion des Systems gefährden und damit jene Kräfte aktivieren, die den ökonomischen Integrationsprozeß sprengen. Zwischenstaatliche Arbeitsmobilität und zwischenstaatlichen Ausgleich gibt es in allen größeren Regionen, die in einen Markt integriert sind und eine Währung haben.

In Wirklichkeit aber ist Maastricht open ended - der Ausgang des neuen Integrationsanlaufes, den es ermöglicht, ist ungewiß. Der Vertrag selbst stellt einen Kompromiß dar zwischen zwei entgegengesetzten Auffassungen über die europäische Integration; er wird daher aus der Perspektive beider kritisiert und gewissermaßen in beide Richtungen gezogen. Die eine hält fest an der Notwendigkeit einer Beschleunigung der politischen Integration und an der sog. "transatlantischen Analogie". Sie sieht die EU ausgestattet mit einer eigenen institutionellen Ordnung. Die andere ließe sich mit den Stichwörtern "freier Handel" plus "à la carte-Kooperation" zusammenfassen. Sie sieht in der EU eine europaweite Assoziation von Staaten, in der freier Handel herrscht und souveräne Staaten die Möglichkeit haben, auf einer case-by-case-Basis zu entscheiden, ob und mit wem sie in bestimmten Initiativen auf dem Gebiet der ökonomischen, der Außen- und gegebenenfalls der Sicherheitspolitik zusammenarbeiten wollen. Diese Auffassung hat zuletzt mit eindrücklicher Klarheit John Major vertreten¹². Dies ist das Modell "1913 plus".

In den nächsten Jahren wird versucht werden, "Maastricht" beiden Auffassungen näher zu bringen. Der Ausgang der Debatte wird von vielen Faktoren abhängen, insbesondere von

- (1) der Instabilität im Osten und Süden und den daraus resultierenden "Bedrohungen",
- (2) der ökonomischen Entwicklung der Unionsländer,
- (3) der Erweiterung der EG/EU, die interne Gleichgewichte verändert und auch weitgehende institutionelle Anpassungen impliziert und, last but not least, von
- (4) den internen Anpassungen in den Mitgliedsstaaten der Union und insofern von der Glaubwürdigkeit des bisher eingeschlagenen Weges.

¹² J. Major, *Raise your eyes, there is a land beyond*, in: *The Economist*, September 25th, 1993.

In der Theorie der Föderationsbildung spielt die externe Bedrohung (external threat) oder Unsicherheit eine wichtige Rolle (z.B. bei K.C. Wheare). Sie beeinflusst das Verhalten der Eliten, sie treibt diese dazu, einen föderalen Kooperationsrahmen zu schaffen, allerdings zusammen mit anderen Faktoren, wie die Erwartung ökonomischer Vorteile, die Existenz ähnlicher politischer Institutionen und die Geschichte der gemeinsamen politischen Kooperation.

Die Diskussion über die Bedeutung der externen Bedrohung ist nicht ausgestanden und möglicherweise wird dieser Faktor etwas überbetont. Dennoch hat er in der neueren europäischen Geschichte eine Rolle gespielt. Die Spaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg und das Gefühl der Bedrohung aus einem monolithischen Osten gehören zu den Faktoren, die erklären, wie die "myopischen Egoisten" par excellence, die Nationalstaaten, ihre traditionellen Rivalitäten überwunden und fortgeschrittene Kooperationsinstitutionen geschaffen haben.

Nach 1989 ist eine neue Situation entstanden, die andersartige Herausforderungen erzeugt. Der gesamte islamische Bogen¹³ z.B. steht vor gigantischen ökonomischen und sozialen Problemen, die Instabilität und eine feindliche Haltung gegenüber westlichen Werten und Institutionen schaffen. Ebenso groß sind die Probleme im Osten der EU. Die Länder der EU können nicht hoffen, daß sie sich individuell vor den offensichtlichen Gefahren schützen können. Meines Erachtens begünstigen die "Umweltbedingungen" "an ever closer Union", und sie lassen insofern die Gedanken über bundesstaatsähnliche Haushalte nicht als reine Phantasiespiele erscheinen.

Auf der anderen Seite erzeugen die ökonomischen Trends Desintegrationskräfte. Seit 1990 hat eine tiefe Rezession alle großen Mitgliedsländer erfaßt, mit Ausnahme Großbritanniens. Sie bedroht gerade den Kern des Vertrages von Maastricht - die Währungsunion. Die Rezession erhöht die Zweifel am Gelingen dieses Vorhabens schon deswegen, weil sie die ökonomischen Leistungen von den Zielen (oder Kriterien), die mit dem Vertrag vereinbart worden sind, entfernt und die Unterschiede untereinander erweitert. Anstatt Konvergenz findet Divergenz statt. Unter den Bedingungen der Rezession werden Länder mit hohen Schulden nicht in der Lage sein, bis Ende 1996 (!) die Schuldenlastziele zu erreichen. Ohne kräftiges Wachstum ist dies gänzlich unrealistisch, für manche sogar mit Wachstum.

Hinzu kommt die Vermutung, daß die europäische Rezession und Arbeitslosigkeit teilweise nicht auf konjunkturelle Gründe zurückgeht, sondern auf die abnehmende Konkurrenzfähigkeit der europäischen Ökonomien. Vermindert Maastricht die Spielräume und die kurzfristige

¹³ Der islamische Bogen bezeichnet das Gebiet von der Türkei über Bulgarien und FYROM bis einschließlich Albanien.

Flexibilität der nationalen Politik, die mit diesen Problemen konfrontiert wird? Dies ist möglich. Abnehmende Konkurrenzfähigkeit und Arbeitslosigkeit kann kurzfristig mit den Instrumenten des Wechselkurses, des Haushalts und der Löhne und Sozialleistungsbeiträge verbessert werden. Aber Maastricht versucht gerade, stabile Wechselkurse herzustellen (bisher vergebens, aber mit hohen Kosten, wie die Briten behaupten). Er entzieht damit den nationalen Regierungen die Möglichkeit, mit dem Instrument der Wechselkurspolitik die Wettbewerbsfähigkeit provisorisch zu heben. Darüber hinaus bindet Maastricht die nationalen Haushalte an strenge Regeln und "reorganisiert" die Währungspolitik. Die Konsequenz ist, daß der Lohn- und Sozialbeitragspolitik eine größere Verantwortung aufgebürdet wird, als es sonst der Fall wäre. Dies erhöht die Widerstände gegen Maastricht und erklärt die neueren Initiativen des Europäischen Rates und der Kommission. Sie laufen darauf hinaus, daß die Union aktiver wird und gleichzeitig die "Sozialpartner" in den Mitgliedsstaaten stärker an den Politikrahmen von Maastricht gebunden werden! Dies ist der Weg nach vorn, eine Art "spill-over", eine neue Stärkung der zentralen Institutionen.

Was nun die Erweiterung betrifft, so kann man davon ausgehen, daß sie zunächst einmal eher die "minimalistische Version" britischer Art begünstigt. Mit den EFTA-Ländern als neuen Mitgliedern findet jene politische Kooperationstradition Eingang in die Union, die beispielsweise im Rahmen des Nordic Council praktiziert wurde. Die Erweiterung kann das Ende der "finalité politique" bedeuten, die den Weg der Gemeinschaft von der Gründung bis heute begleitet hat. Wieder einmal John Major hat diesen Zusammenhang explizit hergestellt: "Nationen sollen Europa bauen, nicht Europa soll versuchen, Nationen zu transzendieren. Ich möchte, daß die Gemeinschaft eine weite Union wird, die das ganze demokratische Europa umfaßt in einem einheitlichen Markt und mit gemeinsamen Sicherheitsarrangements, die fest mit der NATO verbunden sind. Ich wünsche mir ein konkurrenzfähiges und zuversichtliches Europa, das für seine Bürger Arbeitsplätze und für seine Konsumenten Auswahl hervorbringt. Eine Gemeinschaft, die damit aufhört, an nationalen Freiheiten zu knabbern ...". Es sei eine falsche Auffassung zu glauben, daß "eine volle Föderation die große Zukunftsvision ist, um die sich die öffentliche Meinung scharen kann"¹⁴.

Wahrscheinlich wird das Ergebnis aus dem Zusammenspiel aller dieser Kräfte kein stark föderiertes Europa sein. Die EU wird sich eher in Richtung einer Konföderation entwickeln, die aus "konzentrischen Kreisen" besteht. Die Länder des innersten Kreises würden gemeinsa-

¹⁴ Vgl. Major, a.a.O.

me Politiken und Aktionen in einer großen Anzahl von Bereichen versuchen (Währung ist der offensichtliche Kandidat, aber nicht sehr viel mehr, da ja weitere Gebiete stark umstritten sind oder die Zusammenarbeit bereits an Grenzen stößt - Industriepolitik, Verteidigungspolitik). Die Länder des äußersten Kreises würden mit losen Arrangements verbunden sein. In einer anderen Formulierung wäre dies ein Europa der "Sonderregime", etwa mit Dänemark, England und (aus anderen Gründen) Griechenland außerhalb der WU, Irland u.a. außerhalb der WWU etc. Die Logik der konzentrischen Kreise ist ja schließlich die Logik von Maastricht mit seinen opting outs und Protokollen.

Interessanterweise stärkt gerade die Beschleunigung im Währungsbereich die Tendenz in Richtung konzentrische Kreise, was offensichtlich das aktuelle Synonym für frühere Bezeichnungen ist - "abgestufte Integration", "variable Geometrie" oder "EG/EU von mehreren Geschwindigkeiten".

Allerdings würde auch eine solche EU nicht auf ein Minimum von gemeinsamen Politiken und Supranationalität verzichten können - mit dem Binnenmarkt plus Strukturpolitik als essentiellen Elementen. Aber es gäbe dort keine größeren Spielräume für föderalistische Visionen.

Literatur:

Biehl, D., Die EG-Finanzverfassung - Struktur, Mängel und Reformmöglichkeiten, in: Wildenmann, R. (Hrsg.), Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union, Baden-Baden 1991, S. 355-392.
Burgess, M. (ed.), Federalism and Federation in Western Europe, London 1986.

Commission of the ECs (ed.), Report of the Study Group on the Role of Public Finance in European Integration (McDougall-Report), Brussels 1977.

Fischer, P., Wider die neue Europa-Wehleidigkeit der Deutschen, in: Europa-Archiv 7/1992, S. 187-194.

Kasakos, P., Die neue EG-Agenda und die griechische Europa-Politik, in: Europa-Archiv 7/1991, S. 215-224.

Mortensen, J., Federalism vs Co-ordination - Macroeconomic Policy in the European Community, Brussels 1990.

Rometsch, D., Pro und Contra Maastricht - eine interdisziplinäre Debatte, in: Integration 1/1993, S. 47-53.

TABELLE 1: Die Positionen der Mitgliedsstaaten zur Politischen Union (PU)

	für größere Befugnisse des Europäischen Parlaments	für Mehrheitsentscheidungen in einigen außenpolitischen Bereichen	für evtl. Fusion WEU - EG
<i>"föderal"</i> Belgien Griechenland Italien Spanien	ja ja ja ja	ja ja ja ja	ja ja ja ja
<i>"anti-zentralistisch"</i> Großbritannien Irland Dänemark Luxemburg Portugal	nein nein ja nein nein	nein vielleicht nein vielleicht ja	nein nein nein ja vielleicht
<i>andere</i> BRD Frankreich Niederlande	ja nein ja	ja ja ja	nein ja nein

Quelle: Nach einer Zusammenstellung von The Economist, Dec. 1/1990, modifiziert. Als anti-zentralistisch bezeichnen sich selbst jene, die sich gegen wesentliche Veränderungen in Fragen der PU stellen.

TABELLE 2: Finanz-Perspektiven 1993-1999 (in ECU, in 1992-Preisen)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Ausgaben (% GNP)	1,20	1,19	1,20	1,21	1,23	1,25	1,26
Revisionsspielraum (% GNP)	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
Eigene Mittel (% GNP)	1,20	1,20	1,21	1,22	1,24	1,26	1,27

Quelle: EG (EU).

FRANCE VREG

Politische, wirtschaftliche und nationale Interessen für die europäische Integration in Südosteuropa

Heute steht Europa vor einem bedeutenden historischen Entwicklungsprozeß. Völker Europas, besonders Ost- und Südeuropas, suchen nach staatlicher Selbstbestimmung, verteidigen ihre nationale Identität und erforschen die Möglichkeiten, die Vorteile und die Nachteile einer Integration in Europa.

Durch die europäischen Integrationsprozesse wurden komplizierte Modernisierungs- und Demokratisierungsprozesse ausgelöst. Offen ist die Frage: Was bedeutet heute die Einigung Europas? Diskussionswürdig ist das Problem einer europäischen Konföderation. Es zeigt sich die Aktualität der Föderalismus-Forschung, besonders für jene Länder, die schlechte Erfahrungen mit Föderationen haben. Aber auch für die Architekten des "Europäischen Hauses" bleibt die Frage offen: Ist der Föderalismus ein Integrations- und Konfliktlösungsmodell postmoderner Gesellschaften? Es können aber auch mehrere widersprüchliche Trends und Konfliktsituationen aufgezeigt werden.

Aktualität des Föderalismus für die Demokratie

Die Machtkonzentration. Die Aktualität des Föderalismus für die Demokratie in Europa ist die Erkenntnis, daß in der modernen Gesellschaft die Verhinderung der Machtkonzentration die Vorbedingung für jeden demokratischen Wandel der Gesellschaft darstellt. In der Geschichte sind große Imperien gerade wegen der rohen Machtkonzentration in den Händen der Elite von dominierenden Völkern zerfallen. Das beweisen Analysen der feudalen Machtusurpation, aber auch von modernen totalitären und populistischen Machtaneignungen.

Die großen Föderationen - Sowjetunion, Jugoslawien, Tschechoslowakei, aber auch einige asiatische - hatten eine unheimliche Machtkonzentration, eiserne Zentralisierung und Homogenisierung zur Grundlage. Die ideologische Maske der "Arbeitermacht" wurde herangezogen, um Projekte des großrussischen, großchinesischen Imperiums oder der großjugoslawischen Föderation zu verhüllen.

Diese multinationalen Bundesstaaten hatten eine riesige Administration, Mamuthorgane der Repression und eine streng zentralisierte Armee. Die untergeordneten Bundeseinheiten, die Republiken, waren wirtschaftlich, politisch und kulturell völlig abhängig von der Verteilung der Bundesfinanzen. In der Sowjetunion und auch in der jugoslawischen Föderation gab es einen gigantischen staatlichen Apparat, der sich von der "Arbeit" der höherentwickelten Republiken nährte. Dieser Parasitismus wurde mit der Ideologie der zentralisierten Wirtschaft begründet.

Die weniger entwickelten Republiken bezogen auf Kosten der höchstentwickelten über ein halbes Jahrhundert lang Mittel aus Bundesfonds. Z.B. versorgte die jugoslawische Föderation finanziell in sehr hohem Maße Montenegro. Nur in die Fonds für die Löhne der Arbeitnehmer und in die Rentenfonds steuerte die Föderation etwa 70 % bei, mit ihrer eigenen Arbeit verdienten die Montenegriner kaum 30 %. Diese Minirepublik aber füllte den Bundesapparat mit einer unvergleichlich größeren Zahl von Bundesbeamten, Generälen, Ministern und Botschaftern als andere Republiken. Im Kräfteverhältnis hatte Serbien zusammen mit Montenegro eine große Übermacht.

Darum besteht in Slowenien und Kroatien - aber auch in einigen europäischen Ländern - ein Mißtrauen gegen eine bürokratisierte staatliche Zentralinstanz, die in den politischen und ökonomischen Prozeß im integrierten Europa eingreift.

Das zentralistische Mehrheitsprinzip. Das zentralistische Mehrheitsprinzip kann nur durch dezentralisierte Gewaltenteilung aufgebrochen werden. Das Mehrheitsprinzip führt, wie schon Tocqueville gesagt hat, zur Tyrannei der Mehrheit. Das zentralistische Mehrheitsprinzip kann nur durch ein Modell konsensdemokratischer Konfliktlösung ergänzt werden. Jede nationale Gemeinschaft sollte als gleichberechtigt und unabhängig von ihrer Größe an der europäischen Willensbildung partizipieren können.

Die neue institutionelle Struktur von westeuropäischen Staaten, die Europäische Union, ist nicht mehr streng zentralistisch organisiert. Auch der Niedergang der Supranationalität ist bemerkbar. Die ökonomischen und politischen Konflikte sind blockiert worden, aber noch nicht überwunden. Es zeigt sich der Aufbau einer transnationalen Entscheidungsebene, die synchron kontrolliert und legitimiert wird.

Die Integration ist nicht nur ein Problem der Sphäre des ökonomischen Handels, sondern ein sehr komplexer Interaktionsprozeß, mit dem versucht wird, Interessen- und Machtkonflikte zu bewältigen. Aber das ist im multipluralen und multipolären Europa sehr schwer zu realisieren. Schon der Begriff "Europäische Einigung" bedeutet in Frankreich den Versuch, die nationale Identität durch Stärkung der Führungsrolle in Europa zu festigen. Die Deutschen aber votieren für

Europa, weil sie ihren Mangel an nationaler Identität kompensieren möchten¹. Die Interessen von Frankreich sind nicht identisch mit den Interessen von Deutschland. Es ist evident, daß z.B. England und Italien verschiedene Interessen haben. Der Balkan ist mit westlichen, östlichen und islamischen politischen Interessen konfrontiert.

Die Emanzipation der Völker

Die Gleichberechtigung der Völker. Die geschichtliche Tatsache ist, daß die moderne Welt und insbesondere Europa eine Integration der Gesamtgesellschaft von Völkern und Staaten anstrebt. Die politische Einigung Europas ist keine Utopie. Sie entspricht Notwendigkeiten und pragmatischen Zweckmäßigkeiten: von den wirtschaftlichen Vorteilen bis zur Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit. Aber die Einigung wird gelingen, wenn der neue Wille zur nationalen Selbstbestimmung, zur Anerkennung der Rechte der kleinen Nationen und ethnischen Minderheiten respektiert bleibt.

Darum müssen wir die Kräfte analysieren, die das künftige Europa formen werden. Die Geschichte der internationalen Beziehungen lehrt uns, daß die Menschheitsgeschichte ein Streben nach Emanzipation, nach Gleichberechtigung, nach souveräner Gleichheit der Staaten, nach Selbstbestimmungsrecht der Völker ist.

Im jugoslawischen Bundesstaat wurde immer wieder nach Lösungen gesucht, um eine Gleichberechtigung der Völker zu erreichen. Im Jahre 1974 machte eine neue Verfassung die Souveränität der Republiken zur Grundlage der Föderation. Nach dieser Verfassung waren die Träger der Souveränität die jugoslawischen Nationen, die Nationalitäten (Minderheiten) und die Arbeiter. In der Verfassung ging man von der Idee aus, daß die Völker sich freiwillig aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes, einschließlich des Rechtes auf Sezession, zu einem Bundesstaat vereinigt hätten. Die Republiken galten als Staaten und in vielen Bereichen konnten durch Konsensus auf Bundesebene Entscheidungen getroffen werden. Das war eigentlich ein Weg zu der Konföderation.

Aber in Wirklichkeit existierte keine Gleichberechtigung der Völker, sondern autokratische Herrschaftsformen von dominierenden Völkern. Das Mosaik solcher Staatlichkeit, aus verschiedenen Modellen der Geschichte, Kultur, Zivilisation, Religion und Nationalitäten zusammengesetzt, konnte seine integrale Macht nur auf die Anwendung von Polizei- und Militärgewalt stützen.

Die asymmetrische Föderation oder Konföderation. Ein Staatenbund bedeutet, daß die Republiken in einer Föderation als selbständige

¹ Vgl. Amon, G., Kultur, Identität, Kommunikation, cit. in: B. Waldis, Was verdeckt das Konzept "internationale Kommunikation"?, 1991.

Staaten existieren müssen, um einen Konföderationsvertrag abzuschließen zu können. In Jugoslawien wurde ein solcher Vorschlag von Seiten der dominierenden Kräfte abgelehnt. Ende der 80er Jahre wollte man die Bundesverfassung ändern, um aus der wirtschaftlichen und politischen Krise einen Ausweg zu finden. Um einen Kompromiß zwischen zentralistischen und dezentralistischen Tendenzen zu erreichen, wurde von Slowenien zuerst eine asymmetrische Föderation vorgeschlagen, in der Slowenien, Kroatien und Mazedonien ihre dezentralistische Option verwirklichen könnten. Diese Lösung wurde abgelehnt, man solle eine Föderation nach dem Prinzip "ein Mensch, eine Stimme" schaffen. In Wirklichkeit aber diene dieses Prinzip als Mittel zur Durchsetzung des politischen Willens der weniger entwickelten, aber gemessen an der Bevölkerungszahl dominierenden Teile Jugoslawiens.

Zwei Republiken, Slowenien und Kroatien, schlugen dann einen Konföderationsvertrag vor, der eigentlich eine Kopie der Struktur der Europäischen Gemeinschaft war. Die dominierende Elite in Belgrad hat auch diesen Vorschlag abgelehnt. Deshalb versuchte Slowenien, seine Staatsbildung durch die Entscheidung für eine eigene Verfassung zu verwirklichen, auf deren Grundlage es die eigene Souveränität proklamieren würde.

Das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Sezession. Das Recht auf Sezession (Loslösung) ist ein immanenter Bestandteil des Selbstbestimmungsrechtes. Ohne die Möglichkeit einer Verwirklichung des Rechtes auf Sezession verlieren alle Bestandteile des Selbstbestimmungsrechtes ihren Wert. Das Recht auf Gründung eines eigenen souveränen Staates ist ohne Anerkennung des Rechtes auf Sezession nicht anwendbar.

In Jugoslawien haben einige serbische Politologen die Diskussion über die Konsumierung des Selbstbestimmungsrechtes und des Sezessionsrechtes, wie es in der Verfassung formuliert wurde, initiiert. Slowenien hat auf dem Standpunkt beharrt, daß sich die Völker auch freiwillig trennen können.

Das geschichtliche Interesse der Völker. Föderationen können geschichtliche Berechtigung haben, wenn das Interesse und Bedürfnis nach solchen Gemeinschaften gegeben ist. Z.B. war ein geschichtliches Interesse der Südslawen für einen Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Staat gegeben. Um die Vereinigung zu ermöglichen, mußten zwei Imperien - das osmanische und das habsburgische Kaiserreich - zerfallen. Jugoslawien wurde 1918 von internationalen Kräften und einheimischen Protagonisten gegründet. Doch trachtete die serbische Monarchie unter dem Mantel des Jugoslawentums nach einer Serbisierung der anderen Völker; deshalb kam es schon bei der Gründung des ersten Jugoslawiens zu Auseinandersetzungen mit anderen Völkern.

Im Titoistischen Jugoslawien gingen die Nationalauseinandersetzungen weiter. Tito hat schon 1962 in einer geheimen Sitzung wegen der damaligen nationalen Auseinandersetzungen die Föderation angezweifelt. Kardelj schlug darum eine Art Konföderation vor, die dann teilweise in der Verfassung von 1974 konzipiert wurde. Die Protagonisten des zentralistischen Monosystems wagten im Titoistischen Jugoslawien jedoch keine offene Auseinandersetzung.

Die politischen Historiker des einstigen Jugoslawiens meinen sogar, daß die Gründung des jugoslawischen Staates im Jahre 1918 verfehlt gewesen sei. Jugoslawien war schon bei seiner Gründung ein historischer Nachzügler. Die Weltöffentlichkeit erkannte mit großer Verspätung, daß es sich beim Verfall der jugoslawischen Föderation um einen anderen geschichtlichen Prozeß handelt als in der Zeit des amerikanischen Sezessionskrieges. Dort war der Zusammenschluß notwendig - ähnlich wie Integrationsprozesse in Deutschland in vergangenen Jahrhunderten.

Ethnizität und Nationalstaaten

Das Nationalbewußtsein. Die Resultate empirischer Forschung zeigen uns, daß das Nationalbewußtsein und die "Ethnizität zumindest in jedem europäischen Staat zu einem der zentralen strukturell-funktionalen und relationalen soziopolitischen Faktoren gehört"². Die Existenz der Ethnizität können wir auch bei Völkern in Osteuropa und im ehemaligen Jugoslawien entdecken. Es ist schwer zu beweisen, daß sich eine neue institutionelle Struktur von Europa jenseits der Nationalstaaten gebildet hat.

Auch die osteuropäischen Länder und die Länder des ehemaligen Jugoslawiens haben den klassischen Nationalstaat nicht überwunden. In einigen ost- und südeuropäischen Staaten ist das zentrale Problem der Krise noch immer die Eruption des Kampfes um nationale Identität. Die funktionale Anwendung der Ethnizität in soziopolitischen und militärischen Interaktionen und Konfrontationen diktiert diesen Nationalstaaten, die Verfolgung partieller Interessen einsetzen zu lassen. Das gemeinsame Charakteristikum der politischen Parteien und Regime in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ist gerade die Instrumentalisierung des Nationalbewußtseins und der Ethnizität.

Die politische Legitimation des Nationalstaates, die eine Homogenisierung seiner Bevölkerung anstrebt, "produziert" auch extreme politische Ideen und Bewegungen. Der extreme Nationalismus ist der konstituierende Faktor nicht nur der rechtsorientierten Parteien in allen

² Wenturis, N., Ethnizität, Nationalstaat und EG-Integration, in: K. Hahn (Hrsg.), Föderale Perspektiven für Europa: Probleme - Bedingungen - Konzepte (in Vorbereitung).

Nationalstaaten des ehemaligen Jugoslawiens, sondern auch der "Kristallisationspunkt" der regierenden Parteien. Manche Parteien postulieren in ihren politischen Programmen: Wir sind die Partei der Rettung der Nation, und die drüben, das ist das Lager der Zerstörung des Vaterlandes.

Unsere Forschungen zeigen, daß sich hinter den ideologischen und politischen Kulissen aller Parteien in den Nationalstaaten des ehemaligen Jugoslawiens nationalistische Projekte verstecken. Sogar in Slowenien zeigt sich eine Revitalisierung der Nationalgefühle. Die Slowenen fühlen sich noch immer bedroht in ihrem Nationalwesen. Darum zeigt sich bei einigen politischen Parteien extremer Nationalismus.

Es besteht ein soziopsychologischer Faktor der kollektiven Angst: Angst vor dem "Tod" der Nation, vor Verlust oder Schwächung der nationalen Identität. Die Angst vor ethnischem "Verfall" ist in historischen Ereignissen begründet. Die Untersuchungsergebnisse zeigen uns, daß z.B. die Slowenen dem nationalen Stolz einen hohen Wert zuschrieben. Die schlechten Erfahrungen der "Sklaven-Tage" historischer Epochen sind im slowenischen Volk tief verwurzelt. Während des Zweiten Weltkrieges war es besonders schwierig, als die Nazis versuchten, Slowenien von der Landkarte Europas wegzuwischen. Damals wurde der Nationalismus als Patriotismus betrachtet. Die Mehrheit der Slowenen war bereit, für ihre Heimat, für ihr Mutterland, ihre Kultur und Sprache auch ihr Leben zu geben. Es ist nicht verwunderlich, daß 81,1 % der Slowenen ein sehr positives Verhältnis zur Nation haben und nur 10,6 % eine neutrale Position einnehmen³.

Die Fragmentierung des europäischen politischen Raumes. Der Prozeß der Transformation in Europa zeigt sich auch durch Fragmentierung des politischen Raumes. Neben der Artikulation verschiedener traditioneller politischer Interessen zeigen sich nicht nur regionale politische Bewegungen und Parteien, sondern auch die Revitalisierung des Nationalismus und Neonazismus.

In den meisten Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens wurden halbdemokratische hybride Formen der parlamentarischen Demokratie, aber auch neue Formen des alten politischen Monismus entwickelt. Wir können von zwei Polen eines Kontinuums der politischen Organisation sprechen: auf dem einen treten autoritäre Formen auf, die durch die Usurpierung der Macht, durch Despotismus der neuen Führer gekennzeichnet sind. Auf dem Gegenpol befinden sich demokratische Formen, die von Repräsentanten der partizipativen Demokratie und der Konsensdemokratie eingeführt wurden. Diese ambivalente politische Situation hat niedrigste Methoden des politi-

³ Toš, N., Die slowenische öffentliche Meinung, FDV, Ljubljana 1993.

schen Kampfes ausgelöst. Die neuen populistischen Politiker zeigen keine moralischen Werte mehr; sie meinen, alles ist erlaubt im Kampfe um die Macht. Es besteht die Gefahr, daß ein Modell der populistischen Autokratie implementiert wurde.

Im rechten Spektrum des slowenischen politischen Raumes befinden sich Parteien mit einem ausgesprochen nationalistischen Programm, z.B. der National-soziale Bund Sloweniens, der Schirinowski eingeladen hat, nach Slowenien zu kommen.

Die innere politische Entwicklung in Kroatien ist noch immer nicht authentisch pluralistisch. HDZ, die politische Partei von Präsident Tudjman, hat nach dem Sieg bei den zweiten Wahlen im Jahre 1992 das Staatsmonopol der Partei beibehalten. Die HDZ hat sich als eine national orientierte Partei zu einem eigenartigen Parteimonolithen entwickelt. Der Präsident der Republik behielt in Wirklichkeit die vollständige Vollzugsmacht sowie den Militäroberbefehl ganz in seinen Händen.

Die Wahlen in Serbien haben gezeigt, daß das serbische Volk von einer schweren politischen und sozialen Krise erschüttert ist. Präsident Milošević hat bei den Wahlen im Dezember 1993 nicht die absolute Mehrheit erlangt, die Opposition ist stärker geworden (auch die ultranationalistische Šešelji-Partei). Die Resultate der Wahlen zeigen, daß der große Sieger nicht der Sozialist Milošević und auch nicht der Demokrat Drašković war, sondern der extreme Nationalismus und die Vision eines Groß-Serbien, ein historischer Drang, einen mächtigen Nationalstaat auf dem Balkan zu schaffen.

Der moslemische Führer Izetbegović verkündete am 6. April 1992 die Souveränität seines Staates, was die bewußte Entscheidung für einen totalen Krieg ohne Sieger bedeutete. Die islamische Welt fordert den heiligen Krieg (Djihad), um auf dem Balkan einen fundamentalistischen Staat zu organisieren.

Die Macht und Domination in föderativen Gemeinschaften

Europa ist ein Mosaik, aus verschiedenen "Modellen" der Geschichte, aus verschiedenen Zivilisationen und Kulturen, Nationen und Religionen zusammengesetzt. Die europäischen Völker hatten imperiale historische Erfahrungen, die noch heute die politischen, sozialen und kulturellen Verschiedenheiten prägen. Die Ungleichzeitigkeit der Prozesse in Osteuropa ist aus einer historischen Perspektive sehr gravierend. Es geht darum, ob "die postkommunistische Wende dazu führt, daß diese Gesellschaften ihre historische Verspätung einholen. Dieser Anschluß an das europäische Zentrum setzt voraus, daß Aufgaben bewältigt

werden..., die bei den westeuropäischen Gesellschaften mehrere Jahrhunderte beansprucht haben"⁴.

In Europa existiert nicht nur die westliche Zivilisation, sondern auch slawisch-orthodoxe und westlich-orthodoxe, islamische (türkische, bosnische, arabische) und andere Zivilisationen. Die westliche Zivilisation hat zwei Hauptvarianten: eine europäische und eine nordamerikanische⁵. In Europa können wir verschiedene Differenzen zwischen englischen und deutschen, italienischen und französischen Kulturkreisen, zwischen slowenischen, kroatischen und serbischen Kulturen entdecken⁶.

Eine interkulturelle Kommunikation mit latenten politisch-ökonomischen und kulturellen Konfliktbeziehungen kommt auch in Spanien (Katalonien), Kanada (Quebec) und anderswo vor. Die interkulturelle Kommunikation im Rahmen der Staaten findet zwischen einem dominanten Volk und untergeordneten ethnischen Minderheiten oder Einwanderergruppen statt (Minderheiten in Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn, Kroatien, Serbien und anderswo).

Die dominierenden ethnischen Gruppen haben einen höheren Sozialstatus, eine größere vertikale Mobilität. Die Eliten von dominierenden Völkern stehen im Zentrum des politischen Entscheidens, verfügen über das Gros an Informationen und Kommunikationssystemen. Dominierende Völker sind oft auch aggressive "Träger" ihrer "Superkultur" in anthropologischem Sinn. Große Völker sind nicht nur führend in der Produktion und Wissenschaft, sie dominieren auch in den Kommunikationsarten. Mit der dominierenden Sprache kommunizieren sie ihre Macht, ihre Herrschaft, ihre kulturelle "Superiorität".

Solche herrschaftliche Kommunikation der großen Völker kann als offizielle Kommunikation der staatlichen bürokratischen Eliten die Oberhand gewinnen - insbesondere innerhalb der Föderationen. Einige Nationen erklären ihre nationalen Interessen sehr gern zu gesellschaftlichen oder sogar europäischen Interessen. Mit solcher "Interessenpolitisierung" machen sie ihre Macht und Domination in der föderativen Gemeinschaft geltend.

Die interkulturelle Kommunikation ist eine Form des interkulturellen Konflikts. Konflikte erwachsen aus gegensätzlichen Konfliktzielen, die in Kulturdifferenzen verwurzelt sind. Konflikte werden deshalb als Gefährdung der eigenen Kulturidentität perzipiert. Solche Konflikte kommen besonders in Situationen auf, die Besorgnis und Furcht oder aggressives Verhalten "produzieren". Als aggressiv können wir "jene

⁴ Márkus, G.G., Politische Konfliktlinien und Legitimation in Ostmitteleuropa - der Fall Ungarn, Wien 1994, S. 1.

⁵ Huntington, S.P., Die Zeit, S. 28, zit. in: Delo, Sobotna priloga, 28.8.1993.

⁶ Južnič, S., Identiteta, FDV, Ljubljana 1993.

Verhaltensweisen definieren, durch die Menschen (oder Tiere) gegen den Widerstand anderer ihre Interessen durchsetzen, also Dominanz zu erwirken trachten. Dabei wird Aggression instrumental in sehr verschiedenen Funktionszusammenhängen eingesetzt, um Zutritt zu Ressourcen zu erzwingen, Rivalen abzuschlagen und anderes mehr"⁷.

Konflikte werden durch die Beschränkung in Gütern und Belohnungen, durch die soziale Lage verschiedener Völker verursacht. Die ökonomischen und politischen Widersprüche moderner Gesellschaften sind auch heute einer der Hauptgründe für Konflikte zwischen Völkern in Europa und auch im Rahmen der Europäischen Union. Diese Konflikte werden zusätzlich noch durch den Ethnozentrismus und die Stereotypbildung gesteigert.

Das politische Selbstkonzept der Bürger

Der politische Pluralismus entsteht in allen Gesellschaften, in denen ein Minimum an grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen für eine "Demokratie für eine größere Zahl von Menschen" erfüllt ist. Darum entwickelt sich der Pluralismus in Richtung einer partizipativen Demokratie⁸.

Der Föderalismus soll die Freiheit des Individuums mit der Gruppe in Einklang bringen. Der Mensch ist als Individuum frei, wenn er sich auch in seiner Gruppe, d.h. Familie, Gemeinde und Kulturgemeinschaft, entfalten kann. Vertikale Aufteilung der Macht ist Voraussetzung, um die Autonomie und Selbstverwaltung der Gruppen zu sichern⁹.

In einem europäischen föderalistischen Staatswesen läßt sich nur eine begrenzte Autonomie verwirklichen. Die selbstverwaltende Gemeinde muß einen Teil ihrer Kompetenzen der Region übergeben, diese dem Nationalstaat und der wiederum der Europäischen Union.

Das Wesen des Pluralismus ist, daß die politische Macht demonopolisiert und beschränkt wird. Der Föderalismus wurde als demokratisches Paradigma im Gegensatz zu monistischen Staats-, Macht- und Herrschaftskonzeptionen aufgefaßt. Ist in einem großen Koloß der Europäischen Union eine "Desakralisierung" der politischen Machthaber überhaupt möglich?

Die fortschreitende Einbindung in die europäischen Prozesse, "in das Integrationsgefüge der westlichen Mächte und die damit verbundene

⁷ Eibl-Eibesfeldt, Die Biologie des menschlichen Verhaltens, Grundriß der Humanethologie, 1986, S. 470.

⁸ Vreg, F., Geburtswehen einer Nation, in: P. Gerlich u.a. (Hrsg.), Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa, 1992, S. 277.

⁹ Fleiner-Gerster, T., Acht Thesen zur Aktualität des Föderalismus als Ordnungs-, Integrations- und Konfliktlösungsmodell, DIF, 1993, S. 10.

Dependenz manifestiert sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch"¹⁰. Der politische Diskurs der Elite ist nicht darauf ausgerichtet, was die meisten Bürger wirklich beschäftigt und bewegt. Darum ist die Politikverdrossenheit in West- und besonders in Ost-Europa nicht nur auf die Unzufriedenheit und Enttäuschung mit den materiellen Lebensumständen zurückzuführen. Die allgemein empfundenen Gefühle der Unsicherheit und Ohnmacht lösen Skepsis gegenüber dem Modell der Europäischen Union aus.

Untersuchungen der politischen Situationen in Ost- und Süd-Europa zeigen, daß das System der "Neuen Demokratie" die Erwartungen der Menschen nicht erfüllte. Charakteristisch für das politische Selbstkonzept der Bürger ist "ein verbreitetes Gefühl politischer Machtlosigkeit, Resignation und Kritik an den politischen Autoritäten, die als elitär abgeschottet, egoistisch und bürgerfern erlebt werden. Rund achtzig Prozent der Bürger (...) glauben, auf Regierungsentscheidungen keinerlei Einfluß zu haben und gehen davon aus, daß Parteien, Politiker und Abgeordnete nur am wahlpolitischen Erfolg, der Stimmenmaximierung und der Verfolgung egoistischer Interessen interessiert wären"¹¹.

Aber auch die Regierungen in Westeuropa sind nicht in der Lage, eine konsistente Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln. Heute bestimmen Anomie, Apathie, Resignation und subjektive Ohnmachtsgefühle das politisch-psychologische Klima in den meisten europäischen Staaten.

Untersuchungen der öffentlichen Meinung zeigen uns, daß in der Öffentlichkeit eine quasi-öffentliche, institutionelle Meinung existiert und dominiert. Diese formalen, institutionellen Meinungen lassen sich auf politische und staatliche Institutionen zurückführen. Sie sind offizielle Verlautbarungen, Reden, Erklärungen der staatlichen Eliten in Kabinetten, Regierungskommissionen, Parlamentsausschüssen, Parteivorständen und anderen Institutionen. Zwischen beiden Bereichen, den Bürgern und den Institutionen, besteht eine über die Massenmedien geleitete Verbindung durch eine manipulativ entfaltende Publizität. Aber eine authentische öffentliche Meinung kann sich nur in dem Maße herstellen, "in dem die beiden Kommunikationsbereiche durch jene andere, die kritische Publizität, vermittelt werden"¹².

Die Architekten der Europäischen Union müssen in Betracht ziehen, daß der Mensch als Individuum in funktionalen Gruppen lebt. Zu den Persönlichkeitsstrukturen rechnen wir alle Motive und Fertigkeiten, die

¹⁰ Vgl. Márkus, a.a.O.

¹¹ Plasser, F./Ullrich, P.A., Zwischen Desillusionierung und Konsolidierung, in: P. Gerlich u.a. (Hrsg.), Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa, 1992, S. 18.

¹² Habermas, J., Strukturwandel der Öffentlichkeit, 1962, S.268.

ein Subjekt dazu befähigen, zu handeln und dabei die eigene Identität zu sichern. Die Gesellschaft muß man auch als symbolisch strukturierte Lebenswelt betrachten. "Die Komponenten der Lebenswelt - Kultur, Gesellschaft und Persönlichkeitsstrukturen - bilden nun komplexe Sinnzusammenhänge, die miteinander kommunizieren, obgleich sie in verschiedenen Substraten verkörpert sind"¹³. Mit dem Paradigma der Lebenswelt versuchte Habermas, die Handlungstheorie (Lebenswelt reproduziert sich nur über kommunikatives Handeln) mit den Grundbegriffen der Systemtheorie (die Umwelt, die Ökonomie, der Staat usw.) zusammenzuführen. Das Paradigma der föderalistischen Europäischen Union müssen wir deshalb als eine Realität von Sozial- und Systemintegration betrachten.

Die innerstaatlichen und die internationalen Bedingungen

Die innerstaatlichen Konflikte. Betrachtet man den Föderalismus als "ein Strukturprinzip sowohl der Staats- als auch der Staatenverfassung, so hat er eine innerstaatliche und eine staatsübergreifende internationale Seite"¹⁴. Die innerstaatlichen Bedingungen jeder föderalistischen Staatskonzeption sind die Anerkennung der Menschenrechte, der soziale Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, der Ausgleich zwischen den entwickelten Industriezentren und den zurückgebliebenen Randgebieten, zwischen West- und Ostgebieten. Dazu gehören die Fragen der Herstellung gleichwertiger Lebensqualität, die Probleme mit nationalen und ethnischen Minderheiten, mit Ausländern und Flüchtlingen.

Alle südeuropäischen Länder sind kaum imstande, die politische, nationale, wirtschaftliche und soziale Lage zu stabilisieren. Die wirtschaftliche Rezession hat sich verschärft. Infolge der Rezession erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen. Die Transformationsprozesse sind mit schweren sozialen und politischen Konflikten beladen. Mit allen diesen Problemen sind bereits die Grenzen der innerstaatlichen Bedingungen überschritten. Rezession, soziale Probleme, Arbeitslosigkeit, Flüchtlinge und Fremdenhaß, Nationalismus und Partikularismus sind internationale Probleme geworden. Es ist eine Voraussetzung, daß die föderalistische Staatskonzeption diese Probleme lösen kann.

Die turbulente Umwelt und die Interessensphären der Großmächte. Die Geschichte der internationalen Beziehungen lehrt uns auch, daß die internationale Ordnung samt kollektiver Sicherheit nur dann funktioniert, wenn man die Prozesse der Demokratisierung und der Emanzipation, besonders aber ein rationales Modell friedlicher Konfliktlösung

¹³ Habermas, J., *Nachmetaphysisches Denken*, 1988, S. 98.

¹⁴ Schneider, H.-P., *Aufgaben und Perspektiven deutscher und europäischer Federalismusforschung*, DIF, 1993, S. 14.

akzeptiert. Der Ost/West-Konflikt, der fast ein Jahrhundert die Großmächte und Europa geteilt hat, ist heute pazifiziert worden. Aber offen bleibt die Frage, ob die Großmächte ihre Einflußmöglichkeiten nur innerhalb ihrer Interessensphären ausnützen werden oder ob es zu einer neuen Teilung der Interessensphären kommen wird. Und sind die internationalen Organisationen und die Europäische Union in der Lage, regionale Konflikte und Bürgerkriege zu beenden?

Die jugoslawische Föderation hatte bei ihrem Entstehen eine sehr turbulente Umwelt: es drohten Auseinandersetzungen mit amerikanischen und englischen alliierten Kräften, später wurde sie von sowjetischen Panzern und dem Warschauer Pakt bedroht. Mit anderen Worten: die jugoslawische Föderation war von außen gefährdet und dieses Gefühl vermochte die jugoslawischen Völker für fast zwei Jahrzehnte zusammenzuschweißen. In den 80er Jahren führten geschichtliche Prozesse in Europa eine Verringerung der Spannung und der äußeren Gefährdung herbei.

Die verbindenden Elemente der multinationalen Föderation verschwanden allmählich; Jugoslawien war nicht mehr von außen gefährdet. Weder ein politisches oder ein nationales Interesse für die alte Föderation war gegeben. Die Frage ist aber, ob die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens wegen des Krieges schon wieder auch von außen gefährdet sind?

Chancen der Europäisierung in Südosteuropa

Mit Rücksicht auf schlechte Erfahrungen mit der Föderation im ehemaligen Jugoslawien möchte ich zum Schluß auf folgende Probleme hinweisen: Die politische Kommunikation in Europa ist ein Aufeinandertreffen von Völkern mit unterschiedlichen Kulturtraditionen, ökonomischen und politischen Entwicklungsstufen, unterschiedlichen Sprachen, Kunstschöpfungen und Religionen, Ideologien und Werten. Darum kann die jetzige West-Europäische Union als Kern der entstehenden Gemeinschaft nur eine nationalstaatliche Struktur haben. Eine authentische Europäische Union kann nur als multikulturelle, vielfältige Einheit, als ein polyzentrischer kooperativer Bund von souveränen Staaten, Gruppen von Staaten und Konföderationen existieren. Die Vereinigten Staaten von Europa kann es nicht geben und die Europäische Union kann nicht ein Großstaat sein.

In Europa besteht ein Mißtrauen gegen eine bürokratisierte staatliche Zentralinstanz, gegen die Machtkonzentration der dominierenden Eliten in neuen Organisationsmodellen der Europäischen Union. Ein solcher uniformer Koloß kann sich bald in einen autoritären zentralistischen Suprastaat entwickeln.

Das zentralistische Mehrheitprinzip kann nicht ein Prinzip des Föderalismus sein. Jedes Mitglied der europäischen Gemeinschaft sollte

gleichberechtigt und unabhängig von seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl an der europäischen Willensbildung partizipieren. Leider ist das eine Utopie, weil der Wille und die Macht eines dominanten Nationalstaats nicht vergleichbar ist mit dem Willen und der Macht eines kleinen Volkes.

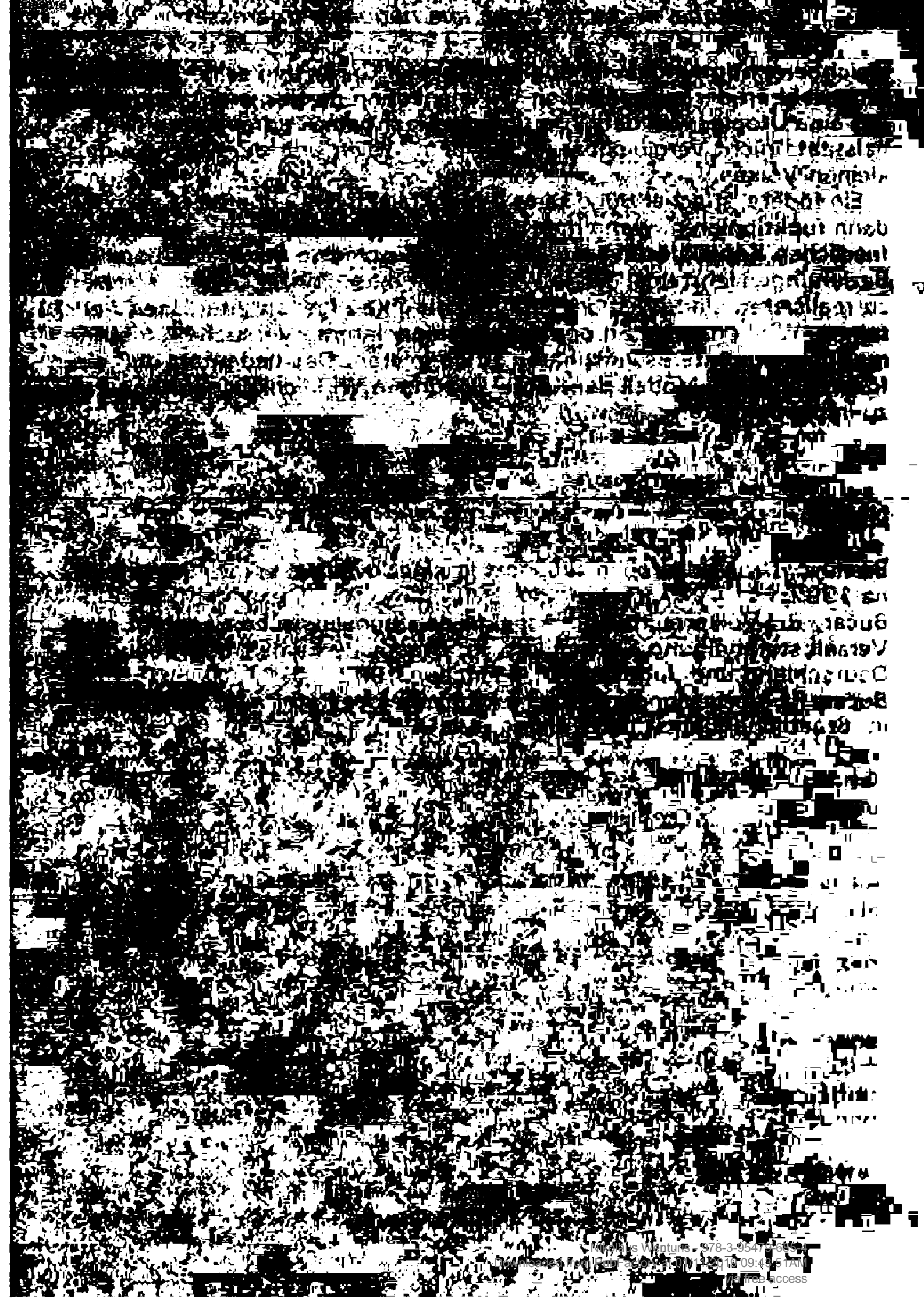
Ein föderalistischer Bund samt seiner kollektiven Sicherheit kann nur dann funktionieren, wenn man die Prozesse der Demokratisierung und friedlichen Konfliktlösung akzeptiert. Die Geschichte der internationalen Beziehungen lehrt uns, daß in Wirklichkeit diese Prinzipien sehr schwer zu realisieren sind, weil die Großmächte ihre eigenen Interessen verfolgen. Wir können in Europa schon wieder latente Versuche registrieren, um neue Interessensphären zu definieren. Das bedeutet, daß ein föderalistisches Modell der Konfliktlösung in Wirklichkeit sehr schwer zu implementieren sein wird.

Literatur:

Bilandjić, D., *Mednarodna skupnost in jugoslovensko vprašanje*, Ljubljana 1992.

Bučar, B., *Völkerrechtliche Aspekte der jugoslawischen Reform und Verselbstständigung Sloweniens*, in: *Staatliche Einheit und Teilung - Deutschland und Jugoslawien*, München 1992.

Bučar, F., *Verfassungsrechtliche Probleme der Reform Jugoslawiens*, in: *Staatliche Einheit und Teilung*, a.a.O.



JEROEN VIS

Subsidiarität, Kommunitarismus und der Ausbau föderalerer Strukturen in Europa

Europa befindet sich nach der Ratifizierung der Maastrichter Verträge offenbar in einer Atempause. Die Erweiterung der Europäischen Union, wie sie jetzt heißt, um die skandinavischen Staaten und Österreich wird durchgeführt, ohne daß deutlich ist, wie die Zukunft der Union, diese 'immer größere Einheit', aussehen wird und was mit dieser Einheit gemeint ist. In der Wirtschaftskrise verblasen Ideale bald. Jedes Land ist damit beschäftigt, den Versorgungsstaat umzubauen. Bleibt vom Ideal Europa nur eine bürokratische Superstruktur übrig? Eine Union des freien Marktes, die als Fort Europa dem Osten und dem Süden geschlossen gegenübersteht?

Mittel- und Ost-Europa befinden sich in einem ganz anderen Prozeß. Im besten Falle gibt es einen mühsamen Aufbau der Wirtschaften, aber auch politische Unruhen, manchmal Spaltungen der ehemaligen Nationalstaaten und meistens fehlt es an einer vertrauenswürdigen politischen Kultur; im schlimmsten Falle gibt es ethnische Kriege. Die Versuche, beim Westen Gehör zu finden, scheinen vorläufig unfruchtbar und ohne Resultat. Es scheint nur noch die Wahl zwischen erneut autoritären Staatsformen oder dauernder Instabilität zu geben, was am Ende das gleiche ist. Inzwischen setzt sich mit der Vernichtung der alten Strukturen ungehemmt eine freie Marktwirtschaft durch mit den zugehörigen Werten oder ihrem Mangel daran.

In einer kleinen theoretischen Besinnung werde ich versuchen zu belegen, daß andere Möglichkeiten - für West und Ost - exploriert werden müssen. Diese Möglichkeiten fasse ich vorläufig zusammen als kommunitäre Möglichkeiten. Aus mehreren Gründen verdienen sie Beachtung. Nicht nur zwischen Staaten und Regionen soll es neue Formen der Integration geben, sondern auch innerhalb der Gesellschaften. Im ersten Teil werde ich aus der Erfahrung der niederländischen Geschichte einen Beitrag liefern, im zweiten Teil auf einige amerikanische Autoren eingehen. Von hieraus läßt sich kurz eine Perspektive für eine föderalistische Betrachtung entwickeln.

1. Die Einheit Europas konstruieren. Mit welchem Begriff der Einheit?
 Wenn über die Einheit Europas gesprochen wird, ist es immer wichtig, sich bewußt zu sein, daß sehr viel davon abhängt, wie man diese Einheit denkt, auch und vor allem, wenn man sagt, daß die Einheit immer größer werden soll. Der Begriff Subsidiarität wird angeführt um zu demonstrieren, daß die europäische Einheit nicht absolut verstanden werden muß. Aber was ist damit gemeint?

Sehr oft wird eine staatliche Einheit nach dem Modell der *societas perfecta* verstanden, als eine Gesellschaft, in der jedes Teil organisch verbunden ist, die gekennzeichnet ist durch innere Einheit, Führung und institutionalisierte Gliederung und klar unterschieden von jeder anderen *societas*. Der Vater dieser Theorie ist der kontrareformatorische Theologe Robertus Bellarminus. Sowohl die Kirche als auch der Staat sind bei ihm nach diesem Modell strukturiert¹. Auch wenn die *societas perfecta* verbunden wird mit dem Begriff der Subsidiarität, mit dem das Verhältnis zwischen den verschiedenen Ebenen angedeutet wird, steckt noch immer die Idee der organischen Einheit dahinter, die es ermöglicht, die verschiedenen Stufen als Teil eines Ganzen zu betrachten. Nur das Ganze wäre berechtigt, für das Gemeinwohl einzutreten. Jedes einzelne Teil, jede einzelne Gemeinschaft, ist im voraus dazu bestimmt, nur partikulare Interessen anzustreben und muß darum korporativ eingegliedert werden in das große Ganze.

Diese Auffassung der Subsidiarität in der *societas perfecta* interpretiert die Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Gesetzgebung der niederen Verbände immer als sekundär. Wenn die Einheit Europas nach dem Modell dieser Einheit gedacht wird, handelt es sich um einen dezentralen Einheitsstaat, sogar nach dem Bellarminischen und auch dem Napoleonischen Modell, der nicht weniger zentralistisch und autoritär wird, wenn er sich in immer kleinere Strukturen unterteilt bzw. sich in immer größeren Verbänden auflöst.

Die so verstandene Subsidiarität hängt auch zusammen mit einer technischen Auffassung der Dezentralisierung. Mit modernen Finanz- und Lenkungstechniken kann man immer weitgehender vom Prozeß der Ausführung abstrahieren. Nur die Rahmenbedingungen werden festgelegt. Die unteren Verwaltungsebenen haben dann ihre sog. Freiheit bei der Ausführung. Sowohl Zielsetzung als auch Mittel sind aber festgeschrieben. Und auf jeder Ebene wiederholt sich diese Struktur. Die Rahmenbedingungen und die Mittel stehen fest, nur die Pro-

¹ Bellarminus, *De Controversiis*, II, 3.2: *De definitione Ecclesiae*, Napoli 1857, II, p. 75. Auch die Kirche ist monarchisch strukturiert. Nicht umsonst wird der Papst in dem Auftrag des Buches *De Controversiis* angeredet als *Summus Theologus*: der höchste Theologe. Auch die Theologie ist hier eingegliedert.

dukte sollen noch geliefert werden. Ich halte diese Auffassung für eine vertikale Auffassung der Subsidiarität und darüber hinaus für eine, die sehr leicht zu einer Technik der effizienten Verwaltung wird. Jede Dezentralisierung ist dann für eine zentrale Gewalt nur ein Mittel, um sich durchzusetzen.

In den Niederlanden gibt es seit König Louis Napoleon (dem Bruder Napoleons), seit 1805, diesen dezentralen Einheitsstaat: der Einheitsstaat ist gegliedert in Provinzen und Gemeinden und hat an jeder Stelle seine direkt ernannten Repräsentanten des Königs. Die zuvor existierende föderale Struktur mit autonomen Provinzen und Städten - daher die Vereinigten Provinzen - wurde von Napoleon zerstört.

Sehr häufig sieht man, wenn Probleme als unlösbar qualifiziert werden, daß sie als Aufgaben den Provinzen und Gemeinden zugeschoben werden. Dezentralisierung der Ausführung jedwelcher Aufgaben, oft verbunden mit einer Zentralisierung anderer Art, und mit eingeschränkten finanziellen Mitteln. In den Niederlanden ist gerade diese Form der Dezentralisierung in Mode. Hängt das mit diesem französischen Geiste zusammen oder ist es nur eine bequeme Lösung?

Subsidiarität und Staatszentrismus schließen einander in der Idee der *societas perfecta* nicht aus. Zur Vermeidung des Absolutismus ist eine Modifizierung des Begriffs Subsidiarität notwendig. Nicht im Gegensatz, sondern als Korrektur dieser nur vertikalen Auffassung von Subsidiarität steht der Begriff der Subsidiarität als das horizontale Nebeneinander der verschiedenen Verbände². Staat und Gesellschaft sind nicht aufeinander zurückzuführen, sie stehen nicht in einem hierarchischen Verhältnis zueinander.

Für die Katholiken im 19. Jahrhundert - vertraut mit dem Begriff der *subsidiaritas* - wurde die Relativierung der Staatsallmacht in dem Übergewicht gesucht, das die Kirche als geistliche Macht über den Staat haben würde. Damit wurde der moralische Kontext für das Staatshandeln geschaffen. Deutlich ist, daß sich im katholischen Denken seit den 50er Jahren und namentlich im Zweiten Vatikanischen Konzil manches geändert hat. Jacques Maritain kann hier als Beispiel für die Erneuerung des katholischen Denkens genommen werden. Nicht nur Kirche und Staat, auch Staat und Gesellschaft haben nach seiner Auffassung kein hierarchisches Verhältnis. Sie existieren mit eigenem Recht nebeneinander.

In der niederländischen kalvinistischen Philosophie hat man sich seine eigenen Gedanken über den Napoleonischen Staat gemacht, mit einem leicht fehlzuverstehenden Wort: mit Souveränität im eigenen

² Ich entnehme den Begriff der horizontalen Subsidiarität A. Oostlander, *Horizontale subsidiariteit*, in: *Christen Democratische Verkenningen* 1992, pp. 367 ff.

Kreise meinte man, dem Staatsabsolutismus Grenzen setzen zu können. Historisch entstammt der Begriff Souveränität der Reformatorischen Kirche, und sie war von Anfang an gegen die Ideen der Französischen Revolution gerichtet. Bei Abraham Kuyper (1837-1920), Staatsmann und Theologe, genannt "Der Gewaltige", steht dieser Begriff im Zentrum seiner sozialen Philosophie. Die kalvinistische Philosophie der Gesetzesidee, mit der der Name von H. Dooyeweerd (1894-1977) verbunden ist, hat in der gleichen Inspiration die unterschiedlichen Sphären mit ihrem eigenen, sie beherrschenden Gesetz zum Ausgangspunkt.

Mit Souveränität ist natürlich nicht die 'Volkssouveränität' oder die absolute Autonomie gemeint. Für die Calvinisten, die alles als Gnade betrachten, ist das auch nicht vorstellbar. Es wird sogar das Gegenteil gemeint. Es handelt sich um die Souveränität jeder individuellen Sphäre dem Staat und anderen Sphären gegenüber. Der Begriff betont die Nichtherleitbarkeit der besonderen Gemeinschaften und Verbände vom Staate her. Nicht jede Organisation soll wie ein Teil eines größeren Ganzen verstanden werden. Weil jedes Individuum und jede individuelle Organisation aus sich heraus auf die Realisierung der Wahrheit, auf Gottes Gesetz gerichtet ist, ist sie auch darin nicht abhängig, sondern souverän. Es gibt keine vorhergehende Einheit, aus der sie abgeleitet werden könnte. Als Gegengewicht gegen jeden Staatsabsolutismus wird von Kuyper die Autonomie der Sphären gegeneinander betont, nicht die hierarchische Unterordnung der einen unter die andere.

Die Souveränität war ein wichtiger Begriff für die niederländischen Calvinisten, um damit ihre eigenen Organisationen, ihre staatsfreien Sphären zu bewahren, zu rechtfertigen und zu schaffen. Sie war das Streitwort, das die Massen mobilisierte. Der niederländische Schulstreit (wie er heute noch in Frankreich existiert) wurde 1917 gelöst. Die eigene Verwaltung der katholischen und protestantischen Schulen mit öffentlichen Mitteln ist seitdem möglich - aus liberaler Sicht traditionell und noch immer sehr umstritten. Bis heute ist es eine wichtige Diskussion. Was heute in Frankreich noch als *l'état laïque* gefeiert wird (*liberté, égalité, laïcité*), für die Hunderttausende aus allen Départements begeistert demonstrieren, ist in Holland schon seit 1917 altmodisch und überwunden.

Theoretisch und im Rahmen unserer Betrachtung ist wichtig: das Verhältnis Staat und Gesellschaft ist in dieser Auffassung nicht mehr das Ganze und die Teile, sondern beide sind da mit eigenem Auftrag. Ich sehe hierin auch den Kern von dem, was auch im Kommunitarismus gemeint ist. Die eigene Gemeinschaft ist genauso ursprünglich in ihrer Konsensusbildung wie jede andere; es gibt keine vorhergehende Einheit, die Gemeinschaften zu einem Ganzen verbindet. Dieser Gedanke ist also wieder sehr aktuell. Es heißt, daß Entscheidungen nicht

einfach von oben nach unten durchgeschoben werden können. Es handelt sich um eine multipolare Wirklichkeit. Neben den vertikalen Strukturen gibt es noch horizontale Strukturen. Es gilt, für die Einheit Europas die Strukturen auszuarbeiten, in denen diese Multipolarität zum Ausdruck kommt.

2. *Kommunitarismus*

Einige amerikanische Philosophen, u.a. Alasdair MacIntyre³, Christopher Lasch, Robert Bellah und sein Team⁴, haben seit den 70er Jahren Positionen vertreten, die man als Kommunitarismus zusammenfaßt. Die Probleme des Staatsabsolutismus sind in den Vereinigten Staaten nur als Schreckensbild bekannt. Die Amerikanische Revolution hat bekanntlich keinen Napoleon hervorgebracht. Civil society brauchte hier nicht gegen Tyrannen und Staatsabsolutismus verteidigt zu werden. Weit mehr erfahren diese Denker die Überbetonung oder sogar immer mehr die exklusive Betonung der wirtschaftlichen Dimension als Bedrohung: die ungehemmte Verbreitung einer Kultur ohne Tugenden, ohne verbindende Werte, ohne Solidarität. Der Kommunitarismus ist von ganz anderer Seite her eine Kulturkritik, die doch wesentlich mit der Kritik der technisch aufgefaßten Subsidiarität zusammenhängt.

Man wird sich bewußt, daß eine nur kommerzielle Kultur keine inhaltliche Orientierung erkennt. Wenn nur die Marktkräfte die Bedingungen schaffen, unter denen das Leben sich vollzieht, wird daraus bald eine eindimensionale Diktatur des Marktes. Die inhaltliche Orientierung und die Werte entnehmen wir der Welt des Glaubens, wie sie konkret erlebt und ausgeübt werden in der community. Robert Bellah hat den Begriff Civil Religion verbunden mit einer Kulturkritik. Liberale Theorien, wie die von J. Rawls⁵ und Robert Nozick⁶, heben theoretisch die isolierte rationale Entscheidung so hervor, daß die kommunitive Dimension nicht mehr vorhanden ist oder als rein arbiträr gilt. Diese moderne Version der Kontrakttheorien, die die gesellschaftlichen Strukturen als zufällige Produkte der Geschichte sehen und nicht als historisch entwickelte und erarbeitete Systeme des moralischen Konsensus, sind in keiner Weise kulturkritisch.

Das Thema ist überaus wichtig. Nicht umsonst lautet das Thema eines Kongresses an der Freien Universität Amsterdam im kommenden Monat Mai: Finding the balance: Government and NGO's (Non-Governmental Organisations). Nicht umsonst ist in der politischen Theorie

³ Alasdair MacIntyre, *After Virtue*, New York 1980.

⁴ Robert N. Bellah (u.a.), *The Good Society*, New York 1991.

⁵ John Rawls, *The principle of justice*, Cambridge 1971.

⁶ Robert Nozick, *Anarchy, State, Utopia*, Oxford 1974.

jetzt wieder ein Thema: wie und wodurch soll das Gleichgewicht zwischen Government und sog. NGO's gefunden werden? Die Voraussetzung ist jedenfalls, daß es so etwas wie NGO's gibt, mit denen der Staat ins Gleichgewicht kommen könnte. Damit ist schon viel gesagt.

Natürlich gibt es hier viele Probleme. Das wichtigste ist dieses: Wo ist die Entscheidungsgewalt, wer bestimmt, was jenseits des Vermögens der eigenen Gemeinschaft steht und was dem größeren Verband und was dem Staate zukommt? Bestimmt es die demokratisch legitimierte, zentrale Staatsgewalt, indem sie die Machtmittel monopolisiert? Oder bestimmt es die eigene Gemeinschaft, die sich ihrer Unzulänglichkeit, Probleme lösen zu können, bewußt wird und nach neuen Lösungen auf anderer Ebene sucht?

Es ist ein Problem, das m.E. theoretisch schwer zu lösen ist. In der Praxis wird es sich hier um eine beständige Weiterentwicklung handeln. Wir brauchen - Gott sei Dank - nicht zu tun, als ob die Welt noch eingerichtet werden müßte. Überall sind die Nationalstaaten noch da und haben durch ihre Bürokratie, zentrale Steuereinnahme und demokratische Legitimierung ein enormes Verwaltungspotential. Überall gibt es auch die NGO's, obwohl sie oft entweder verstaatlicht oder halbverstaatlicht sind, oder gegen den Staat als Interessenvertreter organisiert und so noch abhängig sind. Die Entwicklung eigener Rechtsmittel und eigener Gesetzgebung, die staatsfrei ist, wird meistens durch die Frage um demokratische Transparenz sehr gehemmt. Als ob der Staat der einzige wäre, der das Ideal der Polis, die Selbstverwaltung, garantieren könnte. Alles, was in dieser Richtung unternommen werden kann, verdient meiner Meinung nach Unterstützung⁷. Übrigens steht nicht nur die Unzulänglichkeit der NGO's dabei in Frage, sondern es kommt noch die Frage mit ins Spiel, wozu der Staat eigentlich da ist.

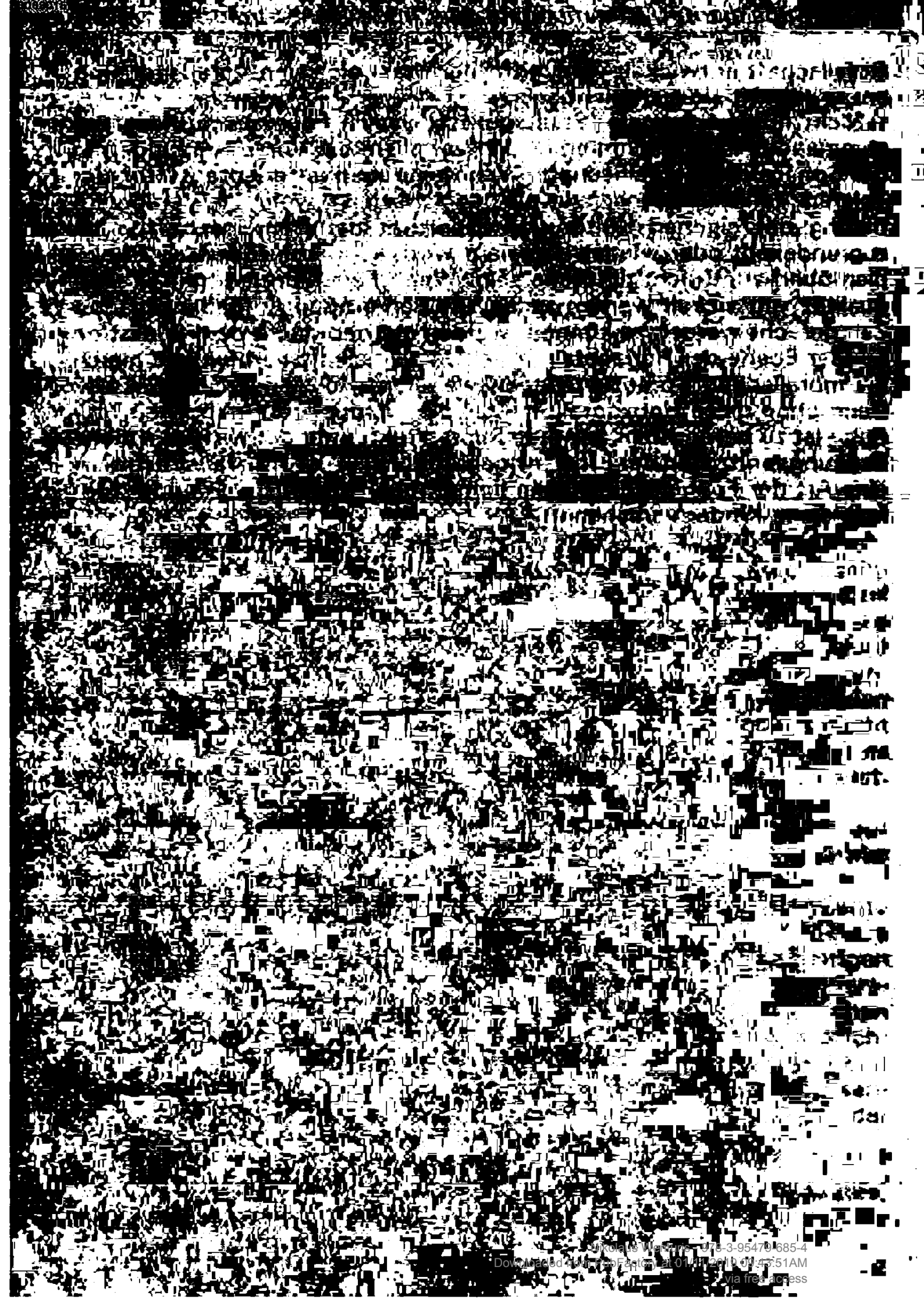
3. Wenn föderale Strukturen entwickelt werden sollen, müssen auf nicht-staatlicher und gesellschaftlicher Ebene die Prinzipien des Föderalismus erlebt werden

Ich verstehe Föderalismus in erster Linie als eine juridisch festgelegte Organisationsform zwischen Staaten und Ländern. Wer aber nur diese juridische Dimension beachtet, verliert wahrscheinlich einen wichtigen Teil der Möglichkeiten des föderalen Denkens aus dem Auge. Föderalismus ist nie im Sinne einer abstrakten Kontrakttheorie zwischen abstrakten Partnern gemeint, sondern als historisch konkrete Wirklichkeit der Anerkennung, der Zusammengehörigkeit und Zusammenarbeit mit anderen. Das geschieht auf der Basis eines moralischen Konsensus, der sich in der Geschichte entwickelt. Was auf der Ebene der

⁷ Vgl. J.P. Balkenende, *Overheidsregelgeving en maatschappelijke organisaties*, Alphen ad Rijn 1992.

Gesellschaft entwickelt wird, trifft der Staat als seine Voraussetzung an; er schafft sie sich nicht selbst.

Nicht nur die formale 'Staatsqualität' ist im Föderalismus das Bestimmende. Das Bestimmende sind vor allem die Voraussetzungen in der Sphäre der Gemeinschaft. Wenn eine konkret erlebte Kultur der Toleranz fehlt, ein Konsensus nie gewachsen ist, wenn die Verabsolutierung der eigenen Kultur und Ethnizität der Gemeinschaft noch zugrundeliegt oder wieder aufgelegt wird, kann von föderalen Prinzipien überhaupt nicht die Rede sein. Wenn neue Formen 'mit Staatsqualität' entwickelt werden sollen, um den großen Aufgaben unserer Zeit gerecht werden zu können, werden mit der Macht der Föderation auf der Ebene der Horizontalität der Gemeinschaftsverbände zugleich die moralischen Voraussetzungen weiterentwickelt werden müssen. Denn ohne diese Horizontalität - die die multipoläre Wirklichkeit umfaßt - ist zu befürchten, daß jede Suprastruktur nur auf wirtschaftliche Ordnungsprinzipien der Effizienz gegründet sein wird. Daraus resultiert eine Art der Freiheit, die als ein immer mehr totalitär werdender Moloch seine Kinder verschlingt.



CRISTIANA SENIGAGLIA

Drei mögliche Zugänge zum interkulturellen Verständnis

«Das Wissen müßte nicht bloßes Abbild und Nachbild eines schon außer ihm und unabhängig von ihm vorhandenen Seins sein und diesem Sein nachgehen, sondern es müßte vielmehr Vorbild sein eines Seins, und in sich selber den Grund eines solchen enthalten können, und so dem zu ihm gehörenden Sein vorangehen.» (J. G. Fichte, Über die Bestimmung des Gelehrten, Vorlesung von 1811)

Prämisse

Die europäische Vereinigung, über deren Art und Weise zur Zeit heftig diskutiert wird, ist nicht mehr ausschließlich ein politisches bzw. völkerrechtliches Problem. Das europäische Projekt, um in seiner vollständigen Tragweite effektiv zu werden, fordert einen viel erweiterteren Austausch und eine viel gründlichere Wechselwirkung, als wir uns bisher aufgrund der üblichen zwischenstaatlichen Verhältnisse vorzustellen vermochten. Wir finden uns weder einer bloßen internationalen Allianz noch einem rein ökonomischen Abkommen gegenüber, sondern es wird für uns die Möglichkeit eröffnet, eine andersartige gemeinschaftliche Lebensweise fortschreitend gestalten zu können. Der neue Weg, welcher eine radikale Veränderung der herkömmlichen Perspektive von uns verlangt, kann nicht nur auf eine rechtliche Dimension beschränkt werden, die jedoch die formalen Vorbedingungen für eine derartige Entwicklung unentbehrlicherweise aufstellt (und aufstellen muß); dieser auf den ersten Blick einfacheren Lösung stellt sich der Wille zur tieferen Verbindung zweifelsohne gegenüber. Es kann sich auch nicht um eine bloß politische Angelegenheit handeln, im Sinne, daß die jeweiligen politischen Behörden im Namen der Bevölkerungen und eigentlich an ihrer Stelle eine Entscheidung treffen. Wenn es etwa um eine radikale Veränderung geht, muß sie im Alltagsleben und zwar in der Gesellschaft stattfinden.

Als 'Gesellschaft' ist hier nicht nur der allgemeine Bereich der sozial-ökonomischen Verhältnisse zu verstehen, sondern *die Gesamtheit der intersubjektiven Beziehungen*. Mit den Worten Fichtes: "Gesellschaft nenne ich die Beziehung der vernünftigen Wesen aufeinander. Der Begriff der Gesellschaft ist nicht möglich, ohne die Voraussetzung, daß es vernünftige Wesen ausser uns wirklich gebe, und ohne charakteristische Merkmale, wodurch wir dieselben von allen andern Wesen unterscheiden können, die nicht vernünftig sind, und demnach nicht mit zur Gesellschaft gehören"¹. Die Gesellschaft bezeichnet auf diese Weise *zwischenmenschliche Beziehungen* unterschiedlicher Art, die sich innerhalb irgendeiner strukturierten Gemeinschaft unter den Mitgliedern ergeben können.

Es gibt aber zumindest zwei weitere Betrachtungen, die diese Behauptung Fichtes veranlaßt, welche eine genauere Bestimmung dieses gesellschaftlichen Bereiches hervorrufen.

(1) Die gesellschaftliche Dimension unterscheidet sich von der politischen, indem es sich hauptsächlich *nicht* um Herrschaftsverhältnisse handelt. Daß das Politische immerhin durch diese Bestimmung konnotiert wird, hat schon Max Weber ganz treffend hervorgehoben: "'Politik' würde für uns", sagt Weber, "also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt"², wobei der Staat als Inbegriff der legitimen Organisation der Machtverhältnisse qua politische Struktur gilt. Man kann vielleicht die Definition Webers teilweise widerrufen; schwieriger ist aber, die Machtkomponente der Politik zu bestreiten. Hingegen ist die gesellschaftliche Dimension im Sinne Fichtes vorwiegend an Beziehungen orientiert, die auf *stetiger Wechselwirkung* und *innerer Dynamik* beruhen. Um nochmals seine Worte zu erwähnen: "Der gesellschaftliche Trieb ... geht auf *Wechselwirkung, gegenseitige Einwirkung, gegenseitiges Geben und Nehmen, gegenseitiges Leiden und Thun*: nicht auf blosse Kausalität, nicht auf blosse Tätigkeit, wogegen der andere sich nur leidend zu verhalten hätte. Der Trieb geht darauf aus, freie *vernünftige* Wesen ausser uns zu finden, und mit ihnen in Gemeinschaft zu treten; er geht nicht auf *Subordination*, wie in der Körperwelt, sondern er geht auf *Koordination* aus"³.

¹ J. G. Fichte, *Über die Bestimmung des Gelehrten* (1794), in: Fichte-Gesamtausgabe, hrsg. von R. Lauth und H. Jacob, Stuttgart-Bad Cannstatt 1962 ff., I, 3, S. 34.

² M. Weber, *Politik als Beruf*, in: Max Weber. Gesamtausgabe, Tübingen 1984 ff., I, 17, S. 159.

³ *Über die Bestimmung des Gelehrten* (1794), a.a.O., S. 39.

(2) Die intersubjektiven Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft, indem sie weder bloß auf eine rein ökonomische Ebene reduziert werden noch nach einer Mechanisierung der Leistungen gerichtet sind, umfassen eine Dimension, die vielleicht nicht als völlig vernünftig (wie Fichte meint), aber immerhin als *geistig* betrachtet werden kann. "Der Mensch ist Geist, die Situation des eigentlichen Menschen seine geistige Situation", sagt Jaspers⁴. Sollte ein neues Modell von Gesellschaft vorangetrieben werden, das die Vereinigung Europas auf einem gründlicheren Niveau ermöglicht, so muß die 'Soziabilität' auf einer geistigen Dimension fundiert werden. Es wird insbesondere eine eigentümliche *forma mentis* benötigt, die ein neues Verhältnis zu anderen Lebensweisen bzw. Organisationssystemen schafft. Diese *forma mentis*, eher noch als eine Frage des praktischen Verhaltens, ist eine Frage des *Wissens* und der *Kultur*, die als erste eine entsprechende Mentalität verschaffen können.

Die erste Möglichkeit: der Kulturrelativismus

Die elementare Gestaltung einer interkulturellen Gesellschaft kann durch die Annahme mehrerer Kulturformen verbürgt werden. Dies bedeutet, daß unterschiedliche Kulturen formell zugelassen werden und ihr Handlungsbereich bzw. ihr Verhältnis zur politischen Organisation gesetzlich geregelt wird. Das ist der erste minimale Schritt, um einer faktisch multikulturellen Gesellschaft ihrer Beschaffenheit nach entsprechend entgegenzukommen.

Gegen diese Grundstrukturierung der Gesellschaft in der Europäischen Union sprechen keine bedeutsamen Argumente, und ein derartiges Modell ist teilweise in einigen Mitgliedsstaaten schon verwirklicht worden. Mentalitätsmäßig entspricht insbesondere dieses Prinzip unserer Denkungsart, indem es auf eine im Abendland tief verwurzelte liberale Tradition zurückzuführen ist. Locke, Voltaire und andere hatten sich, wenngleich mit einigen Einschränkungen, für die Religionsfreiheit und für die Toleranz ausgesprochen. Die Theorie Lockes insbesondere, die als Grundsatz des Liberalismus gilt, hatte ausdrücklich hervorgehoben, daß es einen Bereich des 'Gleichgültigen' (*the indifferent things*) gibt, dem gegenüber jeder Mensch unbesorgt Stellung nehmen kann, und wo sich die politische Gewalt auch fernhalten muß, solange der Gemeinnutz nicht geschädigt wird⁵. Dieser Bereich verschaffte laut Locke für das Individuum eine Sphäre des 'Zulässigen' ("a liberty

⁴ K. Jaspers, *Die geistige Situation der Zeit* (1931), Berlin 1971, S. 7.

⁵ Vgl. J. Locke, *A Letter concerning Toleration*, in: *Works*, Aalen 1963, Bd. 6, insbes. S. 30 f.

to follow my own will in all things, where the rule prescribes not"⁶), deren Grenzüberschreitung nicht mal für die politische Gewalt erlaubt war und zum legitimen öffentlichen politischen Widerstand führen konnte⁷.

In dieser Tradition, und mit den wichtigen Beiträgen Benthams, Mills usw. hat sich allmählich ein Freiheitsbegriff entwickelt, der auf den Schutz der individuellen Rechte und auf die Einschränkung der politischen Gewalt bestand. Dieses Konzept der sogenannten 'negativen Freiheit' hat dazu geführt, wie Kelsen⁸ und neulich Berlin hervorgehoben haben, daß sich der Pluralismus im kulturellen Bereich eine gewisse Legitimation verschaffen konnte. Berlin hat insbesondere gezeigt, daß der Pluralismus sich in der Mentalität des 'laissez-faire', welche die 'negative Freiheit' auszeichnet, folgerichtig einfügt. "Pluralism, with the measure of 'negative' liberty that it entails, seems to me a truer ... ideal ..., because it does, at least, recognize the fact, that human goals are many, not all of them commensurable, and in perpetual rivalry with one another"⁹.

An dieser Mentalität schließen sich, wenngleich in einem unterschiedlichen Bereich, einige Strömungen der Anthropologie an, welche sich mit demselben Problem hinsichtlich des Studiums anderer Kulturen auseinandergesetzt haben. Namen wie Tylor, Sumner, Benedict vertreten auf unterschiedliche Weise diese Tendenz, die als kultureller Relativismus bekannt ist¹⁰. Sie haben behauptet, eine Kultur sei ver-

⁶ J. Locke, *Two Treatises of Government* (2nd Treatise), in: *Works*, a.a.O., Bd. 5, insbes. S. 351.

⁷ Damit führt Locke das "Prinzip des Widerstandsrechts" (*the right to resist*) ein: "Self-defense is a part of the law of nature; nor can it be denied the community, even against the King himself ... Wherefore if the King ... shall, with intolerable ill usage, cruelly tyrannise over the whole, or a considerable part of the people, in this case the people have a right to resist and defend themselves from injury." (2nd Treatise of Government), a.a.O., S. 477.

⁸ Insbesondere in seinem Werk *Vom Wesen und Wert der Demokratie* (Tübingen 1929) unterscheidet Kelsen zwischen einem Glauben an absolute Wahrheit, der in eine autokratische, meistens intolerante politische Grundeinstellung mündet, und einer relativistischen Betrachtungsweise, die sich mit den Werten der Freiheit und der Demokratie vereinbaren läßt (vgl. S. 100 ff.).

⁹ I. Berlin, *Four Essays on Liberty*, London u.a., S. 171.

¹⁰ Innerhalb dieser Denkrichtung sind in der Tat unterschiedliche Stellungnahmen zu finden. E. B. Tylor bewegt sich noch innerhalb der Perspektive des "Evolutionismus", obwohl er als erster auf die Bedeutsamkeit des Begriffs "Kultur" hingewiesen hat, verstanden als "complex whole which includes knowledge, belief, art, moral, law, custom, and any other capabilities and habits acquired by man as a member of society" (aus: *Primitive Culture: Researches into the Development of Mythology, Religion, Language, Art and Custom*, Boston 1874, I, S. 1). Auf einer prinzipiellen Unreduzierbarkeit der

ständig nur aufgrund ihrer eigenen Werte und Umwelt und immerhin als artikuliertes Ganzes. Ihre Stellungnahmen in dieser Hinsicht haben das Verdienst gehabt, die Spezifität und Eigentümlichkeiten der verschiedenen Kulturen hervorzuheben. Die Kehrseite war aber, daß oft die Möglichkeit zum Vergleich verneint wurde¹¹.

Diese Perspektive, die auf einer soliden Tradition (das liberale Denken) im politischen Bereich und später durch einige ethnologische Studien fundiert worden ist, führt zum kulturellen Relativismus und Pluralismus¹² und konstituiert eine Grundvoraussetzung für eine multikulturelle Gesellschaft. Der Zugang zu diesem Modell wird dadurch ermöglicht, daß unterschiedliche Kulturformen und -systeme zugelassen werden, solange sie sich nicht ausdrücklich gegen die politische Sicherheit bzw. Institutionen wenden. Eine weitere Garantie wird durch das rechtliche System geleistet, welches die formellen Bedingungen für die pluralistische gesellschaftliche Struktur angibt, und die Äußerung der unterschiedlichen Kulturen durch allgemein abstrakte Gesetze regelt.

Eine derartige Auffassung leidet aber unter einigen Eingrenzungen. Sie leistet in der Tat nur eine formelle Entgegennahme der Vielfältigkeit der Konzepte und der Werte. Sie setzt sich daher dem Risiko aus, eine Sperrung *de facto* vor Kulturformen und Wertesystemen zu erringen, die sich von unseren kräftig unterscheiden. Die Gesellschaft könnte somit eine Pluralität von Lebensweisen und Mentalitäten bewilligen, die sich fragmentarisch erweisen, keinen Kontakt miteinander aufnehmen und unter Mangel an Dialog und Kommunikation leiden.

Kulturen aufeinander auch in einer entwicklungsgeschichtlichen Perspektive insistieren dagegen Sumner und Benedict, wenngleich mit unterschiedlichen Begründungen: für Sumner sind die Eigenart einer Kultur und die Setzung der Werte vorwiegend situationsabhängig, d.h. sie stellen eine Art von geeigneter Antwort auf äußere Bedingungen dar. Für Ruth Benedict sind sie dagegen Konsequenz unterschiedlicher Zielsetzungen, die meistens unbewußt hervor kommen und dennoch die unterschiedlichen Kulturen ausschlaggebend auszeichnen (für weitere Betrachtungen verweise ich z.B. auf das Buch von K. P. Rippe, *Ethischer Relativismus: seine Grenze, seine Geltung*, Paderborn u.a. 1993).

¹¹ Für Sumner z.B. sind die unterschiedlichen Wertesysteme mit den jeweiligen Kulturgemeinschaften so eng verbunden, daß jeder Versuch zum Vergleich letztlich in den Vorurteilen hängenbleibt und immerhin auf einer akritischen Hinnahe der eigenen Werte und Kultur beruht.

¹² Daß Relativismus und Pluralismus sich leicht verbinden lassen, hängt damit zusammen, daß die relativistische Perspektive die Verabsolutierung einer bestimmten Werteskala und insbesondere ihre Übertragung auf unterschiedliche Kulturen und Umfänge prinzipiell verneint. Die Folge ist daher die Anerkennung unterschiedlicher, gleichwertiger Wertesysteme, die nicht aufeinander reduziert werden dürfen.

Die Anwesenheit mehrerer Kulturen wäre daher nur toleriert, ihre Existenz sowie der Umfang ihrer Denk- und Handlungsfreiheit wäre festgesetzt, und dennoch würde der echte Versuch fehlen, die Bedeutung dieser Kulturen tiefgründig zu verstehen und sich mit ihnen positiv (d.h. konstruktiv) auseinanderzusetzen. Das Prinzip Kulturpluralismus erweist daher seine Unentbehrlichkeit, aber nicht seine Hinlänglichkeit, angenommen, daß tiefere Voraussetzungen für ein echtes, in den sozialen Verhältnissen verwurzeltes Zusammenleben gesucht werden. Die multikulturelle Gesellschaft ist ein guter Anfang, jedoch kein vollständiges Beispiel für einen authentischen Kulturaustausch.

Die zweite Möglichkeit: die Suche nach gemeinschaftlichen Werten
Eine zweite Möglichkeit ist dadurch eröffnet, daß gemeinsame Werte gesucht und hervorgehoben werden, welche einen ideell-kulturellen Kern für Europa zu konstituieren vermögen. Es muß sich nicht um eine reduktive bzw. reduzierte Perspektive handeln, weil diese Werte nicht zwangsweise andersartige ausschließen. Dennoch wird die Feststellung einiger positiver Werte angestrebt, die, ohne deswegen die Abschaffung nationaler oder lokaler Eigentümlichkeiten zu fordern, ein Thema zur Annäherung und Vereinigung darstellen kann. Die Positivität dieser Werte ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß somit der reine Formalismus der rechtlichen Garantien überwunden werden sollte. Die Gemeinschaft wird nicht nur als einheitliches System von Regeln geplant, sondern auch durch die Hervorhebung von Gemeinsamkeiten geistig und kulturell motiviert.

Ein hervorragendes Beispiel dieses Versuches und dieser Perspektive ist von Karl Jaspers in seinem Aufsatz *Vom europäischen Geist* (1946) geleistet worden. Seine Tragweite ist um so bedeutsamer, wenn man den geschichtlichen Zusammenhang betrachtet: Europa war gerade aus einem Kriege herausgekommen, der es zerrissen hatte. Es waren darüber hinaus viele Haßformen entstanden, die den meisten unheilbar erschienen.

Jaspers faßt die europäische Eigentümlichkeit in drei Konzepte zusammen: *Freiheit, Geschichte, Wissenschaft*. Auf dieser Grundlage versucht er, eine positive Identität für Europa zu rekonstruieren, ohne sich daher auf die enge Perspektive des Eurozentrismus eingrenzen zu wollen.

Die Freiheit wird in diesem Kontext von der Willkür scharf unterschieden und in ihrer positiven Bedeutung verstanden. Mit anderen Worten: Jaspers beschränkt sich nicht auf die liberale Auffassung der negativen Freiheit, die sich als Hauptziele den Schutz der individuellen Rechte und die Schaffung eines freien, unantastbaren Raumes für das Individuum vornimmt. Das genügt ihm nicht. Seine eigene Idee der

Freiheit impliziert eher eine positive Beziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft. "Europäisch erscheint uns dieses beides: Die Tiefe menschlicher Kommunikation selbstseiender Einzelner und die bewußte Arbeit an der Freiheit der öffentlichen Zustände durch die Formen gemeinschaftlicher Willensbildung"¹³. Dieser Perspektive folgend schildert Jaspers einen Begriff von *Polarität*, welcher die zwei Extreme (d.h. Individuum und Gemeinschaft) nicht aufhebt und stattdessen den Kontakt, die Kommunikation, jene Art der bereichernden Vermittlung konstruktiv und wirkend zusammensetzt. Das unauflösbare Bestehen dieser Polarität hat auch eine weitere Bedeutung: sie beansprucht die Ablehnung der oberflächlichen Positivität durch den leichten Optimismus, welcher die Schwierigkeit und die Gefahr unterschätzt¹⁴, und basiert hingegen auf dem 'tragischen Bewußtsein', das sich der "Tiefe der Zerrissenheit"¹⁵ bewußt ist und sich darauf beziehend erst konstituiert hat.

Das zweite Konzept, die Geschichte, wird eigentlich von Jaspers als Geschichtlichkeitssinn verstanden¹⁶, der sich zur Suche nach dem Besseren, wie Kant sagte, hinwendet und jede Form von Endgültigkeit ausschließt. Das geschichtliche Bewußtsein, das in Europa seinen Ursprung und seine Entfaltung gefunden hat, entfernt uns allmählich von den Ideen der Totalität und der Vollendung und erschließt einen Raum für das Werden, die Pluralität, die Unerschöpflichkeit der Wirklichkeit. Sie verstärkt die fortbestehende Spannung, in der sich der europäische Mensch durch sein Verbleiben in der oben erwähnten Polarität schon befindet.

Diese Beweglichkeit wird übrigens auch durch den dritten Begriff, d.h. die Wissenschaft, wiederum bestätigt. Die von Europa eigentümlich entfaltete Konzeption der Wissenschaft greift laut Jaspers auf die Ablehnung der üblichen und fixierten Meinungen zurück und versteht sich als Entgegensetzung in bezug auf die passive und erstarrte Entgegennahme der traditionellen bzw. konventionellen Normalität, die öffentlich kodifiziert worden ist. Auf den Spuren seines Meisters Weber insistiert Jaspers auf die kritische und kritisch wirkende Funk-

¹³ K. Jaspers, *Vom europäischen Geist*, in: *Rechenschaft und Ausblick*, München 1951, S. 239 ff.

¹⁴ Mit dieser optimistischen Weltanschauung war vor allem die Perspektive der linearen, ununterbrochenen Entwicklung in der Geschichte verbunden, die in der Philosophie der Neuzeit tief verwurzelt war und ihre stärkste Behauptung in der positivistischen Konzeption gefunden hatte.

¹⁵ K. Jaspers, *Vom europäischen Geist*, a.a.O., S. 242.

¹⁶ Wichtig ist in dieser Hinsicht nicht nur die Aufmerksamkeit auf den Prozeß der Veränderung in der zeitlichen Perspektive, sondern überhaupt die radikale Wahrnehmung des Menschen qua geschichtliches Wesen.

tion der Wissenschaft. Sie stellt sich in dieser Hinsicht als Überwindung der fixierten Wahrheit und der ungeprüften Gewißheit heraus.

Durch diese drei Begriffe, denen Jaspers gleichzeitig den Oberbegriff 'Zeitlichkeit' zuschreibt, werden die prinzipiellen kulturellen Werte Europas synthetisch ausgedrückt. Obwohl das Beharren auf diesen Themen auch geschichtlich an die Angst gebunden ist, daß Europa zwischen den zwei Blöcken zerdrückt werden könnte¹⁷, finden wir schon bei Jaspers die klare Andeutung auf die Notwendigkeit einer Erweiterung der Perspektive. Jaspers deutet tatsächlich auf die Bedeutsamkeit des Miteinanderredens, der Kommunikation untereinander qua Menschen sowie auf den konkreten Schutz menschlicher Rechte hin. Und tatsächlich will er damit hervorheben, daß eine kulturelle Identität für Europa keine Möglichkeit zur Offenheit und zum Dialog untersagen soll. Ihm auf diesen Punkt folgend wäre es möglich, sich auch andere Werte vorzustellen, die die Möglichkeit zum Dialog auch mit anderen Völkern erweitern. Auf diese Weise können die Behauptung der demokratischen Ideale und der effektive Einsatz für den Respekt der menschlichen Rechte die Voraussetzung dafür sein, daß kulturelle und zugleich politische Werte nicht als eurozentrische, wenngleich in Europa verwurzelte Grundlagen angesehen werden, deren Verbreitung im Grunde genommen für alle Menschen zu akzeptieren wäre. Das löst dennoch nicht ganz das Problem der Uniformierung und der Nivellierung der menschlichen Gesellschaft, indem die Aufmerksamkeit eher auf die Gemeinsamkeiten als auf den richtigen Umgang mit den Unterschieden gerichtet wird¹⁸. Daher stellt sich aber dringend die Frage in bezug auf eine Europäische Union, deren Grenzen nicht ein für allemal festgelegt sind und deren Mitglieder mittlerweile auch aus anderen Kulturbereichen kommen, wie tatsächlich mit diesen Komponenten umzugehen ist, um ein Verständnis zu

¹⁷ Vgl. K. Jaspers, *Vom europäischen Geist*, a.a.O., S. 246 ff.

¹⁸ Daß eine derartige Lösung unzureichend sei und nicht den unterschiedlichen Anforderungen einer differenzierten Gesellschaft gerecht werden könne, hat beispielsweise Caroline Y. Robertson-Wensauer hervorgehoben: "Im Hinblick auf die multikulturelle Gesellschaft ist es jedoch von besonderer Bedeutung zu erkennen, daß Assimilierungsprozesse stattfinden, *ohne* daß tradierte Identitäten aufgegeben werden müssen. Die Annahme von universalistischen Werten oder Verhaltensweisen der Mehrheitsgesellschaft bedeutet nicht, daß partikularistische Orientierungsmuster im Sinne einer nivellierten 'Weltkultur' aufgehoben werden" (aus: *Grundsätzliches zur aktuellen Diskussion über die multikulturelle Gesellschaft*, in: C. Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.), *Multikulturalität - Interkulturalität?*, Baden-Baden 1993). Diese Beobachtungen in der soziologischen Analyse weisen noch mehr auf die Notwendigkeit hin, umfangreichere Begriffe zu bilden und tieferes Verständnis für Besonderheiten und Differenzen zu schaffen.

schaffen, das zugleich Respekt und positive Erhaltung der Besonderheiten miteinbezieht.

Die dritte Möglichkeit: eine vergleichende Wissenschaft

Um andere Kulturen akzeptieren zu können, müssen wir sie zuerst verstehen. Um sie verstehen zu können, müssen wir sie zuerst kennenlernen. Geht es um Erkenntnis, so sind eine Strukturierung und eine innere Organisation der Informationen notwendig. Dazu braucht man eine Methode.

Ein interessantes Beispiel in dieser Richtung ist in Max Webers Werken dargestellt worden. Weber hat sich mit den unterschiedlichen Weltreligionen auseinandergesetzt, indem er ihre Prinzipien, Werte, Äußerungen analysiert hat und sie in Zusammenhang mit den jeweiligen Wirtschaftssystemen gesetzt hat. Aber zunächst hat er versucht, Umfang und Grenzen seiner Wissenschaft zu definieren und sie genauen methodologischen Kriterien zu unterwerfen. Ihm ist somit gelungen, unterschiedliche Wirklichkeiten, Kulturen, Wertesysteme miteinander zu verbinden und diesbezüglich Vergleiche anzustellen. Auf diese Art wurden uns andere Denkungs- und Handlungsweisen vermittelt.

Wichtig ist in diesem Kontext nicht, die logisch-methodologischen Schritte ausführlich zu verfolgen. Wichtig ist es eher, die Grundvoraussetzungen hervorzuheben, die dieses Ergebnis und diese Vermittlung ermöglicht haben. Vielleicht können sie eine weitere Leistung auch in unserer Problematik einbringen.

Eine feste Überzeugung Webers ist die potentiell allgemeine Verständlichkeit der menschlichen Handlungs- und Gedankenwelt. "Man muß nicht Cäsar sein, um seine Handlungen zu verstehen", sagt er mehrmals auf der Spur Simmels¹⁹. Seine Feststellung basiert auf der Überzeugung, daß die menschliche Welt im Unterschied zum Natürlichen eine sinnvolle ist, d.h. sich durch *Sinnzusammenhänge* äußert und strukturiert²⁰. Die Regeln sind die allgemeinen Regeln des logischen Denkens. Die menschlichen Handlungen und Gedanken verfolgen in der Regel eine logische Struktur, die meistens erklärt werden kann. Ihren Sinn und ihre Motivation zu finden, ist die wichtigste Aufgabe, vorausgesetzt, daß auf ein echtes und tieferes (und daher nie absolutes und vollständiges) Verständnis abgezielt wird. Seien es die methodologischen Mittel, die Weber zu diesem Zweck erstellt,

¹⁹ Vgl. M. Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1951, S. 100, 148, 529.

²⁰ Die Strukturierung nach Sinnzusammenhängen der menschlichen Welt basiert für Weber nicht auf einer für sich existierenden Wesenheit dieser Welt selbst, sondern auf der Sinnverleihung, die von den Menschen qua Subjekte zustandegebracht wird.

seien es die Hintergedanken, die diese Erstellung begleiten, sie bieten Möglichkeiten zu einigen weiteren Betrachtungen.

Als wichtiges Mittel, um ein gewisses Verständnis anderer Kulturen zu erringen, denkt Weber an eine *vergleichende Analyse*, welche die Aufgabe hat, unterschiedliche Formen zu vergleichen und Ähnlichkeiten oder Analogien auf diese Weise zu zeigen. "Für die *Forschung* ist der fortwährende *Vergleich* der Entwicklungsstadien der einzelnen Völker untereinander und die Aufsuchung von Analogien ein heuristisches Mittel, welches bei vorsichtiger Verwendung in hohem Maße geeignet ist, die historische *Eigenart* jeder einzelnen Entwicklung in ihrer ursächlichen Bedingtheit zum Bewußtsein zu bringen"²¹. Wie Weber selber klarmacht, handelt es sich nicht um eine vertikale Einstufung der Kulturformen, die aufgrund einer bestimmten Fortschrittskonzeption den Entwicklungsgrad der Kulturen beurteilen könnte. Durch den stets wiederkehrenden Vergleich wird vielmehr beansprucht, Entsprechungen und Differenzen in den verschiedenen kulturellen Entwicklungen hervorzuheben, um infolgedessen die möglichen Ursachen und Motivationen zu untersuchen. Auf diese Weise werden zwei wichtige Ergebnisse gewährleistet: (1) der stetige Vergleich sichert den Kontakt und die Kommunikation der Kulturen im Wissensbereich; (2) der Vergleich führt zu keiner Uniformierung, sondern zur Steigerung der Eigentümlichkeiten jeder Kultur. Somit wird weder die Möglichkeit zum Verständnis noch die Erhaltung des eigenen 'Charakters' ausgeschlossen.

Diese Art der Erkenntnis wird laut Weber durch die Bildung von *Idealtypen* vermittelt. Der Idealtypus ist ein heuristisches Erkenntnisinstrument, dessen Status als der "eines rein idealen *Grenzbegriffes*"²² definiert wird. Er erhebt keinen Anspruch auf Wirklichkeit, aber er dient dazu, die Wirklichkeit und ihre Darstellung zu vermitteln. Diesbezüglich äußert sich Weber folgenderweise: "Der *Idealtypus* wird gewonnen durch einseitige *Steigerung eines* oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen *Einzelerscheinungen*, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen *Gedankenbilde*. In seiner begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine *Utopie*, und für die historische Arbeit

²¹ M. Weber, Der Streit um den Charakter der altgermanischen Sozialverfassung in der deutschen Literatur des letzten Jahrzehnts, in: *Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Tübingen 1924, S. 517.

²² M. Weber, Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1951, S. 194.

erwächst die Aufgabe, in jedem einzelnen Falle festzustellen, wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit jenem Idealbilde steht"²³. Ohne die Art und Weise der Bildung von Idealtypen hier in ihrer Spezifität erörtern zu wollen, ist es eher interessant zu verfolgen, was dieses Konstrukt zu leisten vermag.

Methodologisch handelt es sich um ein behilfliches Mittel, um aufschlußreichere Vergleiche zwischen komplexen Phänomenen (sozialer, politischer, ökonomischer, religiöser, kultureller Art usw.) anzustellen, die eine gewisse Ähnlichkeit erweisen. Man bildet einen Begriff (z.B. 'Staat'), indem man einige Charakteristika bzw. Prozeduren hervorhebt, die als begriffswesentlich angesehen werden. Das gewonnene Idealbild, welches als Modell gilt, wird dann mit den sich in der empirischen Wirklichkeit ähnlich ergebenden Phänomenen (um dem Beispiel zu folgen: die existierenden Staaten) konfrontiert und seinerseits als 'Medium' zwischen diesen verwendet. So können die unterschiedlich existierenden Formen auch untereinander verglichen werden.

Gedanklich und mentalitätsmäßig ist die Bedeutung des Idealtypus noch umwerfender. Vor allen Dingen wird damit klargemacht, daß die durch ihn konstituierten Modelle bloß gedankliche Konstrukte darstellen, die auf Menschen zurückzuführen sind: Ihre absolute Gültigkeit wird somit zurückgewiesen, und zugleich wird ihre vollständige Realisierbarkeit verneint. Darüber hinaus hängt ihre Bildung mit perspektivischen Zügen zusammen, indem die hervorgehobenen Charakteristika nicht ein für allemal festgestellt werden, sondern ein Ergebnis der Bestimmung von Werten und Bedeutungen sind, die persönlich und insbesondere kulturell als wichtig erscheinen²⁴. Daß diese Relativität nicht mit dem Relativismus verwechselt werden sollte, hängt davon ab, daß für Weber von Polytheismus der Werte und nicht von Wertereativismus die Rede ist²⁵. Der Unterschied wird dadurch festgestellt,

²³ Ebenda, S. 191.

²⁴ Weber ist der Ansicht, es sei für den Wissenschaftler unmöglich, seine persönlichen Meinungen und Überzeugungen vollständig auszuklammern. Sie konstituieren dagegen eine Grundorientierung, welche sein Interesse konkreterweise bewegt. Dennoch schließt dieses Verhalten die Zuwendung zu historisch und kulturell bedeutsamen Phänomenen nicht aus. Wenngleich anfänglich perspektivisch bedingt, kann die Untersuchung allgemein wichtige Themen behandeln und die Argumentation schlüssig durchgeführt werden.

²⁵ Im Aufsatz *Zwischen zwei Gesetzen* sagt Weber: "Wer in der 'Welt' ... steht, kann an sich nichts anderes erfahren, als den Kampf zwischen einer Mehrheit von Wertreihen, von denen eine jede, für sich betrachtet, verpflichtend erscheint. Er hat zu wählen, welchem dieser Götter, oder wann er dem einen und wann dem anderen dienen will und soll." (aus: Max Weber. Gesamtausgabe, Tübingen 1984 ff., I, 5, S. 98). Hier spricht sich Weber für ein Verhalten aus, das nicht von Werten absieht, sondern die Bedeutung der Werte erst

daß, während der Werterelativismus eine Entwertung der Werte beinhaltet, welche in die Indifferenz mündet, der Polytheismus der Werte gleichzeitig drei Sachen hervorhebt: (1) die Existenz mehrerer Wertesysteme, die nicht aufeinander reduzierbar sind; (2) ihre prinzipielle Bedeutsamkeit für die jeweiligen Kulturformen; (3) eine potentielle Gegensätzlichkeit, die aber nicht unbedingt zum Konflikt und zur gegenseitigen Verneinung gelangen muß. Schließlich wird ein Mittel geschaffen, das nicht nur technisch das Anstellen von Vergleichen erleichtert, sondern zugleich die Vorbedingungen zum Kontakt und zur Kommunikation erstellt²⁶, indem es einen Zugang zu anderen Kulturen und zu anderen Denkungsarten ermöglicht und auf keinen fixierten Meinungen oder Überzeugungen beharrt. Die Folge ist: das Andere wird auch in seinem Anderssein einigermaßen verständlich.

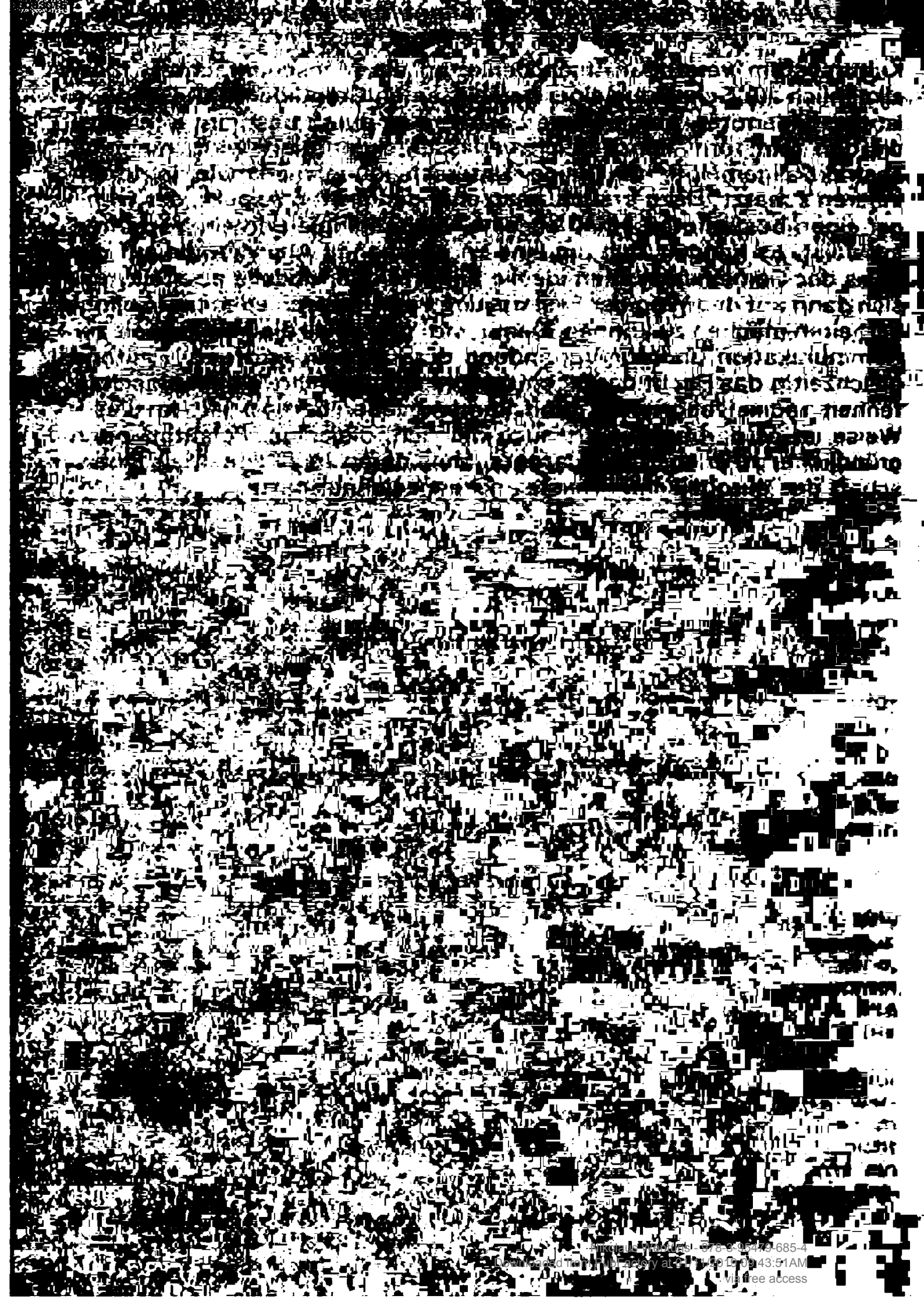
Ausblick

Wir sind nicht dazu gezwungen, diese drei unterschiedlichen Zugänge zu interkulturellen Beziehungen als alternativ zu betrachten. Hingegen sind sie sehr gut miteinander vereinbar, wenn an keiner der drei oben erwähnten Perspektiven festgehalten wird. Der erste Aspekt, d.h. die formelle Freiheit und die rechtliche Anerkennung des Pluralismus, konstituiert das grundsätzliche Fundament des gesellschaftlichen friedlichen Miteinanderlebens. Dennoch ermöglicht er noch keinen echten, positiven Kontakt zwischen den Menschen: die unterschiedlichen Systeme, ihre Prinzipien und ihre Werte, entwickeln sich nebeneinander, ohne daß ein ernster Versuch zum gegenseitigen Verständnis unternommen wird. Der zweite Aspekt, die Suche nach Gemeinsamkeiten, kann dabei weiterhelfen und den Gemeinschaftssinn erheblich steigern: die Hervorhebung einiger Grundwerte bzw. Konzepte, die in Europa allgemeine Anerkennung finden und sogar potentiell auf alle Menschen ausgedehnt werden können, weil sie prinzipiell gegen kein

erkennt und dann sich der Konsequenzen bewußt und situationsgemäß eine freiwillige Entscheidung trifft. Der Unterschied zwischen Werterelativismus und Wertepolytheismus ist relevant, indem im ersten Fall die Folge sein kann, daß unterschiedliche Werte bzw. Wertesysteme als gleichgültig betrachtet werden und daher an Bedeutung verlieren, während im zweiten Fall ihre Bedeutsamkeit deutlich betont und anerkannt wird, ohne daß das Risiko der allgemeinen Verabsolutierung eingegangen wird.

²⁶ Daß es sich um Vorbedingungen und nicht um notwendige und an und für sich ausreichende Voraussetzungen handelt, muß hier hervorgehoben werden, da die Erkenntnis im Sinne Webers nie unmittelbar Konsequenzen im Bereich des Handelns hervorrufen kann. Dennoch schließt Weber selbst nicht aus, daß die Verfügung über ein angemessenes Wissen mindestens ein bewußtes, gut durchdachtes Handeln ermöglicht und zur autonomen Entscheidung des Menschen qua Subjekt führt.

Kultursystem verstoßen (man denke an die Menschenrechte), führt allmählich zur Schaffung einer gemeinsamen Grundidentität. Dennoch ist diese Identität, obgleich sie positiv, d.h. durch bestimmte Inhalte, die den rein formellen Bereich verlassen, konnotiert wird, nur eine abstrakt-allgemeine, die keine Unterscheidungsmerkmale in ihrem Inneren schätzt. Dazu braucht man eher den dritten Aspekt, der weniger einen bestimmten Inhalt als eine Methodologie und ein Verfahren aufweist. Es handelt sich um eine vergleichende Analyse, die auf der Basis der Gemeinsamkeiten ideelle Begriffe und Modelle aufstellt, um sich dann auf den Weg der Feststellung von Unterschieden und Besonderheiten machen zu können. Damit wird prinzipiell die Möglichkeit zur Kommunikation und zur Verbindung der Kulturen eröffnet, während gleichzeitig das Recht der Eigentümlichkeiten auf ihre eigene Beschaffenheit radikal begründet (und immer wieder betont) ist. In dieser Weise ist es darüber hinaus auch möglich, diejenige 'Polarität' noch gründlicher zu erleben, die Jaspers, ohne daran zu zweifeln, als Eigenschaft des europäischen Geistes gekennzeichnet hatte.



KARL HAHN

Rußlands Verhältnis zum Westen im politischen Denken russischer Philosophen und Schriftsteller

Von grundlegender Bedeutung für Rußlands Verhältnis zum Westen ist die Frage nach dem russischen Herrschafts- und Staatsverständnis und damit verbunden das Problem der politischen und nationalen Selbstbestimmung nach dem Sieg über Napoleon als dem Repräsentanten des Westens, der Rußland wie Deutschland nicht nur in seiner staatlichen, sondern nationalen Existenz bedroht hatte. Nikolaus v. Arseniew schreibt diesbezüglich¹: "Rußland stand am Rande des Abgrunds. Seine Lage schien hoffnungslos, und es wurde gerettet! Ja, der russische Zar und die russische Armee, das heißt das russische Volk, wurde zum Befreier anderer Völker vom Joche der Knechtschaft. Das wurde von verschiedensten Menschen in verschiedenster sozialer Stellung erlebt - nicht als eigenes Verdienst, sondern als rettende Gnade, rettende Hand Gottes. ... Daraus erwuchs ein erneutes, gestärktes Bewußtsein nationaler Berufung zum höheren Dienst und eine gewaltig durchbrechende Empfindung der Zusammengehörigkeit, der geistigen gefühlsmäßigen Einheit aller Schichten des Volkes. ... Der gebildete Russe ging aus den Kämpfen von 1812 - 1814 gegenüber früher als viel mehr Russe, aber auch als viel mehr Gesamteuropäer hervor. Denn das Gefühl, zu einem droßen dynamischen Volksganzen zu gehören, und das erhöhte begeisternde Verantwortungsgefühl, das sich daraus ergab, und die gemeinsam erlebten gesamteuropäischen Schicksale und Kämpfe erhöhten auch das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer größeren Völkergemeinschaft".

Der Krieg gegen Napoleon als Repräsentanten des Westens war also nicht nur ein Krieg des Staates, sondern der ganzen Nation, ein zu-

¹ Nikolaus v. Arseniew, *Die geistigen Schicksale des russischen Volkes*, Graz-Wien-Köln 1966, S. 134.

gleich "patriotischer und religiöser Krieg"². Das nationale und religiöse Verständnis dieses Krieges bedeutete eine Erneuerung des in der Schlacht auf dem Kulikowo-Feld 1380 gegen die Tataren grundgelegten Staats- und nationalen Selbstverständnisses. Auch damals schien die Sache aussichtslos. "Um so mehr wurde" - so N.v. Arseniew - "das Ergebnis dieser Riesenschlacht, in der das Tatarenheer halb vernichtet wurde und der Großkhan mit den Überresten unter Zurücklassung der ganzen mitgeschleppten Beute die Flucht ergreifen mußte, als ein Wunder Gottes betrachtet. Seitdem mischte sich der politischen Bedeutung der Moskauer Großfürsten ein sehr starkes national-moralisches und religiöses Element bei: Verteidiger des Landes gegen die ungläubigen, menschenfeindlichen, alles verwüstenden und zerstörenden Scheusale - die Tataren"³. Nikolaus v. Arseniew betont im Kapitel "Das Zarentum in der Idee und im Leben": "der Moskauer Staat entstand als Abwehrstaat und Sammelstaat, in beständiger Wachsamkeit gegen die militärischen Angriffe weit überlegener Nachbarn: erst der Tataren, dann der Polen und Schweden"⁴. Die Institution der Zarenmacht ist deshalb "von ungeheurer Tragweite für das Leben des russischen Volkes geworden: in erster Linie als konsolidierende und kristallisierende, Ordnung und Zusammenhang ausstrahlende, vereinigende, zusammenballende und schützende Macht"⁵. Und in Differenz zu West- und Mitteleuropa einschließlich der absolutistischen Monarchien Preußen und Österreich gilt für Rußland m.E. nicht zuletzt aufgrund des Sieges über Napoleon: "Das monarchische Ideal des Volkes hat das 18. Jahrhundert überdauert. Ungeachtet der äußeren Hülle der verwestlichten bürokratischen Monarchie blieb das Ideal des alten russischen, mit Gott und dem Volke verbundenen Zarentums für die Herzen des Volkes lebendig"⁶.

Für unsere Thematik ist auch die Unterscheidung und Verhältnisbestimmung von 'Land' und Staat bedeutsam, die der Slawophile K.S. Axakow (1817 - 1860) im Kontext seiner Interpretation der russischen Geschichte entwickelt hat. Die Slawen haben dieser Geschichtsinterpretation zufolge in unvordenklichen Zeiten für sich und ohne Zwang in der Gemeinde gelebt, friedlich und selbständig, verbunden in Brauchtum, Glauben und Lebensart. "So war die slawische Gemeinde ein Bund von Menschen, der auf dem sittlichen Prinzip gegründet war, gelenkt durch das innere Gesetz und somit durch gemeinschaftlichen

² Louis Bergeron/Francois Furet/Reinhart Koselleck, Das Zeitalter der europäischen Revolution, Fischer Weltgeschichte Bd. 26, 1969, S. 177.

³ N.v. Arseniew, a.a.O., S. 240.

⁴ A.a.O., S. 239.

⁵ Ebenda.

⁶ A.a.O., S. 253.

Brauch"⁷. 862 n.Chr. sind die slawischen Gemeinden jedoch von einfallenden fremden Völkern unterjocht worden. Die Zeiten der Unterjochung zeigten ihnen einerseits "die Unmöglichkeit, auf Erden in rein-sittlicher, gemeinschaftlicher Organisation zu leben", andererseits fanden sie einen Weg, "der ihnen Sicherheit vor den Nachbarn und Ordnung der inneren Wirren, die so stark zur Verletzung des sittlichen Prinzips auffordern, geben konnte"⁸. Die slawische Gemeinde anerkennt so zwar die Notwendigkeit des Staates, aber sie "bewahrt sich selbst, vermischt sich nicht mit dem Staat, trennt den Staat von sich, beruft ihn von fremder Erde"⁹. "Das Land blieb seinem Landesprinzip treu und dem vertrauensvoll mit dem berufenen Stand geschlossenen Bund; aber der Staat (sc. seit Peter dem Großen) hat diese Beziehung gebrochen"¹⁰. Das russische Land wurde vom Staat gleichsam erobert und der russische Monarch wurde zum Despoten. Axakows Anliegen ist es deshalb, den ursprünglichen Bund, das wechselseitige Verhältnis von 'Land' und Staat zu erneuern. Der gesellschaftlichen Meinung kommt hierbei grundlegende Bedeutung zu, denn sie ist die "selbständige Beziehung des machtlosen Volkes zum machtvollen Staat", der durch sie erfährt, "was das Land wünscht", "welches seine sittlichen Forderungen sind, wodurch infolgedessen der Staat geleitet werden soll"¹¹. 'Machtfülle für den Zaren, Meinungs- und Versammlungsfreiheit für das Land'¹², dies war die politische Formel der Slawophilen. "Diese Formel, so behaupteten sie, sei in Rußland von der Kiewer Periode bis zur Einführung des westeuropäischen Absolutismus durch Peter d.Gr. in Kraft gewesen, und Rußland sollte zu ihr zurückkehren"¹³. Das russische Volk ist für Axakow ein apolitisches Volk, welches nicht regieren, sondern leben wolle. Im Verzicht auf die politische Freiheit suche es "die sittliche Freiheit, die Freiheit des Geistes, die soziale Freiheit - das Volksleben in sich selbst"¹⁴. Der Weg Rußlands führe nicht zur politischen Freiheit und Größe, sondern zur inneren Größe. Ihre Voraussetzungen seien Ständeversammlungen, bürgerliche, d.h. soziale Freiheit und rechtliche Gleichheit.

⁷ Zitiert bei: Wilhelm Goerdts, *Russische Philosophie*, Freiburg-München 1984, S. 308.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebenda, S. 309.

¹¹ Ebenda, S. 313.

¹² Zit. bei: S.V. Utechin, *Geschichte der politischen Ideen in Rußland*, Stuttgart 1966, S. 81.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda, S. 259.

Im russischen Verständnis staatlicher Herrschaft können, sieht man von der Sowjetunion ab, drei Traditionslinien unterschieden werden: (1) "Das Kiewer Reich zwischen Zentralismus und Föderalismus", (2) "Die Moskauer Tradition und Vorboten der 'Europäisierung'" und (3) "Das Petrinische Kaiserreich"¹⁵. Für unsere Thematik ist nun wichtig, daß alle drei Herrschaftstraditionen zumindest partiell Überfremdungen der russischen Nationalität darstellen. Die Kiewer, den Byzantinismus übermittelnde Tradition, welche nach dem Ende von Byzanz in Konkurrenz mit dem Osmanischen Reich dessen Nachfolge anzutreten beanspruchte, entspricht zumindest Konstantin Leóntjew (1831 - 1891) zufolge noch am ehesten dem nationalen Selbstverständnis Rußlands, denn für die russische Nation war wie für die bulgarische, serbische und rumänische Nation die orthodoxe Christianisierung von konstitutiver Bedeutung. Diese religiöse Dimension nationaler Existenz gewann, wie bereits ausgeführt, durch die Schlacht auf dem Kulikowofeld 1380 Relevanz auch für den Moskauer Staat, der den byzantinischen Doppeladler als Staatswappen übernimmt. Nikolaus v. Arseniew zufolge wurde "von den Trägern des russischen kirchlich-nationalen Selbstbewußtseins die hohe Rolle und der Glanz des 'heiligen Imperiums'"¹⁶ auf Rußland und seine Großfürsten übertragen. "Eine Entwicklung von höchster Bedeutung: weltanschaulich bereichernd, verpflichtend und gleichzeitig zum Teil auch verhängnisvoll. ... Die Erhöhung der Zarenmacht bedeutete in den Augen des Altrussen gleichzeitig die Erhöhung des Vaterlandes, der Ansprüche und des Ehrenranges ihres Landes"¹⁷. Die Tradition der Großfürsten von Moskau steht jedoch auch in Kontinuität mit der tatarisch-asiatischen Herrschaftskonzeption, die durch die Rezeption des westlichen Renaissance-Absolutismus europäisiert wurde. Die petrinische, im Sinne eines qualitativen Sprunges potenzierte Europäisierung mit ihrer "Überfremdung Rußlands auch in äußerer Sitte, ja des ganzen Staatsapparates"¹⁸ und ihrer "Entwurzelnung der russischen höheren Schicht"¹⁹ hatte den "Grund zu einer kulturellen Spaltung des russischen Volkes"²⁰ gelegt. In seiner "Denkschrift über das alte und neue Rußland" kritisiert Karamsin den Kosmopolitismus des Adels: "Wir sind Weltbürger geworden, aber wir haben zum Teil aufgehört, Bürger Rußlands zu sein. ... Seit der Zeit Peters des Großen haben sich die oberen von den

¹⁵ C. Goehrke/M. Hellmann/R. Lorenz/P. Scheibert, *Rußland*, Fischer Weltgeschichte Bd. 31, Frankfurt a.M. 1973.

¹⁶ A.a.O., S. 241.

¹⁷ Ebenda, S. 241 f.

¹⁸ N.v. Arseniew, a.a.O., S. 131.

¹⁹ Ebenda, S. 133.

²⁰ Ebenda, S. 131.

unteren Klassen getrennt, und der Bauer, der Städter und der Kaufmann sehen seither in den Mitgliedern unseres Adels nur noch Ausländer zum Schaden jener bürgerlichen Gemeinschaft, die zwischen den verschiedenen Schichten der Nation bestehen muß"²¹.

Die kulturelle Spaltung prägte sich in zwei entgegengesetzte Formen des Nationalen aus, dem imperialistisch-militaristischen Nationalismus in der Nachfolge Peters des Großen und nach dem Vorbild des Imperialismus westeuropäischer Nationalstaaten und das kulturelle, ja religiöse Verständnis des Nationalen. So schwankte auch die Auffassung von der Staatsmacht und dem Zarentum als Träger desselben "einerseits zwischen einer rohen und rücksichtslosen Tyrannei (so unter der Kaiserin Anna!), in westlich-bürokratische Formen gekleidet, und den höheren Idealen eines aufgeklärten, menschenfreundlichen, westlichen Absolutismus. Andererseits aber zehrte sie vom Weiterleben der alten traditionellen Auffassung der religiös-moralischen Bedeutung des Zarentums. Denn diese Tradition lebte bei all ihrer Veränderung, Verdunkelung und Verschmelzung mit westeuropäischen Staatsformen fort. ... Der mystisch-religiöse Hintergrund trat bei Alexander I. stark hervor"²².

Obwohl nach der Vertreibung der Franzosen und ihrer Alliierten vom russischen Boden der russische Oberkommandierende, Marschall Kutusov, Alexander I. riet, den Feldzug einzustellen und mit Napoleon zu verhandeln, proklamierte dieser nicht zuletzt auf Drängen des von Napoleon geächteten Freiherrn vom Stein, des eigentlichen Gegenspieler Napoleons, 'die Befreiung der Völker' und 'den Volkskrieg'. "Das Wirken des preußischen Staatsmannes Freiherr Karl vom Stein in der Umgebung Alexanders I. fachte das Mißtrauen des österreichischen Kanzlers Metternich an, der in Stein einen gefährlichen Aufrührer, Demagogen, Abenteurer und großdeutschen Nationalisten sah"²³. Und Metternich, der m.E. verhängnisvollste europäische Staatsmann, war es, der 1813 noch vor der militärischen Kriegsentscheidung mit Napoleon Frieden zu schließen versuchte, "um dem sich rasch ausbreitenden russischen Einfluß entgegenzuwirken und Napoleon den Kaiserthron zu erhalten, damit er an der Spitze eines militärisch aktionsfähigen und politisch intakten Frankreich ein Gegengewicht zu dem sonst übermächtigen Rußland sein könnte"²⁴. Denn Rußland stellte die revolutionäre Herausforderung für die an der Staatsräson orientierte, restaurativ-repressive Machtpolitik der multinational zusammengesetzten, anachronistischen europäischen Staaten dar.

²¹ Zit. bei Louis Bergeron u.a., a.a.O., S. 174.

²² N. v. Arseniew, a.a.O., S. 252 f.

²³ Lothar Ruehl, Rußlands Weg zur Weltmacht, Düsseldorf-Wien 1981, S. 217.

²⁴ Ebenda, S. 218.

"Alexander I. hatte deutliche Sympathien für die im Befreiungskrieg von den Freiwilligen mit Begeisterung getragene Sache der deutschen Einheit und für die nationale Wiedervereinigung der Polen, allerdings unter seiner Herrschaft. ... Als König von Polen würde der Zar mit seiner russischen Militärmacht fest und unangefochten in Mitteleuropa Fuß fassen, wenn er Polen wiedervereinigen und als konstitutioneller Monarch mit einem polnischen Reichstag regieren könnte"²⁵. Die Anerkennung Rußlands als Garant eines auf der Basis der nationalen Selbstbestimmung sich föderal neu - als Erneuerung des Heiligen Reiches - konstituierenden Deutschland, Mittel- und Südosteuropa hätte zweifelsohne in Rußland selbst die Tradition und Kräfte der moralisch-kulturellen und religiösen nationalen Selbstbestimmung gestärkt und Rußlands innere Verfassung mit den vom Freiherrn vom Stein intendierten national-autonomen und föderalen Verhältnissen Mittel-, ja Gesamteuropas kompatibel gemacht. Es war nicht zuletzt die anti-russische Politik des vereinigten Westens auf dem Wiener Kongreß und im Krimkrieg sowie auf dem Berliner Kongreß, die in Rußland die Dominanz des imperialistisch-militaristischen Nationalismus und seine Unterstützung durch den moralisch-kulturellen und religiösen induzierte und provozierte. "Der russische Nationalismus verhärtete sich nach 1856 zu einer emotionellen Abwehrhaltung gegenüber Europa. In der vom (sc. europäisch induzierten) Ressentiment verdunkelten Vorstellung Rußlands verband sich die panslawistische Idee mit der großrussischen Staatsräson"²⁶.

Der Panslawismus war jedoch wie das Slawophilentum zunächst eine ethisch-kulturelle Erneuerungsbewegung. "Im Slavophilentum kommt das Russentum zur Selbstbesinnung. Es erkennt, daß es nicht einen rückständigen Teil Europas bildet, sondern die Aufgabe und Fähigkeit hat, aus sich heraus eine eigene Kulturwelt aufzubauen"²⁷. Bereits 1852, also noch vor dem Krimkrieg, schreibt der Slawophile Iwan W. Kirejwski, noch vor 20 Jahren habe es kaum einen gebildeten Menschen gegeben, der Rußland auch nur die Möglichkeit einer anderen als der europäischen Kultur zugestanden hätte. Jetzt aber begegne man in Rußland täglich ehemaligen Westlern, und zwar fähigsten Köpfen und zuverlässigsten Charakter, deren ganze Denkweise sich plötzlich geändert habe. "Nun aber sehe man," so referiert Karl Stählin²⁸, den Grundgedanken von Kirejwski, "wie bei fast gigantischen wissenschaftlichen Erfolgen das westliche Leben selbst seinen inneren Sinn verloren habe, wie die messerscharfe Analyse an Stelle der

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda, S. 237.

²⁷ Walter Schubart, *Europa und die Seele des Ostens*, Pfullingen o.J., S. 223.

²⁸ K. Stählin, *Rußland und Europa*, 1925, S. 211.

Grundprinzipien getreten, der letzte Glaube, der an die Allmacht der Vernunft, verloren sei."

Einer der Gebildeten, die für Rußland nicht geringste Möglichkeit einer anderen als der europäischen Kultur zugestanden hatte, war der christliche Philosoph aus Moskau, Peter J. Tschaadajew (1794 - 1856). Das römisch-katholische Christentum ist ihm zufolge die Vernunft der Welt, Europas zumal, "das ist der Gedanke der Wahrheit, der alles gemacht hat"; alles - "auch alle Angriffe auf das Christentum mit eingeschlossen" - unterliegt seinem Einfluß; "im Westen ist alles vom Christentum geschaffen", selbst die politischen Revolutionen: "die Menschen suchten die Wahrheit und fanden beiläufig die Freiheit und den Wohlstand"²⁹. Obwohl das westliche Schisma, d.h. die Reformation, die Einheit des Denkens verletzte und die soziale Einheit vernichtete, "ist Europa noch immer identisch mit dem Christentum, was immer es tun oder reden mag"³⁰. Rußlands Situation sei demgegenüber durch eine fatale Ungeschichte gekennzeichnet, weil "wir in dem elenden Byzanz den Moralkodex suchen gingen". "Verbannt in unser Schisma, erreichte uns nichts von dem, was sich in Europa vollzog. Wir hatten nichts zu tun mit dem großen Weltprozeß"³¹. Die Folge sei die erstaunliche Einsamkeit der sozialen Existenz Rußlands. Rußland habe sich, so faßt Wilhelm Goerdts die Ansicht Tschaadajews zusammen, "gegen den in der Geschichte der europäischen, christlichen Völker sich vollziehenden Fortschritt der Vernunft verselbständigt, sich geschichtslos und unvernünftig gemacht. Es muß daher wieder zur Unterordnung veranlaßt und in Vernunft und Geschichte integriert werden"³².

Kirejwsky ist demgegenüber der Überzeugung, daß die Russen das Christentum in seiner reinsten Form angenommen hätten. In seiner literarischen Kultur habe sich Rußland europäisches Gedankengut angeeignet, so daß es jetzt entzweit sei. Dieser Widerspruch der grundlegenden Prinzipien zweier miteinander kämpfender Kulturen sei die hauptsächlichste, wenn nicht einzige Ursache aller Übel und Mängel, die man auf russischem Boden bemerken kann. Bemerkenswert ist nun jedoch, daß Kirejwsky zufolge dieses Mißverhältnis nicht durch die radikale Ausschaltung der jeweils anderen Kultur aufgelöst werden könne. Weder die totale Europäisierung, noch die radikale Russifizierung nach dem Paradigma Alt-Rußlands sei die Lösung, denn erstere, die völlige Aneignung der ausländischen Kultur, würde bedeuten: "... mit der Zeit den ganzen russischen Menschen umbauen ... unsere

²⁹ Zit. bei W. Goerdts, a.a.O., S. 287.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda, S. 289.

³² Ebenda.

originäre Denkweise abwandeln ... unsere Sitten verändern, unsere Gewohnheiten, unsere Überzeugungen, unsere Besonderheiten auslöschen und so uns Europäisch-aufgeklärt machen"³³. Diese Vernichtung der "Besonderheiten des geistigen Lebens des Volkes" bedeutete schließlich die "Vernichtung des Volkes selbst", denn das Volk sei die "Summe der Überzeugungen", die es "mehr oder weniger in seinen Sitten und Gebräuchen, in seiner Sprache, in den Begriffen seines Herzens und Verstandes, in seinen religiösen, gesellschaftlichen und persönlichen Verhältnissen, mit einem Wort, in der ganzen Fülle seines Lebens"³⁴ entwickelt hat. Die totale Russifizierung nach dem altrussischen Paradigma würde hingegen in der Forderung gipfeln, daß "in der irrationalen Unterwerfung unter vergangene Formen unserer alten Welt ... die neu erworbene Europäische Kultur aus unserem geistigen Leben ... wieder ausgelöscht werden soll"³⁵. Diesbezüglich sei zu bedenken, daß die alten Formen der Kultur und des Lebens "gerade darum nicht ein reiner und voller Ausdruck des inneren Prinzips des Volkslebens sein könnten, weil sie seine äußeren Formen waren, folglich Resultat zweier verschiedener Faktoren: einerseits des ausgedrückten Prinzips und andererseits der örtlichen und zeitlichen Umstände ... Diese Formen wieder herzustellen ist dasselbe wie einen Toten zum Leben zu erwecken"³⁶. Rußlands weltgeschichtliche Aufgabe sei die Versöhnung beider Kulturen, die Versöhnung von intuitivem und diskursivem Denken, von Spontaneität und Reflexion, von mystischer Erfahrung und welthafter Ratio.

Auch Wladimir Solowjów (1853 - 1900) sieht Rußlands Aufgabe im Kontext der Christianisierung der Welt. Nationen sind ihm zufolge 'moralische Wesen', deren 'wahre nationale Idee' im Weltplan Gottes von Ewigkeit her festgesetzt sei. Diese nationale Idee sei eine 'Berufung' und 'Verpflichtung', durch die die jeweilige Nation 'in allen Fällen' bestimmt wird, ob sie sie erfüllt oder nicht, annimmt oder ablehnt, als Segen oder Fluch trägt. Auch die russische Nation müsse deshalb als ein bereits 'christliches Volk' in das 'gemeinsame Leben der christlichen Welt' eintreten und im Einklang mit anderen Völkern die 'vollkommene und universale Einheit' zu verwirklichen suchen. Das 'gemeinsame Leben der christlichen Welt' sei jedoch weiter als je von seiner Vollendung entfernt. Ja, diesen Bund der christlichen Welt gäbe es gar nicht mehr. Für unsere Thematik ist nun von entscheidender Bedeutung, durch welche geschichtlichen Phänomene und Faktoren er Solowjów zufolge zerstört wurde und verhindert werde. Solowjów

³³ Ebenda, S. 299.

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda, S. 300.

nennt folgende: Den cäsaropapistischen Absolutismus des oströmischen Reiches von Byzanz, den nationalistischen Partikularismus, den Absolutismus des nationalen Staates der Neuzeit; letzterer habe notwendigerweise den gesellschaftsfeindlichen Individualismus der fortschrittlichen Zivilisation hervorgebracht. Rußland sei mit seinem partikularen Nationalismus, seiner Monopolisierung der Rechtgläubigkeit und seiner Intoleranz 'die vollendetste Entfaltung' in diesem historischen Prozeß des Verfalls der allmenschlichen christlichen Idee. Rußland habe seine 'nationale Befreiung', obwohl es bereits ein christliches Volk sei, bisher noch nicht verwirklicht. Solowjów ruft Rußland jedoch dazu auf, seiner "Taufe" nicht abzuschwören, sondern die göttliche Trinität in sich durch 'die volle Verwirklichung der gesellschaftlichen Trinität' abzubilden, in welcher 'die Kirche, der Staat und die Gesellschaft absolut frei und souverän sowie solidarisch'³⁷ sich zueinander entfalten.

Für den Philosophen Solowjów ist hierbei die 'religiöse und intellektuelle Emanzipation Rußlands' von besonderer Bedeutung. Trotz des erwähnten Verfalls der christlichen Idee wurde ihm zufolge auch in der Moderne Entscheidendes für die Realisierung dieser Idee geleistet. Wie in vorchristlicher Zeit die indische und griechische Philosophie dem Christentum gewissermaßen vorgearbeitet, es vorbereitet habe, so hätten die neuzeitlichen Philosophen als intellektuell emanzipierte Ungläubige durch das Wirken des Christusgeistes in ihnen die Voraussetzungen geschaffen für die vernünftig-freie Verwirklichung der christlichen Idee. "Philosophie führte somit aus der unangefochtenen Herrschaft des Katholizismus heraus zur Reformation und Frz. Revolution. Das sind für Solowjów positive historische Entwicklungen, deren 'großer Dienst für die christliche Wahrheit' unbestreitbar ist", resümiert Wilhelm Goerdts³⁸. In der auch von Solowjów geforderten Synthese von Ost und West kommt dem Westen deshalb herausragende Bedeutung zu.

Dies zeigt sich auch in seiner qualifizierenden Charakterisierung der vorchristlichen Typen staatlicher Herrschaft, die die - vielleicht heute noch relevante - Differenz von östlich-despotischem und griechisch-römischen Staatstypus sehr stark akzentuiert, welche letzterer sich - abgesehen von der beiden Typen gemeinsamen Sklaverei - "durch einen dauernden Kampf unter den Herren herausbildete. ... Sippen-Prinzip und Eroberung waren auch im Westen am Werk, aber der formative Faktor blieb dort stets der Kampf zwischen den politischen Kräften. ... Beim Kampf mehr oder weniger gleichstarker politischer

³⁷ Ebenda, S. 515 f.

³⁸ A.a.O., S. 481.

Kräfte, von denen keine das absolute Übergewicht gewinnen kann, muß der Staat, da es keine despotische Herrschaft ist, als das Gleichgewicht vieler Kräfte in Erscheinung treten. Dieses Gleichgewicht findet seinen Ausdruck im Gesetz. ... Westliche Staaten, die ein Gleichgewicht miteinander streitender Rechte darstellen, sind Rechtsstaaten *par excellence*"³⁹. "Im Osten konnte der politische Kampf infolge des geistigen Habitus und der religiösen Anschauungen der Menschen nur eine Nebenerscheinung sein. Der östliche Mensch, ein Quietist und Fatalist von Natur und aus Überzeugung, hauptsächlich an der ewigen und unveränderlichen Seite der Existenz interessiert, ist unfähig, auf seinen Rechten zu bestehen und hartnäckig um seine privaten Interessen zu kämpfen. ... Der Kampf ist beim ersten Anzeichen der Überlegenheit einer Seite entschieden, und die Untertanen unterwerfen sich in aller Eile dem Stärkeren, in dem sie ein Werkzeug des Schicksals oder des höheren Willens erblicken. Daher der häufige Wechsel despotischer Herrschaften, wobei der Despotismus selbst unangetastet bleibt"⁴⁰. Die vorchristliche Entwicklung des Westens, die in der römischen Staatlichkeit als dem gültigsten Ausdruck des westlichen Herrschaftstypus sich vollendete, führte im Imperium Romanum "zu der gleichen Form, der der Osten von Beginn an angehangen hatte. Aber es gab einen großen Unterschied. ... Den östlichen Völkern erschien ihr despotischer Staat als ein unvermeidliches Übel, als eine der lästigen, aber unausweichlichen Bedingungen der irdischen Existenz. Dagegen war für das westliche Heidentum mit seiner rein diesseitig-menschlichen Religion der Staat, als die Verkörperung der menschlichen Vernunft und menschlichen Gerechtigkeit, alles, die höchste Norm und das höchste Ziel des Lebens. Und jetzt war das Ziel mit der Schaffung eines vollkommenen, allumfassenden, unbesiegbaren Staates, des Staates *par excellence* - des Römischen Reiches - voll erreicht. Sobald er jedoch geschaffen war, trat die völlige Leere dieser formalen Größe, die hilflose Unfruchtbarkeit dieser Gestalt gewordenen Vernunft zutage"⁴¹.

Das Folgende, das Verhältnis von römischer Staatlichkeit und Christentum betreffende, ist nun von zentraler Bedeutung, denn es markiert die grundlegende Differenz zwischen der Bestimmung des Verhältnisses Rußland und der Westen bei Solowjów und bei Dostojewski. Solowjów zufolge kam das Christentum in die Welt, um die römische Staatlichkeit zu retten. "Als sich die Verkörperung der menschlichen Vernunft - das Reich - als völlig bankrott erwies, war die Zeit für die

³⁹ S.V. Utechin, Geschichte der politischen Ideen in Rußland, Stuttgart 1966, S. 162 f.

⁴⁰ Ebenda, S. 163.

⁴¹ Ebenda, S. 164.

Verkörperung der göttlichen Vernunft gekommen. Das Christentum ... rettete die höchste Manifestation der Welt - den Staat, indem es sein wahres Ziel und den Zweck seiner Existenz enthüllte. Der Unterschied zwischen dem christlichen und dem heidnischen Staat besteht darin, daß der letztere sein Ziel in sich selbst sehen wollte und sich daher als ziellos und sinnlos erwies, während der christliche Staat über sich selbst das höhere Ziel anerkennt. ... Der christliche Staat verbindet die Züge des östlichen und des westlichen Staates. Im Einklang mit der östlichen Ansicht versetzt das Christentum das staatliche Leben an einen zweitrangigen Ort und stellt das geistige oder religiöse Leben darüber; aber andererseits erkennt das Christentum mit dem Westen, daß der Staat eine positive Aufgabe und einen aktiven, progressiven Charakter hat: ... Indem das Christentum dem Staat Sinn verleiht, schafft es gleichzeitig die Gesellschaft. ..., befreit es die Gesellschaft von der Allgewalt des Staates, schafft es eine freie und unabhängige Gesellschaft"⁴². Zwar gab es "im christlichen Westen eine Zeit, als die Kirche sich selbst in staatlichen Formen darzustellen suchte, während die staatliche Macht im christlichen Osten in ihrer Hand nicht nur das weltliche, sondern sehr oft auch die höchste kirchliche Verwaltung konzentrierte"⁴³. Wie bereits ausgeführt, sollen sich Solowjów zufolge Staat, Kirche und Gesellschaft im 'gemeinsamen Leben der christlichen Welt' frei, souverän und solidarisch zueinander verhalten.

Für Dostojewski (1821 - 1881) stellt demgegenüber der die römische Tradition rezipierende Westen, insbesondere das von Rom überkommene "Ideal der 'starken Persönlichkeit' und das Ideal des Gewaltstaates ... die beiden lateinischen Leitbilder von Cäsar und Imperium"⁴⁴ eine große Versuchung dar. Die westlichen Staaten wie die westliche Kirche als die Erben des römischen Staates, dem sie sich angeglichen hätten, seien vom Gedanken der Macht und der Einheit durch Herrschaft korrumpiert. Diesem Gedanken habe im Urchristentum die Idee der allmenschlichen ökumenischen Kirche gegenübergestellt. Dem Arrangement von Kirche und römischem Staat habe nur ein kleiner Teil der Gläubigen widerstanden und das wahre Christentum bewahrt. Nach dem Glaubensschisma zwischen östlichem Christentum und römischer Kirche habe letztere versucht, die Einigung der Menschheit auf der Basis des römischen Herrschaftsprinzips zu erreichen. Protestantismus und Aufklärung seien als Gegenbewegungen zu verstehen, die jedoch die Idee der herrschaftlichen, gewaltsamen Einigung der Menschheit beibehielten. "Selbst der heutige Sozialismus -

⁴² Ebenda, S. 164 ff.

⁴³ Ebenda, S. 165.

⁴⁴ W. Schubart, a.a.O., S. 211 f.

anscheinend ein heftiger, verhängnisvoller Protest aller Nationen gegen die katholische Idee ... ist in Frankreich nichts anderes als die treueste und unbeirrteste Fortsetzung der katholischen Idee, ihre endgültige Vollendung, ihre schicksalhafte Folge, von Jahrhunderten ausgearbeitet! Denn der französische Sozialismus ist nichts anderes als die gewaltsame Vereinigung der Menschen - eine Idee, die noch aus dem alten Rom stammt und sich unversehrt im Katholizismus erhalten hat"⁴⁵. Das Ende dieser Entwicklung werde ein tragischer Zusammenbruch sein. Die Neugeburt der Menschheit werde sich durch die Offenbarung des Wortes Christi vor einer Menschheit ereignen, die ihn nicht mehr kenne. Und dies sei die Aufgabe und Berufung Rußlands, welches den Gegenpol zum römischen Staat und zur römischen Kirche darstelle. Die Russen seien die Gegenspieler der Römer. Den seit neunzehn Jahrhunderten sich gegenseitig bekämpfenden und ruinierenden Weltideen, dem römischen Katholizismus, dessen Hauptvertreter Frankreich sei, und dem germanischen Protestantismus spricht Dostojewski die Zukunftsfähigkeit ab mit der Bemerkung, "daß dieses Deutschland, das (sc. als Hauptvertreter der Weltidee des Protestantismus) ... bisher selbst sein eigenes neues Wort noch gar nicht gesprochen, sondern die ganze Zeit über nur von der Verneinung und vom Protest gegen seinen Feind gelebt hat, so daß ..., wenn Deutschland bereits endgültig gesiegt und das unwiderruflich zerstört haben wird, wogegen es seit neunzehn Jahrhunderten protestierte, es plötzlich auch selbst wird geistig sterben müssen, gleich nach seinem Feind, weil es keinen Lebenszweck mehr haben wird: es wird ja dann nichts mehr geben, wogegen es protestieren könnte"⁴⁶. Die dritte Weltidee, die slawische, welche von den Germanen ebenso verachtet werde wie die römische, sei, obwohl "heute noch viel zu unbestimmt"⁴⁷, "die Idee von morgen - vielleicht die dritte aufsteigende Möglichkeit einer Entscheidung über das Schicksal der Menschheit und Europas"⁴⁸. Doch die römische Idee, obwohl "schon längst verurteilt"⁴⁹, und die germanische Idee erheben sich zusammen mit der slawischen Idee "vor der Welt und formulieren sich, scheint es, endgültig"⁵⁰. "Und alle diese drei gewaltigen Weltideen drängen fast zur selben Zeit zur Entscheidung"⁵¹. Denn "gewisse Ideen haben ihre eigene zähe, gewalti-

⁴⁵ F.M. Dostojewski, Tagebuch eines Schriftstellers, München-Zürich 1980, S. 290.

⁴⁶ Ebenda, S. 291.

⁴⁷ Ebenda, S. 293.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Ebenda, S. 289.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Ebenda, S. 293.

ge und alles mitreißende Kraft"⁵². "Unsere (sc. bisherigen) Zusammenstöße mit Europa nähern sich ihrem Ende; das in Petersburg seinerzeit von Peter durchgehauene Fenster nach Europa hat seine Rolle ausgespielt, und es beginnt etwas Neues, ..., (so) daß wir auf irgend etwas vorbereitet sein müssen, auf irgend eine neue und bereits weit originellere Begegnung mit Europa als es die bisherigen waren"⁵³. In dieser Entscheidungssituation haben die Russen Dostojewski zufolge "zwei Kräfte, die allen anderen in der Welt zusammengenommen gleichkommen ...: (1.) die Ganzheit, die geistige Unteilbarkeit der Millionen unseres Volkes und (2.) dessen engste Einheit mit dem Monarchen"⁵⁴.

Rußland wird seine Aufgabe jedoch nur erfüllen können, wenn es den slawischen Exklusivismus durch den allmenschlichen Universalismus, den schon von Gogol angeprangerten Hochmut durch die werktätige Demut und den religiös maskierten politischen Primat durch den religiösen endgültig überwinde. Voraussetzung hierfür sei, daß es den destruktiv-nihilistischen Ideen des Westens widerstehe. Dostojewski kritisiert insbesondere den Expansionsdrang, den gewalttätigen Charakter sowie den Individualismus der westlichen Nationen, durch welchen die Idee der Brüderlichkeit zur Forderung nach Besitzgleichheit entartet sei. Als Versuchung wird auch das Europa der Bourgeoisie angesehen, das zu verachten sei. In Europas Dekadenz wird ebenfalls eine Gefahr gesehen. Hinzu kommt die Befürchtung, von Europa vernichtet zu werden. Doch andererseits wird Rußland als der Erlöser für das dekadente Europa angesehen. Dies ist ein Hauptgedanke der russischen Idee als der kommenden Synthese all jener Ideen, die Europa in seinen Nationen zum Ausdruck gebracht habe. "Die Bestimmung des Russen ist eine paneuropäische ... Der Russe ist dann am meisten Russe, wenn er am meisten Europäer ist. Mit einem Franzosen bin ich Franzose, mit einem Deutschen Deutscher, mit einem alten Griechen ein Grieche, und ich bin eben dadurch in höchstem Maße Russe. Insofern sind wir etwas ganz Eigenartiges ... Wir werden die ersten sein, die der Welt verkünden, daß wir nicht durch Unterdrückung der Persönlichkeit und fremder Nationalitäten das eigene Gedeihen erreichen wollen, sondern nur in der freiesten und selbständigsten Entwicklung aller Nationen und in der brüderlichen Vereinigung suchen"⁵⁵. In seiner Puschkin-Rede im Jahre 1880 hebt Dostojewski die Fähigkeit der Russen hervor, die Widersprüche zu unterscheiden und aufzuheben, eben jenen Widerspruch von Rußland und Europa, Volk und Gesell-

⁵² Ebenda, S. 294.

⁵³ Ebenda, S. 213.

⁵⁴ Ebenda, S. 294.

⁵⁵ Zitiert bei W. Schubart, a.a.O., S. 219.

schaft, der seinen Ausdruck in der Spaltung der russischen Gebildeten in Slawophile und Westler gefunden habe. "Oh unsere ganze Spaltung in Slawophile und Westler ist ja nichts als ein einziges großes Mißverständnis, wenn auch ein historisch notwendiges ..., weil unsere Bestimmung die Verwirklichung der Einheitsidee auf Erden ist, und zwar nicht einer durch das Schwert errungenen, sondern durch die Macht der brüderlichen Liebe und unseres brüderlichen Strebens zur Wiedervereinigung der Menschen verwirklichten Einheit"⁵⁶.

Selbst, ja gerade im Reformwerk Peters des Großen sieht Dostojewski eine Bestätigung seines religiös nationalen Selbstverständnisses, denn die Abgeschlossenheit des alten - orthodoxen - Rußland von Europa, die aufgrund der Allmenschlichkeit des Christentums "ein Unrecht an der Menschheit"⁵⁷ zu werden drohte, mußte aufgebrochen werden. Das "von Peter durchgehauene Fenster nach Europa"⁵⁸ brachte eine "Erweiterung unserer früheren Idee ... Wir bekamen ein vervielfachtes und verstärktes Verständnis für dieselbe: wir erkannten unsere Weltbestimmung, unsere Persönlichkeit und Rolle in der Menschheit, und mußten einsehen, daß diese Bedeutung und diese Rolle grundverschieden sind von denen der anderen Völker; denn dort lebt jede nationale Persönlichkeit einzig für sich und in sich, wir aber werden, wenn unsere Zeit kommt, gerade damit beginnen, daß wir die Diener aller werden, um der allgemeinen Versöhnung willen. Das ist durchaus nicht schmähsch für uns, im Gegenteil, es ist unsere Größe, denn es führt zur endgültigen Vereinigung der Menschheit. ... So verstehe ich die russische Prädestination in ihrem Ideal"⁵⁹.

"Dostojewski idealisierte das russische Volk nicht, obgleich er von der besonderen Berufung Rußlands überzeugt war. Ungleich den Panslawisten, die die Schwäche des nationalen Egoismus unter den Russen beklagten, sah Dostojewski in dieser Schwäche ein Zeichen der Größe Rußlands. Dostojewski glaubte an den Russen zwei besonders wertvolle Züge erkennen zu dürfen: eine ungewöhnliche Fähigkeit, den Geist und die Ideen anderer Völker zu absorbieren - eine Fähigkeit zur geistigen Umsetzung des Rezipierten (besonders in der Dichtung Puschkins offenkundig) - und, was sogar noch wichtiger sei, die Einsicht in die eigene Sündhaftigkeit, die Unfähigkeit, (sc. selbstgerecht und selbstherrlich wie der Westen) die eigene Unvollkommenheit als die Norm hinzunehmen, einen Durst nach Läuterung. Dostojewski behauptete daher, daß das russische Volk trotz seiner scheinbaren Bestialität in der Tiefe seiner Seele ein anderes Bild trüge, das Bild

⁵⁶ Zitiert bei W. Goerdts, a.a.O., S. 376.

⁵⁷ F.M. Dostojewski, a.a.O., S. 226.

⁵⁸ Ebenda, S. 213.

⁵⁹ Ebenda, S. 227.

Christi. Wenn die Zeit gekommen sei, werde es dieses andere Bild allen Völkern offenbaren, ... und so seine Sendung erfüllen. Die Welt könne nicht durch Gewalt (sc. das Herrschaftsprinzip Roms und des Westens) gerettet werden, das Zueinanderkommen müsse sich in Freiheit vollziehen"⁶⁰. Dostojewskis größte Furcht hinsichtlich der Verwirklichung der russischen Idee besteht jedoch darin, daß die Europäer, die die Russen "nie geliebt haben und wohl auch willens sind und beschlossen haben, uns niemals zu lieben"⁶¹, ja verachten, sie "mißtrauisch, argwöhnisch und gehässig betrachten"⁶², die Rußlands Zugehörigkeit zur 'Zivilisation' nicht anerkennen und in den Russen eher Barbaren sehen würden, "die sich in Europa herumtreiben und sich freuen, wenn es irgendwo etwas zu zerstören gibt, - zu zerstören bloß um der Zerstörung willen, um des Vergnügens willen, zuzusehen, wie das alles zusammenkracht, gleich einer Horde Wilder, gleich den Hunnen, die bereit sind, Europa zu zerstören, ohne auch nur zu ahnen, welche eine Kostbarkeit sie vernichten"⁶³, daß diese Europäer, so fürchtet Dostojewski, die Intentionen, Motive und ethisch-politischen Fähigkeiten der Russen mißverstehen könnten, daß Europa ihnen "wie früher, wie bisher immer mit Hochmut, mit Verachtung und mit seinem Schwert entgegentreten werde"⁶⁴, obwohl sie seit Peter dem Großen nichts anderes getan hätten, "als Berührung mit allen menschlichen Zivilisationen, Vertrautheit mit ihrer Geschichte und ihren Idealen zu erwerben"⁶⁵, obwohl sie Europa, dieses 'Land der heiligen Wunder' als "etwas Ungeheures und Heiliges"⁶⁶ schätzten und "die großen Völker, die es bewohnen, und alles Große und Schöne, das sie dort geschaffen haben, lieben und verehren, mehr als brüderlich lieben und verehren"⁶⁷ würden.

Die Bedeutung dieser Bestimmung des Verhältnisses Rußlands zu Europa wird deutlich, wenn man ihr den Widerspruch Konstantin Leontjews entgegenhält: "Als Antwort auf Dostojewskis seltsamen Ruf: 'Oh, die Völker Europas wissen nicht, wie teuer sie uns sind!' möchte ich ... rufen: 'Oh! wie wir dich hassen zeitgenössisches Europa, weil du bei dir alles Große, Schöne und Heilige zerstörtest, und mit deinem ansteckenden Hauch auch bei uns Unseligen so viel Kostbares

⁶⁰ Utechin, a.a.O., S. 88.

⁶¹ F.M. Dostojewski, a.a.O., S. 225.

⁶² Ebenda, S. 224.

⁶³ Ebenda, S. 212.

⁶⁴ Ebenda, S. 391 f.

⁶⁵ Ebenda, S. 225.

⁶⁶ Ebenda, S. 391.

⁶⁷ Ebenda.

vernichtet!“⁶⁸. Auch Dostojewski sieht, wie ausgeführt, im zeitgenössischen Europa der Bourgeoisie wie im europäischen Sozialismus, eine Gefahr und Versuchung für Rußland, sein Denken ist auf die Ganze Menschheit und ihre Rettung ausgerichtet und ausgeweitet und damit auch auf die Rettung des dekadenten und verlorenen Europa, während das Denken Leontjews auf die Kirche eingeschränkt ist. "Liebet die Kirche - das ist ja so begreiflich! Aber das zeitgenössische Europa lieben, welches sogar die Römische Kirche, eine ungeachtet ihrer tiefen dogmatischen Verirrungen gleichwohl große und apostolische Kirche, bei sich verfolgt - das ist geradezu Sünde. ... wenn ich nicht orthodox wäre, so wünschte ich natürlich eher ein gläubiger Katholik als ein Eudämonist oder liberaler Demokrat zu sein"⁶⁹. Hier sollte an die Geschichtshermeneutik von A.S.Chomjakow (1804 - 1860) erinnert werden, der zufolge die liberale Demokratie vom römischen Prinzip des Katholizismus abkünftig ist. "Es gebe zwei verschiedenartige geistige Typen, ... Die eine (sc. Ausprägung) suche und schätze die Freiheit und strebe nach der größten Vollkommenheit der Freiheit, ...: der freien Gemeinsamkeit von Glauben, Vernunft und Willen, die letztlich in der orthodoxen Kirche ihre Verwirklichung gefunden habe. Der andere geistige Typus versuche, aus der Verantwortlichkeit der Freiheit in das Reich der Notwendigkeit zu entinnen. Diese Flucht vollziehe sich auf dem Wege einer Aufsplitterung, der Sonderung der geistigen Kräfte des Menschen - Wille, Verstand und Glaube - voneinander, des Vertrauens auf die eine oder andere dieser Kräfte allein, der Unterordnung unter eine äußere Autorität, die sich auf eine derselben gründe. Das Prinzip der Notwendigkeit (...) habe eine seiner stärksten Ausprägungen im alten Rom mit seinem übertriebenen Vertrauen auf die Vernunft und die äußere Autorität des Gesetzes gefunden. Diese römischen Eigenschaften seien von der römisch-katholischen Kirche übernommen worden, die sowohl einen diskursiven als auch legalistischen Charakter habe und zu einem großen Teil den geistigen und daher auch den sozialen und politischen Entwicklungsgang und Habitus der westeuropäischen Völker bestimme. Reformation, Protestantismus, moderne Wissenschaft und Philosophie, liberale Wirtschaftslehren, Revolutionen und parlamentarische Einrichtungen - all das seien Zeichen einer progressiven Aufsplitterung und der Tendenz, sich selbst hinter einer äußeren Autorität der einen oder anderen Art zu verschanzen. ... Die geschichtliche Entwicklung Rußlands sei dank dem Gemeinschaftsgeist des Volkes und der or-

⁶⁸ Nicolai von Bubnoff (Hrsg.), *Russische Religionsphilosophen, Dokumente*, Heidelberg 1956, S. 109 f.

⁶⁹ Ebenda, S. 109 f.

thodoxen Kirche anders verlaufen als diejenige Westeuropas"⁷⁰. Denn: "Historisch finde das geistige Freiheitsprinzip (...) seinen Ausdruck vornehmlich im alten Griechenland und später im orthodoxen Christentum wie auch im Gemeinschaftsgeist der slawischen Völker"⁷¹.

In der Auseinandersetzung mit dem liberal-konservativen Rechtshistoriker Gradovski wendet sich Dostojewski gegen dessen Trennung von Christentum und Gesellschaft, derzufolge die persönliche Vervollkommnung im Geiste der christlichen Liebe ein großes religiöses Ideal sei, welches jedoch keine sozialen Ideen enthalte, geschweige denn soziale Institutionen, in denen sich soziale Ideen inkorporierten. Demgegenüber betont Dostojewski: die Idee der persönlichen absoluten Vervollkommnung in Zukunft sei der Mutterschoß aller unserer sozialen bürgerlichen Ideale. Das Ideal einer sozialen Organisation komme in die menschliche Gemeinschaft nur als Erzeugnis der sittlichen Vervollkommnung der einzelnen Menschen. Diese sittliche Idee sei "aus mystischen Ideen, aus Überzeugungen, daß der Mensch ewig sei, unsterblich, daß er nicht wie ein gewöhnliches Erdentier nur sein Leben friste, sondern mit anderen Welten und der Ewigkeit verbunden sei"⁷², hervorgegangen. Deshalb trage auch nur das rechtgläubige Rußland die Voraussetzungen in sich, "um die verhängnisvolle Frage des Vierten Standes, der geringeren Brüder, ohne Kampf und ohne Blutvergießen, ohne Haß und ohne Bosheit zu lösen, daß es aber dieses Wort erst dann wird verkünden können, wenn Europa schon von seinem eigenen Blut überschwemmt sein wird, da vorher kein Mensch in Europa auf unser Wort hören werde, und selbst wenn er es hörte, es doch überhaupt nicht verstehen könnte"⁷³.

Für Dostojewski besteht ein enger Zusammenhang zwischen Volk und Gott aufgrund seiner Erfahrung der lebendigen Substanz des Christentums im Volk. Den russischen Volkscharakter beschreibt er als die Verbindung von Freiheitsliebe mit Menschlichkeit und echter Religiosität. Dostojewskis Glaube an das russische Volk ist letztlich in der Überzeugung begründet, daß dieses Volk den christlichen Geist bewahrt habe und sich bewußt sei, "daß es der Hüter der Wahrheit Christi ist, der echten Wahrheit, des echten Ebenbildes Christi, das sich in allen anderen Glaubensformen und bei allen anderen Völkern verdunkelt hat"⁷⁴. Das russische Volk ist für Dostojewski eine Christus-Nation, eine Fürst Myschkin-Nation in dem Sinne, daß ihm als

⁷⁰ Utechin, a.a.O., S. 79.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Zitiert bei W. Goerdts, a.a.O., S. 378.

⁷³ F.M. Dostojewski, a.a.O., S. 390.

⁷⁴ Ebenda, S. 225 f.

Nation, als politisches Handlungssubjekt, Christi Selbstlosigkeit eigentümlich sei. Nur unter dieser hermeneutischen Voraussetzung haben Sätze wie folgende einen Sinn: "Eben dies wäre ein Gewinn für Rußland: notfalls sogar zu seinem eigenen offenbaren Nachteil zu handeln, klarsehend Opfer zu bringen, nur damit die Gerechtigkeit nicht verletzt werde. Rußland kann nicht der großen Idee untreu werden, die ihm von einer Reihe von Jahrhunderten als Vermächtnis übertragen worden ist und der es bisher unbeirrt gefolgt ist. ... In dieser selbstlosen Uneigennützigkeit Rußlands liegt seine ganze Kraft, sozusagen seine ganze Persönlichkeit und die ganze Zukunft der russischen Sendung"⁷⁵. Der russischen Intelligenz wirft er demgegenüber vor, daß für sie das Volk lediglich Gegenstand einer Theorie sei. Wenn die Intellektuellen vorgeben würden, das Volk zu lieben, so liebten sie nur ihre eigene abstrakte Idee vom Volk. Ein Volk sei lebendig und stark, wenn es von einer Idee ergriffen sei und diese Idee zu verwirklichen versuche. So ist Dostojewski zufolge auch das politisch verfaßte Volk, die Nation oder der Staat "die Institution freier Persönlichkeiten, die sich an die in der Theophanie offenbare sittliche Idee in Liebe und Selbstaufopferung gebunden wissen. Er (sc. der Staat) ist wesentlich kein Vertrag zweckrational aufeinander sich beziehender Individuen zur Behauptung ihrer Rechte und ihres Besitzstandes. 'Ein panisch verängstigtes Vereinigungsbedürfnis' als Ursache des Staates, als Ausweg aus einem gleichsam hobbesianisch konzipierten Naturzustand ist auf die Dauer kein tragender Grund allmenschlicher Institutionen"⁷⁶.

Läßt sich nun aber, so fragt Dostojewski erkenntniskritisch selbst, diese russische Idee beweisen? Seine eigenen Landsleute, d.h. die empirischen Vertreter der russischen Nation, läßt er einwenden, "das seien doch nur wahnwitzige Illusionen, hysterische Wunschträume, Anfälle von Fanatismus und irrsinnige Krämpfe"⁷⁷. Sie forderten "Beweise, präzise Angaben und schon verwirklichte Tatsachen als Beispiele"⁷⁸. Diese Idee ist jedoch keine bloß empirische Beschreibung des Charakters des russischen Volkes auf der Grundlage seiner Geschichte, sie ist ja nichts bloß Gegebenes, sondern vor allem etwas Aufgegebenes; sie enthält die Bestimmung der geschichtlichen Aufgabe des russischen Volkes. Diese Idee kann deshalb nicht empirisch-analytisch, auch nicht diskursiv, allerdings auch nicht apriorisch wie das kantische Sittengesetz erfaßt werden, denn es handelt sich bei dieser Idee nicht um ein abstraktes, formales, allgemeines Gesetz, sondern um etwas Konkretes, welches als Konkret-Ideelles, als kon-

⁷⁵ Ebenda, S. 224 f.

⁷⁶ Ebenda, S. 379.

⁷⁷ Ebenda, S. 390.

⁷⁸ Ebenda.

krete Idealität und Originalität nur intuitiv-noetisch erfaßt werden kann. Die empirische Erscheinung des russischen Volkes kann also allenfalls Andeutungen und Hinweise enthalten. Diese Idee kann schon deshalb nicht bewiesen werden, betont Dostojewski, "weil nicht alles zu beweisen ist"⁷⁹. Iwanow hebt die Zukunftsorientiertheit als Zukunftsfähigkeit verbürgende Orientierung hervor: "Erwartung ist sie und ein 'viel umstrittenes Zeichen' (...), das notwendig auf verschiedene Weise gedeutet werden muß bis zu der Zeit, wo der fragwürdige Daimon der Nation die endgültige Form seiner geschichtlichen Inkarnation findet"⁸⁰. Bis dahin gäbe es nur ein intuitives, d.h. nicht allgemein verifizierbares, vom russischen Volk sanktionierbares Erfassen der "einheitlichen metaphysischen Wesenheit der Nation - ihrer historisch sich verwirklichenden Entelechie oder besser ihres intelligiblen esse im empirischen fieri"⁸¹. "Das empirische fieri, die Geschichte in ihrer Unabgeschlossenheit und Gebrochenheit läßt", so kommentiert Wilhelm Goerdts, "somit die Ermittlung von 'russischer Idee' nur aufgrund der Analyse und Interpretation russischer Vergangenheit und Gegenwart, der Geschichte Rußlands, seiner Kultur und seines Geistes, des 'Charakters' des russischen Volkes zu, von denen aus als wünschbar erscheinende Weiterentwicklungen in die Zukunft extrapoliert werden können"⁸². Dieses Verständnis ist m.E. jedoch unzulänglich, denn es geht nicht um "wünschbar erscheinende Weiterentwicklungen in die Zukunft", sondern um sittlich, ethisch-politisch verbindliche Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben, von deren Erkenntnis, Anerkennung und Erfüllung Heil und Unheil der Nation abhängen. Die russische Idee ist - ich wiederhole die m.E. entscheidende Aussage W. Iwanows - Erwartung und ein 'viel umstrittenes Zeichen', das gedeutet werden muß. Die Erkenntnismethode der Gegenwarts- und Geschichtsdeutung ist, wie bekannt, die Hermeneutik. Hier handelt es sich jedoch um eine qualifizierte Hermeneutik, die ich in Ermangelung eines besseren Ausdrucks als die prophetische bezeichnen möchte, denn diese Deutung ist eine sittlich verbindliche, prophetische Wegweisung, verbunden mit Zuspruch und Verheißung. Und die zu dieser Deutung Berufenen sind eher die Dichter und Dichterphilosophen als die Wissenschaftler und philosophischen Systemdenker. Für die russische Philosophie ist ja gerade die enge Verbindung von Literatur und Philosophie kennzeichnend, sie ist "für das russische Denken konstitutiv"⁸³. Russische Denker verknüpfen "politische Fragen und Aufgaben mit den letzten

⁷⁹ Ebenda, S. 213.

⁸⁰ W. Iwanow, Die russische Idee, Tübingen 1930, S. 19.

⁸¹ Ebenda, S. 20.

⁸² Goerdts, a.a.O., S. 508.

⁸³ Ebenda, S. 61.

Fragen des menschlichen Seins. Sie können im eigenen Volksschicksal keinen Sinn finden, wenn sich damit nicht zugleich der Sinn des ganzen Weltgeschicks enthüllt"⁸⁴. Trotz aller Differenzen bezeugen die russischen Denker übereinstimmend, daß die 'russische Idee' die Idee der All-Einheit als Einheit der Unterschiede sei, so daß trotz aller nicht aufzuhebender Differenz Rußland und der Westen in der Einheit der Menschheit zusammengehörten.

Wie man nun zu Dostojewskis nationalem Selbstverständnis auch stehen mag, so sollte doch nicht verkannt werden, daß dieses Selbstverständnis ihn dazu befähigte, auch in existentiell relevanten realpolitischen Entscheidungssituationen klare Wegweisungen zu geben. So hat er nachdrücklich davor gewarnt, daß sich Rußland "zu einem Bündnis verleiten läßt! Dann ist es aus mit Rußland, endgültig aus"⁸⁵. Die Mißachtung dieser Warnung mit der Folge des Hineingezogenwerdens in das europäische Bündnis- und Machtsystem und dem daraus resultierenden Ersten Weltkrieg kann durchaus als Hauptgrund für Rußlands Tragödie im 20. Jahrhundert angesehen werden. Denn: "Ohne Krieg hätten die zwei russischen Revolutionen von 1917 kaum stattgefunden", betont N. Arseniew⁸⁶. "Nicht also die Bauernfrage, nicht die sozialen Probleme, nicht die Agrarfrage sind letzten Endes die Ursache der russischen Revolution geworden, sondern in erster Linie der dem Volke unverständliche und unendlich lästige, blutige und kostspielige Weltkrieg 1914, und dann, hinter diesem äußeren wichtigen Faktor, eine Anzahl tiefgehender moralischer Faktoren, die von dem schrecklichen und tragischen Ergebnis des Krieges ausgelöst und aktiviert wurden"⁸⁷.

⁸⁴ W. Schubart, a.a.O., S. 218.

⁸⁵ Dostojewski, a.a.O., S. 602.

⁸⁶ A.a.O., S. 225.

⁸⁷ Ebenda, S. 210.

ERZSÉBET RÓZSA

Was bedeutet es, Ost-Mittel-Europäer zu sein? Einige Probleme der bürgerlichen Identität

Eines der wichtigsten Geschehnisse in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts macht wahrscheinlich aus, daß Osteuropa, das durch die sowjetische Herrschaft künstlich konstituierte Ost-Europa, vorbei ist; Ost-Europa nicht im geographischen oder geschichtlichen Sinne gemeint, sondern politisch, als sowjetische Zone, sowjetischer Sektor, wie es von vielen verstanden wird. Aber die Frage: was kommt jetzt, ist noch nicht beantwortet. Vor der Wende 1989 wurde das Ostmittel-Europäertum als eine mögliche Antwort auf diese Frage und zugleich als eine alternative Lösung des Zukunftsproblems dieser Region aufgefaßt und behandelt, aber dies alles ist in letzter Zeit problematisch und fragwürdig geworden. Es gibt mehrere Gründe dafür, warum sich die Chancen der Realisierbarkeit dieses Standpunktes offensichtlich vermindert haben. Ein Zusammenspiel unterschiedlicher politischer Probleme hat vor allem nach sich gezogen, daß diese Position, die eine ausschlaggebende Rolle in der Auflösung des alten Regimes spielte, in den Hintergrund gedrängt wurde. Was die politischen Gründe betrifft, wäre es unheimlich interessant darüber nachzudenken, daß die Meinungsunterschiede und Positionsveränderungen der westlichen Mächte zu den einzelnen Ländern der Region, zur ganzen Region, die Ostmittel-Europa ausmacht, und zu Rußland eine 'stabilisierte Unsicherheit' mit sich gebracht hatten. Auf der anderen Seite kann man das Rivalisieren unter diesen Ländern und die scharfen Konflikte der Region ohne diese veränderte Position auch nicht verstehen und erklären. Trotzdem wird dies alles im folgenden nicht politisch behandelt, vielmehr theoretisch und methodisch. Einige innere, inhaltliche Probleme des Ostmittel-Europäertum-Gedankens haben nämlich dazu beigetragen, daß seine Chancen in letzter Zeit nachgelassen haben. Aber warum? War es eigentlich nur ein Irrtum oder vielmehr ein schöner Traum? Woran liegt es und wie ist es dazu gekommen? Im folgenden werden einige - meiner Meinung nach grundlegende - theoretische und methodische Aspekte dieser inneren, inhaltlichen Probleme näher betrachtet.

Eine ebenso offensichtliche Schwierigkeit tritt bei der Methodologie der Behandlung dieses Fragenkomplexes auf. Das Ostmittel-Europäertum macht keine einheitliche Konzeption aus. Es gibt eine Auffassung innerhalb eines weitverzweigten Gedankenkreises, nach welcher das Problem des Ostmittel-Europäertums mit den globalen und objektiven Strukturen, Bewegungen und Geschehnissen zu beschreiben wäre. Ein Beispiel ist dafür, daß die Aufsätze, die in der in Wien herausgegebenen Zeitschrift "Europäische Rundschau" erschienen, die globalen und objektiven Seiten des Ostmittel-Europäertums vielseitig und erschöpfend behandeln, von den subjektiven Momenten dieses Fragenkomplexes aber kaum die Rede ist. Kein Wunder, weil die verbreiteten kartesischen Verfahren der Gesellschaftswissenschaften natürlicherweise hier in Gang kommen. Im Gegensatz dazu muß dabei meines Erachtens auch auf die durch die gewöhnlichen gesellschaftswissenschaftlichen Methoden nicht beschreibbaren subjektiven 'Faktoren' abgezielt werden, von der Überzeugung ausgehend, daß eine der ausschlaggebenden Fragen der kommenden Periode darin besteht, wie die Leute in dieser Region die geschichtlich bestimmenden politischen Geschehnisse von 1989 innerlich - psychisch und moralisch - aufarbeiten können und werden.

Kein Zweifel: Ostmittel-Europa war 1989 ein realer politischer und geschichtsbildender Faktor unseres Jahrhunderts, als diese Länder (vor allem die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn) aufgrund der Selbstbestimmung dieser Völker eine von innen, durch sich selbst gestaltete Region schufen. Die Zusammengehörigkeit dieser Länder war damals offensichtlich. Es war die Zeit, als die Völker dieser Region die von oben oktroyierte Identität - das Osteuropäertum - ablehnten und sich auf den Weg machten, sich aus sich selbst heraus 'neu zu identifizieren'. Ostmittel-Europa schien damals einer der aus Osteuropa hinausführenden Wege zu sein. Die Entscheidung und die Wahl des selbstständigen Weges zieht sich aber in die Länge; der Weg ist noch immer nicht eindeutig gewählt, die Frage nach den neuen Orientierungen ist noch immer nicht beantwortet. Wir leben in einer offenen Situation - aber noch nicht einer offenen Gesellschaft - , in der sich diese Frage nicht nur 'großpolitisch', sondern auch 'alltäglich' stellt. Jetzt kommt die Zeit, in der dies alles nicht nur oben, in der Machtssphäre, sondern auch in den alltäglichen Sphären der einzelnen Personen entschieden wird. Es gibt eine vollendete Tatsache, die darin liegt, daß diese Entscheidung im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Region ohne die Personen, ohne die Bürger nicht mehr stattfinden kann. Darum stellt sich - neben den unvermeidlichen großpolitischen Entscheidungen - die Frage, wie die Personen, die Individuen dieser Region die globale Wende innerlich - psychisch und moralisch - aufarbeiten werden. Zweitens stellt sich auch die Frage, wie sich die Menschen

selbst in dieser Region zu Bürgern einer modernisierten Gesellschaft machen können. Mit Recht hatten Ágnes Heller und Ferenc Fehér festgestellt, daß in diesen Ländern kein echter Bürger vorhanden sei, und daß eine 'constitutio libertatis' eine *conditio sine qua non* der Modernisierung der Region ausmacht. Die Auffassung des Ostmittel-Europäertums, die eben diese Momente und Faktoren heraushob, und die durch die Elitenkultur dieser Region repräsentiert war und ist, kann im folgenden wieder eine wichtige Rolle spielen. Dazu ist es aber unumgänglich, uns mit einigen inhaltlichen Problemen auseinanderzusetzen. Diese Betrachtung zielt darauf ab, dazu beizutragen.

Die Fragen, die sich auf die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und auf die Wahl der eigenen Zukunft der einzelnen Personen beziehen, sind geeignet, die Basis dieser 'Neuidentifizierung' zu umreißen. Der Horizont der Annäherung dieses Problemkreises wird eben durch diese Fragestellung im folgenden abgeschritten. Der Horizont der Untersuchung kann folglich nicht rein theoretisch bestimmt werden, weil es einfach irrelevant wäre. Der theoretische und methodische Apparat des hier zu erwartenden Verstehens und der Erklärung liegt in der Nähe der phänomenologischen Soziologie von Alfred Schütz. Die berechtigten methodischen Einwände gegen die zuerst erwähnte Auffassung Ostmittel-Europas stammen also vor allem nicht oder nicht rein aus theoretisch-methodischen Problemen, sondern aus den praktisch-methodologischen Dilemmata, und zwar aus primären Lebensproblemen der Menschen, der Einzelpersonen. Beide Fragen beziehen sich nämlich auf den Horizont des eigenen Lebens der einzelnen Personen, auf die Wende des eigenen Lebens, auf den Parameterwechsel dieses Lebens. Die erste Frage nach den Motivationen richtet sich auf die Neuordnung der sog. inneren Welt, die zweite aber auf die Perspektiven, auf die Neuordnung der sog. äußeren Welt der Personen. Für die eingehende Betrachtung dieses Fragenkomplexes werden die vorhandenen Konzeptionen und Vorstellungen des Ostmittel-Europäertums kurz überblickt und zusammengefaßt - davon ausgehend, daß diese Konzeption mit ihrer Variabilität wichtige geschichts- und kulturphilosophische Probleme aufgeworfen hat, die bedenkenswert sind. Es geht nicht darum, daß etwa völlig neue Konzeptionen über diese Region unbedingt nötig wären. Das Verstehen dieser Auffassungen und das Nachdenken darüber scheinen realistischer zu sein als das Konstruieren neuer Theoreme, wie es sonst in den "neualten" Ideologien der politischen Akteure dieser Region durchaus augenfällig ist. Das Ostmittel-Europäertum ist ein Gedanke, der eine lange Tradition in dieser Region hat und die geeignet zu sein scheint, in diesem Identifikationsprozeß eine wichtige Rolle zu spielen.

Das Phänomen Ostmittel-Europa wurde schon vielseitig und eingehend untersucht und dargestellt, vor allem durch die Elitenkultur dieser

Region. Charakteristische Beispiele dafür sind die Werke von György Konrád, Milan Kundera, Leszek Kolakowski, Vaclav Havel, Adam Michnik, Czeslaw Milosz. Diese Hochkultur beschäftigte sich vor allem mit Ostmittel-Europa, in der sog. osteuropäischen Periode der Geschichte dieser Region. Diese Elitenkultur konstituierte dadurch sowohl sich selbst als auch eine mögliche Lösung und eine Alternative der in dem Osteuropäertum entstandenen Probleme. Ihr Ostmittel-Europa-Bild drückte nicht einfach eine Nostalgie nach der verschönerten Vergangenheit, nach der Österreichisch-ungarischen Monarchie aus, vielmehr konstituierte sie sich als eine Art Zukunftsproblem. Die Elemente dieser Konzeption bildeten keine Bausteine der aus der Vergangenheit stammenden Reliquien. Im Gegenteil: die Vergangenheit selbst dient zum Konstituieren einer Lösung von Problemen der damaligen Gegenwart, der osteuropäischen Zeit und des osteuropäischen Raumes. Das Ostmittel-Europäertum erschien als eine eigenartige Kombination der Vergangenheit und Zukunft, und diese Kombination wurde der osteuropäischen Gegenwart gegenübergestellt. Diese Erklärung und Darstellung traten als Opposition zur real existierenden, zur bestehenden osteuropäischen Gegenwart als ihre Verneinung auf, während die gewählte Vergangenheit und Zukunft sich als adäquate Zeit der Region zeigten. Ostmittel-Europa wurde also als ein eigenartiger Schnittpunkt der faktisch geschichtlichen Zeit und des faktisch geschichtlichen Raums bzw. der vorausgesetzten Zeit und des vorausgesetzten Raums. Der zweite, ideologische Horizont des Osteuropäertums an sich ist noch nicht problematisch, weil die Fragestellungen nach der Zukunft immer ein Risiko haben, und weil auf die Fragestellungen nach der Zukunft doch nicht verzichtet werden kann. Es ist ja eigentlich nicht bloß ein Risiko der Elitenkultur, vielmehr eine in ihrem konkreten Inhalt sehr problematische Eigenschaft, die aber letztendlich eine zu ihr, zu dieser Elitenkultur gehörende Einstellung zu sein scheint. Die Setzung Ostmittel-Europas war also eigentlich kein Fehler oder kein Irrtum, sondern eine mögliche, sogar berechtigte Einstellung und Attitüde dieser Hochkultur.

Eine geschichtsphilosophische Dimension mit dieser Struktur tritt als der letzte und allgemeinste Horizont der Konzeption auf, der zugleich aber mit konkreten kulturellen Problemstellungen verbunden ist, also bildet es kein rein spekulatives Theorem.

Ein typisches Beispiel dafür ist, wie z.B. Konrád Ostmittel-Europa auffaßt, daß es nämlich durch Städte wie Budapest, Bratislava, Krakau, Berlin, Warschau, Wien usw. geprägt sei. Konrád verstand es nicht einfach und nicht zunächst siedlungsstrukturell, sondern geschichtlich und kulturell. Zu seinem Begriff 'Kultur' gehören nicht nur die großen Leistungen der Elitenkultur, sondern auch die Sphäre des alltäglichen Lebens. Es geht bei Konrád nicht nur um die Hochkultur,

sondern auch um die Lebenswelt des ost- und ostmittel-europäischen Seins und um die dazu gehörenden Einstellungen und Verhaltensformen. Kein Zweifel, daß die Auffassung von Kundera auch diese Überlegungen und Attitüden enthält. Er lehnte nicht nur Osteuropa, mit dem Terminus von Mihály Vajda: den "russischen Sozialismus", radikal ab, sondern auch den deutschen Einfluß. Aber was er sucht, liegt in der Lebenswelt, ist in Lebensformen, Verhaltensformen verwurzelt. Dieses Ostmittel-Europäertum ist für ihn nur durch diese Lebens- und Verhaltensformen erklärbar und darstellbar.

Die erwähnten kulturphilosophischen Überlegungen und Darstellungen sind bis heute sehr fruchtbar, nicht nur zur literarischen Aufarbeitung, sondern auch zu den sog. geisteswissenschaftlichen Behandlungen. Diese Auffassung hat eine Empfindlichkeit, die Frage nach den objektiven und subjektiven Komponenten des Ostmittel-Europäertums zugleich stellen zu können. Die zuerst erwähnten Aufsätze behandeln ausführlich, was Ostmittel-Europa eigentlich bedeutet, die zweite Auffassung bezieht sich allerdings auch auf die Bestimmung der Subjekte, und zwar stellt sich die Frage bei Konrád und Kundera, wer der Ostmittel-Europäer eigentlich ist und sein kann.

Ein weiterer Aspekt des Ostmittel-Europäertums ist zu erwähnen, der sich durch die Konzeption erhebt, die Ostmittel-Europa als eine ethisch bestimmte Normative auslegt. Egon Schwarz hält Mittel-Europa für eine durch Ethos geprägte Einheit. Seines Erachtens haben wir uns zu Mitteleuropäern zu "verbessern". Erhard Busek meint, daß diese Region Europas als ein "geistiges Prinzip" bestimmbar sei, die ihre Gründe sowohl in der gemeinsamen Vergangenheit, in den griechisch-christlichen Überlieferungen, als auch in der Zukunft habe, und diese Zukunft hänge von uns ab. Aber die Frage, wie dies von uns abhängt, blieb ohne Antwort. Dies ist ein anderes Beispiel dafür, Ostmittel-Europa als ein hochkulturelles Phänomen zu bestimmen. Diese Auffassung und die gesellschaftswissenschaftliche Konstruktion Ostmittel-Europas haben einen gemeinsamen Zug: beide verbleiben im Rahmen der Elitenkultur und sie sind nicht geeignet, den Inhalt des alltäglichen Lebens von Personen und Bürgern in sich zu integrieren. Im Unterschied dazu gibt es aber jene Elitenkultur, die ihre Aufgabe nicht in einer auf sich selbst gerichteten Selbstreflexion sieht. Demgegenüber zielt die vor allem von Konrád und Kundera repräsentierte Auffassung darauf ab, unterschiedliche Ebenen der Lebenswelten zu umgehen und jene Lebenswelten darzustellen, die ihren Mittelpunkt und ihr Fundament in den über interpersonale Beziehungen verfügenden Einzelpersonen haben. Dies alles ist die Welt der Kultur im weitesten Sinne, die die Verhaltensformen des Alltagslebens und die dazu gehörenden Wissensformen enthält. So kann man mit gutem Grund behaupten, daß diese vor allem literarisch

dargestellte Auffassung mit der phänomenologischen Soziologie verwandt ist.

Die alltäglichen Strukturen, die Lebenswelten, die natürlichen Einstellungen sind hier nicht mehr ephemere. Die psychische Aufarbeitung und die moralische Einschätzung der eigenen Lebenswelten und Lebensgeschichten, der 'Biographie' im phänomenologischen Sinne, bilden eine andere, von den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen, der sog. Makrosphäre abweichende Deutung und Verständnis der menschlichen Welt. Die Sinndeutung und die Sinnggebung betreffen das eigene Leben hier tief und umfassend. Die Distanz zum Gegenstand der Untersuchung macht hier eine zum lebendigen Leben aus. Die Motivationen der Personen treten auch als ihre Perspektive auf, die Zukunft wird von innen heraus (von den Motivationen her) und von der Richtung nach außen (nach den Perspektiven) zugleich bestimmt. Die gedeuteten Fakten und der Horizont der Deutung sind hier nicht voneinander getrennt. Aber es ist doch möglich, nach den typischen Initiativen und Verhaltensformen zu fragen.

Die Frage stellt sich also vor allem als Zukunftsproblem, das sich aus Motivationen und Perspektiven konstituiert. Die dadurch aufgeworfene Frage, wer eigentlich der Ostmittel-Europäer ist, hat keinen bloß subjektiven Charakter mehr. Beide Fragen, die Frage nach dem 'Was' und die nach dem 'Wer', werden vereint. Anders formuliert: ist es möglich, sich dem Leben der Menschen, die in dieser Zeit und in diesem Raum leben und denken, lieben und hassen, schaffen und abschaffen, anzunähern und dieses zu erklären. Die Lebenswelt kann Inbegriff - aber kein Begriff - dieser Aktivitäten und dieser Denk- und Verhaltensformen sein.

Diese Lebendigkeit der Lebenswelten hatte für den untersuchenden Verstand immer schon viele Schwierigkeiten verursacht, aber ganz besonders viele bereitet es, wenn wir nach der Lebenswelt der sich umstrukturierenden ostmittel-europäischen Region fragen. Die Offenheit und die Unsicherheit der realen Lebenssituationen bringt es also mit sich, daß es dadurch besonders unmöglich wird, exakte Erkenntnis im gesellschaftstheoretischen Sinne mit strenger Begriffsstruktur zu haben. Wir können und sollen aber darauf nicht verzichten, einige konkrete inhaltliche Probleme anzuführen und zu betrachten. Wenn man diese 'Seite', diese Komponente des Lebens nicht berücksichtigt, bleiben auch die politischen Ereignisse, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ganze Region selbst versteckt. Das Verstehen des Ostmittel-Europäertums an sich bietet freilich keine endgültige Lösung des Rätsels des sog. Ostblocks, aber ohne den Versuch, dies zu verstehen, kann weder eine Lösung des Rätsels des ehemaligen Osteuropas noch eine der zukünftigen Konstellation gefunden werden.

Nach den Motivationen, die sich auf die innere Welt beziehen, wird jetzt nicht gefragt. Die psychische und moralische Aufarbeitung sind zunächst eine Privatsache. Auch die Rechtsmaßnahmen können diesen Prozeß nicht entsprechend lenken. Im folgenden werden die Motivationen, die sich nach außen richten, näher betrachtet. Diese Motivationen werden als eigene, persönliche, aber zugleich sozialtypische behandelt, die die Orientierungen der Personen initiieren und die gesellschaftlich relevanten Bewegungen durch die interpersonellen Beziehungen beeinflussen. Die Motivationen können somit als zukunftsgestaltende Faktoren sowohl für die einzelnen Personen als auch für soziale Gruppen konstituiert werden. Im folgenden wird das Bürgertum als Motivation und Zukunftsfrage in diesem Sinne ausgelegt.

Eine der anerkanntesten Schwierigkeiten in dieser Region besteht darin, daß das Bürgertum, ganz global betrachtet, in diesen Ländern fehlt. Erhard Busek meint, daß die bürgerliche Mentalität in dieser Region nicht vorhanden sei. Der letzte Grund des Ostmittel-Europäertums liegt aber im Vorhandensein des Bürgertums. Es steht natürlich in engem Zusammenhang mit der Modernisation, die - wie bekannt - durch die kommunistischen Regime in eine Sackgasse geführt worden ist. Die Lage ist aber freilich nicht so einfach, weil es nicht nur um das Vorhandensein oder den Mangel des Bürgertums schwarz auf weiß geht. Im Zusammenhang damit muß man auch berücksichtigen, welche Länder des ehemaligen Ostblocks und inwieweit jene sich von der voluntaristischen Modernisation entfernen konnten. Das Fundament der voluntaristischen Modernisation wurde vor allem in Polen und in Ungarn untergraben, und gleichzeitig wurde damit begonnen, auch eine andere Modernisation zu begründen und auszubauen. Es ist auch bekannt, daß bis zur Wende beide Strukturen nebeneinander und einander durchdringend gelebt haben. Diese Doppelstruktur der Modernisation hatte die Chancen und die Schranken des Bürgertums zugleich bestimmt. Ganz vereinfacht ausgedrückt muß festgestellt werden, daß es an Bürgerinitiativen in dieser Region noch fehlt, aber diese These muß sofort damit ergänzt werden, daß die Bürgerinitiativen in diesen Ländern nie gänzlich vernichtet werden konnten. Das Privateigentum als Initiative wurde strukturell vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt.

Aber auch andere Schwierigkeiten traten im Zusammenhang mit den Bürgerinitiativen auf. Was die staatsbürgerliche Initiative und die Zivilcourage betrifft, so war hier die Lage wesentlich widersprüchlicher als in der Wirtschaft. Die staatsbürgerlichen und zivilen Verhaltensformen wurden stärker in den Hintergrund gedrängt als die wirtschaftlichen Initiativen. Diese Bürgerinitiativen wurden vor allem in den Oppositionskreisen vertreten, aber sie waren sozialtypisch nicht verbreitet. Die heutige Lage wird auch durch diesen Fakt geprägt. So geht es

schon um das Vorhandensein einiger Kriterien des Ostmittel-Europäertums, um die wirtschaftlichen Bürgerinitiativen, aber noch nicht um das Vorhandensein der staats- und zivilbürgerlichen Initiativen; diese sind noch nicht da. Die behandelte Elitenkultur bemühte sich, die Entfaltung der Bürgerinitiativen zu fördern. Aber die kulturellen und politischen Leistungen waren naturgemäß nicht ausreichend, um die strukturell und sozialtypisch fehlenden Initiativen ersetzen zu können.

Anders gesagt: 1989 fand ein Regimewechsel statt, welcher durch die Selbstbestimmung der Völker dieser Region verwirklicht wurde. In diesem Prozeß zeigte sich, daß das Problem Osteuropa und Ostmittel-Europas keine intellektuelle Fragestellung mehr bedeutete. Es wurde ganz klar, daß die Menschen schon nicht mehr auf die früher gewohnte und herkömmliche Weise leben wollten. Es ging also auch um die Lebenswelt, um Ansprüche der Veränderung der bisherigen Lebensformen und Lebenswelten. Die Ablehnung des Osteuropäertums kam in den Bewegungen von 1989 dadurch nicht nur großpolitisch, sondern auch 'lebenskulturell' zum Ausdruck: die Menschen wollten nicht mehr Osteuropäer im sowjetischen Sinne sein. Was bedeutet hier eigentlich Osteuropa? Die sog. einfachen Leute erlebten das Osteuropäertum, das als eine spezielle Lebenswelt konstituiert worden ist. Diese Lebensform hatte einige gemeinsame Merkmale, unter anderem den Trabant, einen ganz speziellen Trödelmarkt, den Balaton usw. Diese Sachen und Objekte funktionierten jedoch nicht einfach gegenständlich, ihrer normalen Bedeutung und Funktion nach, sondern auch symbolisch, als Zeichen einer aus Zwang und Mangel entstandenen Lebensform. Auch dieses Osteuropa mit seinen Zwang- und Mangelstrukturen wurde 1989 von den Leuten abgelehnt. Es war sehr charakteristisch, wie unglaublich schnell sich die Nachfrage nach den westlichen Autos steigerte, unabhängig davon, ob diese Autos wirklich preisgünstiger und für unsere Verhältnisse besser sind als ein Skoda, Lada oder Wartburg.

Aber die Ablehnung Osteuropas konnte nicht konsequent sein: die alten Skodas, Ladas und Trabants laufen bis heute. Die bunte Mischung der neu-alten Westautos und der alten Ostautos auf den Straßen und Autobahnen drückt die eigenartige Kavalkade im Leben und in den Lebenswelten dieser Region anschaulich aus. Die Modernisierung dieser Region ist wahrscheinlich keine offene Frage mehr. Kein maßgebender Politiker bezweifelt die Unvermeidlichkeit der Modernisation. Aber die Modernisation, die 1989 politisch und 'lebenskulturell' gewählt wurde, kann sich natürlich nur in einem langfristigen Prozeß entfalten und es muß eingesehen werden, daß die Umstrukturierung nicht nur großpolitisch, sondern auch in der Lebenswelt langfristig stattfinden kann. Es gibt wieder den Zwang und Mangel, aber anders als vorher. Man kann alles kaufen, aber die Frage stellt sich jeden Tag

von neuem: kann ich es mir selbst leisten oder nicht? An diese Lage muß man sich noch eine Zeitlang gewöhnen. Es gilt nicht, die sog. Vorteile Osteuropas (Billigkeit, relative soziale Gleichheit und Sicherheit usw.) zu konservieren und zugleich seine Nachteile (Mängel) gegen die Vorteile der modernisierten Gesellschaften, freilich ohne ihre Nachteile, umzutauschen. Diese Evidenz muß aber auch in die alltäglichen Strukturen eingebaut werden. Dazu bedarf es längerer Zeit.

Eine weitere Frage ist, ob dieser Modernisierungsprozeß auch als ostmitteleuropäisch bestimmt wird oder nicht. Das Orientieren dieser Länder ist noch sehr flexibel, sogar vage. Die Abschottung gegenüber dem Osten, der für die ostmitteleuropäischen Menschen mit dem Zwang und Mangel identisch ist, und zugleich die unsichere Offenheit nach dem Westen, der Wohlstand und individuelle Freiheit verspricht, bezeichnen zusammen den heutigen Zustand des Suchens nach den Lebensformen. So ist es dann auch eine offene Frage, inwieweit die Merkmale des Ostmittel-Europäertums in diesen Prozeß eingesetzt werden. Die Anziehungskraft des Ostmittel-Europäertums ist nicht mehr so stark, wie es vorher der Fall war. In Prag oder in Zakopane einen Urlaub zu machen, drückte vor der Wende eine Lebensform und Lebenskultur aus, die auch einige Merkmale der ostmitteleuropäischen Zusammengehörigkeit getragen hatte. Der Tourismus war damals kein reines Geschäft unter den Teilnehmern, sondern ein wichtiges Moment der Lebensform, in dem ein Verhältnis zum bestehenden Osteuropa ausgedrückt wurde. Das heutige Prag zieht nicht mehr so viele Touristen aus dem ehemaligen Ostblock an wie vorher. Um so mehr Leute fahren aber aus dem Westen nach Prag. Als ob der Austritt aus dem osteuropäischen Sein die Abwetzung des Anziehungsvermögens von Ostmittel-Europa nach sich gezogen hätte... Es geht um keine Nostalgie nach Osteuropa, vielmehr um eine Umstellung der Lebenswelten, in der sich der Einfluß des Ostmittel-Europäertums zu vermindern scheint. Während dies beim Abbau Osteuropas eine ausschlaggebende Rolle gespielt hatte, kann es beim Aufbau der neuen Konstellation nicht mehr so einflußreich auftreten.

Allerdings spielt dabei auch ein Rivalisieren dieser Länder untereinander eine Rolle, dem ebenfalls Beachtung geschenkt werden muß, und zwar nicht nur großpolitisch, sondern auch 'lebenskulturell'. Jedes Land dieser Region und jeder ihrer Bürger erkennen in den Lebensverhältnissen der Nachbarländer auch die von ihnen abgelehnte, durch Mangel beschreibbare osteuropäische Lebensform wieder. Das Angebot und die Nachfrage werden in eine neue Struktur der modernen Wirtschaft eingebettet, die aber gleichzeitig auch die Merkmale des Ostblock-Marktes tragen. Der Unterschied zwischen diesen Ländern ist doch nur quantitativ und nicht qualitativ. Man kann freilich stolz sein, wenn es einem ein bißchen besser geht und wenn man ein bißchen

mehr Freiheit hat als der Nachbar. Man muß aber einsehen, daß man durch die Armut der Nachbarländer allein langfristig nicht reicher werden kann. Es ist eine offene Frage, inwieweit diese Länder das Rivalisieren beiseitelassen werden und inwieweit ihre Zusammengehörigkeit ein effektiv funktionierender Faktor in dieser Region sein kann. Ohne Zweifel kann aber festgestellt werden, daß die Verbundenheit miteinander langfristig nicht nur großpolitisch und großwirtschaftlich, sondern auch 'lebenskulturell' zu einem zukunftsconstituierenden Faktor wird, weil sie in der Entwicklung der zivilen Initiativen eine ausschlaggebende Rolle spielen wird.

Osteuropa ist vorbei, aber der Zwang und der Mangel sind nach wie vor da. Die Unterschiede sind aber für die Leute, die einfach leben wollen, nicht evident. Es ist nicht einfach einzusehen, daß der Zwang und der Mangel sich nicht mehr aus dem Osten, aus der sowjetischen Osteuropa-Struktur ergeben, sondern es sieht anders aus. Die Evidenz, daß die Umstellung der Makrostrukturen für die Modernisierung harte negative Auswirkungen in der Lebenswelt mit sich bringt, ist nicht einfach einzusehen und zu erleben. Der Abbau der vorherigen Strukturen zog zunehmende Armut nach sich. Parallel dazu steigert sich aber auch der Reichtum. Makrostrukturell betrachtet, kann der Ausweg nur die Modernisation sein, allerdings nicht ohne ihre negativen Auswirkungen. Aber es muß mikrostrukturell und persönlich erklärt werden. Die Antwort darauf können die zu entwickelnden Bürgerinitiativen sein. Somit sind es keine unwichtigen Fragen, wie man sich zu seiner eigenen Armut oder seinem eigenen Reichtum verhält und umgekehrt, wie man sich zur Armut oder dem Reichtum anderer Menschen verhalten kann. An Bürgerinitiativen im weitesten Sinne fehlt es noch in diesen Gesellschaften. Kein Wunder: jahrhundertealte Traditionen können auch auf diesem Gebiet nicht über Nacht verändert werden. Dann kann es nicht verwundern, daß sich nach den Statistiken die negativen Emotionen in den alltäglichen Umgangsformen schnell erhöhen. Die Beziehungen der Menschen sind von Mißtrauen, Neid und Haß so stark erfüllt, wie es vor dem Regimewechsel nicht zu erleben war. Wenn man bloß diese Erscheinungen betrachtet, ohne zu merken, daß diese eigentlich Begleiterscheinungen sind, die in der Ausprägung der Verhaltens- und Mentalitätskultur einer modernen Gesellschaft auftreten, so ist das ein Irrtum. Die Bürgerinitiativen und die Zivilcourage scheinen auch dadurch nicht nur wirtschaftlich, politisch und sozial, sondern auch verhaltenskulturell überaus wichtig zu sein.

Ein weiteres Problem besteht darin, daß sich in der Verhaltenskultur Spuren der sog. 'Balkanisierung' zeigen und eine Reihe von Schwierigkeiten daraus entsteht. Osteuropa als ein künstliches Gebilde, welches nie eine organische kulturelle Einheit bildete, ist schon vorbei, ja wir wollen es nicht mehr. Aber die osteuropäische Kultur mit ihren eigenen

Zügen hatte das Leben in Ostmittel-Europa beeinflusst. Unter osteuropäischer Kultur wird dabei freilich nicht die Hochkultur (Literatur, Musik, Film, Theater usw.) verstanden, sondern die in den Lebensweisen wurzelnden jahrhundertealten Gewohnheiten, Bräuche, Sitten, die u.a. durch eine gewisse Schlamperei, Nachlässigkeit, Unpünktlichkeit bezeichnet werden können und welche in diesem Raum bis dahin nicht gang und gäbe waren. In diesem Sinne wurden wir also "osteuropäisch". Selbstverständlich will man es nicht mehr. Aber wer kann mit voller Gewißheit behaupten, daß alles verschwindet, was wir schon nicht mehr wollen? Wer könnte die Frage beantworten, was in uns und um uns noch weiterlebt, das wir nicht mehr möchten, nicht mehr wollen, aber vielleicht auch nicht wissen, daß es in uns und um uns noch immer vorhanden ist? Welche Reliquien der letzter Jahrzehnte leben in unseren sprachlichen Formen, in unseren Gesten, in unseren Handbewegungen und Blicken weiter? Wie tragen wir in uns, an uns und um uns, daß wir auch Osteuropäer waren? Jetzt suchen wir nach einer Identität, die uns mit West-Europa verband und die dank dem Ostmittel-Europa-Gedanken nie ausgerottet werden konnte. Der 'Balkanismus' wurde aber zum Gegenpol dieser Identität, der großpolitisch hoffentlich schon überwunden worden ist, aber er wirkt noch langfristig in den alltäglichen Elementen des Lebens weiter. Die Lösung dieser Probleme ist auch nicht rein psychisch oder moralisch. Die Bürgerinitiativen als Strukturelemente der Lebenswelten scheinen auch in dieser Hinsicht geeignet zu sein, in den Beziehungen und im Verhältnis zur Umwelt 'den Balkanismus' zurückzudrängen. Die von oben gelenkten und aufgezwungenen Lebensformen können nur durch die von sich selbst initiierten Lebensformen überwunden werden.

Es ist heute noch nicht endgültig entschieden, ob die Menschen, die Einzelpersonen dieser Region, Ostmitteleuropäer sein wollen oder einen anderen Weg einschlagen werden. Diese Entscheidung wird durch eine Parlamentswahl freilich nicht gefällt. Die großpolitisch typischen Entscheidungen führen eine 'Neuidentifikation' aller Lebenssphären nicht automatisch mit sich. Heutzutage geht es in dieser Region Europas nicht einfach um politische Wahl für die nächste Periode, wie es oft vermutet wird, sondern auch um diese 'Neuidentifikation' der Lebenswelten. Die Wahl macht nicht nur eine politische oder Machtfrage aus, sondern auch die Wahl der Lebensformen, Einstellungen, Mentalitäten, Denkweisen usw. Zur Entwicklung der Bürgerinitiativen im behandelten weitesten Sinne ist es unvermeidlich, neue Lebensentscheidungen, eine neue 'existentielle Wahl' zu treffen. Es geht natürlich nicht nur um die Arbeitslosigkeit, die von den betroffenen Personen sehr harte Entscheidungen erfordert, sondern darum, daß es nötig ist, die von sich selbst ausgehenden Initiativen des eigenen Lebens auf sozialtypische Weise einzusetzen. Diese sozialtypische Selbstbestim-

mung und Identifikation können freilich auch von den einzelnen Personen durchgeführt werden. Dazu ist der Unterschied zwischen langfristigen und kurzfristigen Entscheidungen zu erkennen, wenn auch die Leute vorher nicht gewohnt waren, diesen Unterschied zu erkennen und eine langfristige Wahl zu treffen.

Es gibt abwertende Meinungen über die Gleichgültigkeit, über das zurückziehende Verhalten der Menschen. Wenn man nur diese Tatsachen berücksichtigt, kann man die Motivationen eines solchen Verhaltens nicht verstehen. Vaclav Havel räumt ein, daß eine Bestrebung nach einem ehrlichen, anständigen, aber politikfreien Leben auch ein letzter Orientierungspunkt sein kann. Die Aktivität, der Unternehmungsgeist im weitesten Sinne, können sich in einem durchpolitisierten Klima ohne Beschädigung nicht entfalten. Man läuft Gefahr, sich im ungeduldigen und von Haß erfüllten Klima des postkommunistischen politischen Lebens falsch zu orientieren.

Es ist naturgemäß schwer zu erklären, was die zunehmende negative Einstellung der Menschen zueinander bedeutet. Die 'Neuidentifikation' fordert eine Gegenüberstellung der Lebenswelten, welche zum Osteuropäertum gehörten. Zur Neubestimmung des eigenen Lebens, zur 'existentiellen Wahl' muß man aber zuerst das aufarbeiten, was im eigenen Leben in den letzten Jahrzehnten geschah. Es handelte sich nicht bloß um den Verlust des Eigentums vieler Schichten der Bevölkerung. Die finanzielle Entschädigung als Gegenmaßnahme wurde einseitig getroffen, aber es ist heute klargeworden, daß sie an sich keine zufriedenstellende Lösung bedeutet. Dadurch wurde fast die ganze Gesellschaft irritiert, und jeder sucht nach seinem rechtmäßigen Erbe wie in einem unendlichen Erbprozeß, wo die betroffenen Erben gegeneinander auftreten.

Es ist einzusehen, daß gewisse Formen der Entschädigung nötig und unvermeidlich sind. Die Menschen, die damals ihre Lebensgrundlage verloren, sollen in ihre Rechte zurückversetzt und wenigstens symbolisch entschädigt werden. Aber die Verwirklichung zog auch üble Folgen nach sich. Die Leute interessieren sich nicht nur für sich selbst, sondern auch für die anderen: was der andere macht, was er im Vergleich zu mir bekommt usw. Aber die Bereitschaft und die Motivation, mein eigenes Leben an sich, in mir und für mich aufzuarbeiten, fehlt. Es fragt sich freilich, wodurch diese Bereitschaft und Motivation überhaupt geweckt werden könnten. Die Entschädigung scheint allerdings nicht die beste Lösung für die Aufarbeitung der Vergangenheit zu sein.

Es gibt andere, die die Motivation der Aufarbeitung des eigenen Lebens von der Religion erwarten. Letztendlich ist es aber nicht so wichtig, woher die Motivationen kommen. Ob die einzelnen Personen diese Frage für sich selbst, religiös oder atheistisch-moralisch beein-

flußt, ob hochkulturell oder unbewußt in ihrem Leben durch ihre Lebensformen beantwortet werden, ist eigentlich nicht ausschlaggebend. Es kann ihre Privatsache bleiben. Das wichtigste besteht vielmehr darin, daß die Möglichkeit der Selbstbestimmung nicht mehr verlorengehen darf. Die Möglichkeit der Selbstbestimmung, die politisch durch die Institutionen der Demokratie gesichert wird, kann durch die Bürgerinitiativen verwirklicht werden. Das Ostmittel-Europäertum hatte diese Idee einer Art Selbstbestimmung für unsere Region ausgearbeitet und politisch vertreten. Das bildet eine Konzeption, die neben der Ablehnung Osteuropas im sowjetischen Sinne auch den Weg der westlichen Zivilisation mit Distanz betrachtet. Sie konnte und kann eine reale Chance bieten, um geschichtliche und kulturelle Eigenarten dieser Region bewahren zu können. Kein Wunder, daß dieser Gedanke und diese kulturelle Bewegung die Geschehnisse von 1989 so stark beeinflußt hatte. Nach der Selbstbestimmung der Völker ist aber jetzt die Zeit der Selbstbestimmung der einzelnen Bürger gekommen, die auch andere Probleme aufwirft, welche vorher nicht bekannt sein konnten. Somit ist auch die Zeit des Verstehens und der Erklärung dieser Problematik gekommen. Die Erneuerung des Ostmittel-Europa-Gedankens scheint darum unvermeidlich zu sein, wenn er sich selbst und seine Vorstellungen von dieser Region wirklich ernst nimmt. Es geht um die inhaltliche und methodische Erneuerung dieses Gedankens in dem Sinne, daß die in sich latente Empfindlichkeit für die sog. innerliche Welt, für psychische und moralische Phänomene, und für die nach außen gerichteten Motivationen - die Bürgerinitiativen - mobilisiert und angewandt werden müssen. Es handelt sich nämlich um eine eigenartige Lebenswelt und um ein eigenartiges Wissen, darum, daß jene dem kartesischen Typ des Wissens gar nicht annäherbar ist. Im Gegensatz dazu hat die ostmittel-europäische Überlieferung alle Voraussetzungen, um diese Lebenswelt mit ihrer Wissensform verstehen, erklären und darstellen zu können.

FERDINAND KINSKY

Eine föderalistische Architektur für Europa

Auf den ersten Blick scheint das föderalistische Modell ausgespielt zu haben. Mit der Drohung, die Verhandlungen in Maastricht scheitern zu lassen, gelang es dem britischen Premierminister John Major, den Satz von der föderalistischen Finalität Europas streichen zu lassen. Das verhaßte "F-word" mußte aus dem Vertragstext verschwinden. Seither wird nicht nur im Vereinigten Königreich das ursprünglich föderalistische Grundprinzip der Subsidiarität als Garantie gegen eine Entwicklung der Europäischen Union zum Bundesstaat verwendet.

Im Namen des Föderalismus und der Subsidiarität zieht hingegen der bayerische Ministerpräsident zu Felde, um europamüde und nationalistische Wähler bei der Stange zu halten. Dabei setzt Herr Stoiber die bisher in Politikwissenschaft und Staatsrecht gültige Formel vom Bundesstaat als der bekanntesten konstitutionellen Verwirklichung des Föderalismus außer Kraft. Meinungsforschungen in Deutschland scheinen den Maastricht-Gegnern Recht zu geben. Während noch 1990, im Jahr der deutschen Vereinigung und im Zuge der Binnenmarkt-Euphorie, große Mehrheiten in den alten und vor allem in den neuen Bundesländern positiv zur EG standen und eine echte, zweifellos bundesstaatliche politische Union Europas befürworteten, herrschen jetzt Skepsis und Ablehnung vor. Gewiß sind derlei Stimmungen Schwankungen unterworfen und können sich schnell wieder ändern. Zweifellos steht auch die gegenwärtige Euro-Flaute im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, in der das gesamte Establishment, zu dem ja auch die EG schon lange gehört, an Glaubwürdigkeit verliert. Dennoch führte der mit der Pressekampagne gegen Maastricht unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrages einsetzende Stimmungsumschwung dazu, daß in Deutschland vor allem seit Beginn des Superwahljahres 1994 immer mehr Politiker dazu neigen, eher auf die europapolitische Bremse zu drücken als etwa die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer Föderation zu fordern.

Ähnliche Trends gibt es natürlich auch in anderen EU-Mitgliedstaaten. In Frankreich, wo die Meinungsforschung noch im Sommer 1992

eine hohe Mehrheit von über 60 % an Befürwortern des Maastricht-Vertrages feststellte, wurde der nur hauchdünne Sieg von 51 % beim Referendum weitgehend auf innenpolitische Gründe wie 'Denkzettel an Mitterand' zurückgeführt. Nach heutigen Umfragen würde allerdings jetzt eine Mehrheit der französischen Bevölkerung gegen Maastricht stimmen.

Da ähnliche Beobachtungen auch in anderen EU-Staaten gemacht werden können, stehen die Vorzeichen für einen föderalistischen Durchbruch bei den vertragsgemäß bis 1996 vorgesehenen institutionellen Reformen denkbar schlecht. Und sollte aufgrund einer veränderten internationalen Lage und plötzlich aufflammenden europäischen politischen Willens tatsächlich mehr Bundesstaatlichkeit für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bei den Verhandlungen bis 1996 erreicht werden, sollte etwa dem Europäischen Parlament die volle legislative Zuständigkeit neben dem Rat als einer Art europäischen Bundesrat gegeben werden, dann könnte es durchaus sein, daß diesmal Deutschland mit Hilfe seines Bundesverfassungsgerichts die Nachfolge von Charles de Gaulle und Margaret Thatcher antreten könnte. Im Kommentar des Bundesverfassungsgerichts zu seinem positiven Maastricht-Urteil wurde ja ausdrücklich vor einem europäischen Bundesstaat gewarnt. Dabei zeigte es sich, wie sehr auch die angeblich so unabhängigen Richter von Stimmungen in der Bevölkerung beeinflußt werden können. Ein solcher Kommentar wäre vor zehn oder zwanzig Jahren undenkbar gewesen. Wird also in einigen Jahren der Weg zur Europäischen Föderation von Deutschland mit deutscher Gründlichkeit verbaut werden?

Ganz schlimm scheint es um den Föderalismus in Mittel- und Osteuropa bestellt zu sein. Die bundesstaatlichen Ordnungen in der Sowjetunion, Jugoslawien und der Tschechoslowakei sind verschwunden. Die russische Föderation schwankt zwischen Auflösung und Diktatur. Es ist nicht gelungen, Völker und ethnische Minderheiten, die vorher nie gefragt wurden, ob sie gemeinsam mit der jeweiligen ethnischen Mehrheit in einer bundesstaatlichen Ordnung leben wollen, zum Verbleiben in einem föderalistischen System zu bewegen, das von ihnen durch Jahrzehnte nur als totalitäre Diktatur erlebt worden war.

Gewiß läßt sich darüber trauern, daß eine Demokratisierung der mittel- und osteuropäischen multinationalen Föderationen nicht gelungen sei, aber auch der Hinweis darauf, daß Föderalismus ja nur mit dem Konsensus aller überhaupt funktionieren kann, wird seine Reputation in den ehemaligen kommunistischen Staaten kaum beleben können. Auch der pädagogische Hinweis auf die Schweiz beeindruckt kaum. Das hat schon Masaryk getan, als er dem Vielvölkerstaat Tschechoslowakei eine rosige Zukunft versprach. Leider wurde dann aber weder das Selbstbestimmungsrecht der tschechoslowakischen Völker

beachtet noch überhaupt eine föderalistische Verfassung gewählt, sondern eine zentralistische, in der die Tschechen alle wichtigen Posten besetzten. Sudetendeutsche und Slowaken konnten sich mit dem nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen Staat immer weniger identifizieren, was dann 1938 und 1939 von Hitler für seine Zwecke genutzt wurde. Auch in Jugoslawien und der Sowjetunion zeigte sich, wie Föderalismus eben nicht ohne Selbstbestimmungsrecht funktionieren kann.

Der Unterschied zu einer föderalen Ordnung, die auf einem grundsätzlichen Konsensus und freiwilligen Souveränitätsübertragungen aller beruht, leuchtet Mittel- und Osteuropäern in der Regel umso weniger ein, als sie Jahrzehnte lang unter der Breschniew-Doktrin und im Stalinismus von staatlicher Unabhängigkeit nur träumen konnten. Der Nationalstaat ist in Mittel- und Osteuropa zur heiligen Kuh geworden, zu einem Mythos, an den man auch dann noch glaubt, wenn er durch die transnationale Dimension von Umweltverschmutzung, wirtschaftlichem Aufbau und der außenpolitischen Sicherheit ad absurdum geführt wird. Gewiß wünscht man den Eintritt in die NATO, um durch die USA geschützt zu werden, und man will auch den schnellen Beitritt zur EU, was aber in erster Linie der Sehnsucht nach materiellem Wohlstand entspringt. "Alle sprechen von der EG, sie meinen aber Mercedes", sagte kürzlich ein zynischer tschechischer Politiker. Und Vaclav Claus, der Ministerpräsident der Tschechischen Republik, möchte einerseits schnellstens der EU beitreten, kritisiert diese und den Vertrag von Maastricht jedoch mit den Worten der von ihm bewunderten ehemaligen Premierministerin Margaret Thatcher. Wird also auch die Erweiterung der EU nach dem Osten zu einem weiteren Hindernis auf dem Weg zur europäischen Föderation werden?

Zweifellos scheint der Föderalisierungsprozeß ins Stocken geraten zu sein. In Krisenzeiten haben aber verantwortungsvolle Wissenschaftler nicht das Recht, einfach nur auf Entwicklungen hinzuweisen, die jedermann beobachten kann. Ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, auf tödliche Gefahren hinzuweisen, wo diese am Horizont auftauchen, bevor es vielleicht zu spät sein wird. Wenn die föderalistische Ordnung Europas, in der die nötige Einheit mit einer größtmöglichen Vielfalt verbunden wird, nicht gelingt, so stecken in den Alternativen Szenarien eben tödlicher Gefahren. Ein Rückfall in die alte nationalstaatliche Anarchie, wo in einem Nebeneinander angeblich gleicher und souveräner Staaten zwangsläufig wieder der Satz gelten wird, daß der Nachbar der Feind und der Nachbar des Nachbarn vielleicht der Freund sei, werden bald einige gleicher und souveräner sein als andere. Eine derartige Balkanisierung Europas wäre der beste Nährboden für die andere Alternative zum Föderalismus: die zentralistische Supermacht,

die angesichts der zu kontrollierenden Vielfalt sehr bald in den Totalitarismus wird enden müssen.

Die Herren Stoiber, Brunner und Maastricht-Gegner in anderen europäischen Staaten schlagen als Alternative zum europäischen Bundesstaat einen Staatenbund vor und wehren sich dagegen, daß man sie als Anti-Europäer abstempelt. Nun hat es leider in der Geschichte bisher, von militärischen Allianzen in heißen und kalten Kriegen abgesehen, keinen Staatenbund gegeben, der wirklich funktioniert hat, es sei denn, einem Mitgliedstaat wäre es gelungen, die Vorherrschaft an sich zu reißen. Der Deutsche Bund von 1815 endete bekanntlich mit einem Krieg zwischen Preußen und Österreich und der nachfolgenden russischen Hegemonie. Die Funktionsfähigkeit der NATO hing immer von der amerikanischen Führungsmacht ab. Der beste Nährboden für die bisher unbegründete Angst vor der deutschen Vorherrschaft in Europa wäre die Bildung eines europäischen Staatenbundes. In einer Konföderation bleiben die Mitgliedstaaten ja souverän, d.h. sie haben entweder ein Vetorecht gegen gemeinsame Entscheidungen oder sie brauchen diese gar nicht durchzuführen.

Während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges schlossen sich die dreizehn Exkolonien zunächst zu einem Staatenbund zusammen. In den Articles of Confederation von 1781 waren Mehrheitsentscheidungen vorgesehen, wenn mindestens neun der dreizehn Staaten einen Beschluß befürworteten. Allerdings betrachtete die überstimmte Minderheit solche Entscheidungen zumeist nur als unverbindliche Empfehlungen und weigerten sich, diese in die Tat umzusetzen. Ähnliches geschieht heute in der UNO. Ein europäischer Staatenbund wäre weder in der Lage, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durchzuführen, noch glaubhaft an der Lösung von europäischen oder außer-europäischen Konflikten teilzunehmen. In Bosnien und in Somalia hat Europa innerhalb und außerhalb der Union schwer an Glaubwürdigkeit verloren.

Die bisherigen Erfahrungen in der europäischen Integration haben gezeigt, daß die EG von gestern und die EU heute nur dort funktionieren, wo bereits föderalistische Institutionen und Entscheidungsmechanismen funktionieren. Das gilt für die Unabhängigkeit der EG-Kommission, deren kollegiales System an die schweizerische Bundesregierung erinnert. Das gilt für das Zweikammersystem Rat und Parlament bei der Verabschiedung des Haushalts und - in sehr beschränktem Maße - auch für manche Entscheidungen in der Gesetzgebung, nämlich dort, wo der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließt und das Parlament die Möglichkeit hat, Änderungen durchzusetzen oder sein Veto einzulegen. Das gilt schließlich auch für die Rolle des Europäischen Gerichtshofs.

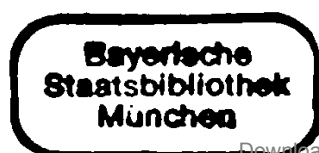
Die Frage nach der Durchsetzbarkeit des föderalistischen Modells trotz aller gegenläufigen Trends läßt sich allerdings nicht nur mit dem Hinweis auf die Unzulänglichkeit und Gefährlichkeit alternativer Modelle und auch die bereits vorhandenen föderalistischen Elemente in der EU beantworten. Bei Betrachtung eines längeren Zeitraums, etwa der gesamten zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, wird man die Entwicklung zum Föderalismus in drei Bereichen nicht übersehen können:

- in der europäischen Integration innerhalb der EU, die sich auf wirtschafts- und währungspolitischem Gebiet zunehmend föderalisiert hat, während sie auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet noch staatenbündisch oder intergouvernemental geblieben ist;
- bei der Regionalisierung innerhalb der meisten größeren EU-Staaten. Belgien entwickelte sich vom Zentralstaat zur Föderation, Spanien ist fast ein Bundesstaat, Frankreich und Italien haben Regionalautonomie eingeführt, allerdings blieb die Dezentralisierung im Vorfeld des Föderalismus stecken;
- schließlich haben föderalistische Prinzipien sich außerhalb des staatlichen Bereichs durchgesetzt, etwa in Unternehmensstrukturen, in Universitäten, Gewerkschaften und Verbänden, überall dort, wo Einheit und Vielfalt miteinander verbunden werden müssen.

Es gibt also keinen Grund zur Entmutigung.

TEILNEHMER DES SYMPOSIONS
"Föderalismus und die Architektur der Europäischen Integration"
im Heinrich-Fabri-Institut Blaubeuren
Geistes- und Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum
der Universität Tübingen
13. - 18. Februar 1994

Dr. Walter Althammer, Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft
Prof. Dr. Mikelis Aschmanis, Riga
Prof. Dr. Karol Bal, Wroclaw
Marc Stefan Binder, Tübingen
Prof. Dr. József Czirják, Pécs
Dr. Nina Gromyko, Moskau
Prof. Dr. Karl Hahn, Münster
Dr. Fritz Hopmeier, Präsident des Landtags von Baden-Württemberg
Martina Husemann-Lüking, Münster
Dr. Hamaw Ibragimov, Moskau
Prof. Dr. Panos Kazakos, Athen
Prof. Dr. Ferdinand Kinsky, Praha
Guido Meiners, M.A., Münster
Dr. Carlos Melches, Ulm
Jana-Peggy Moeller, Tübingen
Prof. Dr. Endre Kiss, Budapest
Prof. Dr. Ferenc L. Lendvai, Budapest
Prof. Dr. Lubomír Novy, Brno
HDoz. Dr. Peter L. Oesterreich, Essen
Prof. Dr. Ante Pazanin, Zagreb
Dr. Tibor Pichler, Bratislava
Dr. Erzsébet Rózsa, Debrecen
Prof. Dr. Hans-Peter Schneider, Hannover
Dr. Tatiana Sedová, Bratislava
Dr. Cristiana Senigaglia, Trieste
Dr. Gerrit Steunebrink, Nijmegen
Dr. Jeroen Vis, Amsterdam
Prof. Dr. France Vreg, Ljubljana
Dr. Ilija Vujačić, Beograd
Prof. Dr. Nikolaus Wenturis, Tübingen
Dr. Barbara Zehnpfennig, Hamburg



Geistes- und Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum
im Heinrich Heine-Institut Blauenburg
und die Struktur der Europäischen Integration
des SYMPOSIUMS

- Dr. Barbara Zehnle
- Prof. Dr. Nikolaus Westphal
- Dr. Ilja Vukobratović
- Prof. Dr. Hans Vlieg, Lubjansk
- Dr. Jander Vis, Amsterdam
- Dr. Gant Stanković, Ljubljana
- Dr. Christiana Sargant, Wien
- Dr. Tatjana Šušteršič, Ljubljana
- Prof. Dr. Hans Peter Schwanitz, Hannover
- Dr. Erzsébet Révész, Debrecen
- Dr. Tibor Pichler, Bratislava
- Prof. Dr. Ante Parnik, Zagreb
- Honor. Dr. Peter J. Oesterreich, Essen
- Prof. Dr. Lubomir Nový, Brno
- Prof. Dr. Ferenc L. Lendvai, Budapest
- Prof. Dr. Endre Kiss, Budapest
- Jana-Peggy Meixner, Jena
- Dr. Carlos Martínez, Jena
- Guido Marner, Mail, München
- Prof. Dr. Ferdinand Müller, Jena
- Prof. Dr. Rainer Müller, Jena
- Dr. Hans-Joachim Lauth, Jena
- Dr. Ina Gromy, Jena
- Prof. Dr. József Csik, Jena
- Dr. Stefan Binder, Tübingen
- Prof. Dr. Karol Bielecki, Jena
- Dr. János Árkai, Jena
- Dr. Klaus Altmann, Präsident der Universität Jena

Eine vollständige Liste der Bisher von der SOG herausgegebenen Publikationen ist über die Geschäftsstelle, Widenmayerstraße 49, D-80538 München, zu beziehen.

SÜDOSTEUROPA JAHRBÜCHER

- Band 18: **Zwischen Zentralisierung und Selbstverwaltung – Bürokratische Systeme in Südosteuropa.** Hrsg. von Franz Ronneberger. 161 S., München 1988. (DM 34,-)
- Band 20: **Die Moderne in den Literaturen Südosteuropas.** Hrsg. von Reinhard Lauer. 216 S., München 1991. (DM 44,-)
- Band 21: **Wandlungen in der Eigentumsverfassung der sozialistischen Länder Südosteuropas.** Hrsg. von Georg Brunner und Dieter Pfaff. 111 S., München 1990. (DM 28,-)
- Band 22: **Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne.** Hrsg. von Klaus Roth. 356 S., 31 Abb., München 1992. (DM 72,-)
- Band 23: **Deutschland und die Völker Südosteuropas. Festschrift für Walter Althammer zum 65. Geburtstag.** Hrsg. von Hans Peter Linss und Roland Schönfeld. 416 S., München 1993. (DM 72,-)
- Band 24: **Ostmittel- und Südeuropa im Umbruch.** Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 170 S. München 1993. (DM 34,-)
- Band 25: **Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa.** Hrsg. von Johannes Chr. Papalekas. 246 S., München 1994. (Erscheinungstermin: November 1994)

SÜDOSTEUROPA STUDIEN

- Band 40: **Volksmusik und Kunstmusik in Südosteuropa.** Hrsg. von Cornelius Eberhardt und Günther Weiß. 193 S., München 1989. (= Schriftenreihe der Hochschule für Musik in München, Bd. 9) (DM 49,-)
- Band 41: **Südosteuropa-Veröffentlichungen aus der Bundesrepublik Deutschland 1984 – 1988.** Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 128 S., München 1989. (DM 22,-)
- Band 42: **Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa.** Hrsg. von Roland Schönfeld. 139 S., München 1989. (DM 22,-)
- Band 47: **Südosteuropa in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit vom Wiener Kongress (1815) bis zum Pariser Frieden (1856).** Hrsg. von Josip Matešić und Klaus Heitmann. 180 S., München 1990. (DM 34,-)
- Band 49: **Politischer Pluralismus und Verfassungsstaat in Deutschland und Ungarn.** Hrsg. von Georg Brunner. 183 S., München 1992. (DM 36,-)
- Band 52: **Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa.** Hrsg. von Georg Brunner und Hans Lemberg. 323 S., Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 1994. (DM 98,-)
- Band 53: **Matthias Flacius Illyricus – Leben & Werk.** Hrsg. von Josip Matešić. 224 S., München 1993. (DM 42,-)
- Band 54: **Transition to a Market Economy at the End of the 20th Century. Übergang zur Marktwirtschaft am Ende des 20. Jahrhunderts.** Hrsg. von Ivan T. Berend. 272 S., München 1994. (DM 48,-)
- Band 55: **Föderalismus und die Architektur der europäischen Integration.** Hrsg. von Nikolaus Wenturis. 235 S., München 1994. (DM 48,-)

SÜDOSTEUROPA AKTUELL

- Heft 1: **Fragen der Finanzierung des Handels mit Südosteuropa.** Hrsg. von Walter Althammer. 82 S., München 1987. (DM 7,-)
- Heft 3: **Die Türkei und die Europäische Gemeinschaft.** Hrsg. von Werner Gumpel. 120 S., München 1988. (DM 12,50)
- Heft 4: **Die jugoslawische Wirtschaft – Gegenwart und Zukunft.** Hrsg. von Werner Gumpel. 105 S., München 1988. (DM 10,-)
- Heft 5: **Agrarwirtschaftliche Zusammenarbeit mit Albanien.** Hrsg. von Walter Althammer. 126 S., München 1989. (DM 12,50)
- Heft 6: **Landesentwicklung und Umweltschutz im Donaauraum.** Hrsg. von Karl Ruppert. 138 S., München 1989. (DM 15,-)
- Heft 7: **Interkulturelle Kommunikation in Südosteuropa.** Hrsg. von Franz Ronneberger. 132 S., München 1989. (DM 15,-)
- Heft 8: **Die Interessen der Anliegerstaaten am Rhein-Main-Donau-Kanal.** Hrsg. von Werner Gumpel. 72 S., München 1990. (DM 7,-)
- Heft 11: **Europa und die Türkei in den neunziger Jahren.** Hrsg. von Werner Gumpel. 82 S., München 1991. (DM 7,-)
- Heft 12: **Das vereinte Deutschland als Partner Ostmittel- und Südosteuropas.** Hrsg. von Walter Althammer. 120 S., München 1991. (DM 12,50)
- Heft 13: **Die Agrarwirtschaft Südosteuropas im Wandel.** Hrsg. von Karl-Eugen Wädeker. 204 S., München 1992. (DM 17,50)
- Heft 14: **Staatliche Einheit und Teilung – Deutschland und Jugoslawien.** Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 154 S., München 1992. (DM 16,-)
- Heft 15: **Barrieren im Bereich der Verkehrs-, Energie- und Agrarwirtschaft in Ost- und Südosteuropa.** Hrsg. von Werner Gumpel und Peter Hampe. 130 S., München 1993. (DM 15,-)
- Heft 16: **Integration des bulgarischen Verkehrs in das europäische System.** Hrsg. von Werner Gumpel. 90 S., München 1993. (DM 10,-)
- Heft 17: **Konflikte, Konfliktlösung und Friedenssicherung in Südosteuropa.** Hrsg. von Günther Wagenlehner. 242 S., München 1994. (DM 22,50)
- Heft 18: **Südosteuropa und die europäische Integration.** Hrsg. von Hartmut Wolff. 128 S., München 1994. (DM 15,-)

SÜDOSTEUROPA SCHRIFTEN

- Band 11: **Mihai Eminescu 1889–1989. Nationale Werte – Internationale Geltung.** Hrsg. von Ioan Constantinescu. 150 S., München 1992. (DM 42,-)
- Band 13: **Südosteuropäische Populärliteratur im 19. und 20. Jahrhundert.** Hrsg. von Klaus Roth. 416 S., München 1993. (DM 78,-)

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN

- East European Security Reconsidered.** Edited by John R. Lampe and Daniel N. Nelson. In collaboration with Roland Schönfeld. 217 S., Washington D.C. 1993. (DM 37,-)